
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

181/182

Juni 1989

● AUFTRAG

Juni 1989

Heft 181/182 — 29. Jahrgang

3	...Stille...	J. C.
4	Diener der Sicherheit und Freiheit	
	Militärdienst für Gesellschaft nützlich	Johannes Paul
7	Frieden und moralische Ordnung	
8	Bundeswehr — Militärsorge	Agnes Hürland-Büning
12	40 Jahre Grundgesetz	
14	Sicherheitspolitische Informationstagung der „Wehrkunde“	Lothar Groppe SJ
17	Bundeswehr und Umweltschutz	Karl-Wilhelm Becker
31	Die Blume des Jahres 1989	Wolfgang Altendorf
33	Erklärung der AKS Österreich	
35	Vor 50 Jahren	
	Die Ermordung des Leo Statz	Wolfgang Altendorf
39	20. Juli 1944 — 45 Jahre danach	Karl-Wilhelm Becker
55	Kirche	
	Und wo bleibt der Galube?	Willy Trost
56	Glaube leben — Glaube weitergeben	H.F.
59	Ein Halt an historischer Stätte	Wilhelm Lehmkämpfer
63	Gesellschaft	
	Familie ist Zukunft	Willy Trost
69	Förderung der Kreativität	Wolfgang Altendorf
73	Presse	
	Informationstagung	Wilhelm Lehmkämpfer
75	29. Woche der Begegnung	
	Kurzbericht	Gernot Belch
76	Unsere Redaktion	H.F.
77	Laien in der Verantwortung	
	Zur 50. Konferenz der Laiengremien im Wehrbereich II	Jürgen Bringmann
82	Vierzig Jahre Grundgesetz	Gottfried Leder
93	Vor 150 Jahren	
	Photographie	Wolfgang Altendorf
96	Aus der nahen und weiten Welt	
	Eine große Frau wurde heimgeholt	Helmut Fettweis
100	Deutschlands ehemalige Kolonie wird unabhängig	Karl Breyer
103	Nichtkatholische Konfessionen in Polen	Joachim G. Görlich
105	Santiago de Chile	Eduardo Cano
106	Polens Kirche erobert die osteuropäische Medienlandschaft	Joachim G. Görlich
108	Ein neuer Wind am Kap der Guten Hoffnung	Karl Breyer
111	Als Soldat auf dem Wege nach Basel	Punz/Urrisk
115	Aus GKS und PGR	
	Poing	Arthur Schopf
	Heiligkreuzthal	Georg Strobl
117	Regensburg	Harald Schäfer
118	Poing	Arthur Schopf
119	Murnau/Sternberg/Feldafing	Horst Künzel
121	Das aktuelle Buch	
126	Aus Kirche und Welt	

SENDE
AUS
DEINEN GEIST
UND ALLES WIRD NEU GESCHAFFEN
UND
DU WIRST DAS ANTLITZ DER ERDE
ERNEUERN

Ps. 103, 30

Diener der Sicherheit und Freiheit

In einer Zeit, da viele selbsternannte Apostel — nicht nur bei uns — dem Volke glauben machen wollen, daß „Frieden“ mit prophetischer Attitüde ausgesprochen, den langen, mühevollen Weg der kleinen Schritte überflüssig mache, ist es gut ein klärendes Wort zu hören.

Unser Papst, Johannes Paul II., in der heiligen Sukzession Diener im Petrusamt, hilft uns — der Kirche — mit einem klaren Wort zum Dienst des Soldaten.

Militärdienst für Gesellschaft nützlich

Ansprache des Papstes an junge Soldaten

Nach der Meßfeier mit den Soldaten und ihren Angehörigen in der römischen Militärstadt Cecchignola fand eine Begegnung des Papstes mit den jungen Wehrdienstleistenden statt. Auf die von ihnen vorgetragenen Fragen antwortete Johannes Paul II. wie folgt:

Heute leben wir in einer Zeit des Dialogs, und unter den Teilnehmern am Dialog, die in jeder Lage einen Dialog führen wollen, befinden sich die Journalisten in einer bevorzugten Stellung. Ich kenne deren Welt, weil ich ihnen während meiner Reisen begegne und ich mich ihnen und ihren Fragen, die oft ziemlich kompliziert sind, auch stellen muß. Wir sehen, daß diese Methode von Dialog und Fragen, die dem Papst gestellt werden, auch in der Militärpfarre Eingang gefunden hat, im Militärbischofsamt, wenigstens hier in Cecchignola. Ich halte das für gut und nützlich. Wir sind von Gott, unserem Vater, erschaffen worden, er hat uns zum Dialog befähigt und dazu, Gedanken auszutauschen, Fragen zu stellen und darauf zu antworten, nachzudenken, weil eine Frage mit Sicherheit immer Frucht des Nachdenkens ist und dann zu einer weiteren Überlegung führt und drängt. Die Entwicklung der menschlichen Erkenntnis ging anfangs durch Frage und Antwort voran. Auch diese Methode und diese Epoche der Kirche des Dialogs wird uns weiterbringen können in der Erkenntnis Gottes, Jesu Christi und unserer selbst, weil — wie uns das Zweite Vatikanische Konzil gelehrt hat — Christus uns nicht nur Gott geoffenbart hat, sondern indem er uns Gott als Vater mit seiner Liebe zur Welt offenbarte, hat er uns Menschen die menschliche Person geoffenbart und uns eine volle und angemessene Sicht vom Menschen als Person gegeben.

Ich möchte den vier jungen Männern hier für die Fragen danken, die sie an mich gerichtet haben, und darauf antworten — vielleicht nicht Punkt für Punkt, sondern mit einer kurzen Synthese dessen, was mir in den Sinn kam, als ich ihre Fragen hörte. Vor allem möchte ich daran erinnern, daß es zwischen den Soldaten und Jesus Christus selbst — wie auch, vor ihm, seinem Vorläufer Johannes dem Täufer — sehr bezeichnende Begegnungen gegeben hat.

Denken wir an die Worte, die wir jedesmal wiederholen, wenn wir zur hl. Kommunion gehen: „Ich bin nicht würdig. . .“ Dies sind die Worte eines Soldaten, eines römischen Hauptmanns, der so seinem Glauben Ausdruck verlieh, seiner Bewunderung für Jesus Christus, seiner tiefen Demut und seinem Gebet für die Heilung seines Dieners (vgl.

Mt 8,8; Lk 7,7). Aber nicht nur das. Wenn wir die Apostelgeschichte nehmen, dann ist bezeichnend, daß der erste unter dem Einfluß des Heiligen Geistes Bekehrte — ein bekehrter Heide, nicht ein Jude — wiederum ein Soldat gewesen ist, ein römischer Hauptmann namens Cornelius (vgl. Apg 10,1—48). Und Petrus selbst wurde vom Heiligen Geist gedrängt, zum Haus dieses römischen Hauptmanns nach Cäsarea zu gehen, um ihn zu taufen. Dann, zur Zeit der römischen Verfolgungen, finden wir durch die Jahrhunderte hindurch viele heldenhafte Gestalten von Militärs, Soldaten und Offizieren. Man denke nur an die Gestalt des hl. Florian: ich bin diesem Heiligen, der vielleicht hier in Italien wenig bekannt ist, durch meine persönliche Geschichte sehr verbunden. Wenn man den Blick auf Italien richtet, auf Rom, hat es auch hier — dessen bin ich sicher — nicht an heldenhaften Bekennern und Märtyrern des Glaubens gefehlt, die Militärs waren: Sie haben den Glauben entdeckt und wußten als Soldaten ihre neue innere Befindlichkeit zu leben, indem sie die beiden Aspekte miteinander in Verbindung brachten und aufeinander abstimmten.

Das Gute und die Wahrheit verteidigen

Gewiß besteht keine grundlegende Schwierigkeit — ist es nicht unmöglich —, die christliche Berufung und die Berufung zum Militärdienst miteinander in Einklang zu bringen. Wenn man sein Wesen positiv betrachtet, dann ist der Militärdienst in sich eine sehr ehrenvolle, sehr schöne, sehr edle Sache. Der eigentliche Kern der Berufung zum Soldaten ist nichts anderes als die Verteidigung des Guten, der Wahrheit und vor allem jener, die zu Unrecht angegriffen werden. Und hier finden wir das Prinzip, das erklärt, in welcher Lage der Krieg gerechtfertigt werden kann: wenn er Verteidigung des angegriffenen Vaterlandes ist. Verteidigung derjenigen, die verfolgt werden, die unschuldig sind; eine Verteidigung auch, die ein Risiko für das eigene Leben bedeutet.

Diese Verteidigung kann auch den Tod oder einen Schaden für den Angreifer mit sich bringen, aber in diesem Fall hat er die Schuld. Natürlich versucht man immer, den Schaden, auch des Angreifers, geringzuhalten, aber wer sich der Gefahr des Schadens und des Todes mehr aussetzt, ist derjenige, der verteidigt. Man denke nur an die vielen, die für das Vaterland gefallen sind. Ich hatte schon Gelegenheit, die Kampfzonen im Gebirge zu besuchen, wo die Alpini während des ersten Weltkrieges gefallen sind. Aber wenn ich noch weiter zurückgehe — in der Geschichte meines Heimatlandes gab es immer viele heldenhafte Soldaten, auch Partisanen während des letzten Krieges, die um den Preis ihres eigenen Lebens dem ungerechten Angriff auf ihr Vaterland nicht gewichen sind. Hier sieht man, wie die beiden Dinge miteinander vereint und aufeinander abgestimmt werden können: Sie sind nicht „divergent“, sondern „konvergent“, kohärent.

Gewiß, man muß betonen, daß es auch einer geistlichen Formung bedarf, um diese Kohärenz zwischen den beiden Berufungen zu schaffen, zu finden und zu entwickeln, zwischen der Berufung zum Soldaten und jener zum Christen. Ich hatte Gelegenheit, viel mit euren Militärbischöfen zu sprechen; zuerst mit Msgr. Schierano, dem Vorgänger von Msgr. Bonicelli, und auch mit Msgr. Bonicelli und vielen anderen Militärbischöfen aus anderen Na-

tionen, als sie zum „ad-limina“-Besuch kamen. Alle sagen, das sei sehr positiv vom geistlichen Standpunkt aus. Alle sehen im Militärdienst eine Probe für den jungen Menschen. Er kostet auch viel, besonders in gefühlsmäßiger Hinsicht; für einen jungen Menschen ist es nicht einfach, den Lebensstil als Zivilist zu ändern und wehrpflichtiger Soldat zu werden. Vor allem ist es nicht leicht, sich innerlich in diese Disziplin einzufügen, denn das Charakteristische des Militärdienstes ist die Disziplin. Aber gerade das, was etwas kostet und nicht so angenehm ist, ist zugleich auch sehr nützlich, konstruktiv. Jeder von euch muß Disziplin haben.

Das, was vielen jungen Menschen heute fehlt — besonders in den Wohlstandsländern, in den Ländern großer Freiheit, um nicht zu sagen den Ländern des Liberalismus, des Libertinismus —, ist vielleicht Disziplin, Selbstdisziplin. Es handelt sich um zwei verschiedene Dinge: Die Disziplin kann bloß äußerlich sein, auch durch einen Befehl, eine eventuelle Strafandrohung aufgezwungen, aber es kann auch Disziplin und Selbstdisziplin zugleich geben. Die Zeitspanne des Wehrdienstes ist für die jungen Menschen eine Zeit, in der sie in der Selbstdisziplin wirklich reifen können. Und nicht nur in der den Körper betreffenden, in der äußerlichen: sicher sieht man auch im Auftreten eines Soldaten, daß er körperlich diszipliniert ist. Aber diese körperliche Disziplin muß mit der inneren, geistigen Disziplin einhergehen, die das Gewissen des Menschen, den Willen, auch das Herz betrifft. Ein Mensch mit Disziplin und Selbstdisziplin ist ein reifer Mensch.

Die körperliche Disziplin muß mit der inneren, geistigen einhergehen

Das ist das Wichtigste, was ich euch als Antwort auf eure Fragen sagen wollte. Vielleicht war es nicht präzise im Detail, aber es zielte auf die wichtigsten Probleme. Ich denke, und davon bin ich überzeugt, daß der Militärdienst nicht nur für die Gesellschaft nützlich sein kann, sondern auch für euch. Aus der Ableistung des Militärdienstes könnt ihr selbst einen Nutzen ziehen und Früchte moralischer und geistiger Natur ernten, wenn dieses Dienen gut genutzt wird, wenn man von dieser Zeitspanne den richtigen Gebrauch macht. Natürlich wäre in dieser Hinsicht eine tiefgehende Zusammenarbeit zwischen den vorgesetzten Berufssoldaten, euch selbst und den geistlichen Assistenten, den Militärseelsorgern, notwendig. So kann man einen derartigen Einklang schaffen zwischen all diesen Komponenten und zur reifen Frucht einer jungen verantwortungsvollen Persönlichkeit kommen, was sehr wichtig ist für das ganze Leben, unter verschiedenen Gegebenheiten. Viele von euch kehren nach der Zeit des Militärdienstes in ihr ziviles Leben zurück. Wenn diese Reife, diese Selbstdisziplin vorhanden ist, nutzt sie auch dem Berufs- und Familienleben. Das Familienleben gründet auf der Liebe, aber auch diese muß in einem gewissen Sinn diszipliniert sein, vor allem muß sie verantwortungsvoll sein: Liebe gibt es nicht ohne Verantwortung.

(Orig. ital. in O.R. vom 3./4. 4. 89; gehalten am 2. 4.)

Frieden und moralische Ordnung

*Ansprache des Papstes an die Mitglieder des „NATO Defense College“
in der Militärstadt Cecchignola*

Liebe Freunde!

Es freut mich sehr, daß euer Aufenthalt in der NATO-Verteidigungsakademie euch diese Gelegenheit zum Papstbesuch bietet. Ich begrüße jeden einzelnen von euch sehr herzlich in dieser Osterzeit, wo die Christen den Sieg Christi über Sünde und Tod feiern.

Viele Länder sind in eurer Fakultät, unter dem Lehrpersonal und den Kursteilnehmern der Verteidigungsakademie vertreten. Das gibt euch die Chance, im gegenseitigen Verständnis zu wachsen und die Hochschätzung für die Zusammenarbeit zu vertiefen, die notwendig ist, auf den Frieden als Ziel hinarbeiten, nicht zur zugunsten der verschiedenen NATO-Länder, sondern auch zugunsten der gesamten Menschheitsfamilie.

Es ist meine Überzeugung, daß der wahre Frieden nicht bestehen kann, wenn er nicht fest in einer Moral wurzelt, die auf der Liebe zu Gott und zum Nächsten gründet. Heute wächst das Bewußtsein von der weltumspannenden wechselseitigen Abhängigkeit und der Notwendigkeit menschlicher Solidarität durch die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden. Aber, wie das Zweite Vatikanische Konzil so weise betont hat, der Frieden ist letztlich die Frucht der Liebe, die über das hinausgeht, was die Gerechtigkeit schaffen kann (vgl. *Gaudium et spes*, Nr. 78). Diese Art brüderlicher Liebe kann nur von dem Glauben an Gott, unseren Schöpfer und Richter, getragen werden. Ohne Treue zu Gott und zur moralischen Ordnung, die in unsere Herzen und in die ganze Schöpfung eingeschrieben ist, kann es keinen dauerhaften Frieden geben.

Liebe Freunde! Ich vertraue darauf, daß jeder von euch durch die Ausbildung an der Verteidigungsakademie besser darauf vorbereitet wird, einen Beitrag zum Frieden in der Welt und zur echten Entwicklung der Menschheit zu leisten. Der allmächtige Gott stärke euch für diese Aufgabe und segne euch mit allen guten Gaben.

(Orig. engl. in O.R. 3./4.4.89; gehalten am 2.4.)

Ich freue mich, verehrter Herr Militärbischof Binder, Herr Militärdekan Gramm, meine Herren Militärgeistlichen, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute abend bei der diesjährigen Gesamtkonferenz der evangelischen Militärgeistlichen bei Ihnen sein zu können. Ich überbringe Ihnen die Grüße des Bundesministers der Verteidigung, der aus Gründen, die Ihnen ja alle bekannt sind, leider nun doch nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen kann, wie er es eigentlich beabsichtigte. Ich möchte, wie er dies wollte, durch meine Anwesenheit ausdrücklich die Verbundenheit der Führung der Bundeswehr mit der Militärseelsorge unterstreichen. Ich denke, Partnerschaft zwischen politischer Leitung, militärischer Führung, den Soldaten allgemein und der Militärseelsorge ist kein leeres Wort, sondern täglich praktizierte Wirklichkeit; das soll und wird auch weiterhin so bleiben. Wir sind Partner, weil unser Dienst dem gleichen Menschen gilt, der uns anvertraut ist — sei es als Wehrpflichtiger, sei es als Berufs- oder Zeitsoldat. Ich denke, das fast schon abgegriffen klingende Wort „der Mensch steht im Mittelpunkt“ muß tatsächlich zutreffen — für die Kirchen ebenso wie für die Streitkräfte. Geht es doch den Kirchen um das geistlich-seelische Wohl des Menschen, den Streitkräften um das persönliche Wohlergehen des einzelnen Menschen, der in ihnen Dienst tut — aber in einem sehr viel weiteren Sinne auch um das Wohl aller Menschen, für die diese Soldaten ihren Dienst leisten.

Daß unsere Soldaten sich auch mit den ethisch-moralischen Problemen ihres Dienstes und ihres Alltags auseinandersetzen, ist der Zweck des lebenskundlichen Unterrichts, dessen Durchführung die Kirchen im Auftrag des Staates übernommen haben. Ich weiß, meine Herren Militärgeistlichen, welch großes Engagement dieser Unterricht von jedem von Ihnen verlangt; ich weiß und unterstreiche aber auch, wie wichtig dieser Unterricht ist. Lassen Sie mich Ihnen für Ihren Einsatzwillen und Ihr ständiges Bemühen, nicht nur für diese Aufgabe, heute ganz ausdrücklich danken.

Ich weiß, daß es in einer Zeit wie heute, in der unsere Streitkräfte der Kritik in Teilen unserer Öffentlichkeit und besonders durch manche Medien ausgesetzt sind, nicht leicht ist, als Wehrbereichsdekan oder als Standortpfarrer vor Ort Dienst in unserer Bundeswehr zu tun. Ebenso wie manche, wenn nicht schon viele unserer Soldaten haben auch Sie die Erfahrung machen müssen, ins Abseits gestellt zu werden, mit Etiketten des ewig Gestrigen oder Entspannungsfeindlichen versehen zu werden, die Zeichen der neuen Zeit nicht erkannt zu haben. Ich brauche vor Ihnen die Absurdität solcher Meinungen nicht nachzuweisen — aber sie bestehen nun einmal und bedrücken viele von uns, viele unserer Soldaten. Daß Sie trotz aller Widrigkeiten zu unseren Soldaten stehen, daß Sie an Ihrem Auftrag festhalten als Seelsorger, als Berater, als mitsorgender Mensch, dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

Sie, meine Herren Militärgeistlichen, sind in der Führung Ihres geistlichen Amtes von staatlichen Weisungen unabhängig, und Sie unterstehen militärischen Vorgesetzten nicht, sondern arbeiten mit ihnen zusammen. Ihre Aufgaben als Militärgeistliche sind der Dienst

am Wort und am Sakrament und die Seelsorge. Diese Regelungen des Militärseelsorgevertrages haben sich in langen Jahren bewährt; wir stehen zu ihnen und werden sie auch in Zukunft aufrechterhalten.

Die einzelnen Soldaten und ihre Familien, die Menschen, die mit und in der Bundeswehr leben und arbeiten, sind es, die Ihren Beistand und Ihren Rat brauchen — in ihren ganz persönlichen Problemen, Sorgen und Nöten.

Ganz bewußt nenne ich hier die Familien unserer Soldaten, denn gerade diese Familien fragen immer stärker nach Ihrer Hilfe und Ihrem Rat. Ich denke nur an die sich aus der Versetzungshäufigkeit ergebenden Probleme, ich denke an die Schwierigkeiten, wenn auch die Ehefrau berufstätig ist — Sie alle wissen, wovon ich rede.

Ich denke aber auch an unsere Piloten, die ihren Dienst für die Sicherheit und den Frieden unseres Landes leisten und die wegen dieses unersetzlichen Dienstes seit Monaten einer regelrechten Kampagne ausgesetzt sind. Geradezu unerträglich ist es aber, wenn auch die Ehefrauen, ja die Kinder — zum Glück noch in Einzelfällen — wegen des Berufs ihres Vaters beleidigt und angegriffen werden. Man könnte manchmal glauben, unser Volk rede zwar von den Unmenschlichkeiten der jüngst vergangenen Geschichte, habe aber daraus nichts gelernt.

Ihr Dienst als Militärgeistliche gilt auch und besonders unseren Grundwehrdienstleistenden. Viele von ihnen leiden an der Trennung von ihrer gewohnten Umgebung, ihnen fehlen Bezugspersonen, Familie, Freundschaften. Diese jungen Soldaten, das Bindeglied zwischen der Bevölkerung und den Streitkräften, brauchen Ihre Hilfe. Diese Soldaten müssen nicht nur erfahren, warum sie dienen und daß ihr Dienst wichtig und notwendig ist; sie müssen auch das Gefühl haben, daß ihr Tun ethisch verantwortbar ist, daß nicht etwa die Kriegsdienstverweigerer größere Leistung für unser Gemeinwesen erbringen. Ich bedaure diese zunehmende Verwirrung der Geister in unserem Lande; es muß doch klar bleiben, daß der Wehrdienst der Normalfall ist, der von unserem Staat erwartete Dienst für die Gemeinschaft, und daß die Kriegsdienstverweigerung und in ihrer Folge der zivile Ersatzdienst die Ausnahme sind und bleiben müssen, die nur dann in Frage kommt, wenn der einzelne nach intensiver Prüfung seines Gewissens den Dienst mit der Waffe nicht leisten zu können überzeugt ist. Lassen Sie mich hinzufügen, daß ich doch erhebliche Zweifel daran habe, ob bei all unseren heutigen Kriegsdienstverweigerern eine solche echte Gewissensentscheidung wirklich vorliegt. Ich denke, wir alle müssen uns wieder mehr darüber klar werden, daß man nicht nur durch Handeln, sondern auch durch Unterlassen des rechten Tuns schuldig werden kann.

Wenn ich von Militärseelsorge spreche, darf ich die Kirche oder die Kirchen nicht aus dem Auge lassen. Ich denke, die 5. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 über die beiden Partner Staat und Kirche hat Entscheidendes über die unterschiedlichen Aufgaben und die gegenseitige Zuordnung gesagt:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen

Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Ich bin dankbar dafür, daß sich nicht nur die Militärseelsorge, sondern auch die Kirchen insgesamt — das gilt für die evangelische wie für die katholische Kirche in gleicher Weise — grundsätzlich zur Notwendigkeit und Berechtigung soldatischen Dienstes zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit bekannt haben und bekennen. Ich habe aber Sorge, daß es in den Kirchen Gruppierungen und Ansichten gibt, die die friedenserhaltende Politik unseres Landes diffamieren und undifferenziert verurteilen.

Wenn aus kirchlichen Kreisen die Strategie der Abschreckung, die uns seit Jahrzehnten den Frieden sichern geholfen hat, als ethisch unverantwortbar verworfen wird, wenn der Dienst des Soldaten nicht mehr als Friedensdienst anerkannt wird, wenn Kriegsdienstverweigerung als das deutlichere Zeichen christlichen Friedenswillens propagiert wird, dann sehe ich hier gefährliche Auswirkungen in der Nachahmung des sonst mit Recht so verehrten Theologen Karl Barth, der in seinem „Römerbrief“ sagte: „Wir stehen tiefer im Nein als im Ja, tiefer in der Kritik und im Protest als in der Naivität, tiefer in der Sehnsucht nach dem Zukünftigen als in der Beteiligung an der Gegenwart.“ Und wenn er an anderer Stelle sagte: „Zugunsten der Demokratie... darf nicht theologisiert werden“, dann muß ich erwidern: Soll die Kirche etwa zugunsten der Diktatur theologisieren, soll sie zugunsten eines schrankenlosen Individualismus theologisieren, soll sie nur im Sinne der Eschatologie theologisieren und den Menschen im Stich lassen — oder soll sie nicht doch zugeben und dazu stehen, daß wir in einer unvollkommenen Welt leben und versuchen müssen, unter diesen Weltbedingungen den Menschen ein bestmögliches Leben zu gewährleisten und zu erhalten? Ich habe auch keinerlei Verständnis dafür, wenn sich kirchliche Gruppierungen Aufrufen wie dem der IG Metall und der Kriegsdienstgegner anschließen, die unter Bruch unseres Grundgesetzes zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Ich bin froh, daß dies noch immer Einzelaussagen sind. Gerade in diesen Tagen hat der hannoversche Landesbischof Hirschler auf die „wichtige Friedensaufgabe“ der Bundeswehr hingewiesen und betont, daß sich unsere Soldaten „von der Kirche angenommen und akzeptiert“ fühlen dürfen.

Ich bin Ihnen, Herr Militärbischof Binder, dankbar für Ihre klaren und mutmachenden Worte, mit denen Sie nicht zuletzt auf der Kommandeurtagung in Würzburg den Dienst unserer Soldaten gewürdigt haben. Auch das Thema, unter das Sie Ihre diesjährige Konferenz gestellt haben, zeigt deutlich, daß die Militärseelsorge an den Befürchtungen und Hoffnungen der Menschen in unserem Lande Anteil nimmt.

Lassen Sie mich mit einem Wort unseres Bundespräsidenten schließen: „Wer sich als Seelsorger seinen Mitmenschen zuwendet und öffnet, der kann gar nicht anders, als sich auf

die Verhältnisse einzulassen, unter denen dieser Mitmensch lebt, die ihn beflügeln und belasten.“ Sie, meine Herren Militärgeistlichen, haben dies getan, Sie haben sich auf die Verhältnisse eingelassen, unter denen und in denen unsere Soldaten ihren Dienst tun. Dafür danke ich Ihnen, auch im Namen unserer Soldaten.

Ich wünsche Ihrer diesjährigen Gesamtkonferenz einen guten und erfolgreichen Verlauf und Ihnen allen das Erlebnis der Gemeinschaft, dessen auch Geistliche immer wieder bedürfen. Ich danke Ihnen.

Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Frau Agnes Hürland-Büning, bei der Eröffnung der 34. Gesamtkonferenz der evangelischen Militärgeistlichen am 17. April 1989 in Bad Honnef

40 Jahre Grundgesetz

Erklärung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten — GKS — zum 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Die 40. Wiederkehr dieses Tages ist für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Anlaß zu folgender Erklärung:

„Die Väter des Grundgesetzes waren in besonderer Weise dem geistigen Erbe der christlich-abendländischen Kultur verpflichtet. In den ersten 19 Artikeln sind ‚im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen‘ unaufhebbar die vom Naturrecht abgeleiteten sittlichen Werte in einer Eindeutigkeit festgeschrieben, wie dies in keiner deutschen Verfassung vorher der Fall gewesen ist.

Kern dieser Werteordnung sind die ‚unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte‘. Sie sind das Ergebnis antiken, christlichen und humanistischen Gedankengutes, welches die geistigen Grundlagen Europas in den vergangenen Jahrtausenden geprägt hat. Damit wurden Lehren aus den schmerzvollen Erfahrungen einer Vergangenheit gezogen, die unsägliches Leid über die Menschheit gebracht hat. So ist die Absage an den Totalitarismus die Konsequenz naturrechtlicher Grundwerte. Die freiheitliche und demokratische Rechtsordnung kann — im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung — nicht mehr zur Disposition gestellt werden.

Mit dem Grundwertekatalog und dem in Artikel 26 niedergelegten Verbot eines Angriffskrieges fordert das Grundgesetz die Verantwortung des deutschen Volkes für die Erhaltung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Erstmalig erfolgte in der deutschen Geschichte eine Absage an den Krieg als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele. Damit erhielt das soldatische Selbstverständnis eine neue Qualität. Durch den defensiven Auftrag, ‚das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen‘, leistet die Bundeswehr einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens. Somit sind ihre Soldaten nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur Anerkennung und zum Eintreten für die im Grundgesetz verankerte Werte- und Rechtsordnung verpflichtet.

Darauf gründet die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft freier Völker, deren Grundlagen auf nationalen Besonderheiten beruhen. Sie sind hervorgegangen aus der in der Kulturgeschichte des europäischen Abendlandes gewachsenen sittlichen Ordnung.

Es entspricht — auch nach unserer Überzeugung — dem Geist des Grundgesetzes, daß die Soldaten der Bundeswehr als ‚Staatsbürger in Uniform‘ in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eingebunden sind, sich an der politischen Gestaltung unseres Staates beteiligen und für ihn Verantwortung übernehmen.

Die in der GKS zusammengeschlossenen Soldaten der Bundeswehr begreifen zudem ihren Dienst aus der Verantwortung ihres Glaubens. Sie sehen eine besondere Verpflichtung, die im Grundgesetz enthaltenen Werte, deren Wurzeln im christlichen Sittengesetz begründet sind, bewußt zu machen. Dies entspricht auch den Forderungen des Zweiten Vatikanischen Konzils an katholische Soldaten, sich als ‚Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker‘ zu begreifen. Sie achten aber auch jene, die, ihrem Gewissen verpflichtet, diesen Dienst nicht leisten können. So leistet die Gemeinschaft Katholischer Soldaten einen berufsspezifischen Beitrag für den Erhalt und die Bewahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes verpflichtet die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, die in dieser Verfassung enthaltenen unwandelbaren Grundwerte rückhaltlos zu bejahen, sie weiterzutragen und aktiv daran mitzuwirken, daß die durch die Zeitumstände sich ändernden Normen der im Naturrecht begründeten Werteordnung entsprechen.“

Leitershofen, den 18.4.1989

Diese Erklärung wurde am 18.4.1989 von der Bundeskonferenz der GKS einstimmig angenommen.

Sie wurde von der Zentralen Versammlung beim Katholischen Militärbischof (Diözesanrat) am 19.4.89 einstimmig — billigend — zur Kenntnis genommen.

Sicherheitspolitische Informationstagung der „Wehrkunde“

Lothar Groppe SJ

Sie ist älter als die Bundeswehr, die 1952 gegründete „Gesellschaft für Wehrkunde“. In 103 Sektionen zählt sie rund 3300 Mitglieder. Sie wurde seinerzeit ins Leben gerufen, um die „Wissenschaft und Forschung sowie Erziehung, Volks- und Berufsbildung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu fördern. Sie will „das Verständnis für sicherheitspolitische Fragen wecken und vertiefen, die allgemeine Verteidigungsbereitschaft fördern, den Gefahren innerer Schwächung des freiheitlichen Selbstbehauptungswillens entgegenwirken, die Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis festigen und für eine europäische Verständigung eintreten“, wie es in der Satzung heißt. Offizielles Organ ist die „Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau“ mit einer gegenwärtigen Auflage von 10300 Exemplaren. Von ihnen gehen rund 3000 an die Mitglieder.

Vom 29.—31. 3. 89 hielt sie ihre 37. Bundesversammlung für Vorstandsmitglieder und Sektionsleiter. In diesem Jahr ging es ganz wesentlich um die „Akzeptanzkrise“. Sie fand ihren bezeichnenden Ausdruck im Aufruf des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Karin Benz-Overhage zur „massenhaften Kriegsdienstverweigerung“. Wenn man bedenkt, daß die IG-Metall die mit Abstand größte Einzelgewerkschaft ist, wird man diesen Aufruf nicht auf die leichte Schulter nehmen, auch nicht, wenn sich der Vorsitzende Steinkühler, aus welchen Gründen auch immer, von der Erklärung distanziert hat. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Aufruf gemeinsam mit der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“ erfolgte, die laut Verfassungsschutzbericht dem kommunistischen Umfeld zugeordnet wird. Die Unterstützung durch den Bundesjugendring zeigt, was gewisse gesellschaftspolitische relevante Kräfte beabsichtigen. Inzwischen hat sich auch die neugegründete Industriegewerkschaft Medien mit dem Aufruf solidarisiert, um durch einen „unübersehbaren Druckfaktor auf die Regierenden“ die Abrüstung voranzutreiben.

Ausgewiesene Fachleute analysierten die gegenwärtige Bewußtseinslage. Der Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit des Informations- und Pressestabes im Bundesministerium für Verteidigung, Oberst i. G. Notker Siebert, sprach über die „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr in schwieriger Zeit“. Er konnte mit zahlreichen Fakten aufwarten, die jeden politisch Interessierten aufhorchen lassen müssen, und stellte erfreulicherweise sein Referat mit handfesten Unterlagen zur Verfügung.

Bisweilen könne man heute den Eindruck haben, wir befänden uns auf dem Weg zum allgemeinen Zivildienst mit dem Ersatzdienst Bundeswehr. Natürlich etwas überspitzt, gewissermaßen der Pfeffer in seinem Referat, aber tendenziell unbezweifelbar richtig, wie uns scheint. Allzu häufig werde der Wehrdienst nicht aus Gewissens-, sondern „gewissen“ Gründen verweigert, eine Feststellung, die der Berichterstatter bereits 1973 machen konnte. Auf Einladung eines Religionslehrers, übrigens des Bruders eines Bundesministers, sprach ich vor 34 Abiturienten über Wehr- und Zivildienst. Nur ein einziger erklärte sich bereit, der Einberufung zur Bundeswehr Folge zu leisten. Die anderen konnten es nicht mit dem Gewissen vereinbaren, Wehrdienst zu leisten. Immerhin erklärten in der großen

Pause etliche Oberprimaner freimütig, es sei zwar nicht gegen ihr Gewissen, Soldat zu werden, aber sie sähen nicht ein, warum sie sich nicht drücken sollten, wenn sie dadurch 3 Semester (damals betrug der Wehrdienst 18 Monate) gewinnen könnten.

Für viele erscheine der Zivildienst als das „kleinere Übel“. Nach Auffassung von Sicherheitsexperten ergäben sich Festigkeitsabweichungen bis über 80%, wenn man folgende Alternative zum Wehrdienst in Aussicht stelle: Sofortige Einberufung, Kasernierung, Heimatferne, ganztägige Pflege eines Kranken, 50–60 Arbeitsstunden pro Woche. Bei vielen gehe es nicht um die Frage: Was ist meine Pflicht?, sondern: Was liegt mir mehr? „Der eine hilft eben nicht so gerne alten Menschen, der andere will nicht an die Waffen“, wie ein 18jähriger im „Spiegel“ vom 20.3. d.J. formulierte. Klaus Pokatzky schreibt in der „Zeit“ vom 30.9.89:

„... die steigende Zahl der Verweigerer (ist) ein Symptom ... für einen Wertewandel in der Gesellschaft, die den Sinn des zivilen Dienstes höher einschätzt als an den Waffen... Schon im nächsten Jahrzehnt könnte sich das Prestigeverhältnis zwischen Bundeswehr und Zivildienst umgekehrt haben. Dann erscheint die Bundeswehr vielleicht so exotisch wie einst der Ersatzdienst.“ Die FAZ wies auf ein Problem hin, dem unsere Politiker wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen müßten, da sie ein Teilaspekt der vielzitierten Staatsverdrossenheit ist: „Wer die Wehrpflicht zum gesetzlichen Gebot macht, dessen Erfüllung aber ins beliebene des Einzelnen stellt, der macht sich denjenigen gegenüber schuldig, die diese Pflicht ernst nehmen.“ (27.7.88)

Es müsse auch nachdenklich stimmen, daß unseren derzeit 33% deutschen 1½% französische Wehrdienstverweigerer gegenüberstehen. Die Soldaten erfüllen ihre Pflicht, wenn sie dem demokratisch bekundeten Auftrag des Parlaments zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft erfüllen. Nicht sie haben ihren Dienst zu rechtfertigen, sondern die Politiker haben die Aufgabe, die Bevölkerung von dessen Notwendigkeit zu überzeugen. Er bringt gewiß für die Allgemeinheit mancherlei Belastungen mit sich, aber der Wehrpflichtige muß ein Mehrfaches an ideellen und materiellen Opfern für die Sicherung des Friedens auf sich nehmen. Der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“, Thomas Kielinger, sprach über das Thema „Staatsbewußtsein — bauen wir es wirklich auf“. Dies sei eine Aufgabe, die alle gesellschaftspolitisch relevanten Kräfte in unserem Staat angehe. Ähnlich wie für die Kirche gelte auch für unser Verhältnis zum Staat: Kritik am Staate steht dir zu, doch denke daran, der Staat bist du!

Verteidigungsminister Rupert Scholz stellte in seinen Ausführungen fest, daß Sicherheit im allgemeinen einen niedrigen Stellenwert besitze. Aber sie erfahre eine immense Steigerung, wenn es um Einzelbereiche gehe, etwa die soziale Sicherheit. Man könne aber die verschiedenen Aspekte nicht isoliert betrachten. Alle Bereiche der Sicherheit gehörten unlösbar zusammen. Der Bürger habe ein (Grund)Recht auf Sicherheit. Hieraus ergebe sich für den Staat die Pflicht, funktionstüchtige Streitkräfte zu unterhalten. Dieser Gedanke stimmt sachlich mit den Aussagen der Pastorkonstitution des II. Vatikanischen Konzils überein:

„Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen“ (Gaudium et spes, Nr. 79). Scholz wies darauf hin, daß die Bundesrepublik souverän wurde, als sie sich entschloß, die Bundeswehr aufzustellen, eine Tatsache, die weit hin dem Bewußtsein der Bürger entschwunden ist. Mit der Bundeswehr dokumentiert der Staat den Willen zur Selbstbehauptung. Wenngleich die Gorbiermanie ganz wesentlich zur Akzeptanzkrise beigetragen habe, so sei es doch verhängnisvoll, uns von der innenpolitischen Konstellation fremder Länder abhängig zu machen. Dies um so mehr, als es noch keineswegs ausgemacht sei, daß sich Glasnost und Perestroika durchzusetzen vermöchten.

Der Präsident der Gesellschaft für Wehrkunde, Generalleutnant a. D. Pöppel, der mit großer Mehrheit für 3 weitere Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, legte zunächst einen Rechenschaftsbericht ab:

Im vergangenen Jahr wurden bei 801 Vorträgen, einschließlich von 28 Seminaren mit je 3 Vorträgen, insgesamt 78 500 Teilnehmer erfaßt. Angesichts der Gesamtbevölkerung mögen diese Zahlen bescheiden erscheinen, aber schon der chinesische Weise wußte, daß es besser ist, ein Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu beklagen. Das Durchschnittsalter ist mit 59 Jahren entschieden zu hoch, aber mit dieser Erscheinung haben zahlreiche Verbände zu tun. Immerhin setzte bei einer ganzen Reihe von Sektionsleitern eine spürbare Verjüngung ein. Die Mitgliedschaft in der Gesellschaft kann mit vollendetem 18. Lebensjahr erworben werden.

Anschließend gab der Präsident eine Reihe von Denkanstößen für die zukünftige Arbeit:

An den Politikern sei es, sich — nicht nur vor Wahlen — für die Bundeswehr zu engagieren, denn erst sie gibt ihnen den notwendigen Freiraum zur Sicherung und Festigung des Friedens. Alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft sollten ihren Beitrag leisten, daß mehr und mehr Bürgern bewußt wird, daß der demokratische Rechtsstaat nicht nur viele Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen bietet, sondern auch die Bereitschaft aller fordert, ihre Pflichten gegenüber dem Staat zu erfüllen, denn Frieden und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif.

General Pöppel wies darauf hin, daß Gorbatschow zwar häufig vom Frieden spreche, aber nicht vom Frieden in Freiheit. Beide aber gehören unlöslich zusammen, wie auch Papst Johannes Paul II. unermüdlich betont, und zwar die Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit nicht minder als die Pressefreiheit. Nur eine gesicherte Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft vermag den Frieden in Freiheit zu sichern. Denn die Verminderung der Sowjetarmee um 500 000 Mann wurde zwar lauthals verkündet, aber bis jetzt blieb es bei wohlthönenden Worten. Noch immer werden allmonatlich 200 moderne Panzer, 1 U-Boot und 12 Backfire-Atombomber in Dienst gestellt.

In mehreren Bereichen des öffentlichen Lebens, wie dem Schutz des ungeborenen Lebens, dem Umweltschutz usw., wird von der Notwendigkeit einer Bewußtseinsänderung gesprochen. Auf dem Gebiet der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit trägt die Gesellschaft für Wehrkunde ihren Teil bei. Ihn gilt es nach Möglichkeit zu intensivieren.

Bundeswehr und Umweltschutz

Gedanken zur Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Karl-Wilhelm Becker

Die Problematik des Umweltschutzes rückte in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dies führte im Jahre 1986 zur Bildung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit dem Sitz in Bonn. Ihm wurden die bisher bei dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zugeordneten Umweltschutzaufgaben übertragen. Im Jahre 1987 wurde der organisatorische und personelle Ausbau des Umweltministeriums fortgesetzt. Die Dringlichkeit der Probleme in der Abfall- und Wasserwirtschaft, die zunehmende Bedeutung einer strategiefähigen internationalen und insbesondere europäischen Umweltpolitik und die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des umweltpolitischen Handlungsinstrumentariums führten zu einer grundlegenden Neuorganisation.

Durch die hohe Bevölkerungsdichte und die intensive industrielle Tätigkeit gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern mit hoher Umwelt- und Ressourcenbeanspruchung. Die hieraus resultierenden Gefahren für Mensch, Umwelt und Natur sind inzwischen überall deutlich geworden. Oberste Verpflichtung für die Bundesregierung ist die Bewahrung von Leben und Gesundheit des Menschen — jetzt und in Zukunft. Gleichzeitig sind Tiere, Pflanzen und Ökosysteme als Grundlage der menschlichen Existenz, aber auch um ihrer selbst willen zu schützen und zu erhalten. Weiter sind die Ressourcen Wasser und Boden zu schützen und nachteilige Veränderungen des Klimas zu vermeiden. Schließlich muß sich der Umweltschutz auch auf Sachgüter und nicht zuletzt auf Bau- und Kunstdenkmäler und Kunstgüter erstrecken.

Alle Parteien, Verbände, Organisationen und Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland sind aufgefordert, hier mitzuhelfen und Gefahr von der Umwelt abzuwenden. Hierzu gehört auch die Bundeswehr, wobei Konflikte mit ihrem Auftrag der Verteidigung unseres Staates und dem Schutz der Umwelt nicht immer vermeidbar sind. Dann gilt es nach Alternativen und Kompromissen zu suchen. Frieden und Freiheit sind für den Umweltschutz ebenso Rahmenbedingungen und Voraussetzung wie für die übrigen Lebensbedingungen in unserem demokratischen Gemeinwesen.

Der Artikel 87a des Grundgesetzes bestimmt und regelt die Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung. Die Friedenssicherung erfordert präsen- te Streitkräfte mit der Fähigkeit, durch Einsatzbereitschaft und Kampfkraft einen Angreifer abzuschrecken und im Falle eines Angriffs die Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen. Die Verteidigungsfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn eine ausreichende Zahl von Soldaten für ihre Aufgabe ausgebildet und durch Übungen einsatzbereit gehalten wird. Das ist der Hauptauftrag der Streitkräfte im Frieden. Er gilt besonders für die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee, die jährlich fast 200 000 junge Männer aufnehmen und ausbilden muß. Hinzu kommt eine

große Zahl von Wehrübungen, in denen Reservisten ausgebildet oder weitergebildet werden. Die Umweltbelastungen ergeben sich zunächst aus der Existenz und dem Umfang unserer Streitkräfte. Sie benötigen Kasernen, versorgt mit Wärme und Energie, entsorgt von Abwasser und Abfall. Waffen und Geräte müssen gepflegt, gewartet und instandgesetzt, Fahrzeuge bewegt werden, wenn sie im Einsatz funktionieren sollen. Die Umweltaufgaben, die sich daraus für die Bundeswehr ergeben, sind vergleichbar mit den Umweltaufgaben einer großen Stadt. Sie muß sich um Abfallentsorgung mit Recycling, um Geländebetreuung mit geringem Chemieeinsatz, um schadstoffarme Fahrzeuge in ihrem Fuhrpark, um sauberes Trinkwasser, ordnungsgemäße Abwasserentsorgung und um all das kümmern, was zum alltäglichen Umweltschutz in unserer Gesellschaft gehört. Man muß genauere Daten und Fakten wissen, um die Größe der Umweltaufgaben der Bundeswehr zu erkennen und um ihrer Arbeit auf diesem Sektor gerecht zu werden. Die Bundeswehr ist die größte staatliche Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 670 000 Menschen, das sind 495 000 Soldaten und 175 000 zivile Mitarbeiter, erfüllen täglich ihre Pflichten in dieser Großorganisation. Hinzu kommen die 400 000 Soldaten aus den verbündeten Nationen, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert sind und hier auf dem Boden und in der Luft üben. Die Bundeswehr nutzt von Flensburg bis Mittenwald rund 7 000 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 253 000 Hektar. Das entspricht einem Prozent des Bundesgebietes. Weitere 153 000 Hektar werden von den Nato-Partnern genutzt. In diesen 7 000 Liegenschaften gibt es rund 400 000 Bauwerke. Das sind Unterkunftsgebäude, Depots, Wachhäuschen, Abstellhallen, Bahnanschlüsse und viele andere Dinge. Dazu gehören aber auch mehr als 7 000 km bundeswehreigenes Kanalnetz, durch das im Jahr etwa 30 Millionen Kubikmeter Abwasser fließen. Hierzu muß man aber auch die mehr als 700 bundeswehreigenen Kläranlagen rechnen und die 3 400 Heizanlagen, die umweltgerecht betrieben werden.

Wie bereits vorstehend ausgeführt wurde, die Verteidigungsfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn eine ausreichende Zahl von Soldaten für ihre Aufgabe ausgebildet und durch Übungen einsatzbereit gehalten wird. Realistische Ausbildung erfordert, daß die Soldaten schießen, fliegen und fahren, um drei markante Belastungsfaktoren zu nennen. Hinzu kommt, daß unsere Soldaten und die verbündeten Streitkräfte, die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stehen und uns hier verteidigen sollen, dazu auch in der Lage sein müssen. Das heißt, daß sie auch den Raum kennen müssen, der im Ernstfall ihr Einsatzgebiet ist. Das erfordert, die Truppe darf nicht nur in den Kasernen und auf den Übungsplätzen ausbilden und üben, sondern sie muß in das freie Gelände. Dies wiederum bringt Manöverbelastungen mit sich.

Vom 7. bis 9. November 1988 fand in Mannheim ein internationales Symposium der Bundeswehr statt. Nach 11 Symposien, die sich mit den nationalen Umweltproblemen der Bundeswehr befaßten, konnte der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach in seinem Eröffnungsvortrag erstmals Vertreter von 6 Nato-Partnern begrüßen. Auf dieser Tagung berichteten auch 2 Generale aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten über ihre Erkenntnisse im Umweltschutz in den dortigen Streitkräften. Der PSt betonte

in seinen Ausführungen, daß das, was die Bundeswehr in den letzten Jahren geleistet habe, auf all diesen Feldern des Umweltschutzes, sich national und auch im Vergleich mit allen Streitkräften der Welt sehen lassen kann. Er machte dies an zwei Beispielen deutlich und führte hierzu aus: „Seit Juni 1985 gibt es für unsere größte Teilstreitkraft, das Heer, eine Grundsatzweisung für den Umweltschutz im Heer. Diese Weisung bestimmt, daß die Belastungen von Natur und Umwelt im Frieden in alle militärischen Überlegungen und Planungen einzubeziehen und bei der Durchführung des Auftrags zu berücksichtigen sind. Die Weisung erklärt den Umweltschutz für alle Soldaten dieser Teilstreitkraft zur Pflichtaufgabe, und sie gibt konkrete Handlungsvorgaben, um die Umweltbelastungen zu minimieren. Der Umweltschutz hat auch und gerade dort einen hohen Stellenwert, wo er nach landläufiger Meinung am wenigsten hinpaßt: in Manövern im freien Gelände. Es gibt eine ganze Reihe von gesetzlichen Auflagen und von Grundsätzen, die Natur und Umwelt auch im Manöver schützen. Das beginnt mit dem Grundsatz, daß nur dann Manöver im freien Gelände durchgeführt werden, wenn sich auf Übungsplätzen im Inland oder Ausland keine ausreichenden Übungsmöglichkeiten ergeben oder die Übungsziele nur im Freien zu erreichen sind. Das setzt sich fort mit der Tatsache, daß schon bei der Planung dieser Übungen mit Blick auf den Umweltschutz geprüft wird, wann und wo, wie intensiv und wie umfangreich die Übungen gefahren werden können, um einerseits das Übungsziel zu erreichen, andererseits die Menschen und die Umwelt so wenig wie möglich zu belasten.

Wir haben Manöver schon komplett abgebrochen, wenn langanhaltendes Regenwetter und somit weicher Boden größere Schäden durch die schweren Fahrzeuge befürchten ließen. Wir lassen für die Manöver im freien Gelände eigens Landkarten drucken, in denen schützenswerte Gebiete besonders ausgewiesen sind. Daß die Truppe die gesetzlichen Auflagen beachtet, d.h. Wasserschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Saatzuchtflächen und andere Flächen besonders schützt, will ich hier nur anmerken. Die Großverbandsübungen der Bundeswehr und ihrer Bündnispartner auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgenommen worden. 1978 gab es noch 126 solcher Übungen mit mehr als je 2000 teilnehmenden Soldaten. 1984 gab es nur noch 64 Großverbandsübungen in der Bundesrepublik. Wir sind damit in einen Grenzbereich gekommen, bei dem die Fachleute mit gutem Argument begründen, daß die Übungstätigkeit nicht weiter absinken sollte.“

Unsere Bundeswehr hat heute 13 Truppenübungsplätze und 199 Standortübungsplätze. In der Bevölkerung wird zunehmend anerkannt und von Wissenschaftlern bestätigt, daß diese Übungsplätze Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere geworden sind, die andernorts in der dichtbesiedelten und landwirtschaftlich genutzten Bundesrepublik Deutschland nicht mehr oder kaum noch vorhanden sind. Dies bestätigen auch die Wissenschaftler der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in einem Gutachten über diese Übungsplätze.

Der Befehlshaber im Wehrbereich III – Düsseldorf, Generalmajor Manfred Gerhard Albert Philipp, setzte sich auf dieser Tagung mit der Problematik des „Umweltschutzes im

militärischen Alltag aus deutscher Sicht“ auseinander. Er betonte, daß der Bundeswehr „der Wind ins Gesicht“ bläst, wenn der Zivilbevölkerung bekannt wird, daß ein Manöver im freien Gelände geplant ist. Nach 43 Jahren Frieden in Mitteleuropa sei es für große Teile der Bevölkerung — vor allem für die Bewohner der Regionen, die von Übungen der deutschen Truppen und unserer Verbündeten besonders häufig betroffen sind — nicht mehr so ohne weiteres verständlich, warum immer wieder solche Übungen in ihrer Heimat stattfinden müßten. In letzter Zeit — so General Philipp — häufen sich Presseschlagzeilen wie diese: „Schwere Panzerketten zerwühlen den Waldboden. Rüthener Wald erlitt unter Besatzungsmächten Großschäden“ oder „SPD fordert neues Manöverkonzept“.

Nach dem zuletzt genannten Presseartikel meinte der SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Kolbow, der am 28.9.1988 den Vorsitz im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages innehatte, es sei nicht mehr nachvollziehbar, im tiefsten Frieden militärisch zu üben, als stünde der Westen am Vorabend eines neuen Krieges. Angesichts von Toten und Verletzten — durch das Nato-Manöver „Certain Challenge“ in Bayern und Baden-Württemberg —, aufgewühlten Feldern und vollständig demolierten Ortsdurchfahrten würden die bisherigen Argumente für eine „Strategie der Abschreckung durch Stärke“ entwertet.

Der Tenor aller negativen Presseschlagzeilen wird schlichtweg, so der Befehlshaber im Wehrbereich III, unter dem Begriff „Umweltschutz“ subsumiert, d. h., die Bundeswehr und die Soldaten überhaupt verstoßen ständig gegen den Umweltschutz. Neben den mehr allgemein gehaltenen Bestrebungen auf politischem Gebiet, die Manövertätigkeit im freien Gelände einzuschränken, gibt es auch gezielte Aktionen von örtlichen Mandatsträgern bis hinauf zu Bundestagsabgeordneten aller Couleur, Manövertätigkeit zu unterbinden; sie versuchen politischen Druck auszuüben. Demgegenüber steht allerdings das Ergebnis einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr: Danach sehen 70,1 Prozent der Soldaten den Umweltschutz als besonders wichtige Aufgabe an. In einer parallel durchgeführten Befragung der Bevölkerung lag der Schwerpunkt auf Vollbeschäftigung mit 69,5 Prozent, gefolgt vom Umweltschutz mit 64,6 Prozent. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß im Meinungsspiegel der Bürger die Bundeswehr als Verursacher von Umweltschäden weit hinter Industrieunternehmen (52,3 Prozent) und Kraftfahrzeuge (32,1 Prozent) erst auf dem neunten Rang mit 9,6 Prozent zu finden ist.

Generalmajor Philipp zeigte im Rahmen seiner Ausführungen die räumlichen und zeitlichen Faktoren auf, die die Manövertätigkeit der Truppe einschränken. Die Bundeswehr ist gehalten, bei Übungen im freien Gelände auf sogenannte „zu schützende Räume“ Rücksicht zu nehmen. In NRW sind das vor allem Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete. In anderen Wehrbereichen kommen unter Umständen noch andere Schutzgebiete wie Saatzuchtvermehrungsgebiete, bestimmte Waldgebiete usw. hinzu. In diesem Zusammenhang wies der Vortragende auf die sehr intensive Zusammenarbeit in NRW mit der Wehrbereichsverwaltung III hin. Wird in einem Regierungsbezirk die Einrichtung eines Wasserschutzgebietes geplant oder in einem Landkreis die eines Naturschutzgebietes, dann muß die zivile Seite die Wehrbereichsverwaltung beteiligen.

gen. Diese ihrerseits beteiligt das Wehrbereichskommando. Somit ist sichergestellt, daß die ohnehin schon sehr eingeschränkt zur Verfügung stehenden freien Räume für Manöverhandlungen nicht über Gebühr weiter verkleinert werden. Räume mit sehr hoher Bevölkerungs- und Siedlungsdichte kommen für Übungen im freien Gelände kaum in Betracht. Es gibt aber von verschiedenen Seiten immer umfangreichere Versuche, die Manöverräume einzuschränken. Sei es, daß eine Unzahl von Biotopen — also Tümpel oder Teiche — eingerichtet werden, deren einzelne Flächen zwar nicht allzu groß sind, die aber — etwas überspitzt ausgedrückt —, richtig „disloziert“, die Anlage einer Gefechtsübung stark beeinträchtigen; sei es, daß das sehr große Gebiet an der Weser, in dem Weißstörche horsten, von jeglicher Übungstätigkeit ausgenommen werden soll, oder seien es Gebiete, die nicht von Hubschraubern überflogen werden sollen. Die Zahl der Beispiele läßt sich beliebig erweitern. Diese Bestrebungen sind legitim, aber ebenso muß klar gesagt werden, daß die Truppe den gleichen legitimen Anspruch auf Manöverfähigkeit außerhalb von Übungsplätzen hat und haben muß. Die Bundeswehr muß in die Lage versetzt werden, im Ernstfall auch unsere Umwelt zu verteidigen.

Neben diesen räumlichen Einschränkungen der Manöverfähigkeit, die gewissermaßen aus dem zivilen Bereich kommen, gibt es auch zeitliche Einschränkungen, die vom Bundesministerium der Verteidigung befohlen worden sind. Nach diesen Befehlen an die deutschen Kommandobehörden sind alle Übungen in enger Zusammenarbeit zwischen Feld- und Territorialheer und gemeinsam mit der Bundeswehrverwaltung für den jeweils eigenen Bereich sorgfältig zu koordinieren. Leider erhielten diese Schreiben nur die verschiedenen Verbindungsorganisationen der Alliierten und nicht deren Kommandobehörden. Diese befohlene Absprache geschieht auch, wobei im Wehrbereich III auch die Alliierten sich freiwillig einer gewissen Manöverkoordinierung anschließen. Der Führungsstab des Heeres — FÜH — hat Befehle erlassen, die Schonzeiten für die Übungsräume festlegen. Trotz dieser Schonzeiten kommt es auch in Nordrhein-Westfalen — besonders in den ostwärtigen Landesteilen — nach Generalmajor Philipp zu einer überproportionalen Übungsbelastung. Das gilt im übrigen überwiegend für alle die Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland, die in der FCZ liegen, aber auch für Räume in unmittelbarer Nachbarschaft der großen Truppenübungsplätze. Der Befehl nennt das Ziel, die unabwendbar notwendigen Übungen so gleichmäßig wie möglich nach Raum und Zeit zu verteilen.

Die zeitliche Koordinierung der Übungen kann fast reibungslos erfolgen, jedoch gibt es fast immer die Probleme, die Übungen räumlich zu entzerrern. Das Interesse der Truppe liegt darin, einerseits in der Nähe ihrer Standorte — aus Kostengründen — zu üben und andererseits in Räumen, die den GDP-Verhältnissen entsprechen, Manöver abzuhalten. Das führt zwangsläufig — wie bereits erwähnt — zu einem Interessenkonflikt mit der Zivilbevölkerung der Räume, in denen immer wieder geübt wird. Die vom FÜH geforderte räumliche Entzerrung kann also nur bedeuten, daß Übungsräume gefunden werden, die GDP-ähnliche Verhältnisse nach Raum und Gelände aufweisen. Im Wehrbereich III — so Generalmajor Philipp — könnte man — mit gewissen Einschränkungen — das Sauerland mit der Eifel vergleichen, den Südostrand der Münsterschen Bucht könnte man entweder mit

ihren Fortsetzungen in das nördliche Sauerland oder in den Teutoburger Wald vergleichen, sowie die Kölner Bucht wäre mit ihrer Verlängerung nach Süden in die Eifel vergleichbar. Selbstverständlich sind — sollte man so verfahren — noch umfangreiche Untersuchungen erforderlich, um die Übungen auch räumlich zu entzerren. Auch in den so „neu“ geschaffenen Übungsräumen ist mit dem Widerstand der betroffenen Bevölkerungsteile zu rechnen, aber das übergeordnete Ziel muß sein, die Übungsräume zu entzerren und die Lasten gleichmäßig zu verteilen. Auch in Zukunft muß davon ausgegangen werden, daß Übungen auch außerhalb von Übungsplätzen durchgeführt werden müssen, weil die Größe der vorhandenen Truppenübungsplätze nicht ausreicht, um im größeren Rahmen üben zu können. Unabhängig von der aktuellen Vorbereitung einer Übung, ist den Einheitsführern seit Anfang September 1988 befohlen, ihre Rekruten nicht nur militärisch auszubilden, sondern sie auch in den „Merksätzen des Umweltschutzes“ zu unterrichten. Zu diesem Zweck hat das Bundesverteidigungsministerium 4000 Unterrichtsmappen mit einer Anzahl von farbigen Folien zusammengestellt. Nach Auskunft des Ministeriums hätten die Offiziere auf die Initiative „ausgewogen“ reagiert; die einen mit der „bekannten Klage über die Masse der Ausbildungsstoffe“, die anderen dankbar für die „erste zusammenfassende Lehrdarstellung zum Umweltschutz“.

Alle Übungen im freien Gelände verlangen den Ausgleich zwischen militärischen Erfordernissen und zivilen Interessen. Die zivilen Verteidigungsbehörden müssen frühzeitig und umfassend über die Übungsplanungen informiert werden. Es erweist sich dabei oft als zweckmäßig, daß auch das Militär eigene Informationsveranstaltungen durchführt, bei denen nicht nur die zivile Verwaltung, sondern auch die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen — z. B. die Organisationen der Bauernverbände und privaten Waldbesitzer — über den geplanten Übungsablauf in Kenntnis gesetzt werden. Dabei muß auch vorrangig auf die Verfahren bei den Schadensregulierungen hingewiesen werden.

Um die jeweilige Bodenbeschaffenheit kennenzulernen und auch detaillierte Informationen über die „Räume eingeschränkter Nutzung“ zu gewinnen, benötigt man Karten im Maßstab 1:50000. Das Wehrbereichskommando III erhält zum Beispiel über die zuständige Wehrbereichsverwaltung III, deren Präsident der Umweltschutzbeauftragte im Wehrbereich III — Nordrhein-Westfalen — ist, ständig Informationen über Natur- und Wasserschutzgebiete, auch über solche, für die das Genehmigungsverfahren eingeleitet ist. Das Wehrbereichskommando überträgt die „Räume eingeschränkter Nutzung“ auf Overlays und verteilt sie bis auf die VK-Ebene — Verteidigungsbezirkskommandos —, so daß auf diesen Ebenen der Zusammenarbeit gemäß HDv 100/500 der Informationsfluß funktioniert. Diese Unterlagen werden ständig aktualisiert. Damit ist gewährleistet, daß die Truppenführer schon lange vor Beginn einer Übung wissen, welche Räume sie aussparen oder nur eingeschränkt nutzen können. Das WBK gibt diese Informationen auf Anforderung weiter an die Korps. Niederländer und Belgier, seit kurzem auch die Briten, fordern ebenfalls beim WBK diese Unterlagen an.

Der Bundesminister der Verteidigung hat darüber hinaus bis ins einzelne befohlen, wie sich die übende Truppe in den verschiedenen Trinkwasserschutzzonen — von I bis III —

zu verhalten hat. Der letzte Befehl hierzu stammt vom 18. August 1987. Es führt im Rahmen dieses Berichtes zu weit, die darin enthaltenen Einzelheiten aufzuführen, jedoch sollte auf eine „gefährliche“ Entwicklung aufmerksam gemacht werden. Neuerdings unterscheidet man auch nach Wasserschutzgebieten für „besonders gefährdete Karst- und Kluftgrundwasservorkommen“. Das bedeutet, daß für diese Gebiete weitergehende Einschränkungen vorliegen als bei den „normalen“ Zonen I bis III. Es ist sowohl für die Truppe als auch für die Kommandobehörden z. B. unmöglich festzustellen, wo sich diese besonders gefährdeten Karst- und Kluftgrundwasservorkommen befinden. Auch die Regierungspräsidenten als obere Wasserbehörde haben nach den darüber vorhandenen Kenntnissen keine genauen Unterlagen. Man muß also darauf achten, daß man bei derartigem Vorgehen das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet. Einem unbefangenen Beobachter dieser Entwicklung drängt sich aber auch der Verdacht auf, daß die Umweltschützer und auch der Umweltschutz selbst über die Maßnahmen zum Umweltschutz unter Umständen auch versuchen, die Übungstätigkeit der Bundeswehr erheblich zu stören oder auch sogar — wie ich glaube — zu verhindern. Im Ernstfall ist Deckung für den Soldaten — also den Menschen — von lebensrettender Bedeutung. Wenn wir ihn das nicht üben lassen — wegen des Umweltschutzes — dann bringen wir ihn in Lebensgefahr, und dies der Umwelt wegen. Daß dies letztlich auch der Umwelt nichts nutzt, das haben alle Beteiligten bei den Kämpfen um den Hürtgenwald miterlebt. Die Menschen und die Natur starben in einem sinnlosen Kampf. Wir müssen bei aller Umweltfreundlichkeit auch daran denken, daß die Bundeswehr auch unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und unsere Demokratie im Ernstfall verteidigen muß, sonst gibt es keine Freiheit mehr — auch nicht mehr für den Umweltschutz. Bei vielen politischen Rednern hat man — nach meiner Meinung — nicht mehr den Eindruck, daß diese Zusammenhänge gesehen sondern sogar oft übersehen werden. Hier ist der Primat der Politik gefordert, der so oft beschworen wird, aber in solchen Fällen nicht zu sehen oder zu hören ist. Auch das muß einmal in diesem Zusammenhang gesagt und gesehen werden.

Eine Leistung der Bundeswehr, die ganz besonders bewertet werden muß, ist die Kampfmittelbeseitigung in Münster. Wir alle wissen, daß im ersten und im zweiten Weltkrieg große Mengen chemischer Kampfstoffe produziert, doch glücklicherweise im letzten Weltkrieg nicht eingesetzt worden sind. Diese Kampfstoffe wurden nach dem 1. und nach dem 2. Weltkrieg — also vor mehr als 70 bzw. 40 Jahren — versenkt, vergraben oder irgendwie weggeschafft. Nur Teilmengen wurden delaboriert, und ordentliche Unterlagen darüber sind nicht vorhanden. Als die Bundeswehr vor vielen Jahren den Truppenübungsplatz Munster-Nord vom Land Niedersachsen übernahm, verpflichtete sie sich, diesen Platz zu räumen und die chemischen Kampfstoffe umweltgerecht zu beseitigen. Diese Gruppe, Soldaten und zivile Mitarbeiter, spüren solche Funde mit tiefreichenden Sonden auf, bergen die Funde, lagern sie in speziellen Bunkern, trennen dann den Sprengstoff vom Kampfstoff und geben diesen an die Wehrwissenschaftliche Dienststelle im gleichen Gelände. Dort werden die Kampfstoffe und kontaminierten Materialien bei Temperaturen über 1000 Grad vernichtet. All dies geschieht unter strengen Sicherheitsvorschriften und -auflagen und ohne Gefährdung für Mensch und Umwelt. Die Spezialisten in Munster

werden international um Rat gefragt, denn auch andere Länder drückt diese Altlast. Auf politischer Ebene wurde auch entschieden, daß die Bundeswehr demnächst in Munster eine zweite Verbrennungsanlage bauen wird, damit die Bundesländer ihre Funde dort ebenfalls Zug um Zug vernichten können. Die unsinnige Alternative dazu wäre, daß sich jedes betroffene Bundesland selbst das Fachwissen und die Spezialtechnik verschaffen müßte. Immer wieder muß man jedoch in Erinnerung rufen, daß die Bundeswehr bei der Beseitigung chemischer Kampfstoffe weder Verursacher des Problems noch zuständig im rechtlichen Sinne ist. Sie ist aber nach innen und außen und über die Landesgrenzen hinaus zur Hilfe bereit, weil diese Altlasten dringend saniert werden müssen und weil sie das ganze Fachwissen und die Technik dazu hat.

Man darf nie außer acht lassen, daß der Umweltschutz viel Geld kostet, und das ganz besonders dem Steuerzahler. Dies gilt auch für die Bundeswehr. Immer wieder wird die Frage gestellt, wieviel sie für den Umweltschutz ausgibt. Eine eigens hierzu berufene Arbeitsgruppe beim Bundesminister der Verteidigung hat deshalb in mehreren Sitzungen zusammengestellt, was dem Umweltschutz zuzurechnen ist, und dann im Frühjahr 1988 aus den Istaussgaben des Jahres 1987 die entsprechenden Ausgabenteile herausgezogen. Danach hat die Bundeswehr unter dem Strich im Jahre 1987 631,7 Millionen DM für den Umweltschutz ausgegeben. Das ist eine stattliche Summe, die sich sehen lassen kann.

Umweltschutz ist schon — wie bereits vorstehend gesagt wurde — seit Jahren eines unserer großen politischen Probleme, bei dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen stark engagiert haben, und hierbei ganz besonders die beiden großen Kirchen unseres Staates — die römisch-katholische und die evangelische Kirche. Als im Jahre 1983 an vielen Orten das Waldsterben zum großen Traktandum aufrückte, entdeckte man plötzlich in der Schöpfungsgeschichte längst vergessene Anweisungen zum Umweltschutz. Insbesondere die bekannte Stelle, wonach sich der Mensch die Erde untertan machen soll — 1. Mose 1,28 — erhielt große Aufmerksamkeit. Sie wurde allerdings recht hemdsärmeligen Bearbeitungen unterzogen. Beispielsweise erscheint sie in einer modernen Bibelausgabe — „Gute Nachricht“ — als Aufforderung zur Fürsorge. Die edle Gesinnung, welche dahinter stecken mag, sei anerkannt, indessen vermag sie für die theologische Wahrheitsfindung nicht zu genügen. Das hebräische Grundwort heißt nämlich in präziser Übersetzung immerhin „niedertreten“ und „unterjochen“. Der Begriff knüpft an die Rolle des Königs als Haupt seines Volkes an. Der Mensch als Haupt der Natur ist dazu eine Analogie. Ebenso ist der Eingriff des Menschen in die Natur eine Entsprechung zum Eingriff Gottes in die Räder der Zeit. Denn die Natur hat in der ganzen Heiligen Schrift keinen Eigenwert, sondern steht direkt oder indirekt im Dienste des Menschen. Deshalb gestaltet sich die Wechselwirkung zwischen seinem Leben und demjenigen der Natur nach nüchternen physikalischen Gesetzen: Je unbändiger der Lebenswille des Menschen, desto geringer der Spielraum der Natur. Ihre Zerstörung ist theologisch unbedenklich, denn ihr Schutz ist von der Bibel nicht gefordert. Das entscheidende Problem bricht an einem völlig anderen Ort auf, nämlich bei der Heilsfrage: Ist es für den Menschen wirklich heilsam, die Grenzen des Lebens derart auszuweiten? Oder sollte tatsächlich derjenige „sein Leben verlieren, der es

gewinnen will“, nicht um der Natur, sondern um der Mißachtung der Grenzen willen, die ihm Gott gezogen hat? Wobei sich sofort die philosophische Frage stellt, welche Grenzen uns Gott wirklich gezogen hat. In einer fast 140jährigen Bibel nach der deutschen Übersetzung Martin Luthers heißt es bei Mose 1, Vers 26, „Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Fische im Meer, und über die Vögel unter dem Himmel, und über das Vieh, und über die ganze Erde, und über alles Gewürm, das auf Erden kriechet.“ Was heißt in diesem Zusammenhang herrschen, und wo sind da Grenzen?

In diesem Zusammenhang ist auch das Waldsterben von großem Interesse. Die Horrorvisionen von einem fortschreitenden Zerstörungsprozeß in den Wäldern, der in Zentral- und Westeuropa innerhalb von Jahren zu ihrer Vernichtung führen würde, schreckten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Öffentlichkeit auf. Diese dramatischen Szenarien sind glücklicherweise nicht Wirklichkeit geworden. Im Gegenteil, die vielen neuen Forschungsergebnisse haben manche der einst so alarmierenden Beobachtungen ganz erheblich relativiert. Bereits seit einiger Zeit ist in ernst zu nehmenden forstwissenschaftlichen Kreisen daher ein Trend zu differenzierteren und zurückhaltenderen Aussagen zu beobachten. Eingehende Gespräche im Rahmen des Kongresses der International Union of Forestry Research Organizations — IUFRO — im Oktober 1988 in Interlaken und vertiefende Recherchen zeigen heute, daß man insbesondere viel zu wenig über die normale Variabilität — Veränderlichkeit — der Natur weiß, um überhaupt nachweisen zu können, daß sich im Walde heute eine ungewöhnliche — durch Menschen ausgelöste — Entwicklung vollzieht.

Eine solche Entwicklung kann allerdings nicht ganz ausgeschlossen werden. Denn daß Bäume auf Luftbelastung sensibel reagieren, ist bekannt. Der anhaltende Eintritt einer Vielzahl von Fremdstoffen in die Atmosphäre und damit auch in den Boden macht daher den meisten Waldexperten bezüglich der langfristigen Zukunft nach wie vor Sorge. Angesichts solcher Bedenken plädiert man in forstwissenschaftlichen Kreisen — trotz fehlendem Nachweis großflächiger akuter Schäden — im Sinne vorsorglicher Maßnahmen weiterhin für eine Reduktion der Luftbelastung.

Eine offene, seriöse und differenzierte Diskussion des neuesten Wissensstandes auf dem Gebiet der Waldschadensforschung ist wichtig — gerade weil dem „Waldsterben“ in der Politik der vergangenen Jahre eine große Bedeutung zukam. Die Diskussionen um das Waldsterben haben zwar einerseits eine willkommene Beschleunigung der Gangart in der Umweltpolitik gebracht, andererseits aber auch zu einer unerwünschten Polarisierung geführt. Es besteht die Gefahr, daß gerade in politisch so relevanten Forschungsbereichen die freie wissenschaftliche Diskussion nicht mehr ungehindert stattfinden kann — eine Tendenz, die nicht nur für die Wissenschaft selber, sondern auch für den demokratischen Entscheidungsprozeß sehr gefährlich werden könnte. Die öffentliche Diskussion um das Waldsterben und die übrigen Umweltschäden muß wieder in einer differenzierten öffentlichen Diskussion auf einer guten sachlichen Grundlage geführt werden, was heute nicht mehr geschieht. Hier sind alle unsere Politiker gefordert. Wie ernst der Naturschutz —

und damit auch der Schutz des Waldes — in der politischen Auseinandersetzung wirklich gemeint war, zeigte sich spätestens im Frühjahr 1986. Als nach der Katastrophe in Tschernobyl die Kernenergie unter Beschuß geriet, ließen die politischen Wortführer des Umweltschutzes ihre Sorge um den Wald wie eine heiße Kartoffel fallen und begannen den Kampf gegen die Atomkraftwerke zu forcieren. Pragmatische Erwägungen wie etwa die Einsicht, daß dank der Atomenergie eine Reduktion des Öl- und Benzinverbrauchs erreicht werden könnte, wurden verdrängt — auch bei den Kirchen — von völlig wirklichkeitsfremden Idealbildern. Eine solche Denkweise verkennt die geschichtliche Bedingtheit aller Probleme unserer Welt und ist weit entfernt von echten Lösungsvorschlägen. Hier wird mit der Angst — der Angst vor der Kernenergie —, die meines Erachtens ganz bewußt geschürt wird — auch von unserer veröffentlichten Meinung —, Politik gemacht. Angst ist ein schlechter Ratgeber — ganz besonders wenn mit ihr eine derartige Politik von unseren führenden Politikern vertreten wird. Ich glaube, daß dies verantwortungslos ist.

Wie bereits gesagt wurde, kann man sich bei unserer heutigen Umweltpolitik nicht auf die Bibel berufen. Die Heilige Schrift ordnet unsere Geschichte stets als Bestandteil der Inkarnation Gottes ein. Daher besteht die „Thora“, das Buch der Weisungen, nicht aus Weisungen allein, sondern auch aus Anwendungen, aus Übertretungen und Mißgeschicken. Nicht das Ideal, sondern die Wirklichkeit ist der Schauplatz der Heilsgeschichte. Der Idealismus in der heutigen Umweltdiskussion hat denn seine Wurzeln auch keineswegs in der Bibel, sondern bei René Descartes, also ausgerechnet beim geistigen Vater der durchgreifenden Naturbeherrschung. Der theologisch treffende Weg führt in eine andere Richtung: Sein Ausgangspunkt ist die Rechtfertigung des Menschen durch die Gnade Gottes. Von daher führen dann die Linien in eine Zukunft, welche besser ist, als sie nach menschlichem Ermessen je sein könnte. Die Gewißheit der Rettung durch Gott befreit den Gläubigen schließlich von übermäßiger Energieverschwendung ebenso wie von feigherziger Umweltpanik.

Panik und Angst gehören bei uns zum alltäglichen Leben. Der bekannte Historiker Professor Hans-Peter Schwarz sagte kürzlich in einem DPA-Interview, daß es seit 40 Jahren Katastrophenangst gebe. Die Bundesrepublik Deutschland feiert in diesem Jahr ihren 40. Geburtstag. Nach Ansicht des Adenauer-Biographen Schwarz haben die Bundesdeutschen diese vier Jahrzehnte regelmäßig in Angst vor Katastrophen unterschiedlichster Art verbracht. Diese Angst könne periodisch immer wieder auftreten, solange die Zukunft des „kurzlebigen Staatswesens in unzählige Möglichkeiten gehüllt“ sei, sagte der Wissenschaftler in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Münster. Während „langer Jahrzehnte vergleichsweise ruhiger bundesdeutscher Geschichte“ wolle und wolle „die so ganz übertriebene sicherheitsbesessene Gesellschaft“ der Bundesrepublik „dem Frieden nicht trauen“. Sie wurde und wird von Ängsten vor neuen innenpolitischen Schüttelkrämpfen, vor dem dritten Weltkrieg, vor dem globalen Umweltkollaps heimgesucht, erklärte der Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn. Und wo internationale Krisen nicht den Auslöser solcher Ängste darstellten, seien

Teile der Bevölkerung von der Sorge vor innenpolitischen Krisen umgetrieben worden. Tiefe Katastrophenangst sei dann — zumindest bei den Unionsparteien — wieder zu Beginn der neuen Ostpolitik zu Zeiten der sozialliberalen Koalition zu beobachten gewesen. Kaum war sie verfliegen, sei ein weiteres Syndrom aufgetreten, das bis in die heutigen Tage hineinwirke. Die Angst vor Ressourcenerschöpfung, Umweltkatastrophen, Chaos in der dritten Welt und Schuldenkrisen in einer vermeintlich rational fast nicht mehr steuerbaren hochtechnologisierten Welt. An dieser Stelle sollte man meines Erachtens vor Verirrungen oder sogar — wie es in der Bibel heißt — vor falschen Propheten warnen. Auch in unserem demokratischen Staat.

Nach Schwarzens Ansicht verlangt das Thema „Die ausgebliebene Katastrophe“ zwingend nach seiner Ausweitung auf die deutsche Frage. Denn von der Unsicherheit in dieser Frage seien die meisten Ziele, Befürchtungen, Kalküle und Kontroversen bestimmt gewesen. Immerhin habe für das Ausbleiben der Katastrophen „der Preis der Teilung bezahlt“ werden müssen. Sicher wisse man in der Bundesrepublik, daß der deutsche Nationalstaat vorerst nicht wiederherzustellen sei. „Dennoch bleibt das dumpfe Empfinden, daß die augenblickliche Lage auf Dauer nicht stabil bleiben kann.“ Die KSZE-Konferenz in Wien macht deutlich, daß der Zustand der Grenzen in Mitteleuropa auf Dauer untragbar geworden ist. Mauer und deutsche Teilung gefährden den Frieden. Die Europäische Union und die Wiedervereinigung Deutschlands schließen — entgegen manchen Annahmen in der Bundesrepublik — einander nicht aus.

Die Bundeswehr wird von vielen Seiten wegen ihrer vermeintlich nicht vorhandenen Sensibilität im Umweltschutz angegriffen. Neuestes Beispiel ist ein kürzlich veröffentlichtes Buch, das sich mit dem Thema „Die Umweltsünden der Bundeswehr — Militär kontra Natur“ sehr polemisch auseinandersetzt. In diesem Buch werden drei Thesen aufgestellt: „Das Militär wird das, was es angetreten ist zu verteidigen, vernichten, käme es wirklich zum Einsatz; Das Militär zerstört bereits in der Vorbereitung dieser vermeintlichen Verteidigung die von ihm zu schützenden Regionen und belastet nachhaltig Mensch und Natur; Und drittens müssen wir uns heute fragen, was das Militär eigentlich verteidigen soll: verseuchte Meere, Seen und Flüsse, vergifteten Boden, sterbende Wälder — ist das nicht absurd?“ Hier stellt sich für den aufmerksamen Beobachter die Frage, wie diese Umweltschützer zur Freiheit stehen. Das Wort Freiheit kommt in diesen Ausführungen nicht vor. Dafür plädiert man in dieser Veröffentlichung für eine ökologische Kriegsdienstverweigerung und meint, sie beanspruche ihren Platz in der Geschichte. Menschenverachtender kann man nach meiner Meinung wirklich nicht sein, wie dies die Herausgeber dieses Buches zeigen. Hier wird dem Schutz der Natur Vorrang gegeben vor dem Menschen und seiner Freiheit. Man sollte sich an dieser Stelle die Aussage der Bibel noch einmal in Erinnerung bringen. Die Natur ist für den Menschen da und ist ihm untertan; der Mensch ist nicht für die Natur da und ist ihr nicht unterstellt. Die letzte Aussage hieße die göttlichen Gebote auf den Kopf stellen, wie dies manchmal bei uns gefordert wird. Derartige Aussagen des Taschenbuches machen nach meiner Auffassung nur deutlich, daß man hier unter dem Deckmantel des Umweltschutzes mit aller Gewalt gegen die Bundeswehr Stimmung

machen will. Man kann nicht auf der einen Seite den Datenschutz für den Bürger lauthals einfordern und auf der anderen Seite die Freiheit des Menschen in unserer Republik zur Disposition stellen — auch wenn es um Umweltschutz geht. Der Ostblock zeigt uns mehr als deutlich, daß es ohne die Freiheit des Menschen auch keinen Umweltschutz gibt, der zu Recht diesen Namen trägt. Das sollte man auch bei den bundesdeutschen Umweltschützern zur Kenntnis nehmen. Nur gemeinsam — auch in der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr — ist unsere Umwelt zu schützen. Umweltschutz ist eine Aufgabe des gesamten deutschen Volkes und sollte kein Tummelplatz für Agitation und Propaganda sein. Nur eine sachgerechte Entscheidung und eine sachliche Diskussion über den richtigen Weg hilft uns weiter.

Bundesverteidigungsminister Professor Dr. Ruppert Scholz hat im November 1988 eine kurz nach seinem Antritt angeordnete neue Konzeption für Übungen des Heeres gebilligt. Sie reduziert die Zahl von Großverbandsübungen mit Volltruppen in freiem Gelände — Übungen mit mehr als 2000 teilnehmenden Soldaten außerhalb von Standort- und Truppenübungsplätzen — um mehr als die Hälfte, macht jedoch auch künftig solche Übungen — zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft — nicht völlig überflüssig. Die ab 1990 gültige Konzeption sieht Übungen mit Volltruppen vorwiegend für die Kompanien und Bataillone vor und zielt so auf eine fordernde und motivierende Ausbildung, verlagert diese Übungen vor allem auf Standort- und Truppenübungsplätze und konzentriert die Aus- und Weiterbildung des Führungspersonals in Rahmenübungen ab Brigade aufwärts bei weitgehendem Verzicht auf vollständige Truppenteile und ihre dazugehörigen Waffensysteme, Fahrzeuge und Geräte. Sie erhält — so der Bundesminister der Verteidigung — die Erfahrung in der Führung voller Großverbände, indem bestimmte, eindeutig begrenzte Übungsabschnitte, die auch für die Truppenausbildung von Nutzen sind, in einer Kombination von Rahmen- und Volltruppenübung angelegt werden, deren Hauptteil jedoch von der Rahmenübung bestimmt wird. Dieses neue Übungskonzept soll die Bevölkerung und die Umwelt wesentlich entlasten.

Das Heer betritt mit dieser Übungskonzeption, mit der Verbindung von Rahmen- und Volltruppenübungen, Neuland. Korps und Divisionen sollen künftig einmal in zwei Jahren eine Rahmenübung durchführen, die Brigaden als Kern des Heeres jedes Jahr eine. Sie haben bei der Anlage und Durchführung ihrer Übungen im Sinne der Auftragstatik weitgehende Handlungsfreiheit. Auch die alljährliche Heeresübung wird grundsätzlich als Rahmenübung geplant. Sie wird auch künftig die Leistungsfähigkeit des deutschen Heeres demonstrieren und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten und Luftstreitkräften sichtbar werden lassen. Im Vorgriff auf diese neue Übungskonzeption wird der bisher vorgesehene Umfang der Heeresübungen 1989 stark reduziert, der der teilnehmenden Soldaten um 11000 auf nunmehr 39000 Übungsteilnehmer begrenzt. Die neue Übungskonzeption soll einen hohen Leistungsstand von Truppe und Führung gewährleisten und zugleich die Bevölkerung und den Umweltschutz entlasten. Dieses neue deutsche Übungskonzept soll in die Bündniskonsultation im Rahmen der Nato eingebracht werden. „Grau, teurer Freund ist alle Theorie, und grün des Lebens goldner

Baum“, sagt Mephistopheles in Goethes Faust 1, „Studierzimmer“. Hoffentlich bleibt diese Konzeption nicht nur Theorie. Nach meiner Auffassung ist die praktische Truppenführung auf allen Ebenen im Gelände durch nichts zu ersetzen — auch nicht durch Sandkastenspiele.

Wie vorstehend ausgeführt wurde, betreibt die Bundeswehr im Wissen um die Bedeutung einer intakten Umwelt seit Jahren zunehmend Umweltvorsorge. In diesem Zusammenhang fördert sie auch die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung vor allem bei der Bereitstellung von Arbeitshilfen. Um die Belastung der Bevölkerung durch Übungsflüge auf das unverzichtbar notwendige Maß zu begrenzen, hat die Bundeswehr unter anderem die Flugausbildung zum Teil in nicht oder wenig bewohnte ausländische Gebiete verlegt; Flüge an Wochenenden und Feiertagen grundsätzlich eingestellt und Nachtflüge weitgehend eingeschränkt. Anzahl und Dauer der Tiefflüge wurden auf ein unabdingbares Maß reduziert, die Tiefstflugausbildung wurde vollständig nach Labrador in Kanada verlegt. Lärmschützende Anpflanzungen, Aufforstungen und Wälle um Schießanlagen und zeitliche Begrenzungen der Schießübungen sind weitere Maßnahmen, um die Belastung für die Bevölkerung zu verringern. Verlegen von Schießausbildung auf ausländische Truppenübungsplätze und der Einsatz von Simulatoren für die Flug-, Fahr- und Schießausbildung ergänzen diese Bemühungen.

Auch Umweltschutz auf See ist erforderlich. Hierzu hat die Marine auf ihren schwimmenden Einheiten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören Einrichtungen an Bord, durch die eine Belastung der See durch schmutz- und ölhaltiges Wasser und Abfälle verhindert oder weitgehend verringert wird. Neubauten werden von vornherein mit modernen Anlagen zur Entölung von Bilgenwasser, mit Sammel tanks und Müll- und Absatzerkleinerungsanlagen ausgerüstet. Die Marine unterstützt darüber hinaus die Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf See in vielfacher Weise. Hierzu gehört die Hilfe bei Tanker- und Ö lunfällen, die seit 1986 angeordnete Überwachung der Schifffahrtswege in der Nordsee aus der Luft und die Übernahme des Ö lauffangschiffes „Bottsand“ für den Einsatz bei Ö lunfällen. Die Bundeswehr hat diesen Beitrag auch in die Bemühungen der Internationalen Nordseekonferenz eingebracht. So ist Umweltschutz heute mehr denn je eine internationale Aufgabe. Die Bundeswehr trägt mit dazu bei durch ihre intensive Mitarbeit im Nato-Umweltausschuß — dem CCMS. Sie hat Seminare über „Umweltschutz im Verteidigungsbereich“ organisiert, die zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch führten. In diesem Sinne ist auch das internationale Symposium der Bundeswehr zum Umweltschutz vom 7. bis 9. November 1988 in Mannheim zu sehen, das neue Ansatzpunkte für den Umweltschutz der Bundeswehr vermittelte. Man kann nur hoffen, daß die verantwortlichen Politiker hier dem Primat der Politik treu bleiben und ungerechte und unsachliche Umweltschutzforderungen, die die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen, kraftvoll zurückweisen — wobei den Bürgern unseres Staates auch die Angst und die Furcht vor eventuellen Wechselfällen des Lebens — wie sie Professor Schwarz vorstehend beschreibt — genommen werden sollte. Wie heißt es doch in Epistel 1, Joh. 4, 16—21 u. a.: „Furcht ist

nicht in der Liebe, sondern die völlige Liebe treibt die Furcht aus: Denn die Furcht hat Pein.“ Diese Aussage sollten wir uns alle merken. Ganz besonders in der Umweltpolitik.

Quellen

Olaf Achilles (Hrsg.), Natur ohne Frieden, Die Umweltsünden der Bundeswehr: Militär kontra Natur, München 1988

J. Borchert, H.G. Fink, D. Korneck, P. Pretscher, „Bedeutung militärischer Übungsplätze für den Naturschutz mit Empfehlungen zur naturgerechten Nutzung und Pflege der Übungsplätze“, in Naturschutz auf Übungsplätzen der Bundeswehr, Umdruck Nr. 69, Bundesministerium der Verteidigung, S. 8 bis 43, Bonn 1987

Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, Bericht über das 121. Wehrtechnische Symposium „Bundeswehr und Umweltschutz“, 1987

Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr und Umweltschutz — Zahlen, Daten Fakten, Bonn 1988

Johann Andreas Cramer, Sammlung einiger Predigten, Kopenhagen 1760

Eugen Deubel, „Die Umweltorganisation der Bundeswehr“, Truppenpraxis, 2/1988

H.J. Hild, „Umweltschutz auf landschaftsökologischer Grundlage in der Bundeswehr“, in Landespflege Rheinland-Pfalz, S. 248 bis 254, 8/1981

Dr. Martin Luther, Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des alten und neuen Testaments nach der deutschen Übersetzung Dr. Martin Luthers, Elberfeld 1851

Neue Übungskonzeption für das Heer, Bundesminister der Verteidigung, Mitteilung an die Presse, 30.11.1988, Bonn

Manfred Gerhard Albert Philipp, Befehlshaber im Wehrbereich III, Vortrag „Umweltschutz im militärischen Alltag“, Mannheim, 8. November 1988

M. Riederer, „Militärische Übungsplätze als Refugium für bedrohte Tier- und Pflanzenarten“, in Laufener Seminarbeiträgen, 7/83, S. 105 bis 113, 1985

Peter Ruch, Pfyn/Thurgau, „Politisierende Kirche und Theologie“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 31, 9. Februar 1988

Hans Peter Schwarz, „Die Deutschen trauen dem Frieden nicht“ — 40 Jahre Katastrophenangst in der Bundesrepublik, DPA-Interview, Münster, General Anzeiger, Bonn, 22. November 1988

Umweltbundesamt, Belästigungen durch Schießlärm und Lärmschutzmaßnahmen, Bericht über ein Symposium des Umweltbundesamtes am 12. und 13. Juni 1980

„Wie steht es ums Waldsterben?“, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 269, 18. November 1988

Peter Kurz Würzbach, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Vortrag auf dem Internationalen Symposium zum Umweltschutz der Bundeswehr, Mannheim, 7. November 1988

U. Zeidler, „Das Konzept für Ausbildung und Naturschutz auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg“, Vortrag in Hammelburg am 23. Juni 1988.

Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Weißbuch 1985, Herausgeber: Der Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1985

Blume des Jahres 1989

Die Karthäuser-Nelke

Gefährdet schon vom Standort her

Wolfgang Altendorf

Die Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen, Kampchaussee 10, 2050 Hamburg 80 — unter ihrer Schirmherrin Frau Loki Schmidt —, wählte zur „Blume des Jahres 1989“ die Karthäuser-Nelke (*Dianthus carthusianorum*). Diese Nelkenart stand eigentümlicherweise bisher nicht unter Schutz. Hier herrscht also dringender Nachholbedarf. Sie ist stark gefährdet; wo man sie pflückt oder im Standort stört, verringert sich ihr gering gewordener Bestand weiter. Ihr Name: die Karthäuser-Mönche sollen sie in ihren Klostergärten angepflanzt haben. Die ganze Pflanze nämlich enthält Saponine, seifige Bestandteile also, die die Karthäuser, flüssig und offenbar äußerlich, gegen Muskelschmerzen oder Rheuma nutzten. Allerdings sind gerade die Karthäuser-Nelken hier kaum ergiebig genug.



Sie liebt es trocken und warm

Die Wildblume wird bis zu 60 cm hoch, kann aber auch — wie bei fast allen wildwachsenden Nelken — ausgesprochen klein bleiben (12 cm), je nach Standortmöglichkeit. Hier nun liebt sie es trocken und warm. Sie bevorzugt Trockenrasen, der kurz bleibt, was zu-

meist poröse Kalkbodenunterlage bewirkt. So findet man sie in Europa und Kleinasien, wo sie heimisch ist, ebenso auf südzugeneigten Hängen oder Böschungen, wie an Wege- und Waldrändern, auf Kalkfelsen und trockenen Hügeln. Infolge ihrer meist dunkelroten Blüten, häufig aus Gras oder Moos auffällig „herausleuchtend“, erhielt sie etliche volkstümliche Namen wie „Blutnelke“ oder „Blutströpfchen“, auch (eben weil hin und wieder auf Kalksteinen angesiedelt) „Steinnetke“.

Fünf gezähnte Blütenblätter

Sie ist „ausdauernd“, d. h. sie kommt mehrjährig immer wieder — vorausgesetzt, daß sie ungestört bleibt — an ihrem Standort vor. Die Blüten, meist mehrere, dann in Büscheln und dabei dicht zusammengedrängt, selten einzeln, am oberen Ende des Stengels, haben fünf gezähnte, blutrote oder — manchmal — auch etwas hellere gestreifte Blütenblätter. Sie wachsen aus braunen trockenhäutigen Hochblättern mit einem leder- und schuppenartigen Kelch an einem unbehaarten Stengel hervor. Der Stengel trägt schmale, an der Spitze bald bräunlich werdende Blätter. Die Blätter fühlen sich an den Rändern rau an und sind am Stiel röhrenartig mit dem Stengel verwachsen. Dort, wo sie gegenständig hervorsprossen, bilden sich am Stiel kurz gut erkennbare Verdickungen.

Sie blüht von Sommeranfang bis Ende August

Je nach Höhenlagen und Witterung — die Karthäuser-Nelke geht kaum über 500 Meter Meereshöhe hinaus — blüht sie etwa von Sommeranfang, da und dort auch schon Anfang Juni bis etwa Ende August, selten später. Durch frühere einschneidende Kulturmaßnahmen im Bestand zurückgehend, müßte es dem wachsenden Verständnis für Wildpflanzen gelingen, sie vor dem Aussterben zu bewahren. Unter anderem verpflanzt man sie, dort wo sie zu gefährdet steht, an sicherere Standorte, also abseits des Publikumsverkehrs und in für sie optimale Umgebung. Ihre Wahl zur „Blume des Jahres 1989“ ist ein sicherlich ebenfalls und dazu exemplarisch-wirksamer Versuch in dieser positiven Richtung ihrer Erhaltung.

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS)

An die Vertreter von Belgien, Bulgarien, Dänemark, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Griechenlands, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, Portugals, Rumäniens, Spaniens, der Tschechoslowakei, der Türkei, Ungarns, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika:

Am 6. März 1989 beginnen in Wien die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Der Katholische Laienrat Österreichs erwartet, daß damit ernsthafte Bemühungen verbunden sind, Frieden als „Werk der Gerechtigkeit“ weiter zu fördern. Die Zeit ist insoferne günstig, als ein Gesichtverlust für die eine oder andere Seite nicht zu befürchten ist.

Die AKS legt aber großen Wert auf die Feststellung, daß in der Vergangenheit erzielte Verhandlungsergebnisse und geschlossene Verträge bisher nicht immer eingehalten wurden.

Zu oft sind die Menschen getäuscht worden, sowohl durch wohlklingende Deklarationen und Absichtserklärungen in der Öffentlichkeit als auch durch möglichst geheimzuhaltende Vertragsbrüche oder Umgehungen bestehender Abkommen mit Hilfe anderer Verfahren. Abrüstungsexperten sind Beispiele dafür genügend bekannt.

Ernsthafte Bemühungen sollten nicht damit beginnen, daß neue Versprechungen alte Vertragsverletzungen verdecken. Auch das Inkaufnehmen von Grauzonen der Verifizierbarkeit, nur um dem Erfolgsdruck nachzugeben, ist auf die Dauer gesehen enttäuschend und gefährlich.

Die AKS verlangt daher

- die Umsetzung der bereits formulierten Absichten in überprüfbare Verträge,
- die Verwirklichung bereits geschlossener Verträge ohne Einschränkungen sowie
- die Wahrung des Zusammenhangs der Bereiche „Menschenrechte“ und „Abrüstung/Rüstungskontrolle“.

Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs erwartet von den Delegierten, daß bei den eben beginnenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ zwischen den 23 Mitgliedern der beiden Bündnisse die vereinbarte, vorrangige Zielsetzung des Verhandlungsmandates erreicht wird, die da lautet:

„Beseitigung der Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen“.

Im Rahmen weiterer Abrüstungsverhandlungen fordert die AKS von den USA und der UdSSR im besonderen die Realisierung ihrer Absichtserklärung, bei der Fortsetzung der START-Verhandlungen die strategischen Atomwaffen auf die Hälfte zu reduzieren.

Es wird in Erinnerung gebracht, daß sich nach dem „Non-proliferations“-Vertrag die Supermächte bereits seit 1970 verpflichtet haben, substantielle Verringerungen ihres nuklearen Potentials vorzunehmen.

Darüber hinaus sind die Verhandlungen zur Beseitigung von chemischen Waffen im Rahmen der ständigen UN-Abrüstungskonferenz in Genf endlich abzuschließen.

Bereits 1925 wurde der Einsatz chemischer Waffen „geächtet“ — eingesetzt wurden sie noch nie so häufig wie jetzt.

Es wird die rückhaltlose Vernichtung aller Bestände ebenso erwartet wie die Verhinderung einer weiteren Produktion in Anlagen der chemischen Industrie.

Die AKS Österreichs fordert alle Delegierten auf,

- daß sie das Vertrauen, das alle friedliebenden Menschen in sie und ihr Mandat setzen, nicht mißbrauchen, sondern
- daß sie durch ihr Verhalten die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen für den Frieden unter Beweis stellen.

Vor 50 Jahren

Die Ermordung des Leo Statz

Vom Volksgerichtshof verurteilt und hingerichtet

„Sei doch einmal nett zu mir.
Alles, alles schenk ich dir,
sei nicht zaghaft, zimperlich,
duze, duze, duze mich!“

Wolfgang Altendorf

Dieser harmlose Refrain eines Karnevalliedes von 1939, sollte Leo Statz, Direktor der Birresborner Mineralbrunnengesellschaft, doch schließlich zum tödlichen Verhängnis werden. Er wurde am 1. November 1943, nach einem Urteil des berühmigten Volksgerichtshofes in Berlin unter Roland Freisler, hingerichtet. Alle Versuche, sein Leben zu retten, eine Begnadigung zu erwirken, schlugen fehl: Zu sehr hatte sich dieser aufreche Demokrat und rheinisch-fröhliche Mensch mit dem Kreisleiter, dem Gauleiter in seiner Heimat überworfen. Sein Humor, seine Freude, menschliche Schwächen zu erspüren und ein wenig zu glossieren, konnte bei einem Regime, das sich selbst tödlich ernst meinte, nur Haß und Rachegefühle erzeugen.

Verbot eines Karnevalsliedes

Was nun war an diesem Karnevalslied Anstößiges? Damals regierte in Italien ein anderer Diktator, nämlich Benito Mussolini, ebenfalls ein „Führer“, auf italienisch „Duce“, und dieses „duze, duze, duze —“ wurde von den Nationalsozialisten, vom Kreisleiter, vom Gauleiter als eine „gezielte Verunglimpfung“ des befreundeten italienischen „Duce“ und Staatschefs interpretiert. Das Karnevalslied wurde verboten, durfte nicht mehr gesungen werden. Leo Statz, Verfasser und Präsident des Düsseldorfer Karnevals, setzte sich dagegen zur Wehr. Er konnte diese unsinnige, ja lächerliche Fehlinterpretation nicht hinnehmen und wollte das auch nicht. Aber da war seine Akte, die die Kreisleitung längst angelegt hatte. Er galt als „Oppositioneller“, als „überzeugter Katholik, der“, wie es da (ab-schätzig) hieß, „sonntags stets in die Kirche geht, an allen Prozessionen teilnimmt, Spenden verweigert“ — und dazu ein Vetter des beim „Röhmputsch“ erschossenen Ministerialdirektors Klausener. . . .“ Man verfügte eine Neuwahl des Präsidenten. Leo Statz aber wurde wiedergewählt. Dennoch sollte er keine Karnevalssitzung mehr leiten: Der Krieg brach im September 1939 aus.

„Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen“

Auf Grund seiner schlimmen Erfahrungen, die er in den letzten 6 Jahren mit dem Nationalsozialismus machen mußte, war Leo Statz überzeugt, daß dieser neu vom Zaune gebrochene Krieg durch Hitler nicht zu gewinnen sei. Er konnte sich unmöglich vorstellen,

daß ein Mensch, der seine Macht mit Hilfe von Mord abzusichern suchte, ein derart elementares Geschehen, wie es ein Krieg darstellte, zu überstehen vermochte. „Die Nationalsozialisten werden mit der Niederlage verschwinden.“ Diese Prophezeiung äußerte er, als Hitler noch an allen Fronten Erfolg hatte — und solche Äußerungen waren gefährlich angesichts dieser Sieges euphorie.

Bombennächte

Wie nahe er mit dieser Prophezeiung der Wirklichkeit kam, das zeigten die ersten „Bombennächte“, die Fliegerangriffe, die 1942 einsetzten, zuerst in Köln verheerende Zerstörungen brachten, im August dann ebenfalls in Düsseldorf, und von da an immer wieder. Auch die Wohnung von Leo Statz wurde bei diesem ersten fürchterlichen Angriff im August völlig zerstört — mit ihr die Kunstschätze, die er sich, der Mäzen, angesammelt hatte. Als Leo Statz vor diesen Trümmern stand, wußte er, daß das Ende Hitlers bevorstand. Worauf es für ihn ankam, daß die Menschen, seine Mitbürger, diese Katastrophe einigermaßen auch heil an ihrer Seele überstanden. Er redete ihnen Mut zu, half ihnen, wo das nur möglich war — und hielt mit seiner Meinung über die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht hinter dem Berg.

Ein tödliches Protokoll

Im Juli 1943 wird Leo Statz von der Gestapo verhaftet. Der Anlaß war ein Gespräch in der Kantine der Goeben-Kaserne in Trier. Statz war von einem seiner Angestellten begleitet. Es ging um geschäftliche Lieferungen für diese Kantine. Die Aussage des Angestellten ist in einem Protokoll überliefert.

„Am 22. Juli 1943, einem Dienstag, begaben sich der Angeklagte (Leo Statz) und ich (sein Angestellter) in die Kantine der Goeben-Kaserne in Trier, um mit dem Kantinenwirt Förster geschäftliche Dinge zu besprechen. Nachher schilderte Herr Statz den Eheleuten Förster die Lage in den luftbedrohten Gebieten in den schwärzesten Farben und erzählte, die Bevölkerung in diesen Gebieten sei der Verzweiflung nahe. Als ich dann mit Herrn Statz allein saß, erklärte er, den Krieg haben wir schon verloren, als wir ihn angefangen hatten. Ich entgegnete, daß ich überzeugt sei, daß wir den Krieg gewinnen. Darauf erwiderte Herr Statz: ‚Ich will Ihnen Ihren Glauben nicht nehmen, es wird aber die Zeit kommen, in der Sie mir recht geben müssen.‘ Ich ließ mich jedoch nicht beirren und erklärte: ‚Der Führer wird den Laden schon schmeißen‘, worauf der Angeklagte erklärte: ‚Ihr seid ja alle so fanatisch, daß ihr die Propaganda nicht von der Wirklichkeit zu unterscheiden vermögt.‘ Nach einiger Zeit trat die Ehefrau Förster, die einen Teil des Gespräches gehört hatte, an den Tisch und ermahnte den Angeschuldigten zur Vorsicht. Dieser fuhr jedoch fort: ‚Den Bombenkrieg haben wir doch angefangen. Laßt euch doch nicht von den gleichgeschalteten Blättern verhetzen.‘ Als in den Abendstunden der schwerverletzte Oberfeldwebel Eickenhorst und der Feldwebel Spree auf die Einladung des Angeklagten am Tisch Platz nahmen, sagte dieser: ‚Ihr laßt euch draußen die Knochen zerschießen und wißt nicht, wofür.‘ Eickenhorsts Antwort: ‚Für Deutschland‘ suchte Statz mit den Worten zu

berichtigen: ‚Sie sind beinlos nicht für Deutschland, sondern für Adolf Hitler. Sie werden noch sehen, wie es Ihnen ergeht.‘ Und dann noch, als der Feldwebel meinte, ich werde schon durchkommen: ‚Sie sind ein fröhlicher Optimist!‘ Daraufhin verließ der Feldwebel den Tisch und entfernte sich.“

„Feindbegünstigung und Zersetzung der Wehrkraft“

Eine üble Denunziation, bei der die Urheber wissen mußten, wie dieser nationalsozialistische Staat darauf reagieren würde. Auf „Wehrkraftzersetzung“ stand die Todesstrafe. Leo Statz erfuhr erst drei Tage vor dem Termin beim Volksgerichtshof von dieser Aussage seines Mitarbeiters. Aus einer späteren Durchsicht von Gestapoakten geht hervor, daß dieser „Zeuge“ wenigstens 60 Bekannte und Fremde bei der Geheimen Staatspolizei anzeigte, dabei zwei Todesurteile und insgesamt 37 Jahre Zuchthaus und Konzentrationslager durch seine Denunziationen verursachte.

Der Volksgerichtshof in Berlin unter Roland Freisler verhandelt gegen Leo Statz am 27. September 1943. Die Verhandlung beginnt um 9.15 Uhr. Die Anklage lautet auf „Feindbegünstigung und Zersetzung der Wehrkraft“. Freisler läßt, liest man das Protokoll, auch diese Verhandlung — wie das seine Art war — zur makabren Komödie ausarten. Den Angeklagten gilt es lächerlich zu machen, um ihn dann um so würdeloser zu vernichten. Und das geschieht. Das Urteil erkennt „für Recht“, daß Leo Statz „für immer ehrlos“ geworden sei und deshalb mit dem Tode bestraft wird.

Die Kreisleitung verhindert eine mögliche Begnadigung

Alle Versuche zu seiner Rettung scheitern. Die Gnadengesuche zögern zwar die Vollstreckung des Urteils, die sonst in der Regel nach vier Tagen erfolgt, hinaus, können sie aber nicht verhindern. Die Kreisleitung der NSDAP in Düsseldorf wendet sich direkt nach Berlin mit dem Hinweis, „... daß es nicht verstanden werden würde, falls im vorliegenden Falle es nicht zur Strafvollstreckung kommen sollte...“. Man sieht die Gelegenheit zur Rache und erinnert sich „an die Schwierigkeiten“, die dieser mutige Mann „stets machte“, auch an das Karnevalslied von 1939. Selbst als die erfolgte Hinrichtung bestätigt wird, gibt man noch nicht Ruhe. Die Seelenmesse für den Ermordeten wird zum Anlaß für weitere Recherchen, ja, man versucht, die Namen derjenigen festzustellen, die für Leo Statz ein Gnadengesuch einreichten, um, „... soweit es sich dabei um Parteigenossen handelt, in entsprechender Weise vorzugehen“.

Ich bin gefesselt und kann deshalb nur schlecht schreiben

Nein, Leo Statz hatte keine Chance. In seinem Abschiedsbrief dankt er seiner Frau für ihre Liebe. Er habe sich auf den Tod vorbereitet. „Jetzt schenkt mir Gott die Gnade, daß ich würdig und stolz als Unschuldiger in den Tod gehe...“ Und: „Ich bin gefesselt und kann deshalb nur schlecht schreiben. Nun bin ich aber in fünf Stunden von allem Leid befreit...“ Schließlic: „Als letzten Liebesdienst schickt doch an Herrn Hauptwachtmeister

Hoffmann, der immer so gut zu mir war und mir die letzte Zeit und die letzten Stunden verschönte, zwei Flaschen Sekt als Dank und Gruß. . .“

Und zuletzt, hastig hingeschrieben: „Sie kommen mich holen! Ade! Und gelobt sei Jesus Christus.“

Rudolf Predeek brachte 1948 eine ausführliche Schilderung unter dem Titel „Die rote Robe — Der Fall Leo Statz“ im Selbstverlag heraus, der die Einzelheiten zu diesem Bericht entnommen wurden. Seit 40 Jahren ist dieses Buch vergriffen. Eine Neuauflage fand bisher nicht statt.

IM
NAMEN
DES VATERS UND
DES SOHNES UND
DES HEILIGEN
GEISTES
AMEN

Co

20. Juli 1944 — 45 Jahre danach

Gedanken zum Aufstand des Gewissens gegen Terror und Krieg

Karl-Wilhelm Becker

Der 20. Juli 1944 dämmerte heran wie jeder andere Tag in diesem mörderischen Krieg. Die deutschen Truppen in Ost und West standen in fast hoffnungslosen schweren Kämpfen mit einem überlegenen Gegner. Die Fronten waren zum Zerreißen gespannt und die gegnerischen Vorstöße konnten nur unter großen Verlusten aufgefangen werden. In allen Stäben der Wehrmacht — bis hinauf zum OKH — herrschte rastlose Emsigkeit und auch Bestürzung auf Grund der Frontlage. Doch wer genau beobachtete, merkte auch eine gewaltige Anspannung — in den Divisions- und Korpsstäben, in den Armeeoberkommandos, bei den Heeresgruppen und auch in der Bendlerstraße in Berlin, wo der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres mit seinem Stab lag. Es lag eine elektrisierte Spannung in der Luft, die nur auf den zündenden Funken wartete. Viele Eingeweihte, die Bescheid wußten, warteten auf das Stichwort „Walküre“ aus Berlin, das ihnen den Beginn des Aufstandes des Heeres gegen Hitler und seine Verbrechen ankündigen sollte. Unter diesem Stichwort sollten Truppen des Ersatzheeres, vor allem Schul- und Ausbildungstruppen, gegen etwaige innere Unruhen oder alliierte Landungen eingesetzt werden. Unruhen mochten z.B. von den Millionen Kriegsgefangener und ausländischer Arbeitskräfte herrühren. Unter der Ägide Stauffenbergs wurden die entsprechenden Mobilmachungsbefehle so modifiziert, daß mit ihrer Erteilung im Reich die Regierungsgewalt übernommen werden konnte. Unter dem Vorwand, durch Hitlers Tod seien innere Unruhen von seiten „frontfremder Parteikreise“ ausgelöst worden und diese Parteikreise versuchten, der schwer ringenden Front in den Rücken zu fallen, würden unter dem Stichwort „Walküre“ Partei, SS, Gestapo- und andere Dienststellen des Regimes besetzt, ferner wichtige Objekte wie Telefon-, Telegraphen- und Rundfunkeinrichtungen, Kraftwerke und Brücken. Vertrauensleute — Verbindungsoffiziere genannt —, die vorher in monatelangen Sondierungen eingeweiht und gewonnen worden waren, sollten in den 18 Stellvertretenden Generalkommandos und in Frankreich die Verschwörerzentrale repräsentieren und für die Ausführung der in der Bendlerstraße in Berlin auszugebenden Befehle sorgen. Ein paralleles Netz von politischen Beauftragten, von denen viele auch Wehrmichtsangehörige waren, meist nur kriegsbedingt, hatte entsprechende Aufgaben am Tag X zu übernehmen, die Verbindungsoffiziere und die Stellvertretenden Kommandierenden Generale zu beraten und die Partei- und Verwaltungseinrichtungen zu überwachen. Sie sollten aber auch grundsätzlich den Gedanken politischer Verantwortung für die militärischen Maßnahmen verkörpern. Das besondere Merkmal dieser Militäropposition war, daß sie keine Militärdiktatur anstrebte, sondern die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und ziviler, verfassungsmäßiger Regierungsverantwortung. Schulenburg und Goerdeler, vor allem aber Beck, hatten auf die Einrichtung der Politischen Beauftragten bestanden, und im Herbst 1943 hatte Generaloberst Beck „ultimativ“ die Übergabe einer entsprechenden Liste verlangt, vorher könne und wolle die militärische Führung nicht handeln. Der zivile Charakter des Umsturzes durfte durch die Notwendigkeit militärischer Initiative an seinem Beginn nicht verdeckt werden.

Nur teilweise ist der späte Zeitpunkt des Entschlusses zu Attentat und Staatsstreich durch den Mangel an westlichen Zusicherungen und durch die Bedrohung durch die Rote Armee zu erklären. Man mußte die Haltung der höheren Führer der Armee beachten und einen Attentäter mit berechenbarem Zugang zu Hitler gewinnen, damit Attentat und Umsturzmaßnahmen synchronisiert werden konnten — denn man zwar überzeugt, daß die SS-Organisation durchaus in der Lage war, das verbrecherische Regime auch nach dem Tode Hitlers aufrechtzuerhalten. Der isolierte Tod Hitlers wurde von den Verschwörern nie für eine ausreichende Umsturzmaßnahme gehalten. Seit dem erfolgreichen Frankreichfeldzug im Jahre 1940 stand man vor dem Dilemma, daß ein siegreiches Heer nicht gegen seinen Obersten Kriegsherren geführt werden konnte.

Bereits im Jahre 1938 — nach dem Rücktritt von Generaloberst Beck — hatte die damalige Heeresleitung im Rahmen der Sudetenkrise einen Putsch des Heeres vorbereitet. Becks Nachfolger als Generalstabschef, General der Artillerie Franz Halder, übernahm am 28. August 1938 sein neues Amt. Er wollte — ebenfalls wie sein Vorgänger — das Risiko eines Krieges vermeiden und griff daher frühere Staatsstreichpläne seines Vorgängers auf, für den Fall, daß Hitler einen Angriff gegen die Tschechoslowakei befehlen sollte. Eine wichtige Rolle spielte bei den damaligen Vorbereitungen Oberstleutnant Oster — im Kriege Generalmajor — von der Abteilung Ausland/Abwehr im OKW. Er knüpfte Kontakte zu Regimegegnern im Auswärtigen Amt, im Innen- und Justizministerium sowie zur Berliner Polizei. Emissäre Halders und Osters informierten 1938 Mitglieder der britischen Regierung und versuchten, sie zu einem Kurs der Härte gegen Hitlers Forderungen zu bewegen. Oberstleutnant Oster hatte den konservativen Ewald von Kleist-Schmenzin zum damaligen britischen Oppositionsführer Winston Churchill entsandt. General Halder hatte durch Hauptmann Boehm-Tettelbach mit dem britischen Kriegsministerium Verbindung aufnehmen lassen. Im Auftrag des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, informierte der Botschaftsrat der deutschen Botschaft in London, Theo Kordt, den britischen Außenminister Halifax über die Pläne der Opposition gegen Hitler. Die Engländer blieben jedoch mißtrauisch und suchten eine vertragliche Lösung der Sudetenfrage — gemeinsam mit Hitler. Für die Durchführung einer möglichen Aktion im Rahmen dieser Staatsstreichpläne wurde der Kommandierende General des III. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis III — Berlin —, General der Infanterie von Witzleben gewonnen. Er arbeitete eng mit Generalmajor Graf von Brockdorf-Ahlefeldt, dem Kommandeur der 23. Division, in Potsdam zusammen. Durch Osters Vermittlung hatte sich der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf, zusammen mit dem Leiter der Reichskriminalpolizei, Nebe, zur Verfügung gestellt, beide hohe SS- bzw. SA-Führer. Der auslösende Befehl sollte von General Halder kommen, General von Witzleben die Durchführung leiten. Man wollte Berlin mit den Potsdamer Truppen und mit Kräften der Polizei besetzen und mit Hilfe der Kommandierenden Generale in den Wehrbereichen die Macht im Reiche übernehmen. Generalleutnant Hoepfner sollte als Kommandeur der 1. leichten Division mit seinen Panzerverbänden der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ den Weg von München nach Berlin verlegen, um sie am Eingreifen in das Geschehen zu hindern.

Hitler hatte auf dem Reichsparteitag, der am 12. September 1938 beendet war, seine unbeirrbar entschlossene Haltung erklärt, die sudetendeutsche Frage um jeden Preis zu lösen. In Erwartung des Angriffsbefehls, womit man den Staatsstreich vor der Öffentlichkeit rechtfertigen wollte, hatte man als Zeitpunkt zum Losschlagen den 14. bis 16. September vorgesehen. Außer der Verhaftung der Regierungsmitglieder und Parteifunktionäre war die Verhaftung Hitlers in der Reichskanzlei geplant. Der Führer des im Auftrage Witzlebens und Osters zusammengestellten Stoßtrupps zur Besetzung der Reichskanzlei, Major Friedrich Wilhelm Heinz, wollte mit seinen Männern — in Änderung des vorstehenden Plans — Hitler bei diesem Handstreich erschießen. Zur Durchführung dieses Staatsstreiches kam es jedoch nicht. Als die Verschwörer bereit zum Losschlagen waren, kam es zur „Münchener Konferenz“ am 29./30. September 1938. Hier erklärte sich der britische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier und der italienische Staatsführer Mussolini mit der Angliederung des Sudetenlandes an das Reich einverstanden. Ein Staatsstreich gegen den damals erfolgreichen „Führer“ war damit unmöglich geworden. Dies hätte keiner im deutschen Volk verstanden und mitgetragen. Am 1. Oktober 1938 marschierten deutsche Truppen in das Sudetenland ein und wurden von der Bevölkerung jubelnd empfangen. Frankreich und Großbritannien hatten durch ihr nachgebendes Verhalten gegenüber Hitler die einmalige Chance verstreichen lassen, die den zweiten Weltkrieg verhindert hätte. Die deutsche Generalität war nicht auf eine Kriegsführung eingestellt — sie wollte keinen Krieg, wie die Rücktritte von Generalfeldmarschall von Blomberg, Generaloberst Freiherr von Fritsch und Generaloberst Beck eindeutig zeigten. Millionen Menschen wären nicht gefallen — an den Fronten und in der Heimat — und Millionen von Juden wären der Vernichtung entgangen, wenn England und Frankreich damals gemeinsame Sache mit den Verschwörern in Deutschland gemacht hätten. Warum es nicht dazu kam, ist heute nicht mehr nachvollziehbar. So kam es, daß durch die jeweiligen Erfolge Hitlers — in Polen und Frankreich — auch 1939 und 1940 Putschabsichten der Heeresführung nicht durchgeführt werden konnten.

Erst das Scheitern des „Unternehmens Barbarossa“ im Winter 1941 vor Moskau bot jedoch den „fundamentalen Hitlergegnern in Uniform“ — wie von Witzleben, Beck, Hoepfner und von Tresckow, um nur einige herausragende Persönlichkeiten zu nennen — die Möglichkeit, sich in neuen Oppositionsgruppen zu formieren, die vom Erlebnis des Vernichtungskrieges im Osten geprägt und dann auch bereit waren, die Attentatspläne auf Hitler neu zu entwickeln. Im April 1942 antwortete Graf Stauffenberg — damals Gruppenleiter im Generalstab des Heeres — auf die Frage eines Besuchers nach den Möglichkeiten eines Putsches: „Unsere Verbündeten sind die militärische Notlage und Rückschläge, die vielleicht der Vernunft dienlich sind. . . Bevor es zu spät ist.“

Seit Beginn des Jahres 1943 aber wurden die Vorbereitungen für den Putsch und damit für den Staatsstreich vor allem durch bizarre Zufälle und Mißgeschicke und durch Einbrüche der Gestapo in die Verschwörung behindert. Für den eigentlichen Putsch des Heeres war Oberst i. G. Graf Schenk von Stauffenberg, Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, unentbehrlich. Aber selbst wenn General der Infanterie Olbricht den „Walküre“-

Staatsstreich allein hätte durchführen können — was, wie sich am 15. und 20. Juli 1944 herausstellte, nicht der Fall war — hätte es nichts genützt. Graf Stauffenberg hatte bis zum Juni 1944 keinen Zugang zu Hitler. Die vielen Anläufe tatbereiter Verschwörer schließlich — wie von Freiherr Axel von dem Bussche, Kleist, Breitenbuch — bis März 1944 scheiterten an widrigen Umständen, teilweise an Sicherheitsmaßnahmen. Ein Plan, Hitler bei einem Besuch der Invasionsfront zu verhaften oder zu erschießen, scheiterte ebenfalls. Deshalb entschloß sich Stauffenberg selbst, das Attentat auszuführen. Da er allein für die Ingangsetzung und die Leitung des „Walküre“-Staatsstreiches in Berlin unentbehrlich war, mußte er sofort nach dem Attentat in die Bendlerstraße nach Berlin zurückkehren. Die Bombe im Führerhauptquartier explodierte wenige Minuten nach 12.40 Uhr am Mittag des 20. Juli 1944. Gegen 16.00 Uhr war Stauffenberg in der Bendlerstraße in Berlin und brachte durch die Ausgabe der vorbereiteten Befehle den Staatsstreich in Gang.

Die weiteren Abläufe dieses Tages sind bekannt. Die erste Nachricht vom Fehlschlag des Attentats kam in der Nacht vom 20. zum 21. Juli durch den Rundfunk. Am Vormittag des 21. Juli wurden Extrablätter verkauft. Sie priesen die Bewahrung des „Führers“ vor dem Anschlag einer „kleinen Clique von Ehrgeizlingen“. Etwa eine Stunde nach Mitternacht — am 21. Juli 1944 — hörte man aus dem Rundfunkapparat die Stimme Hitlers. Er sagte: „Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen. Ich weiß nicht, zum wievielten Male nunmehr ein Attentat auf mich geplant und zur Durchführung gelangt ist. Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen. . . Die Bombe, die von dem Oberst Graf von Stauffenberg gelegt wurde, kreperte an meiner rechten Seite. . . Diesmal wird so abgerechnet werden, wie wir dies als Nationalsozialisten gewohnt sind.“ Hitler und seine Schergen — an erster Stelle Himmler — rechneten ab, wie sie es gewohnt waren. Generaloberst Ludwig Beck, General der Infanterie Friedrich Olbricht, Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haefthen wurden in der Nacht nach dem Attentat im Bendlerblock bzw. im Hofe des Bendlerblocks erschossen. An die 7000 Männer und Frauen aus dem Widerstandskreis fanden bis zum 8. Mai 1945 — dem Tag der deutschen Kapitulation den Tod, die meisten von ihnen durch Henkershand in dem kahlen Hinrichtungsraum des Zuchthauses Plötzensee oder in den vielen Konzentrationslagern durch Mörderhand. Viele Mitverschworene — Mithelfer und Mitwisser — entkamen dem Henker und konnten überleben — zum großen Teil auch durch verständige Vorgesetzte und Kameraden, die sie deckten. Alle verloren Freunde durch diese Verbrecher, die sich am deutschen Volk so versündigt hatten. Der 21. Juli war ein strahlender Sommertag. Für alle aber, die dem Staatsstreich nahestanden, wurde es an diesem Tage zur Gewißheit, daß das deutsche Reich zum Untergang verdammt war. Das Verbrechen hatte über die Männer und Frauen triumphiert, die für Recht, Freiheit und Demokratie den Aufstand gewagt hatten. Alle hatten den Tod vor Augen, die in diesen Kreis eintraten. Generalmajor Henning von Tesckow faßte dies in einem Gespräch mit Verschwörern in die Worte: „Wir alle haben das Nessoshemd angezogen. „Nessos“ war in der griechischen Sage ein Zentaur, den Herakles mit ei-

nem vergifteten Pfeil tötete. In dem mit seinem Blut getränkten Nessosgewand kam Herakles elend um. Alle, die dieser Entwicklung näher standen wußten, daß es keine Clique ehrgeiziger Offiziere war, die Umsturz und Staatsstreich vorbereitet hatten. Sorgsame Vorbereitungen waren notwendig gewesen, für die Tat selbst, für die rasche Ausschaltung des nationalsozialistischen Machtapparates unmittelbar danach und für eine schnelle Beendigung dieses Krieges, dem alle Völker täglich Tausende von Menschen zu opfern gezwungen waren. Das Netz der Verbindungen verknüpfte Militärs in maßgeblicher Position, ehemalige und noch im Dienst befindliche Beamte, Führer der verbotenen Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums und der Gewerkschaften verschiedener Richtungen und Kirchenmänner. Alle waren, wenn irgendwie möglich, mit vielen anderen kleineren Gruppen verbunden. Nicht durchorganisiert, nicht hierarchisch gegliedert und nicht alle in regeltem Kontakt. Dies war unter den Argusaugen der Gestapo auch gar nicht anders möglich. Das Netz der Verschwörer zog sich von Süddeutschland zum Saarland, zum Rheinland und zum Ruhrgebiet, Sachsen, Thüringen, Schlesien bis nach Ostpreußen; nicht zu reden von den guten Verbindungen nach Paris und Wien und zur Heeresgruppe Mitte an der Ostfront. Berlin war jedoch der Mittelpunkt. Im Bendlerblock, wo früher das Oberkommando des Heeres untergebracht war, befanden sich das Allgemeine Heeresamt und der Sitz des Befehlshabers des Ersatzheeres. In den Jahren 1943 und 1944 war hier die Schaltzentrale der militärischen Verschwörung gegen das Naziregime. In Berlin lagen aber auch die Orte der heimlichen Treffen der Verschwörer. In der Fabrik für Bierdruckapparate, die Wilhelm Leuschner gehörte, in Kreuzberg, Eisenbahnstraße 5, in Dr. Lebers Kohlenhandlung, bei Jakob Kaiser in der Wittelsbacherstraße, in der Wohnung von Generaloberst Beck in Lichterfelde, Goethestraße 24, in der Wohnung der Brüder Stauffenberg in Wannsee, Tristanstraße 8. Ein besonderer Treffpunkt war die Wohnung von Peter Graf Yorck von Wartenburg in Lichterfelde, Hortensienstraße 50. Zwei Kreise aus dem bürgerlichen Widerstand sollten meines Erachtens hier gesondert erwähnt werden. Es sind dies der „Solf-Kreis“ und die Berliner „Mittwochsgesellschaft“. Der Legationssekretär von Scherpenberg — ein Schwiegersohn Schachts und in der Bundesrepublik Staatssekretär im Auswärtigen Amt — war Mitbegründer des „Solf-Kreises“. Diese Gruppe wurde nach der Witwe des früheren Botschafters Dr. Wilhelm Solf benannt. Bei ihr trafen sich oppositionelle Beamte aus dem Auswärtigen Amt. Durch einen Spitzel — einen gewissen Dr. Reckzahl — kam die Gestapo auf die Spur dieses Kreises. Die Rotkreuzhelferin Elisabeth von Thadden und der Gesandte Otto Kiep — beide Mitglieder des Kreises — wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Berliner „Mittwochsgesellschaft“ war ein Kreis von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen und anderer Persönlichkeiten, die sich zu zwanglosem Gedankenaustausch in Vorträgen und Diskussionen trafen. Der Gruppe gehörten u. a. der Chirurg Sauerbruch, der Philosoph Spranger, der Botschafter a. D. von Hassel, der Rechtsanwalt Langbehn, der Finanzwissenschaftler Professor Jessen und der preußische Finanzminister Popitz an. Der Generaloberst Beck und der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler stellten den Kontakt zu den Verschwörern des 20. Juli dar. Anlaufstelle für den „Solf-Kreis“ war die Spanische Allee 47 in Schlachtensee — die Wohnung von Hilger van Scherpenberg und für die Mittwochsgesellschaft“ die

Fasanenstraße 28 in Charlottenburg, die Wohnung von Ulrich von Hassel. Die Berliner „Mittwochsgesellschaft“ hat in der Bundeshauptstadt Bonn einen würdigen Nachfolger in dem seit mehr als 22 Jahren bestehenden „Bonner Gesprächskreis“ gefunden, der die Tradition der Berliner Gesellschaft in gutem Sinne fortsetzt.

Es ist auch heute noch — 45 Jahre nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 — für einen aufmerksamen Beobachter mehr als erstaunlich, daß der SD — Sicherheitsdienst — und die Gestapo — die Geheime Staatspolizei — der damaligen Machthaber die Verschwörung gegen Hitler und die Pläne des Staatsstreiches — die immerhin seit 1938 bestanden — nicht schon früher entdeckten. Dies wäre ohne die Mithilfe und die Mitwirkung hoher SS-Führer beider Dienststellen einfach nicht möglich gewesen. Die Partei hatte vom Blockwart — der für einige Häuser zuständig war — über die Zellenleiter — die einige Straßen betreuten — bis hin zu den Ortsgruppenleitern ein dichtes Spitzelnetz aufgebaut, das alle Partei- und Volksgenossen überwachte. Die Meldungen über abweichendes politisches Verhalten und kritische Äußerungen über das herrschende Naziregime liefen zunächst bei den Ortsgruppenleitern zusammen, die auch für die Weitergabe an die Geheime Staatspolizei zuständig waren. In schwereren Fällen wurden derartige Denunziationen an die Kreis- bzw. Gauleitungen weitergegeben, die dann die entsprechenden zuständigen Dienststellen informierten. Es war damals sehr leicht, als Volksfeind abgestempelt zu werden. Unzählige Denunzianten stellten sich — oft freiwillig aber auch oft unfreiwillig — den Organen des Staates zur Verfügung. Im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten fielen ihnen Hunderttausende Menschen zum Opfer. Sie landeten entweder im Konzentrationslager — von denen viele Vernichtungslager waren — oder direkt beim Henker. Der Wehrmacht und hier insbesondere dem Heer gelang es fast weitgehend, sich von derartigen Elementen freizuhalten. Das ist auch ein Grund dafür, daß es jahrelang möglich war, die Vorbereitungen zum Putsch, zum Staatsstreich und zum Attentat auf den „Führer“ bis auf wenige Fälle völlig geheimzuhalten. Hierbei hat sich die Abwehr ganz besondere Verdienste erworben.

Der Sicherheitsdienst der SS war auch für die Überwachung der Stimmung in der Bevölkerung des Deutschen Reiches verantwortlich. Am 4. August 1941 — während der ersten Monate des Rußlandfeldzuges — meldete er zum Beispiel: „Es wird häufig die Meinung laut, daß der Feldzug bisher nicht so verlaufen sei, wie man dies auf Grund der Berichte zu Beginn des Feldzuges habe annehmen können. Nunmehr habe man den Eindruck, daß die Sowjets über Material in Hülle und Fülle verfügten und daß der Widerstand immer größer geworden sei. Aus der Zahl der Todesanzeigen, aus den PK- und Frontberichten wird mit Sicherheit angenommen, daß die Verluste doch höher sind als in den bisherigen Feldzügen.“ Am 4.9.1941 hieß es, daß „viele Volksgenossen den ihrer Ansicht schon zu lange dauernden Feldzug im Osten mit einem gewissen Unbehagen verfolgen. Die bisher vereinzelt zum Ausdruck gekommene Meinung, daß der deutsche Vormarsch im Osten nur noch sehr langsam vorwärts gehe, gewinnt immer mehr an Boden.“ Man sieht hier sehr deutlich, die Überwachung des einzelnen Menschen war fast perfekt in diesem von Verbrechen regierten Deutschen Reich.

Um so mehr ist der Mut zu bewundern, mit denen zahlreiche Gegner dieses Terrorregimes ihren Kampf für Recht, Freiheit, Menschenwürde und Demokratie in diesen Jahren gegen die Unterdrücker geführt haben — ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben und mit dem Wissen, daß es für ihre Familie die Sippenhaft gab, wenn ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aufgedeckt wurde. Sie alle haben der Welt gezeigt, daß es auch ein anderes Deutschland gab, ohne Verbrechen, ohne Mord und ohne Unterdrückung. Sie starben für die Freiheit der Menschen.

Der 20. Juli 1944 gehört in die Reihe jener tragischen Tage der deutschen Geschichte hinein, zusammen mit dem März 1848 und dem 17. Juni 1953, als in unserem Volke die Freiheit gegen Gewalt aufstand, aber ihr unmittelbarer Erfolg versagt blieb. Ohne die bewegenden Ereignisse des Jahres 1848 hätte es wohl später in Deutschland kein demokratisches Bewußtsein und keine Anfänge demokratischer Traditionen gegeben. Die deutsche Demokratie hätte ohne den Opfergang der Frauen und Männer des 20. Juli 1944 wohl kaum das Vertrauen der Umwelt erworben. Dieser Aufstand war der Beweis dafür, daß Volk und Gewaltherrschaft in Deutschland nicht identisch waren. Zu dem Vertrauenskapital hat beigetragen, daß aus den Reihen des Widerstandes eine ganze Anzahl Persönlichkeiten in die Führungspositionen des heutigen demokratischen Deutschlands eingerückt sind. Mit tiefer Trauer können wir an diesem Gedenktag nur feststellen, wie viele der Besten unseres Volkes durch die Grausamkeit der Gewaltherrschaft uns in der Nachkriegszeit gefehlt haben.

Der 20. Juli 1944 war der tragische Höhepunkt einer Entwicklung, die in Wahrheit mit der Errichtung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Jahre 1933 begann. Lange bevor der Krieg die Schreckensherrschaft des Regimes auf andere Länder ausdehnte und die den deutschen Namen verdunkelnden Konzentrationslager mit Frauen, Männern und Kindern aus anderen Ländern Europas füllte, waren es Deutsche, die von der Gewaltherrschaft gefoltert und gequält wurden. Ihre aufrechte Haltung gereicht dem deutschen Volk zur Ehre. Ohne sie hätte es weder den 20. Juli 1944 noch Hoffnung auf ein besseres Deutschland gegeben.

45 Jahre nach dem Attentat auf Hitler wird die Zahl derjenigen, die den 20. Juli 1944 noch als erwachsene Menschen miterlebt haben und deshalb damals persönlich Stellung zu den Ereignissen nehmen mußten, immer kleiner. Die Zahl derjenigen, für die der 20. Juli 1944 nur ein historisches Ereignis ohne eigenes Erleben bedeutet, wird immer größer. Ihr Urteil mag bestimmt sein von größerer Objektivität, von größerem Abstand, aber auch von weniger Emotion, von weniger innerer Spannung und Anteilnahme. Beiderlei Betrachtungsweisen sind heute miteinander zu verbinden, um den gerechten Weg in die Zukunft zu weisen. Für den Soldaten schien das Ereignis unlösbare Widersprüche zu seinem Berufsethos zu enthalten. Es enthielt die Gefahr, die Soldaten in zwei Lager zu trennen, und zwar in jene, die durch das vom Wissen unruhig gemachte Gewissen bis hin zur letzten Konsequenz des Attentats auf Adolf Hitler und zum Bruch mit dem Staat, wie er damals war, getrieben wurden, und in jene, die gerade im Kriege es als erste Aufgabe des Soldaten sahen, die physische Existenz der Nation nach besten Kräften zu retten oder es jedenfalls

doch zu versuchen. Durch menschliches Richten wird hier nichts ausgerichtet. Schon in dem nun 45 Jahre alten Entwurf der Regierungserklärung der Männer des Widerstandes heißt es: „Die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, liegt zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen und Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite.“ Der 20. Juli stellt daher jedem Menschen, nicht nur in unserem Lande, die Frage, welche Antwort sein Gewissen ihm unter denselben persönlichen und äußeren Umständen gegeben hätte. Die Frage ist unbequem und wird es immer bleiben. Sie geht vielleicht an die Grenze der Vorstellungskraft, die wir gemeinhin voraussetzen dürfen. Wir müssen daher so wahrhaftig und aufrichtig wie menschenmöglich die Umstände und Motive beschreiben, aus denen heraus das Außergewöhnliche am 20. Juli 1944 geschah. Wenn man vom Außergewöhnlichen und Außerordentlichen dieses Tages spricht, kann man leicht mißverstanden werden. Uns erscheint der 20. Juli 1944 außergewöhnlich, weil wir die soldatischen Pflichten zu Gehorsam und Treue nur in einer bestimmten Wertordnung verstehen können, die wir als Regel setzen. Das Außerordentliche des 20. Juli besteht darin, daß damals die Wertordnung, aus der heraus Treue und Gehorsam erst ihren Sinn erhalten, im Bewußtsein der Handelnden nicht mehr mit den Vorstellungen in Einklang zu bringen war, die dem Handeln der Staatsführung zugrunde lag. Wenn wir in diesem Zusammenhang von einer Ausnahmesituation sprechen, so liegt darin der Wunsch und der Wille, dazu beizutragen, daß in einem deutschen Staat ein solcher Konflikt nie wieder entstehen kann. Es gibt manches geschichtliche Beispiel — auch in der Geschichte der Wehrmacht — dafür, daß die innere Bindung an sittliche Werte den Soldaten in Gewissenskonflikte gestürzt hat. Wer den Gehorsam ernst nimmt und bereit ist, auch in kleinen Dingen selbst gehorsam zu sein, dem erschließt sich die Größe und Schwere der Entscheidung des 20. Juli 1944. Er vermag sich in die Not derjenigen hineinzudenken, die erkennen mußten, daß die Führung des Staates moralische Maßstäbe mißachtete, daß sie Freiheit, Recht und Würde des Menschen leugnete, daß sie sogar den tausendfachen Mord zu rechtfertigen suchte. Er wird dem unter diesen Umständen gefaßten Entschluß zum Ungehorsam seine Hochachtung nicht versagen können.

Die Gewerkschaften erkannten sehr spät, daß die nationalsozialistische Diktatur nicht im Alleingang zu beseitigen war. Diese Erkenntnis trat dann immer stärker in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Widerstandes. Im Reich, aber auch im Ausland sollte sichtbar werden, daß es noch ein anderes Deutschland gab, ein Deutschland, das Freiheit und Menschlichkeit nicht vergessen hatte und das nun bereit war, dafür jedes Opfer zu tragen. Mit Kriegsbeginn begann in den Gewerkschaftskreisen eine neue Phase des Widerstandes. Es war Wilhelm Leuschner, der frühere stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in aller Stille eine Organisation zur aktiven Beseitigung Hitlers aufgebaut hatte. Leuschner war im Juni 1933 nach dem Besuch der in Genf abgehaltenen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation an der deutschen Grenze verhaftet worden, da er sich, wie auch der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, geweigert hatte, dem Arbeitsfrontführer Robert Ley in Genf Anerkennung zu verschaffen. Leuschner mußte eine schwere Zeit in Gefängnissen und Konzentra-

tionslagern verbringen. Nach seiner Entlassung aus dem KZ gründete er eine kleine Fabrik. Seine Mitarbeiter waren ausschließlich dem Widerstand verschworene Gewerkschafter. Sie gingen als Reisende in alle deutschen Städte und suchten und fanden ihre alten zuverlässigen Gesinnungsfreunde. Sie wurden als Vertrauensmänner die Stützpunkte und Keimzellen wachsender Widerstandsgruppen. Diese Organisationen der Gewerkschaften — die von Schlesien bis hinein ins Rheinland reichten — waren zwar klein, aber gleichsam Inseln, eine tatsächliche Gegenwelt innerhalb des Dritten Reiches. Hier wurden auch die Pläne für den Wiederaufbau einer freien und demokratischen Gewerkschaftsbewegung entworfen. Schon Anfang 1933 hatte sich Leuschner mit dem christlichen Gewerkschafter Jacob Kaiser getroffen. Bereits damals hatten sich beide zur Schaffung der heutigen Einheitsgewerkschaft verpflichtet, die nach 1945 Wirklichkeit werden konnte. Jacob Kaiser baute in Berlin einen eigenen gewerkschaftlichen Widerstandskreis auf. Auch andere Widerstandsgruppen entstanden im Laufe der Jahre. Katholische und evangelische Christen ebenso wie Offiziere und konservative Politiker fanden sich im aktiven Widerstand gegen das mordwütige Regime des Dritten Reiches. Die Notwendigkeit, diese vielfältigen Oppositionsgruppen in einem Widerstandslager zu sammeln, wurde rasch erkannt. Der 20. Juli 1944 machte dieses Bündnis sichtbar, und auch darin liegt sein unvergänglicher Sinn.

Wenn man die Reden und Schriften der Vergangenheit zu dem Ereignis des 20. Juli 1944 durchsieht, so stellt man fest, daß neben der Würdigung der Persönlichkeiten und der Scham über ihr Schicksal die Feststellung im Vordergrund gestanden hat, daß mit diesem Tag ein anderes Deutschland sichtbar geworden sei und es sich um eine Rettungstat für das deutsche Gewissen vor der deutschen Geschichte gehandelt habe. Ich glaube, daß es 45 Jahre danach nicht nur erlaubt, sondern sogar angebracht ist, den Kreis der Betrachtungen weiterzuziehen als nur auf diesen nationalen Aspekt, so wichtig er uns auch erscheinen mag. Dieser Tag vermag genausowenig die ganze Geschichte des Widerstandes gegen Hitler wiederzugeben und darzustellen, wie etwa der 30. Januar 1933 allein für die Machtübernahme Hitlers stehen kann. Solche Tage sind Markierungspunkte, die Zusammenhänge aufzeigen, aus denen sie entstanden sind. Am 20. Juli 1944 wurde öffentlich bekannt, daß es im deutschen Volke eine breite Basis des Widerstandes gegen Hitler im Dritten Reich gab. Wir haben Anlaß, uns immer wieder mit den Zusammenhängen dieses Tages auseinanderzusetzen. Nur das Wissen um diesen Tag und die daraus gewonnenen Erkenntnisse können für uns die Maßstäbe des Handelns in der Gegenwart setzen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, noch einmal in jene Fehler zu verfallen, für die wir alle so bitter zahlen müssen. Und wenn dieser Tag nicht mehr als ein Anlaß ist, darüber nachzudenken, dann ist es schon gerechtfertigt, ihn würdig zu begehen. Auf die dabei immer wiederkehrende Frage nach der Motivation für die Widerstandshandlungen sind wir bis heute auf vielfältige Antworten gestoßen. Übereinstimmend kann jedoch festgestellt werden, daß individuelle und auch kollektive Triebkräfte zum Einsatz des Lebens für die eigene oder gemeinschaftliche Befreiung oder Freiheit so alt sind wie die Menschheitsgeschichte selbst. Der Widerstand, dessen wir am 20. Juli gedenken, ragt weit über den nationalen Bereich hinaus und bettet sich somit in die gesamte Menschheitsgeschichte ein. Er wird da-

mit zu einer logischen Folge des Geschichts-Ablaufs. Niemand wäre natürlich in der Lage gewesen, im voraus eine präzise Zeitangabe über dieses Ereignis machen zu können. Jedoch die Bildung des deutschen Widerstandes — das wissen wir heute genau — verlief parallel mit der Machtübernahme Hitlers, und wir wissen ferner, daß seine Entwicklung wesentlich durch Einflüsse mitbestimmt wurde, die in Bereichen außerhalb Deutschlands zu suchen sind. Man muß in diesem Zusammenhang noch einmal an das Münchener Abkommen erinnern, wo damals Großbritannien, Frankreich und Italien Hitler vor einem Staatsstreich — wie vorstehend bereits erwähnt — retteten, und an das Jahr 1939, wo der deutsch-russische Nichtangriffspakt Hitler den Überfall auf Polen erst ermöglichte. Man kann diese Staaten nicht aus ihrer Verantwortung für den Ablauf der deutschen und europäischen Geschichte entlassen — auch nicht 50 Jahre nach dem 1. September 1939 — dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen. Damit wird deutlich, daß es geschichtliche Zusammenhänge gibt, die weit über die nationalen Grenzen hinausreichen.

Im November 1952 hielt der damalige Präsident des Bundesgerichtshofes Hermann Weinkauff eine sehr interessante Rede zum Widerstandsrecht vor der in München tagenden Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission. Sie ist leider in Vergessenheit geraten. Es war mehr als begrüßenswert, daß einer der damaligen höchsten deutschen Richter, diesen unserem Volk zum Schicksal gewordenen Problemkreis durchschreitend, zu einem rückhaltlosen Bekenntnis für die deutschen Widerstandskämpfer während des Dritten Reiches gelangen konnte. Angesichts der allgemeinen Neigung zum Vergessenwollen und zur Verharmlosung des grausigen Geschehens lag in solchem Bekennen eine große Ermutigung. Weinkauffs überzeugender und auch historisch unterbauter Grundgedanke, daß jeder Mensch, auch jeder Herrscher, dem Recht unterworfen ist und daß dort, wo er eklatant das Recht bricht und es in sein Gegenteil verkehrt, jeder einzelne im Volk, der dem Unrecht widersteht, jeder Widerstandskämpfer also, zum berufenen Wahrer des beleidigten Rechts wird — vorausgesetzt, daß er die wirklich notwendigen angemessenen Mittel des Widerstands aufbietet und daß andere Instanzen — wie etwa Verfassungsgericht oder Parlament — die Wiederherstellung des Rechts nicht mehr vermögen. Man muß auch heute noch die Feststellung treffen, daß die Widerstandskämpfer im Dritten Reich sich innerhalb dieser Rechtsgrundlage befanden und nicht anders handeln konnten. Das Reichsgericht und der Reichstag waren ausgeschaltet worden — eine unabhängige Justiz gab es nicht mehr. Nur ein Tyrannenmord konnte den Rechtsstaat und die Freiheit wieder herstellen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber heute noch die Erziehung zum Recht, zur Unterscheidung von Recht und Unrecht. Der leidenschaftliche Wille zum Rechtsstaat muß im Bewußtsein aller Menschen zu jeder Stunde gestärkt werden. Die Entscheidung im Ernstfall, Widerstand zu leisten, wird hauptsächlich eine moralische sein, die sich nicht durch irgendwelche Paragraphen sicherstellen läßt, so wie sich auch Einsamkeit und Todesgefahr des Widerstandskämpfers nicht mit Gesetzesbuchstaben aus der Welt räumen lassen. Weinkauff sprach bei seinem Vortrag deshalb auch zu Recht von der „dunklen Stimme des Gewissens“. Sie zu stärken bedeutet alles. Aber das eigentlich Erregende ist doch auch heute noch immer wieder, daß man zwar nachträglich das Geschehen dieser

schrecklichen Diktatur mehr oder minder treffend zu analysieren vermag, daß aber damals die entsetzliche Gegenwart der Tyrannei fast alle Maßstäbe verwirrte und viele Rücken krümmte, auch vieler redlicher Menschen. Und es müßte doch sehr zum Nachdenken Anlaß geben, daß vornehmlich unsere Justiz — unsere Richter und Staatsanwälte — vor allem aufgerufen war, den Mut zum Widerstand aufzubringen.

Das Gegenteil war jedoch der Fall. Das Dritte Reich war die bitterste Periode der deutschen Justizgeschichte, wie der Bundesminister der Justiz Hans A. Engelhard im Jahre 1984 in Bonn ausführte. Es war eine Periode — so Engelhard —, die dadurch gekennzeichnet war, daß sich ein Unrechtsstaat und eine Gewaltherrschaft die Justiz für ihre Zwecke dienlich machen konnte. Nicht nur, daß die Justiz als ein Eckpfeiler des Rechtsstaates nicht in der Lage war, dessen Zerstörung zu verhindern; die Justiz und die Juristen haben vielmehr dazu beigetragen, daß sich die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus überhaupt verfestigen konnte. Es waren Juristen, die nationalsozialistisches Recht schufen; es waren Juristen, die bestehendes Recht in nationalsozialistischem Geist anwandten. Gewiß waren die meisten keine eingefleischten Nazis. Bedrückend ist jedoch, daß nur eine offensichtlich recht geringe Zahl von Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsjuristen die Kraft fand, auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit dem Regime gegenüber Unabhängigkeit zu bewahren und sich der Maschinerie des Unrechts zu widersetzen.

Der 20. Juli 1944 ist das Datum, das für den Widerstand gegen die menschenverachtende Diktatur Hitlers steht — das Datum, das uns alle heute daran erinnert, daß es damals Männer und Frauen gegeben hat, die sich unter Gefährdung ihres Lebens Hitler und seinen Helfern entgegengestellt haben. Wenn wir — 45 Jahre danach — an die Ereignisse des 20. Juli 1944, diesen Aufstand des Gewissens gegen Tyrannei, Willkür und Grausamkeit, zurückdenken, so stellt sich immer wieder die Frage, warum nicht bereits in einem früheren Stadium, warum nicht mehr Menschen und warum vor allem nicht wesentlich mehr Juristen sich dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt haben. Daß elementare Garantien des Rechtsstaates unter der Herrschaft des Nationalsozialismus ebensowenig Geltung haben würden wie das Gebot materieller Gerechtigkeit, war bereits frühzeitig zu erkennen. Allzu häufig verbindet man die Rolle der Justiz im nationalsozialistischen Deutschland in erster Linie mit der Vorstellung von der erschreckenden Tätigkeit des Volksgerichtshofs und sonstiger Sondergerichte. Auch die Vorgänge des 20. Juli 1944 lassen — was die Justiz angeht — viele wohl unmittelbar an den Volksgerichtshof und die Todesurteile denken, die er über die Widerstandskämpfer verhängte. Man muß sich aber vor Augen halten, daß die blutige Spur des Volksgerichtshofs vorwiegend die Kriegszeit prägte, in der Zeit bis zum Ausbruch des Krieges dagegen die herkömmlichen Gerichte und der herkömmliche Justizapparat weitgehend noch die Funktion der Justiz ausübte und über Inhalt und Anwendung des Rechts weitgehend zu befinden hatte. Auch der Nationalsozialismus wagte nicht, die Justiz formell abzuschaffen. Hätte dann aber das Erleben des konkreten faßbaren Unrechts, das beispielsweise mit der Anwendung der Rassengesetze verbunden war, nicht gerade die Justiz zu offiziellen Protesten, zu mehr Opposition und zum verstärkten

Widerstand veranlassen müssen? Diese Fragen rühren auch heute noch an das Selbstverständnis unserer Justiz.

Ein leuchtendes Vorbild in dieser dunklen Zeit war Hans von Dohnanyi, der als Jurist dem aktiven Widerstand angehörte. Im Jahr 1929 kam der damals 27jährige Jurist — der auch jüdische Vorfahren hatte — an das Reichsjustizministerium. Der nationalen Revolution stand er zunächst positiv gegenüber und hegte ähnliche Hoffnungen wie viele seiner Kollegen. Als persönlicher Referent des Reichsjustizministers Gürtner hatte er jedoch genauesten Einblick in die Entwicklung, die die Justiz und das Regime nahmen. Im Jahre 1936 erfolgte noch auf besondere Weisung Hitlers seine Arisierung, d. h., er wurde mit der Einschränkung als Deutschblütiger behandelt, daß ein Beitritt zur NSDAP nicht möglich war. 1938 ging er an das Reichsgericht in Leipzig und wurde Mitglied des 3. Strafsenats, des Präsidentensenats. In der Sudetenkrise im Herbst 1938 gehörte er bereits zu den Verschwörern um Generaloberst Beck. Von diesem Zeitpunkt an rissen seine Verbindungen zu den Kreisen des Widerstands nicht mehr ab, denen auch die Brüder seiner Frau — Dietrich und Klaus Bonhoeffer — angehörten. Kurz nach Kriegsbeginn verließ von Dohnanyi das Reichsgericht und wechselte zum Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, das unter Oberst Hans Oster eines der Zentren des militärischen Widerstands war. Er hielt unter anderem Kontakte zu Politikern und Gewerkschaftsführern, die nach einem gelungenen Staatsstreich politische Aufgaben übernehmen sollten, war für die Verbindung zum Vatikan mitverantwortlich und an Aktionen beteiligt, die zum Ziel hatten, im Rahmen der Tätigkeit der Abwehr Juden als „Agenten“ ins Ausland zu schleusen. Unglückliche Umstände führten im April 1943 zu seiner Verhaftung. Das Ermittlungsverfahren zog sich hin; wie auch bei Oster, der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde, ist es zu einem Prozeß vor einem Kriegsgericht oder vor dem Volksgerichtshof nicht gekommen. Nach 2jähriger Haft fand Anfang April 1945 — ein Monat vor dem Kriegsende — auf Weisung von Berlin ein „standgerichtliches Verfahren“ statt; von Dohnanyi wurde zum Tode verurteilt und umgebracht. Noch Sekunden vor zwölf arbeitete die Hinrichtungsmaschinerie des Dritten Reiches prompt und zuverlässig. Oster, der Stabschef des OKW/Amt Ausland/Abwehr wurde am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg umgebracht.

Immer wieder stellt sich bei den vorstehenden Betrachtungen heraus, daß die damaligen Westmächte nicht an einer Zusammenarbeit mit dem Widerstand im Dritten Reich interessiert waren. Im August und September 1938 beschwor man die britische Regierung, Hitler öffentlich und in unmißverständlicher Form zu erklären, daß sie einem deutschen Gewaltakt gegen die Tschechoslowakei mit Gewalt begegnen würden. Die Führer des Widerstandes wollten einen für Deutschland und die Welt verhängnisvollen Krieg verhindern und hofften — sozusagen mit englischer Nachhilfe —, diese Gelegenheit zum Sturz des NS-Regimes nutzen zu können. Dieser Schritt blieb ergebnislos. Heute stellt sich jedoch uns allen die Frage, ob nach allen mit Hitler gemachten Erfahrungen der damalige britische Premier dem deutschen Diktator so viel Vertrauen schenken durfte, wie er ihm vor „München“, in „München“ und nach „München“ wirklich geschenkt hat. Er verschenkte jedoch

die Möglichkeit, den Frieden zu sichern — mit Hilfe des Widerstandes im damaligen Reich. Auch während des Krieges war der deutsche Widerstand gegen Hitler bei den kriegführenden Alliierten nicht gefragt, auch wenn man mit ihm gemeinsam Millionen von Toten hätte verhindern können. Alle Widerstandsgruppen im besetzten Europa erhielten politische und materielle Hilfe — nur nicht die deutschen.

Deshalb ist es auch kaum verwunderlich, wenn man zu der Feststellung kommt, daß die Alliierten den deutschen Widerstand gar nicht wollten. In Washington wurde 1987 ein Dokument freigegeben, das — unmittelbar nach dem 20. Juli 1944 verfaßt — einen interessanten Einblick in eine Denkrichtung unter anderem der amerikanischen Politik eröffnet. Es handelt sich um einen Bericht des amerikanischen "Office of Strategic Services" vom 30. Juli 1944, überschrieben: „Das beste Ergebnis des ‚Hitler-Wunders‘“. Danach sprachen „die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers“ und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß den „konspirierenden Generalen“, die sich gegen Hitler erhoben hätten, damit die Möglichkeit genommen worden sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten — und selbst einen Revanchekrieg vorzubereiten. Wörtlich heißt es dazu: „Außer ihrem Bestreben, die Wehrmacht vor einer völligen Zerstörung und Niederlage zu retten, beginnen die konspirierenden Generäle, die zweifellos hoffen, die Schuld am Kriege den Nazis anzulasten, bereits den nächsten vorzubereiten.“ In dieser Lagebeurteilung befand man sich in den USA in Übereinstimmung mit dem britischen Unterstaatssekretär Lord Robert Vansittart, der bereits drei Monate zuvor, im April 1944, über die sich abzeichnende deutsche Opposition gegen Hitler den folgenden bissigen Fünfzeiler verfaßt hatte: „Kleiner Hans in der Klemme, wüßte gern, was er zunächst versuchen könnte, um noch kleiner zu erscheinen, nämlich Hitler abzuschütteln und dann zu sagen: Was bin ich doch für ein guter Junge.“

Mit dem Mißlingen des Anschlages auf Hitler war für die Alliierten deutlich geworden, daß „die Nazis jetzt fest im Sattel sitzen und der Mythos vom ‚edlen Deutschen‘ täglich unglaubwürdiger wird“, wie es in dem Bericht vom 30. Juli 1944 wörtlich heißt. Bestanden bislang noch Bedenken — besonders unter jüdischen Emigranten in den Vereinigten Staaten —, daß das deutsche Volk unterschiedslos mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen und alle Deutschen für die Untaten der NS-Machthaber haftbar zu machen seien, so heißt es nun in dem Bericht des „Office of Strategic Services“: Wir bekämpfen jetzt die Nazis, die Deutsche sind, und die Deutschen, die Nazis sind.“ Daraus wird gefolgert: „Der Weg ist jetzt klar für die alliierte Besetzung Deutschlands auf und nicht weniger als 25 Jahre — vielleicht soll sie 50 Jahre dauern.“ War das die Absicht der Alliierten in dieser Zeit und nicht die Rettung unschuldiger Menschen vor den unzähligen Morden Hitlers? Wollten sie um jeden Preis die von ihnen vorstehend genannten Kriegsziele durchsetzen? Diese Fragen stehen auch heute noch im Raum. Solche Aussagen aus dem Jahre 1944 sind nach meiner Auffassung politisch fragwürdig und mehr als zynisch gegenüber den Opfern des Naziterrors in ganz Europa, von dem nach meinem Wissen die Alliierten unterrichtet waren.

Auch heute noch ist der deutsche Widerstand in den USA umstritten. Dies zeigte sich auf einem Symposium der Columbia University über den 20. Juli 1944 im Mai 1988. Gemeinsam mit dem New Yorker Goethe House diskutierte man über die Problematik des Widerstandes im Dritten Reich. Unter den Referenten waren Martin Broszat, Hans Mommsen, Charles Maier (Harvard) und David Large (Montana State University). Eine weitere Gruppe bildeten die deutschen Historiker Klemens von Klemperer und Peter Hoffmann, die in Amerika — Northampton und Montreal — lehren. Zur Eröffnung sprach außer Fritz Stern, dem zuständigen Ordinarius an der Columbia University, Willi Brandt und Theodor Ellenoff, der Präsident des American Jewish Committee, das sich am intensivsten um einen Dialog mit Deutschland bemüht. Öffentliche Symposien kranken meist an dem gleichen Dilemma: Während sich die Gelehrten über Quisquilien — Kleinkram — streiten, dürstet das Publikum nach einem überschaubaren Gesamtbild. In New York kam hinzu, daß das Publikum vor allem am jüdischen Aspekt des Widerstandes interessiert war. Hatten sich die Deutschen — so eine vorwurfsvolle Frage — nicht erst dann zum Widerstand entschlossen, als der Krieg verloren war, während sie der Entrechtung und der Vernichtung der Juden tatenlos zugesehen hatten? Dem widersprach vor allem Peter Hoffmann lebhaft. So sei Carl Goerdeler aus Protest gegen die Entfernung des Leipziger Mendelsohn-Denkmal zurückgetreten, mehr als zwanzig der im Juli 1944 Verhafteten hätten im Verhör als Grund für die Ablehnung des Regimes die Judenverfolgung angegeben. Auch in einem früheren Dokument des Kreisauer Kreises wird die Diskriminierung aus Gründen der Rasse und der Religion verurteilt. Thomas Childers (University of Pennsylvania) widersprach in seinen Ausführungen der bisher vorherrschenden Meinung, nach der Verhaftung Helmuth Moltkes im Januar 1944 sei der Kreisauer Kreis, seines Spiritus rector — treibende Kraft — beraubt, praktisch am Ende gewesen. Im Gegenteil: Der Kreis habe sich in der Berliner Wohnung von Peter Yorck weiter getroffen. Unter dem Einfluß Yorcks — eines Vettters von Stauffenberg — habe man das fruchtlose Theoretisieren aufgegeben und das Attentat gebilligt. Man sprach auch in New York von einem wenig demokratischen Weltbild der meisten Verschwörer des 20. Juli. Diese Darstellung wird auch durch noch so viele Aussagen nicht wahrer. Die vorbereitende Regierungserklärung der nach dem geglückten Putsch geplanten neuen deutschen Reichsregierung zeigt eindeutig auf, daß man Recht, Freiheit und Demokratie wiederherstellen wollte. Eine Ablehnung des Widerstandes wegen seiner angeblich vordemokratischen Ordnungsvorstellungen übersähe überdies den Übergangscharakter vieler der in Aussicht genommenen Maßnahmen und bedeutet eine Vernachlässigung der fortschreitenden Entwicklungstendenzen nach links bei vielen gesellschafts- und verfassungspolitischen Planern der Opposition gegen das Unrechtssystem. Zum anderen ist grundsätzlich festzustellen, daß man das Demokratieverständnis von heute als Maßstab zur Beurteilung der Anschauungen einer um 45 Jahre zurückliegenden und nicht selbst erlebten Zeit nicht etablieren darf. Auf der Grundlage eines solchen Verständnisses gibt es keinen Grund, unter dem Gesichtspunkt einer Vermittlung politisch-moralischer Tradition in der Demokratie das humane Grundmotiv der Reinigung, das ethisch begründete Ringen gegen das Unmenschliche und das politische Motiv des Kampfes für Freiheit und Recht, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde

nicht zu würdigen. Mehr noch: Ein Abrücken von dieser geschichtlichen Überlieferung würde in unserem Traditionsverständnis einen Mangel bewirken und würde das Aufkommen anderer, unerwünschter Tendenzen geradezu begünstigen. Die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 wollten zum freiheitlichen Rechtsstaat zurückkehren. Nur während des noch zu beendenden Krieges war dies — so sagt es ihre vorbereitete Regierungserklärung — zunächst nicht möglich. An dieser Stelle sollte daran erinnert werden, daß auch die damaligen Sieger nach der Kapitulation im Mai 1945 eine Militärregierung einsetzen, die als Militärdiktatur fungierte. Ihre Maßnahmen waren alles andere als demokratisch, und viele deutsche Menschen haben damals selbst erlebt, was es hieß, bei dieser Militärregierung Demokratie zu wagen. Man denke nur an die rigorose Absetzung des späteren Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Dr. Konrad Adenauer als Oberbürgermeister von Köln. Auch er hatte zuviel Demokratie gewagt.

Interessant bei der Beurteilung der amerikanischen Auffassung über den deutschen Widerstand ist auch die Tatsache, daß John McCloy, der spätere Hochkommissar, den Fehlschlag des Attentats gegen Hitler außerordentlich begrüßt hat. Es ist nicht einfach, diese widersprüchliche Haltung der USA in Deutschland zu verstehen. Wollte man — trotz aller anderer Aussagen — Deutschland einfach nur niederwerfen? Es ist heute — nach 45 Jahren — sehr schwer, die Gedankengänge der USA von damals nachzuvollziehen. Wir sind ein demokratischer Staat — eine Gemeinschaft voll demokratischer Grundrechte —, und man kann die Behauptung wagen — wie dies die Tochter Goerdelers, Frau Dr. Marianne Meyer-Kramer, bei ihrer Gedenkrede zum 20. Juli 1988 in der Stauffenbergstraße zu Berlin sagte —, daß es auch ein Ergebnis der „Koalition des Gewissens“, die im Widerstand gegen Hitler sich gebildet hatte, war, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht von vorneherein mit derartigen ideologischen Grabenkämpfern belastet wurde, wie die Weimarer Republik. So kann der 20. Juli 1989, der Gedenktag an den 20. Juli 1944, uns zu einem Nachdenken anregen; zu einem Nachdenken über die Botschaft, die aus dieser fernen und doch so nahen Zeit zu uns dringt und die uns der Widerstand gegen Hitler hinterlassen hat. Besonders sollten wir uns an das erinnern, was ihnen als selbstverständlich galt und um dessentwillen sie handeln mußten. Das ist ihr Auftrag an uns, die Mitwissenden und die Nachgeborenen. Ihre Selbstverständlichkeit im Handeln sollte bei uns gesichertes Gut und gesicherte Norm sein. Das ist für uns alle heute die Botschaft des 20. Juli 1944.

Quellen

Aufstand des Gewissens, Militärischer Widerstand gegen Hitler und das Regime 1933—1945, Herford und Bonn, ohne Jahrsangabe.

Karl-Wilhelm Becker, Für Einigkeit und Recht und Freiheit — der unvergessene Aufstand, Gedanken zum 20. Juli 1984, „Auftrag“ Nr. 137/138, Seite 105 ff., Bonn 1984.

Der 20. Juli 1944, Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Band 2, Berlin 1988.

Hans A. Engelhard, Geleitwort in „Justiz im nationalsozialistischen Deutschland“, Köln 1984.

Ingeborg Fleischhauer, Mit Todesangst gegen den Krieg, „Die Zeit“, Nr. 29, Hamburg, 15. Juli 1988.

Marianne Meyer-Kramer, Gedenkrede am 20. Juli 1988 in Berlin, in „Freiheit und Recht“, Nr. 3/1988, Bonn.

- Christian Müller, Oberst i. G. Stauffenberg, Eine Biographie, Düsseldorf 1971.
- Ernst Müller-Meinigen jr., Widerstandsrecht zwischen gestern und morgen, in „Kommentare von gestern und heute“, München 1966.
- Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck, Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit als Generalstabschef des deutschen Heeres, 1933—1938, Boppard 1980.
- Bericht „Office of Strategic Services“, 30. Juli 1944, „Das beste Ergebnis des Hitlerwunders“, Washington, in „Die Welt“, 20. Juli 1987, Hamburg.
- Klaus Reinhard, Die Wende vor Moskau — Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1972.
- Gräfin Schall-Riaccour, Aufstand und Gehorsam, Offizierstum und Generalstab im Umbruch — Leben und Wirken von Generaloberst Fritz Halder, Generalstabschef 1938—1942, Wiesbaden 1972.
- Stätten des Widerstandes in Berlin 1933—1945, Berlin, ohne Jahresangabe.
- Gerd. R. Ueberschär, Das Dilemma der deutschen Militäropposition, in „Beiträge zum Widerstand 1933—1945, Nr. 32, Berlin 1988.
- Jörg von Uthmann, Umstrittener Widerstand, Symposium der Columbia University, New York, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Nr. 114, 17. Mai 1988, Frankfurt.
- Hermann Weinkauff, Vortrag vor der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission, München, November 1957.
- Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965.

Kirche

Und wo bleibt der Glaube?

Willy Trost

In der Bibel, die häufiger unser „Nachschlagewerk“ sein sollte, steht: „Und ich sage dir: Du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen“ (Mt 16, 18).

Wir als Christen glauben an Christus und seine Botschaft. Wer aber an Ihn glaubt, muß auch seine Worte und Botschaften ernst nehmen und kann sie nicht nach Gutdünken annehmen oder verwerfen. Daraus folgt: Wer an Jesus Christus, Gottes Sohn, glaubt, für den ist die Vollmacht Petrus und seiner Nachfolger eine unbestreitbare Glaubensfrage und nicht in das Belieben des Zeitgeistes oder von Gruppeninteressen gestellt.

Offenbar geht es hier aber auch bei den Katholiken, die den Papst zur Anhörung *ihrer* Meinung, ihrer maßgeblichen Auffassung veranlassen möchten, um eine vom Glauben getrennte Machtfrage. Die ihm von Gott übertragene Vollmacht, wird dem Papst abgesprochen, zumindest soll sie jedoch eingeschränkt werden. Wohin aber sollte das führen? Versuchen wir einmal diesem falschen Gedankengang zu folgen:

Das Domkapitel möchte nicht nur seinen Bischof wählen, es will auch die Kandidaten bestimmen. Frage: Wie kommt es dazu? Wer hat denn die Mitglieder des Kapitels gewählt? Wurde es nicht vielmehr bestimmt? Wenn also schon von einer Bischofswahl betroffene Betroffene, dann müßten die Wahlmänner doch sicher gewählte Dechanten oder vielleicht besser noch direkt die Geistlichen sein?

Und wo bleiben nun die mitverantwortlichen „Laien“? Wer kann sie bei diesem „Demokratieverständnis“ in unserer Kirche übergehen!

Schreiben wir nun die Bischofsstellen aus? Müssen sich die Kandidaten in den Versammlungen vorstellen? Was nun?

Selbst in unserem demokratischen Staat gehen wir nicht so weit. Die Parteien bestimmen die Kandidaten, von denen einer gewählt werden kann. Unseren Bundeskanzler wählen wir nicht! Den Bundespräsidenten wählen wir nicht! Über die Minister, Gesetze und die Lebensbindungen bestimmen wir nur indirekt. Wer hat schon einmal ernsthaft gefordert, daß die Studenten ihre Professoren, die Verwaltungen ihre Vorsteher wählen sollen? Wieso hat noch niemand gefordert, daß wir unsere Richter direkt wählen?

Es ist einsichtig, so kann, so darf es nicht sein!

Wir glauben an Gott und wir wissen, daß dies nichts mit Demokratie zu tun hat. Die Kirche Gottes hat Gott geschaffen, damit wir Menschen Sein Werk tun — soweit wir es vermögen — und nicht damit wir Machtkämpfe austragen. Wir sind gerufen, die Welt zu heiligen und in Liebe und voller Freude Seinem Auftrag zu folgen. Laßt uns zurückkehren zum Glauben und zum Vertrauen in die Kraft und die Allmacht Gottes und des Heiligen Geistes!

Glaube leben — Glaube weitergeben

Begegnungen

An einem Abend im nicht stattgehabten Winter sitzt in einem Hotel eine zusammengewürfelte Runde zusammen. Eine recht keß sich gebende Dame gereiften Alters berichtet, sie sei aus Hamburg, lebe aber seit 17 Jahren in München. Es sei eine herrliche Stadt, doch sie könne sich immer noch nicht mit dem „Firlefanz“ der Katholiken z.B. an Fronleichnam befreunden. Nachgefragt ergab sich, daß sie selbst aus einem sehr gläubigen evangelischen Haus stammte und der Vater habe allsonntäglich das Evangelium aus der Bibel vorgelesen. Der Dame wurde dann zu verstehen gegeben, daß man das Tun ihres Vaters ja auch nicht als „Marotte“ bezeichnen, sondern ernst zur Kenntnis nehmen würde, sie möge also auch das Tun der Katholiken ihrer Umgebung ebenso ernst nehmen.

Infolge dieses Wortgeplänkels kam dann die Sprache auf die Grundlagen des Glaubens. Dabei ergaben sich vor allem zwei Quellen, das Elternhaus und die Schule. Bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich verschämt als katholisch zu erkennen gaben, ergab sich noch, daß auch der Pfarrer bzw. der Kaplan (Jugendkaplan) mit zu den den Glauben prägenden Persönlichkeiten gehört hatten. In diesem Zusammenhang zeigte sich auch, daß eine repräsentative Umfrage recht hat, daß vielfach für das Wissen um den Glauben der Vater, für die Wärme und Herzlichkeit aber die Mutter Vorbild war bzw. ist.

Dann aber ergaben sich die Fragen, wie kann man Glaube weitergeben?

Dem setzte man jedoch die Grundfrage voran: Was ist an Glaube noch vorhanden? Nach eigenen Eingeständnissen ergab sich, daß von den Grundgebeten das „Vaterunser“ bei evangelischen und katholischen Christen allgemein bekannt war. Bei Katholiken behaupteten die meisten, das „Ave Maria“ zu können. Weniger bekannt war das Glaubensbekenntnis. Dann aber wurde es still. Die Gebete z.B. 1—4 Hochgebet waren fast völlig unbekannt. Man habe sich zuweilen über die geänderten Texte gewundert und sie auf örtliche Unterschiede zurückgeführt, wenn man im Urlaub mal in die Kirche gegangen sei. Und es wurde sehr still, als darauf hingewiesen wurde, daß doch jetzt jeder Gläubige weit mehr als früher die Möglichkeit habe, am Gottesdienst Anteil zu nehmen. Nach einer Atempause wurde gesagt, daß vielleicht ein paar Leute in der Gemeinde in Aktivität machten, aber allgemein mitzumachen, darauf käme man nicht. Manchmal käme man sogar auf den Gedanken, es würde zuviel getan und man könne weniger selbst mit Gott sprechen. Es ging noch weiter, der Sinn der Gesten — knien, stehen, sitzen, Weihrauch usw. — war fast völlig unbekannt. Ein wenig (Empörung?) Gerangel gab es bei der Frage des Rosenkranzes. Ein solches Leiergebet wurde total abgelehnt. Auf den meditativen Charakter hingewiesen, war man zutiefst erstaunt über eine solche Betrachtungsweise.

Als feste Substanz ergab sich dann ein eigenartiges Bild: Die Grundgebete „Vaterunser“, „Ave Maria“ wurden akzeptiert. Eine Predigt — aber eine kurze — wurde bejaht und die besondere Form der Wandlung in der katholischen Messe. Auch die sporadischen Gottesdienstbesucher betonten, daß ihnen etwas fehlen würde, wenn die Messe ohne Wandlung

stattfinden würde. Übereinstimmung gab es, daß zu den hohen Festen ein ganz feierlicher Gottesdienst gehöre mit viel bekannten Liedern, mit Weihrauch, mit einer zündenden Predigt. Es gab sogar in der mittleren Altersklasse zwei Teilnehmer, die sagten, daß ihnen die lateinische Messe besonders gut gefallen habe. Man habe das Wort gehört (Lesung, Evangelium und Predigt) und verstanden, man habe das Geheimnis der Wandlung noch geheimnisvoller erlebt und habe auch das „pater noster“ nachvollziehen können.

Nun sind alle diese Gesprächssetzen nicht repräsentativ. Sie zeigen aber, daß Menschen bereit sind, über den Glauben zu sprechen. Nur, was diese Menschen, die noch einen Zipfel des Glaubens ihr eigen nennen, weitergeben wollen, das wurde zunächst nicht klar. Diejenigen, die Kinder hatten, bekannten, daß sie weder zum Gebet noch zum Kirchgang anhielten oder angehalten hätten. Und auf die Frage, woher denn Kinder noch etwas vom Glauben wissen könnten, wenn niemand ihnen etwas davon erzähle, gab es erstauntes Schweigen. Und so folgte die Frage, was sollen wir denn sagen?

In einer solchen Situation kann man einfach nur bitten, sagt wenigstens das, was ihr noch wißt. Dann aber sollten die Erwachsenen versuchen, ein wenig mehr Informationen über den Glauben zu erhalten. Und da stehen doch eine Reihe von Quellen offen. Es müssen nicht nur teure Bücher sein. Es gibt so viele kleine Quellen — lesen Sie einmal die Buchbesprechungen! Aber es gibt ja auch die katholischen Bildungswerke, die kath. Verbände, die Pfarrgemeinderäte, die Pfarrbüchereien und nicht zuletzt unsere Pfarrer und Geistlichen. Sie werden bestimmt eine Reihe von Vorschlägen machen können. Wenn es gelänge, einmal eine Anzahl von Gebeten, morgens, mittags, abends, das „Vaterunser“, Ave Maria und das Apostolische Glaubensbekenntnis wieder allgemein bekannt zu machen, dann wäre ein erster Schritt getan. In einem zweiten Schritt sollte der Sinn der Heiligen Messe und das Wesen der Sakramente erörtert werden. Und dann kann man die vielen Schritte, die sich ermöglichen lassen, vielleicht im kleinen Kreis erörtern.

Aber, und da fängt es an, es muß darüber gesprochen werden. Christus hat nicht ein fertiges Buch präsentiert und gesagt, lest mal schön, sondern er hat mit den Menschen gesprochen, er hat ihnen vorgelebt. Und diese einfache Art der Weitergabe muß auch bei uns wieder geübt werden. „Kommt, sagt es allen weiter.“ Jeder von uns muß sich prüfen, ob er in der letzten Zeit ein Gespräch über den Glauben geführt hat. Hat er es nicht getan, sollte er sich fragen: warum nicht? Wußte ich selbst zu wenig? Oder hatte ich keinen Mut? Wenn man zu wenig weiß, braucht man nicht zu verzweifeln, da läßt sich Abhilfe schaffen (s. oben). Wem der Mut fehlte, der braucht auch nicht ratlos zu werden. Er sehe sich einmal den Lebensweg des Petrus an. Dieser einfache Mann, der den Herrn dreimal verleugnet, wird zu einem der mitreißendsten Apostel.

Und noch etwas, das Vorleben. Leben wir denn den Glauben — nicht etwa dadurch, daß wir sonntags mit dem Gebetbuch herumlaufen, sondern unseren Mitmenschen in Hilfsbereitschaft und Liebe begegnen? Haben wir Zeit für ein freundliches Wort? Sehen wir in dem Kollegen — Kameraden — den Mitmenschen oder nur den Konkurrenten? Noch viele Varianten sind denkbar. Doch da kommen Sie schon selbst darauf. Dazu gehört auch —

oder besonders — die Familie. Aber es sind noch mehr Varianten denkbar. Gehen wir — besonders als Soldaten — pfleglich mit der Natur um? Denken wir immer daran, daß wir für diese Schöpfung verantwortlich sind?

Sicherlich gehören wir nicht zu denen, die sonntags — oder auch an evangelischen Feiertagen — ihr Auto waschen. Aber sind wir auch bereit, wenn unsere Urlaubsfahrt am Sonntag beginnt, wenigstens die Vorabendmesse zu besuchen? Es gibt natürlich auch die Möglichkeit, der Gemeinde einen Dienst anzubieten, je nach Können. Doch alle diese Möglichkeiten aufzuzählen würde Ihnen die Chance des Selbstfindens nehmen.

Es ist noch an der Zeit, Glaube wieder zu leben, damit wir etwas haben, was wir unseren Kindern und Enkeln als wertvollstes Gut weitergeben können. Gott hat seine Treue auch in dunklen Tagen bewahrt, sollten wir das in einer so attraktiven Welt wie heute nicht — nicht mehr — können?

H. F.

Das Kloster Lilienfeld

Wie singt doch Norbert Mussbacher so treffend:

*„Ich hab dich gesehen
nach den Fabriken am Flusse.
Ich sah dich vor mir
nach den Dörfern im Tal...
Ich sah dich alleine
wie auf den alten Bildern
vor den ersten Bergen
der Alpen stehen:
Wie die Berge hier
im Voralpenland
anheben ihr Gotteslob,
so sollen nach Gottes Willen
auch die Menschen*

*ibr Lob hier beginnen...
Hoch erhebt sich das Haus,
ein Gebet aus Stein.
Grau und rauh,
doch wahr und rein,
so daß ein Liliendom
es heißen darf.
Stein, den die Erde gebar,
kochend und brodelnd,
urmächtig gläubig,
bezeugend Gottes Größe,
sprößt Knospen
von Lilien...“¹⁾*

Anfang und Beginn

Im Jahre 1202 gründet Herzog Leopold VI. (1198—1230), unter dem das Haus Babenberg, das führende Geschlecht im deutschen Südosten, der Ostmark und auch im Gebiet des heutigen Oberösterreichs, auf dem Höhepunkt seiner Macht steht, das Kloster Lilienfeld.

Leopold der VI., der auch der Glorreiche genannt wird, möchte, daß man das Kloster nicht „Lilienfeld“, sondern „Mariental“ heißt, was anfänglich auch geschieht. Allerdings setzt sich schon bald der Name „Lilienfeld“, das Stiftswappen zeigt drei goldene Lilien auf blauem Grund, durch. Als die ersten Mönche, es sind Zisterzienser, in das Kloster einziehen, heißt sein Name: Lilienfeld.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind seit der Grundsteinlegung vier harte Arbeitsjahre am Klosterbau vergangen:

*„Bauleute schwitzten
und darbtten,
und fluchten,
als sie diese Steine legten.
Aber sie wußten,*

*daß die Flüche
flüchtig waren
und nicht wahr.
Die Wirklichkeit aber,
die sie schufen, war ein Gebet...“²⁾*

1) Norbert Mussbacher: Die lichte Pforte, Gedichte. Universum Verlagsgesellschaft mbH, Wien 1982

2) Norbert Mussbacher, ebd.

Begegnung

Vor diesem Gebet aus Stein begegnen sich am 7. September 1988 der 63. Abt des Zisterzienser-Stiftes Lilienfeld, Dr. Norbert Mussbacher, und die Teilnehmer des Österreich-Seminars „Ihr sollt meine Zeugen sein — Zeugnisse des Glaubens in Österreichs Geschichte und Gegenwart“.

Der Himmel ist verhangen, dunkel ziehen regenschwangere Wolken über die Klosteranlage hinweg. Vor ihr steht in weiß-grauem Gewand der Abt; geduldig harret er seiner Besucher. Ein Lächeln beherrscht die Züge seines Gesichtes, strahlt Wärme aus, zieht die, die vor ihm stehen, in seinen Bann.

Der Abt grüßt und informiert über Wachsen und Werden des Klosters: wie im Jahre 1206 die ersten Mönche von ihrem Mutterkloster Heiligenkreuz, in der Nähe von Wien gelegen und heute noch ein von mönchischem Leben erfülltes Zisterzienserkloster, kommend, das Stift Lilienfeld in ihre Obhut nehmen.

In des Abtes Gedicht „Ein Steinern Feld von Lilien“ klingt's lyrisch wider:

*„Zwölf graue Mönche zogen einst
zum Walde:*

*Den Herren lobt ihr Berge all,
ihr Felsen und ihr Quellen,
ihr Bäume und ihr Blumen all,
ihr Hirsche und ihr Rehe!*

*So sangen sie, und ihr Gebet
klang wider in dem Tale.*

*Der Fluß sang's hell in seinem Lauf,
die Quelle sprudelt's freudig.
Die Tiere horchten staunend auf:
Im Wald ist etwas Neues!...³⁾*

Die Seminar-Teilnehmer hören, daß das „Neue“ im Jahr 1230, Kloster und Ostteil der Kirche, durch den Erzbischof von Salzburg seine Weihe erhält und der Gründer Leopold der Glorreiche noch im selben Jahr stirbt und in seiner Stiftung vor dem Hochaltar beigesetzt wird, daß das Stift Höhen und Tiefen übersteht, durch Brand und Kriege arg beschädigt, ja sogar aufgehoben, aber immer neu aufgebaut und wiedererrichtet wird.

Was die Mönche heute tun? Die Antwort des Abtes: „Aus der ehemaligen Handarbeit der Mönche ist heute die Arbeit im Reiche Gottes, in der Verkündigung, geworden. Die Mönche widmen sich der Seelsorge im Kloster und betreuen die seit Jahrhunderten dem Kloster inkorporierten Pfarren. So sind dem Kloster Lilienfeld 19 Pfarren inkorporiert. Die Mönchspriester leisten in der jetzigen priesterarmen Zeit auch sehr viel Seelsorgsaushilfe.

Die Ordensangehörigen verwalten aber auch zum größten Teil selbst ihre Klosterbetriebe — Forst, Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Weinwirtschaft, Bauamt, Buchhandlung — und verdienen so den Lebensunterhalt für die Ordensangehörigen, sorgen für die Mitarbeiter, deren Zahl oft nicht gering ist, und für die Bauten und Kunstwerke, die frühere Generationen geschaffen haben und die es für die Nachwelt zu erhalten gilt.“

3) Norbert Mussbacher, ebd.

Wieviel Zisterzienserklöster es derzeit in Österreich gibt? Abt Dr. Norbert Mussbacher sagt's: „In Österreich bestehen acht Männerklöster mit ungefähr 320 und drei Frauenklöster mit 50 Mitgliedern.“ Die Zahl der Mitglieder des Klosters Lilienfeld bewegt sich zwischen 30 und 40 Mönchen.

Ihre Lebensform? „Die zisterziensische Mönchsgemeinschaft versteht sich als Familie, die nach der Regel des hl. Benedikt unter der Leitung eines von ihr gewählten Abtes lebt. Eine wohlausgewogene Tagesordnung — Gebets-, Tisch-, Arbeits- und Erholungszeiten — gibt dem Leben im Kloster das Gepräge, läßt aber genügend Raum für die Eigenständigkeit des einzelnen, für seinen Weg zu Gott und die persönlich verantwortete Gestaltung der Arbeit.“

„Der Klosterbau von Lilienfeld“, so sagt wiederum Abt Dr. Mussbacher, „gehört zu den bedeutendsten Kunstdenkmälern Österreichs, Der Kunsthistoriker Dr. Karl Oettinger nennt die Stiftskirche von Lilienfeld die architektonisch reichste aller Zisterzienserkirchen.“

Seit 1976 ist die Stiftskirche päpstliche Basilika (Erhebung durch Papst Paul VI.). Ein Kleinod der Klosteranlage ist auch seine Bibliothek, von Laienbrüdern um 1700 geschaffen. Eingelegte Bücherschränke und Türen erfreuen das Auge des Besuchers, erheischen Respekt und Bewunderung für den Künstler Dr. Laurentius Schäfferle. 39000 Neudrucke, 119 Wiegendrucke und 226 Handschriften umfaßt diese einzigartige Bibliothek.

Daß Lilienfeld auch über eine ausgezeichnete Bildergalerie verfügt, sei hier nur am Rande erwähnt.

Unter all den Schätzen, die das Kloster beherbergt, gilt als der höchste Schatz eine große Kreuzreliquie, die der Stifter, Leopold der Glorreiche, im Jahr 1219 aus dem Heiligen Land mitbrachte.

Was auch immer über das Stift Lilienfeld architektonisch, künstlerisch, über seine baulichen Schönheiten und Werte anzumerken ist, so darf eines nicht vergessen werden, wie der Abt betont: „Aber vor allem ist Lilienfeld Kloster, Zisterzienserklaster, in dem sich Menschen in der Erfüllung der evangelischen Räte Gott weihen, die wahre Selbstverwirklichung, die Heiligkeit, anstreben und für die Mitmenschen ein Zeichen sein wollen, das auch sie auf die ewigen Werte hinweist.“

Blick in die Geschichte

Wer auf Lilienfelds Boden steht, steht an historischer Stätte, blickt zurück in eine Zeit, in der das Klosterleben blüht, sieht das Jahrhundert der Zisterzienser, denkt an Bernhard von Clairvaux. 1098 zieht der Benediktiner Abt Robert von Molesme mit zwanzig Gefährten in die Einöde von Citeaux bei Dijon (lat. Cistercium, daher der Name Zisterzienser), um dort seine Klosterreform zu verwirklichen. Seine mehr als streng geltende Auslegung der Regel des hl. Benedikt setzt sich nicht durch; dem Kloster droht wegen mangelnden Nachwuchses der Untergang; Roberts Härte und Überstrenge schrecken ab. Zwar

finden der zweite und dritte Abt, Alberich und Harding, zu einer modifizierten, ihren Vorstellungen entsprechenden eigenen Klosterregel; aber sie ist kaum weniger entsagungsvoll als die des Stifters Robert. Die in Citeaux eingerichteten Klosterzellen stehen zumeist leer. Als Abt Harding bereits an eine Auflösung des Klosters denkt, klopft im Jahr 1112 ein junger Mann von hohem Adel an die Klosterpforte und bittet für sich und seine ihn begleitenden dreißig Gefährten um Aufnahme in das Kloster. Sein Name: Bernhard, geboren auf Schloß Fontaines bei Dijon. Mit Bernhard kommt die Jugend, füllt die Zellen von Citeaux wieder auf. Bernhard ist ein Mönch von außerordentlichen Fähigkeiten und Gaben; drei Jahre nach seinem Eintritt in Citeaux wird er im Alter von 25 Jahren zum Abt ernannt und mit zwölf Mönchen zur Gründung eines Tochterklosters in die Wildnis entsandt. In Clairveaux (Department Aube) halten sie an und errichten die erste Tochter von Citeaux.

„Es lag im Zug der Zeit“, heißt es bei Schuchert/Schütte, „wenn sie nach einem solchen Mann rief. Bernhard stand mit allen Großen des damaligen Lebens, mit Päpsten, Bischöfen, Königen, Fürsten und heiligen Zeitgenossen im Briefverkehr. Alle wandten sich in schwierigen Fragen um Rat und Hilfe an ihn. Wenigen war es wie dem Abt von Clairveaux gegeben, mit den Herrennaturen jener Zeit die Sprache unverblümter Wahrheit zu führen. Was ihn aus der Einsamkeit des Klosters in die Welt trieb, war der Wille zum Dienst an der Kirche.“ Clairveaux ist Bernhards erste Klostergründung; 70 weitere folgen auf seinen vielen Reisen durch Europa. Im Alter von 63 Jahren, Bernhard fühlt sich am Ende seiner Kraft, kehrt er nach Clairveaux zurück; dort stirbt er am 20. August 1153.

Das 12. Jahrhundert heißt man zu Recht das „Jahrhundert der Zisterzienser“. Auf dieses Jahrhundert entfällt die Masse aller Klostergründungen dieses Ordens; sie erstrecken sich von Frankreich angefangen über ganz Deutschland bis in den Raum um Danzig, nach Schlesien und Österreich. Nicht alle haben überdauert; heute zählt der Zisterzienserorden 77 Männerklöster mit annähernd 1350 und 90 Frauenklöster mit ungefähr 1300 Mitgliedern. In neun Jahren (1998) wird der Zisterzienserorden 900 Jahre alt. Dieses Alter verdankt er sicher seinem Willen zur möglichst vollkommenen Verwirklichung des Mönchslebens. Leonard Holz erwähnt in diesem Zusammenhang: „Sie (die Zisterzienser Anm. d.R.) sind ein anschauliches Beispiel für eine fruchtbare Auseinandersetzung mit der mönchischen Überlieferung und für eine wirksame Anpassung des als unaufgebbar Erkannten an die veränderte Umwelt.“⁴⁾

Literaturhinweise

- Josef Lortz: Geschichte der Kirche; Münster 1935;
- Dr. P.J. Hasenberg, Adam Wienand: Das Wirken der Orden und Klöster in Deutschland; Köln 1956;
- R. Kottje u. B. Moeller: Ökumenische Kirchengeschichte 2; Mainz 1973
- Karl Heussi: Kompendium der Kirchengeschichte; Tübingen 1979

4) August Schuchert, Heinz Schütte: Die Kirche in Geschichte und Gegenwart; Thomas-Verlag, Kempen/Niederrhein 1969

5) Holz, Leonard: Geschichte des christlichen Ordenslebens; Köln: Benziger, 1986

Gesellschaft

Familie ist Zukunft

Bericht über den XIV. Internationalen Kongreß für die Familie

Willy Trost

Zu einer großartigen Demonstration für die Familie und insbesondere für die Familie als Zukunft der menschlichen Gesellschaft wurde der XIV. Internationale Familienkongreß, der vom 2.—5. April 1989 in Bonn, Beethovenhalle, durchgeführt wurde. Mit rund 3500 Teilnehmern täglich war der Kongreß mehr als ausgebucht. Die Veranstalter hatten noch rechtzeitig vorgesorgt durch Ausweichmöglichkeiten in Nebensälen der Beethovenhalle und durch die Auslagerung z. B. des geistlichen Treffpunktes und der Verpflegungsausgabe in große Zelte neben der Halle.

Der Kongreß wurde international besucht. Auch die Referenten kamen aus vielen Ländern der Erde. Verständigungsprobleme gab es nicht, es standen in ausreichender Anzahl Simultandolmetscher — Funkempfangsgeräte — zur Verfügung. Bei einem Familienkongreß eigentlich selbstverständlich, dennoch selten erlebt: Kleinkinder und Kinder wurden täglich während der gesamten Zeit des Kongresses von Helferinnen und Helfern betreut.

Die einheitlich mit weißen Pullovern bekleideten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, rund 450 an der Zahl, prägten das Bild des Kongresses mit. Sie waren auffallend freundlich, hilfsbereit und ständig ansprechbar. Jeder Teilnehme wurde schon durch die fröhliche Jugendschar eingestimmt, bevor er die eigentlichen Räume betrat.

Die Organisation des Kongresses zeichnete sich auch dadurch aus, daß das gesamte Programm, trotz der außerordentlichen Fülle, täglich von 8.30—19.00 Uhr reibungslos ablief. Eine Vielzahl junger Familien und junger Menschen waren unter den Zuhörern und ebenso eine große Zahl von Multiplikatoren, die — dem derzeitigen nicht sonderlich familienfreundlichen Klima entgegen — Idee und Auftrag des Kongresses weitertragen werden: für die Familie, ihren Bestand und ihren Schutz!

Der Kongreß begann am Sonntag mit einer Darbietung des Studentenchors der einzigen katholischen, privaten Universität des Ostblocks aus Lublin in Polen. Die Eröffnung erfolgte durch Gabriele Gräfin Plettenberg, der Vorsitzenden des Organisationskomitees des Familienkongresses. Ihr folgte Frau Christine Vollmer aus Caracas, die mit Frau Mercedes Wilson die Internationale Weltorganisation für die Familie vertrat. Von Gräfin Plettenberg wurden Ziele und Form des Familienkongresses dargestellt und die Grußworte des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesministerin für Jugend, Familie und Frauen verlesen. Es folgte eine kurze Darstellung der Entstehung der internationalen Familienkongresse zuerst in Lateinamerika, dann Afrika und Indien und nun in Europa, 1988 in Brüssel und Wien. Die Idee, einen Kongreß in Bonn zu veranstalten, wurde durch Frau Gabriele Gräfin Plettenberg und einige Privatpersonen organisiert und verwirklicht. Erster Vortragender des Sonntags war die Schweizer Philosophin Prof. Dr. Jeanne Hersch

aus Genf. Sie erläuterte den Sinn und die unersetzliche Wichtigkeit der Familien, die jenseits aller Ideologien unterstützt und gefördert werden müssen. Bedenkenswert ist ihr Hinweis, daß die Familie die älteste Institution der Erde sei.

Der nachfolgende Sprecher, Prof. Dr. Hadi Sharifi aus Oxford, beschrieb die geistige Krise des Menschen der heutigen Zeit und ihre Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft.

Am Nachmittag wurde über den Themenkomplex „Familie als Fundament der Gesellschaft“ durch Redner aus Nigeria, der Bundesrepublik, Spanien und Kanada gesprochen. Bemerkenswert und von großem Beifall begleitet war der Vortrag von Prof. Kluxen aus Bonn, der zum Stellenwert der Familie in der heutigen pluralen westlichen Gesellschaft vortrug.

Mit großer Ergriffenheit hörte das überfüllte Auditorium den Vortrag von Frau Dr. Susan Stanford aus Kanada, die die „Schatten über der Seele“, die psychischen Folgen der Abtreibung bei Frauen, aufzeigte. Sie seien „eine schwere und leider noch viel zu wenig bekannte Krankheit, an der Millionen von Frauen leiden, nicht nur ein paar Monate oder Jahre, sondern viele Frauen leiden noch viel länger.“ Die Nachwirkungen der Abtreibung kämen langfristig an die Oberfläche, und vielfach werde das Erlebnis erneut durchgemacht.

Am Montag begann nach dem täglich durchgeführten Morgengebet der Themenkreis: „Familie braucht politisches Handeln“. Der erste Vortragende war Prof. Anderson aus Washington, der über die Familienpolitik in den verschiedenen westlichen Ländern berichtetet. Es folgte ein interessanter Vortrag über die Familienpolitik in der Sowjetunion durch Michail Semjonowich Matzkovsky aus Moskau, der in seinem englischen Vortrag erläuterte, wie in der Sowjetunion die Familie und ihre Stellung in der Gesellschaft positiv verändert werden soll. Nach einem Vortrag über „Familie und Erwerbsleben“ folgte eine Podiumsdiskussion mit Müttern, Vätern und Jugendlichen zum Thema Familie und Beruf. Der Nachmittag begann mit einer Darstellung des Familienalltags in Schweden. In Schweden gibt es weder Elternrechte noch Schutz der Familie, allerdings wird die Stellung der Kinder gesetzlich besonders geregelt.

In einem sehr interessanten, von großem Beifall begleiteten Referat sprach Konrad Adam aus Frankfurt über: „Familie — soziales Netz nicht nur für Notfälle“. Er berichtete über die Problematik, die sich aus der heutigen sozialen Stellung und dem Unterschied von Eheleuten und Familienangehörigen ergibt. Die Familien sind heute besonders stark belastet, wohingegen die kinderlose Ehe „ein glänzendes Geschäft“ sei. In einer bewußt kinderlosen Ehe gibt es zwei Monatseinkommen und zweifache Rentenanwartschaften, ohne die Notwendigkeit, mit Kindern das Einkommen teilen zu müssen. Der Referent meinte: „Nur Kinderlose verhalten sich systemgerecht; wer Kinder hat, kann nicht rechnen.“ Der kürzeste Weg in die Armut sei Kinderreichtum, führte der Referent aus. Notwendig ist auch hier, daß die Gleichbehandlung und Gerechtigkeit für die Familie auch durch Verringerung der wirtschaftlichen Belastung angestrebt wird. Der Finanzminister dürfe nicht der einzig wirksame Erzieher der Nation sein, und die Leistungen der Familien für die Kinder müßten stärker unterstützt werden. Dazu sei auch zu fordern, das Ehegatten-

durch ein Familiensplitting abzulösen. Auch die kinderbezogene Rentenzahlung müsse aus sozialer Gerechtigkeit eingeführt werden. Heute gelte die Feststellung, daß eine einzige, die derzeitige Generation, erheblich besser gestellt werde als jede Generation davor und jede folgende. Diese Ungerechtigkeit gelte es zu beseitigen. Für seinen dann folgenden Vortrag erhielt auch Prof. Brezinka aus Konstanz außerordentlich lebhaften Beifall. Im Referat „Familienerziehung heute — Wertüberzeugungen sind gefragt“ führte er aus, daß die Persönlichkeit der Erwachsenen weitgehend von ihren Erfahrungen als Kind und Jugendlicher abhängt. Wichtigste Aufgabe der Eltern sei, sich selbst und den gemeinsamen Lebensraum so zu ordnen, daß davon mehr gute als schlechte Einflüsse auf die Kinder ausgehen. Ihm scheinen als Erziehungsziele heute besonders wichtig: Grundvertrauen, Bereitschaft zur Selbsterhaltung durch eigene Anstrengung, realistisches Welt- und Selbstverständnis, Gemütsbildung oder Kultur des Herzens und Selbstdisziplin.

Beeindruckend war für alle Anwesenden der folgende Vortrag von Freifrau Michaela Heeremann, die ihre Gedanken über Ehe, Partnerschaft und Rollenverständnis darlegte. Freifrau Heeremann erläuterte, daß auch heute noch die Gleichberechtigung verwechselt wird mit Gleichrangigkeit. Es dürfe kein Zweifel an der Gleichrangigkeit von Ehegatten, von Männern und Frauen bestehen, die aber keineswegs die Unterschiedlichkeit der Anlagen und Begabungen zur Lösung von Aufgaben aufhebe.

Als weiterer Vortragender führte Ben Jakob aus Mainz aus, daß derzeit in der Bundesrepublik 2 000 000 Kinder ohne ihren Vater aufwachsen und darunter oft sehr leiden. Wichtig ist aber, daß in den Familien die Väter gebraucht werden, so viel und so oft es möglich ist. In den USA hat kürzlich eine Umfrage unter Kindern unter 10 Jahren ergeben, daß lieber 92% der Kinder sofort auf ihren Fernseher als auf ihren Vater verzichten würden. Der Nachmittag endete mit einer großen Podiumsdiskussion der Rundfunkjournalistin Carmen Thomas aus Köln mit Müttern, Vätern und Jugendlichen über die Frage „Familie als Beruf?“. Frau Thomas hat hier insgesamt eine positive Auffassung von Ehe und Familie erlebt und gehört. Die Grundeinstellung sowohl der von ihr als auch der von den Veranstaltern ausgewählten Diskutanten zeigte eine vorherrschend positive Auffassung von Ehe und Familie. Am späten Nachmittag wurden — wie auch am darauffolgenden Tag — Diskussionen und Arbeitsgruppen zu verschiedenen für die Familie wichtigen Themen durchgeführt. Darunter waren z.B. solche über die Möglichkeiten von familienfreundlicher Arbeitswelt, die Hilfe für Alleinerziehende, Kommunikation und Partnerschaft, seelisch Gestörte in der Familie, Einführung in die natürliche Empfängnisregelung, religiöse Kindererziehung, Sterbebegleitung in der Familie und sehr stark besuchte internationale Jugendforen über den Einfluß der Rockmusik und ihrer Darsteller als Idole auf die heutige Jugend.

Der Dienstag stand am Vormittag im Zeichen des Themenkreises „Schutz des Lebens“. Robert Richmond aus Großbritannien erläuterte in einem sehr interessanten Vortrag die Verführung, der die Öffentlichkeit durch Statistikdeutungen und Voraussagefehler ausgesetzt ist. So hat z.B. die vor vielen Jahren vorausgesagte Bevölkerungsexplosion ebenso wenig stattgefunden wie der „katastrophale Mangel an Energie“.

Aus Indien, Tansania, der Volksrepublik China folgten Erläuterungen und Darstellungen der dortigen Probleme und Möglichkeiten der Familienplanung.

In weiteren Vorträgen wurde über Experimente mit Ungeborenen und die Möglichkeiten und den Mißbrauch der Fortpflanzungstechnologie berichtet. Prof. Dr. Nathanson aus New York, Verfasser des Films „Der stumme Schrei“, berichtete über die Bemühungen von Christen in den USA gegen die fast völlige Freigabe der Abtreibungen, die dort allein jährlich über 2000000 ungeborenen Kindern das Leben kostet. Er berichtete über stattfindende Übertragungen von Teilen ungeborener Kinder auf andere ungeborene Kinder sowie auf Menschen und sogar Tiere. Er erläuterte, daß heute bereits Operationen an Ungeborenen außerhalb des Mutterleibes in den USA praktiziert werden, und sieht voraus, daß es bald möglich sein wird, ein Kind nicht nur außerhalb des Mutterleibes zu zeugen, sondern es auch zu entwickeln. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Mutter bzw. ein Mutterleib zur Entwicklung eines Menschen — medizinisch gesehen — nicht mehr notwendig sein wird.

Der Nachmittag begann mit einem internationalen Kolloquium zu den Perspektiven der natürlichen Empfängnisregelung. Er endete mit Themen aus dem Bereich „Familie morgen — Jugend heute“. Dabei wurde insbesondere über die Probleme der heutigen Jugend in ihrem Suchen nach Orientierung berichtet. Der Tag endete mit einem internationalen Jugendforum über Liebe und Treue und einem Nachtcafé im Zelt mit Dixielandband und Liedermachern.

Der letzte Tag des Kongresses begann mit dem Themenkreis „Familie als Hilfe im Leben“. Prof. Dr. Ott aus Bonn sprach über Gesundheitsversorgung und Krankheitsbewältigung und ihre Problematik, weil die Betreuung von Kranken aus der Familie heraus auf Heime und Krankenhäuser verlagert würde. Wir haben heute einen Punkt erreicht, in dem die menschlichen Zuwendungen durch Maschinen ersetzt werden. Ein Land wie Japan hat ernstlich erwogen, seine Alten zur Pflege in sogenannte Billigländer zu senden.

Über das Leben mit Sorgenkindern berichten Betroffene, so Frau von Lossow über ihren mehrfach behinderten Sohn und Herr Eisenmeier aus Schlitzhausen, der dort ein Dorf gegründet hat, in dem erwachsene Behinderte im normalen Umfeld mit anderen Familien leben. Frau Brajsa aus Zagreb berichtet über ihre Arbeit in der dortigen Caritas. Sie hat in nun 20 Jahren über 1300 Kinder aufgenommen und untergebracht oder versorgt, die von ihren Eltern bzw. Müttern ausgesetzt wurden. Sie nimmt sich aller ausgesetzten Kinder an und nimmt sie auf. Kinder werden z. B. in Großfamilien mit 25—30 Kindern versorgt. Etwas außerhalb der Legalität wurde auch ein Heim für 36 pflegebedürftige behinderte Kinder eingerichtet. Beeindruckend war die Einfachheit der Sprache und der Einstellung, mit der diese großartige Frau ihre Aufgabe an den Menschen wahrnimmt. Das Auditorium spendete stehend Ovationen als Frau Brajsa mit den Worten schloß, daß jeder Mensch allein durch sein Dasein Freude bereitet und sie sich für den „sicherlich fröhlichsten Menschen der Welt“ hält.

In einer spontanen Aktion wurden über DM 11 400,— für ihre Arbeit gesammelt. Es gab dann einen Vortrag von Prof. Dr. Langan aus Toronto, der über die Ehevorbereitung in seiner Erzdiözese berichtete. Für uns in Europa kaum begreiflich, in Kanada wie auch in vielen Bereichen der USA müssen sich Brautpaare ein Jahr vor der Eheschließung anmelden zu den vorgeschriebenen Vorbereitungskursen und der religiösen Vorbereitung. Die Kurse und die Vermittlung der Informationen und Erfahrungen werden gerne angenommen, wie überhaupt der Grundsatz gilt, daß die Hochzeit selbst kein sozialer Akt ist, sondern ein Sakrament, auf das man sich gründlich vorbereiten muß. Lieben, führte Prof. Langan aus, ist einfach, Hingabe wird zum Problem auf Lebenszeit, weil die Menschen an sich selbstsüchtig sind. In Toronto werden auch erfahrene, langjährige Ehepaare als Begleiter und Ansprechpartner für junge Ehen ausgebildet, eine Einrichtung, die sich stets mehr bewährt. Frau Motschmann aus Bremen sprach über das Thema „Treue und Vergebung, Krisenbewältigung in der Ehe.“ Statistisch ist in 10 Jahren zu erwarten, daß 85 % der neu geschlossenen Ehen geschieden werden. Auch diese Voraussage ist wie alle aus der Statistik gewonnenen Voraussagen aber mit größter Vorsicht zu behandeln. Frau Motschmann erläuterte, daß die Treue und auch die Vergebung zwingend zur Ehe dazugehören und eine der wesentlichen Voraussetzungen für ihren Bestand sind.

Familie Friesen, deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion, berichtet über ihre Familie mit mehr als drei Generationen, wie sie insbesondere in Bedrängnis und bei Not zusammensteht und so Hilfen erfährt und geben kann.

Der Nachmittag des letzten Tages mit dem Themenkreis „Familie ist Zukunft — was ist zu tun?“ beginnt mit einem Vortrag des Staatssekretärs im Bundesfamilienministerium Pfeiffer. Er weist auf die vielfältigen Hilfen hin, die in den vergangenen Jahren für die Familie geschaffen wurden, und zeigt auf, was unumgänglich auch weiter erforderlich ist, um den Auftrag des Grundgesetzes zum Schutz der Familie zu gewährleisten.

In einer bemerkenswerten Zusammenstellung wurde in 10 privaten Initiativen dargestellt, wie für die Familie Unterstützung gewonnen werden kann. Allein die Vorstellung all dieser Initiativen, die auch in einer besonderen Publikation des Familienkongresses erläutert und beschrieben sind, zeigt, wie wichtig die tätige Hilfe auf vielen Gebieten ist und in welcher Form sie erfolgen kann. Ein breiter Bogen spannt sich von Möglichkeiten zur Unterstützung von Kindern, bedrängten Müttern, Treffpunkten und Sprechkreisen, Unterstützung von Eltern kranker Kinder, der Arbeit für die Familien mit drogengefährdeten Jugendlichen, die verschiedenen Nachbarschaftshilfen, Familienzentren und Gruppen, Mütterzentren, christliche Begleitung von Sterbenden, Initiativen gegen Abtreibung, Alterselbsthilfe und vieles andere mehr. Zum Abschluß des Kongresses in einer mit über dreitausendfünfhundert Teilnehmern überfüllten Beethovenhalle spricht Gabriele Gräfin Plettenberg noch einmal zu Sinn und Zweck des Familienkongresses und zu dem Thema „Familie ist Zukunft — Antworten für unsere Zeit“. Erfreut über den offensichtlichen Erfolg, dankt sie den vielen Helfern, die ehrenamtlich die große Arbeit und Aufgabe bewältigt haben, gibt Anregungen für die weitere notwendige Familienunterstützung und faßt

kurz noch einmal zusammen, was in so vielen Beiträgen auf diesem Kongreß dargestellt wurde.

Zum Abschluß des Kongresses erfolgt der Besuch von Mutter Theresa aus Kalkutta, die begeistert begrüßt wird. Mutter Theresa betritt die Halle durch ein Spalier junger Helfer und nimmt Platz neben Gräfin Plettenberg auf der ansonsten von Kindern gefüllten Bühne. Sie spricht zu dem Thema der erlebten, wie sie es ausdrückt, zärtlichen Liebe der Eltern zu den Kindern in einer Familie und umgekehrt, die sonst in dieser Form nicht erfahrbar sei. Sie spricht von der Not der Kinder und der Eltern, die sich nicht geliebt fühlen oder gar ausgesetzt sind, und drückt erneut ihr Entsetzen aus darüber, daß Mütter ihre ungeborenen Kinder töten und ihre geborenen aussetzen können. Mutter Theresa, als Vorbild für selbstlose Liebe in ihrer Bereitschaft, auch die Ärmsten aufzunehmen, hat erneut einen großen Eindruck auf alle die Menschen gemacht, die sie erleben durften.

Rückblickend auf die Tage muß festgestellt werden, dieser XIV. Internationale Familienkongreß war notwendig, richtig und wichtig. Er gib allen denen, die guten Willens sind Mut, weiter für die Familie und ihre Zukunft zu arbeiten und zu wirken, und macht alle die, die an der Institution Familie zweifeln, nachdenklich.

(Anmerkung der Redaktion: Die hohen und hehren Ziele, die vielfältigen Anregungen und Empfehlungen bedürfen nun natürlich der Weitergabe an die Basis. Umsetzen in den Alltag ist die Aufgabe. Aber wer macht das?)

Förderung der Kreativität — Hilfe für Erfinder

D A B E I — Deutsche Aktionsgemeinschaft Bildung — Erfindung — Innovation

Nicht nur die wirtschaftliche Zukunft steht auf dem Spiel

Wolfgang Altendorf

In den 60er Jahren kam die Ernüchterung: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland entsprach nicht mehr jenem „euphorischen“ Bild, das sich die Welt, vor allem aber auch die Bürger dieses westlichen Landes selbst, von ihr machten. Das „strahlende Wirtschaftswunder“ zeigte Flecken. Besonders gravierend erwies sich — und dies wurde von Jahr zu Jahr deutlicher — der Rückstand in der Grundlagenforschung. Saturiertes Ausruhen auf den Lorbeeren des in der Tat bewundernswerten Aufbaues nach fast totaler Kriegszerstörung drohte den technischen Rang und die Hochachtung, die sich dieses Land in der Welt erobert hatte, abzuwerten. Nordamerika und Japan lagen, was immer deutlicher wurde, gerade in den Zukunftstechniken weit vorn. Woran es mangelte: das Interesse für neue Erfindungen und ihre Realisierung.

Lähmende Sättigung

Früh allerdings schon wurde Alarm geschlagen, doch erwies es sich als schwierig, die zunehmende Verkrustung in den Führungsbereichen der Wirtschaft zu überwinden. Insbesondere die kreativen Kräfte in unserer Gesellschaft stießen zunehmend auf häufig geradezu groteske Ablehnung ihrer Vorschläge zur Modernisierung in den wirtschaftlich-technischen Bereichen bei den etablierten Industrien. Es schien, als sei der Schwung, wie er aus der Pression des unerläßlichen Wiederaufbaues rührte, verlorengegangen. Eine Art „Sättigung“ lähmte den Willen für das Neue. Die Faustregel, daß spätestens dann, wenn ein Produkt „einschlägt“, seine Verbesserung das Planungsstadium bereits hinter sich haben muß, schien vergessen.

Bildung als Produktionsgrundlage

So hatten es die „Selbstreinigungskräfte“, wie sie in jeder intelligenten Gesellschaft vorhanden sind, besonders schwer, hier die Erstarrung zu lösen. Erst 1981 kam es zur Konzipierung der „Deutschen Aktionsgemeinschaft Bildung—Erfindung—Innovation“ — in der eingängig-charakterisierenden Abkürzung DABEI —, die am 3. und 4. Dezember 1982 in München im Ehrensaal des Deutschen Museums dann auch gegründet werden konnte — gewissermaßen „im letzten Augenblick“. Das Ziel der Detailarbeit dieser nun vorwiegend von der Industrie getragenen Aktionsgemeinschaft: wirtschaftliches Überleben unserer Industriegesellschaft auf lange Sicht, was langfristig ausgerichtetes, verantwortbares politisches Handeln voraussetzt, wie es die Sicherung der erworbenen und die Gewinnung neuer Lebensqualitäten verlangt. Nach Ansicht der wirtschaftswissenschaftlichen Experten von DABEI kann unsere Gesellschaft nur dann wirtschaftlich überleben und ihr der derzeitige Lebensstandard gesichert werden, wenn „die bekannten Produktionsfaktoren Boden, Arbeit, Kapital unter den Verhältnissen Mitteleuropas in anderer Form aktiviert und

kombiniert werden“. Gerade die Bundesrepublik Deutschland als ein an Rohstoffen armes Land ist — wie es in der Konkretisierung der Arbeit der Aktionsgemeinschaft weiter heißt — „auf die Bildung als immer wichtiger zu bewertende Produktionsgrundlage angewiesen“. Dazu zählen Möglichkeiten der rationellen technischen und ökonomischen Information in humanitärer Zusammenarbeit auf vertrauensvoller Basis ebenso wie die gegenseitig kommunikative Befruchtung aus getrennt gewonnenen Erfahrungen.

Umweltqualität

DABEI sucht „diejenigen gesellschaftlichen Kräfte zu stärken, die langfristig verantwortbares Handeln auch dort einzusetzen bereit sind, wo dies mangels Honorierung zu wenig betrieben wird“, etwa in der Politik, aber auch in anderen gesellschaftlich-relevanten Bereichen. Die positiv-wirtschaftliche und technische Entwicklung benötigt vor allem den gesicherten gesellschaftspolitischen Rahmen, in der sie sich zu entfalten vermag, schließlich: die Sicherung erworbener und Gewinnung neuer Lebensqualität. Nach Überzeugung der Aktionsgemeinschaft ist diese umwelterhaltenden Lebensqualität eine besonders dringliche Aufgabe, „der sich DABEI angesichts der Zwangsläufigkeit weiteren technischen Fortschritts nicht entziehen kann. Technischer Fortschritt kann dort nicht mehr mit sozialem Fortschritt begründet werden, wo Umweltprobleme, gesundheitliche Schäden, Konsumauswüchse oder überhaupt allgemeine Wertnormen zur Debatte stehen.“

Bereitschaft zur Innovation

Erfinder haben es hierzulande stets schwer gehabt, wie Neuerungen ohnehin auf für gewöhnlich sogar „instinktgesteuerte Abwehr“ stoßen. Das Problem, wie die Zeit verkürzt werden kann, bis intelligente Erfindungen der Gesellschaft nutzbar gemacht werden, bewegt DABEI ebenso wie die damit zusammenhängende Bereitschaft von Unternehmen zur Innovation. Das greift nicht weniger in die Mentalitätsstrukturen unserer Gesellschaft hinein als in jene traditionsgebundene, wie sie sich aus der deutschen Industriegeschichte ergeben. Diese wesentlichen hemmenden Komponenten wurden bisher kaum oder viel zu wenig analysiert. Es fehlt an theoretischen wie an real-praktischen Daten, etwa über Inland- und Exportmärkte, an Marktanalysen überhaupt, an Informationen für den einzelnen über das Patentrecht etwa, speziell über die Möglichkeit der Nutzung real-kreativer Entwicklungen. DABEI hält gerade dort unumgängliche Maßnahmen für angebracht, „wo sich die Politik in Zukunftsfragen dialorisch verhält oder überhaupt keinen Handlungsbedarf sieht“. „So kann es notwendig sein“, wie es in der Information über Zielsetzung, Arbeitsweise und Organisation der Aktionsgemeinschaft weiter heißt, „eine allgemeine Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten, fehlende Einrichtungen im Bildungswesen oder in der Forschung aufzubauen, zur Verbesserung der technisch-naturwissenschaftlich-ökonomischen Information beizutragen oder auch nur ein vertrauensvolles Klima für mehr und ergiebiger Kommunikation unter Forschern, Erfindern und Unternehmern zu schaffen.“

Herausragende Wissenschaftler

In der Praxis wurden von DABEL bisher 16 Arbeitsgruppen gebildet, wie zum Beispiel für Kreativitätsfragen, für Aufgaben im Bildungswesen, für Forschungs- und Erfinderprobleme, Patentwesen, für Sonderprobleme der Klein- und Mittelindustrie, für fiskalische und administrative Probleme, für betriebliches Vorschlagswesen, den Technologie-Transfer u. a. Sie werden von herausragenden Wissenschaftlern internationaler Bedeutung geleitet: Prof. Dr. Roland Lindner (Europ. Institut für Transurane), Dr. Hans Fabien (MBB, München), Dipl.-Ing. Lothar Schaar (Erfinderzentrum Norddeutschland, Hannover), Dr. Erich Häußler (Deutsches Patentamt, München), Dr.-Ing. Peter Kayser (Gesamthochschule Kassel), Bert Wessel (Industrieberater, Bonn), Dr. Wolfgang Heidrich (Kernforschungsanlage Jülich) und weiteren. Zu den korporativen Mitgliedern zählen u. a. das Bildungswerk Hessische Wirtschaft, die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, das Deutsche Patentamt, die Gesellschaft für Informatik, „Idee Suisse“ in der Schweiz, das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, die Industrie und Handelskammer Koblenz, die Ludwig-Bölkow-Stiftung, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), dazu Unternehmen wie AUDI AG, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Dornier AG, Fischerwerke Artur Fischer GmbH & Co. KG, IBM Deutschland, MAN Aktiengesellschaft, MBB, Philipp Morris GmbH, Saar-Metall SDS-Relais AG und Sparkasse München.

Persönlichkeiten von Wissenschaft und Politik

Präsident der Gesellschaft ist Professor Dr. Gert von Kortzfleisch (Universität Mannheim). Die Ehrenmitgliedschaft nahmen ebenso die Nobelpreisträger Prof. Dr. Adolf Butenandt, Prof. Dr. Manfred Eigen, Prof. Dr. Ernst O. Fischer, Prof. Dr. Klaus von Klitzing, Prof. Dr. Rudolf L. Mössbauer, Prof. Dr. Ernst Ruska wie Dr. Felix Wankel, Béla Barányi und Prof. Dr. Konrad Zuse an. Hochrangige wirtschaftsorientierte Politiker und Staatsmänner, Ministerpräsidenten der Bundesländer, Minister der Ressorts Wissenschaft und Forschung unterstützen die Aktionsgemeinschaft und ihre Veranstaltungen.

Zahlreiche Publikationen

Zahlreichen Publikationen ergänzen die umfassende Arbeit von DABEL, darunter programmatische Schriften, wie „Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist bedroht“ von Eike Dornbach, „Innovationswiderstände und ihre Überwindung — Hinweise für Erfinder, Unternehmer, Wissenschaft und Politik“ von H.-W. Stuhr. Im „Dabei-Forum“: „Reduzierung von Schadstoffen und Lärm durch Motortechnik — Der Synchronreaktor als Alternative zum Katalysator“ von Hans Karl Leistritz, „Kreativitätsförderung in der Familie — Anregung zu einer umfassenden Kreativitätsentwicklung“ von Gerhard Taubitz. Im „Dabei-Colloquium“: Analyse des physikalischen Aussagegehalts der Maxwell'schen Elektrodynamik“ von Ekkehard Friebe, „Der Entropie-Begriff — Ein Irrtum und seine Folgen für die Thermodynamik“ von Christian Blöss.

Handbuch für Erfinder und Unternehmer

Unentbehrlich schließlich das „DABEI-HANDBUCH für Erfinder und Unternehmer – Von der Idee zum Produkt und zur Vollbeschäftigung“ mit 572 Seiten, 109 Abbildungen, 8 Tabellen in einer Sonderausgabe mit einem Geleitwort von Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie, das Neumitgliedern der Aktionsgemeinschaft kostenlos zur Verfügung steht.

DABEI – Deutsche Aktionsgemeinschaft Bildung–Erfindung–Innovation e.V.,
Friedrich-Ebert-Allee 39, 5300 Bonn 1

Presse

Informationstagung

für Chefredakteure der katholischen Missions-, Ordens- und Verbandspresse in Bonn vom 18.—20. 4. 1989

Wilhelm Lehmkämer

Wie alljährlich hatte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Chefredakteure der o. g. Presseorgane auch in diesem Frühjahr wiederum nach Bonn eingeladen.

Da noch wenige Tage zuvor Bundeskanzler Kohl sein Kabinett umgebildet hatte, sprudelten die Informationsquellen nicht ganz so reichlich wie in früheren Jahren. Trotzdem standen aber die Vertreter der Ressorts, die sich dessenungeachtet zur Verfügung hielten, ergiebig Rede und Antwort. Ebenso wenig hielten auch Prälat Paul Bocklet, Leiter des Kommissariates der Deutschen Bischöfe, und sein Team mit Informationen hinter dem Berg.

Bezüglich der Bundesministerien gab es Gespräche mit Ministerialdirektor Horst Teltshik, Leiter der Abteilung II im Kanzleramt und Polenbeauftragter des Bundeskanzlers; mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; im Bundesministerium des Innern und mit der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Dr. Ursula Lehr.

Daß sich auch Informationsgespräche bei der SPD-Bundestagsfraktion sowie mit dem Leiter des Informationsbüros Bonn des Europäischen Parlamentes entwickelten, sei hier ebenfalls noch erwähnt.

Was stand im Vordergrund? Natürlich das, was in allerjüngster Zeit Verstand und Herzen der Menschen in Deutschland bewegt: aktuelle Fragen der Ausländerpolitik, Aussiedler- und Asylfragen, Gesundheits- und Rentenreform, aktuelle Fragen der Familienpolitik.

Einen breiten Raum widmete Horst Teltshik den Problemen der Polen-Politik. Er ist sicher, daß der Bundeskanzler noch vor dem 1. September 1989 Polen besucht und daß es bei den anstehenden Verhandlungen kein Tabu geben werde; vor allem gehe es aber darum, das Verhältnis mit Polen zu normalisieren.

Wahrscheinlich sei auch, daß man Polen Schulden nachlassen werde, dafür erwarte man aber selbstverständlich auch etwas von den Polen; u. a. zum Beispiel die Errichtung eines deutschen Kulturinstitutes in Warschau oder auch das Bereithalten von deutschen Zeitungen und Büchern. Es leben immerhin noch ein bis zwei Mio. Deutsche in Polen (geschätzt).

Auf dem Feld der Aussiedler- und Asylpolitik wird noch immer um Lösungen gerungen. Was bisher geschah, war keineswegs ausreichend, wohl aber dazu angetan, Emotionen zu wecken und anzuheizen. Davon möchte man loskommen. Hier hielten sich die zuständi-

gen Ressorts leicht bedeckt; sicher im Hinblick auf die für den 27.4.1989 angekündigte Regierungserklärung des Bundeskanzlers.

Mit Eloquenz trug Prof. Dr. Ursula Lehr ihre politischen Ambitionen vor. Priorität hat bei ihr die Familienpolitik, das Ziel: eine Familie mit Kindern in geordneten, gesunden Verhältnissen; ihr Slogan: „Kinder machen Freude, Kinder bereichern das Leben“.

Große Aufmerksamkeit widmete die Ministerin auch den Problemen der Alten und des Alterns. Ein Altenbericht sei in Arbeit, er umfasse eine Analyse, Antworten auf die Frage nach der Kompetenz des Alten sowie die Notwendigkeit von Prävention und Rehabilitation. In einer Vorlesung unterstrich sie jüngst in diesem Zusammenhang ihr diesbezügliches Anliegen so: „Ich möchte die Älteren ermuntern, ihr Alter aktiv zu gestalten, Politik nicht nur zu erleiden, sondern mitzugestalten“. Für Frau Lehr kommt es wesentlich darauf an, daß der Mensch im Blick auf das Alter schon frühzeitig Interessen und Fähigkeiten nachgeht, die er im Alter ausbauen und weiter entwickeln kann, denn die Menschen würden immer älter und gesünder, die Zeit der Berufsausübung immer kürzer. Leider war die Zeit bei der Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit nicht hinreichend genug, um auch noch aktuelle Fragen u. a. zum Schutz des Lebens ergiebig zu diskutieren.

Fragt man nach Erfolg und Sinn derartiger Informationstage, bleibt sicher dieses:

- Was man aus erster Hand oder berufenem Mund erfährt, ist originär und ertragreicher;
- man lernt die für ihre Politik Verantwortlichen näher kennen und ihre Anstrengungen besser verstehen und werten;
- man spürt, daß die in den Ministerien politisch Handelnden des Verständnisses bedürfen und Hilfe vornehmlich auch von der schreibenden Zunft erhoffen; für jede distanzierte bzw. wohlwollend begleitende Kritik bleiben sie jedoch ebenso empfänglich wie dankbar.

„29 Woche der Begegnung“

Hauptversammlung der Laiengremien der katholischen Militärseelsorge in der Bundeswehr vom 17.–21. 4. 1989

Gernot Belch

Die diesjährige Hauptversammlung der Laiengremien in den Standortgemeinden der katholischen Militärseelsorge der Bundeswehr fand im Rahmen der „29. Woche der Begegnung“ im Exerzitienhaus St. Paulus/Leitershofen in der Erzdiözese Augsburg vom 17. bis 21. April 1989 statt. Die Tagung stand unter dem Thema „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“.

Die Delegierten dieser jährlich durchzuführenden Tagung kamen aus den 138 Standortgemeinden der katholischen Militärseelsorge im In- und Ausland. Sie repräsentieren die Pfarrgemeinderäte bei den Standortpfarrern, sie sind Delegierte der Arbeitskonferenzen der Wehrbereichsdekane oder sind Vertreter des Vorstandes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), einem verbandsähnlichen Zusammenschluß von katholischen Soldaten aller Dienstgrade in der Bundeswehr.

Im Rahmen dieser Tagungswoche verabschiedete die Bundeskonferenz der GKS eine Erklärung zum 40. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die GKS verpflichtet sich in dieser Erklärung, die im Grundgesetz enthaltenen unwandelbaren Grundwerte rückhaltlos zu bejahen, sie weiterzutragen und an ihrer Verwirklichung aktiv mitzuarbeiten. Die durch die Zeitumstände sich ändernden Normen müßten der im Naturrecht des Menschen begründeten Wertordnung entsprechen.

Der katholische Militärbischof der Bundeswehr Elmar-Maria Kredel forderte in seiner Schlußrede, „daß verantwortliche Laien und auch Theologen im Geist der Brüderlichkeit mit den verantwortlichen Hirten der Kirche sprechen — und zwar zur Sache“. Er betonte zu den Laiengremien der katholischen Militärseelsorgebezirke gewandt, „ich bin dem Vorstand der Zentralen Versammlung dankbar, daß er in einer Stellungnahme gegenüber dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken das lieblose und intolerante Austragen innerkirchlicher Auseinandersetzungen kritisiert und eine Kultur des Ratgebens und Ratnehmens gefordert hat.“

Einer der Höhepunkte der „Woche der Begegnung“ war das feierliche Pontifikalamt mit anschließendem Empfang des Militärbischofes, an dem auch der Augsburger Bischof Dr. Josef Stimpfle teilnahm.

Unsere Redaktion

Die Berichterstattung über diese Woche in Leitershofen (bei Augsburg) wird erst in Heft 183 im August erfolgen, weil erst dann die Reden in der endgültigen Form vorliegen werden. Ebenso wird sich in das Gesamtkonzept das Ergebnis der Arbeiten der Arbeitsgruppen einpassen lassen.

Auch die journalistische Würdigung kann erst nach Vorliegen sämtlicher Informationen erfolgen.

Eines aber ist jetzt schon erkennbar, es wird ein weiterer Übergang der Arbeit in jüngere Hände erfolgen. Da mit einer Entscheidung der GKS auch eine öffentlich sichtbare Änderung vorgenommen wird, sei hier besonders darauf verwiesen. Sie werden im Impressum dieser Zeitschrift neue Namen finden. Im Hinblick auf einen guten Übergang wird die Redaktion erweitert.

Eine Auflistung der für die Redaktion notwendigen Arbeiten hat eine solche Fülle ergeben, daß sie von einem quasi hauptamtlichen Redakteur — also entweder Pensionär oder Angestellter — übernommen werden müßte.

Aus dem einsichtigen Grund, daß diese in ihrer Art einmalige Zeitschrift ihr Gesicht verlieren würde, wenn sie nunmehr von jemandem übernommen würde, der nicht in der GKS aufgewachsen ist, wurde eine andere Lösung gefunden.

Hinzu kommt, daß eine hauptamtliche Kraft nicht ausreichend bezahlt werden könnte. So hat man in die Redaktion die Herren OTL Klaus Brandt und Major Gernot Belch, die entsprechende Vorbildungen mitbringen, berufen.

Der jetzige Chefredakteur ist beauftragt und wird es mit allen Kräften versuchen, seine Erfahrungen, aber auch alle Verbindungen den neuen Mitgliedern an die Hand zu geben.

Es ist vorgesehen, auf der 30. Woche der Begegnung den neuen Chefredakteur zu wählen. Der derzeitige „Amtsinhaber“ wird dann als Berater der Redaktion weiter seine Erfahrungen anbieten und für Sonderaufgaben zur Verfügung stehen.

Eine eingehendere Vorstellung der neuen Redaktionsmitglieder folgt in Heft 183.

Sie aber, liebe Leser, sind gebeten, ihre alte Treue zu unserer Schrift dadurch zu beweisen, daß Sie der Redaktion, die sich dadurch auch verjüngt, ihre Hilfe wie bisher angedeihen lassen.

Es wäre großartig, wenn im 30. Jahr des Bestehens unserer Zeitschrift der Übergang in das nächste Jahrzehnt reibungslos gesichert würde.

Zugleich ist es ein Beweis für die innere Kraft der GKS, daß sie genügend Geist und Engagement, Willen und Potenz aufbringt, einen solchen Übergang in evolutionärer Form zu bewerkstelligen.

Bitte, helfen Sie alle mit.

H.F.

Laien in der Verantwortung

Zur 50. Konferenz der Laiengremien im Wehrbereich II

Worphausen, 18. März 1989, Laien in der Katholischen Militärseelsorge

Jürgen Bringmann

Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen die 50. Konferenz der Laiengremien der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich II feiern zu können. Ich überbringe Ihnen die Grüße des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs, Oberstleutnant Heinrich Havermann, und ebenso die Grüße des Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberstleutnant i. G. Paul Schulz. Diese Grüße sind zugleich der Dank für Ihre in langen Jahren geleistete Arbeit für die Kirche unter den Soldaten, für unsere Militärseelsorge, aber auch für die Interessen unserer Soldaten im Bereich der katholischen Kirche.

Diese Arbeit wurde und wird von Laien freiwillig und ehrenamtlich übernommen in den Kreisen der GKS, in den Pfarrgemeinderäten, in Arbeitsgruppen und Zusammenschlüssen zu speziellen Anlässen — und sie wird immer geleistet in Zusammenarbeit mit unseren Geistlichen, die als geistlicher Beirat in den Kreisen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten oder als der Leiter der Gemeinde in den Pfarrgemeinderäten Rat, Hilfe, Führung und Leitung geben. Zugleich verbinden die beiden Vorsitzenden von GKS und Zentraler Versammlung mit ihren Grüßen und dem Dank den Wunsch und die Bitte, diese Arbeit, die gerade hier in der Diaspora nicht einfach, aber um so wichtiger ist, auch weiterhin fortzusetzen. Das ist gerade heute notwendig, in einer Zeit, in der der Dienst des Soldaten nicht leicht und vor allem nicht leicht zu vertreten ist und wo es immer wieder erforderlich wird, zu zeigen und zu sagen, daß Soldaten Christen und Christen Soldaten sein können.

50 Laienkonferenzen — das sind zugleich 28 Jahre organisierter Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge, begonnen im Jahre 1961. In diesem Jahr schlossen sich erstmals katholische Offiziere bei einer Akademietagung in Königstein im Taunus zum „Königsteiner Offizierkreis“ — dem KOK — zusammen. Die meisten von ihnen kamen aus der Jugendarbeit, aus dem BDKJ — ich frage mich, ob wohl auch heute noch katholische Soldaten die Motivation für ihren Dienst in diesen Streitkräften aus der kirchlichen Jugendarbeit beziehen? Das Ziel des KOK war es, christliches Gedankengut in den Dienst der neuen deutschen Streitkräfte einzubringen, gemeinsam über ethische Fragen des soldatischen Dienstes nachzudenken und das Ergebnis dieses Überlegens in die Diskussion in unserer Kirche einzubringen. Erinnern wir uns: Auch damals gab es innerkirchliche Diskussionen über den Verteidigungsbeitrag unseres Landes, gab es Fragen nach der ethischen Legitimation der atomaren Bewaffnung.

Was auf Bundesebene begann, setzte sich bald auf örtlicher Ebene fort, wo sich in den Standorten sogenannte Kreise des KOK bildeten. Auf Wehrbereichsebene fand man sich zum überörtlichen Gedankenaustausch und zur Weiterbildung ebenfalls zusammen, im

Wehrbereich II ab 1961/62 in Steterburg, dann in Vechta, in Goslar und seit 1966 hier im zentral gelegenen Niels-Stensen-Haus in Worphausen. Einige Ausreißer nach Ohrbeck, Stapelfeld oder Steterburg änderten nichts daran, daß Worphausen eigentlich und auf Dauer das Zentrum der Laienkonferenzen in diesem Wehrbereich wurde und bis heute ist. Und hier kann man sich ja auch wohlfühlen — eine gute Basis für erfolgreiche Arbeit.

Sowenig Kirche nur aus der Amtskirche, dem Papst, den Bischöfen, den Pfarrern besteht, sowenig kann Laienarbeit in der Militärseelsorge sich auf Offiziere beschränken. So war es folgerichtig und eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis sich im Jahre 1970 die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) gründete, in der die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Kreise des KOK aufgingen. Die GKS will als Laienorganisation in der katholischen Militärseelsorge dazu beitragen, daß sich Katholiken in der Bundeswehr, daß sich aber ebenso Soldaten in ihrer katholischen Kirche vertreten und heimisch fühlen können. Sie verbindet durch Mitgliedschaft und Mitarbeit katholische Soldaten und ihre Familienangehörigen, Soldaten außer Dienst und der Reserve, zivile Bedienstete der Bundeswehr und andere, die an den Arbeiten dieser Gemeinschaft interessiert und zum Mitmachen bereit sind.

Anfang der 70er Jahre bildeten sich neben den freien Zusammenschlüssen des Laienapostolats Beratende Ausschüsse bei den katholischen Standortpfarrern, die unseren Militärgeistlichen bei der Erfüllung ihrer wichtigen seelsorgerischen Aufgabe in den Streitkräften Rat und Hilfe geben wollten. Aus diesen Beratenden Ausschüssen entstanden schließlich die Pfarrgemeinderäte beim katholischen Standortpfarrer, die zweite Säule der Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge. Während die GKS ein freier Zusammenschluß ist, sind die Pfarrgemeinderäte ein Organ der katholischen Kirche. Beide aber, GKS und Pfarrgemeinderat, sehen sich natürlich im Dienst an dieser Kirche und in enger Verbundenheit mit ihren Geistlichen. So sind denn auch in der GKS die Militärgeistlichen als geistlicher Beirat voll berechtigtes Mitglied, im Pfarrgemeinderat ist der Militärpfarrer von Amts wegen und als Leiter der Gemeinde derjenige, dessen Verantwortung zwar mitgetragen, aber nicht geteilt werden kann. Gleiches gilt im übrigen auf der Ebene des Wehrbereiches, wo der Wehrbereichsdekan oder sein Stellvertreter einerseits geistlicher Beirat der Wehrbereichskonferenz der GKS ist und andererseits der Wehrbereichsdekan der Arbeitskonferenz in seinem Wehrbereich vorsitzt.

Wie in den meisten anderen Wehrbereichen werden auch hier im Wehrbereich II die Wehrbereichskonferenz der GKS und die Arbeitskonferenz des katholischen Wehrbereichsdekans gemeinsam, aber in zeitlicher Trennung nacheinander durchgeführt. Von Anfang an haben Laien ganz entscheidend dafür gesorgt, daß und wie diese Konferenzen stattfinden. Lassen Sie mich heute einmal die Namen der Vorsitzenden der GKS und vorher des KOK im Wehrbereich erwähnen, die immer ganz erheblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben:

Das begann mit dem späteren Generalmajor Walitschek. Ihm folgte bis 1971 Oberstleutnant i. G. Körner, der leider allzu früh verstarb. Von 1971 bis 72 führte Major Leineweber die GKS im Wehrbereich, von 1973 bis 1982, also bis zum Beginn seines Ruhestandes, war

Oberstleutnant Kladiwa Vorsitzender. Ihm folgte von 1982 bis 1987 Oberstleutnant Schulz, der inzwischen zum Bundesvorsitzenden der GKS avanciert ist. Und seit 1987 ist nun Major Kieserling verantwortlich für die Arbeit der GKS im Wehrbereich II. Ich denke, wir alle hier im Wehrbereich müssen dankbar sein für den ehrenamtlichen Einsatz dieser Männer für unsere Kirche und für unsere Soldaten — und das gilt in gleicher Weise für die Sprecher der örtlichen Kreise. Wenn mich meine Statistik nicht trügt, gibt es zur Zeit im Wehrbereich 19 solcher Kreise in den Standorten.

Lassen Sie mich hierbei einen Mann noch einmal besonders erwähnen: unseren Oberstleutnant a. D. Emil Kladiwa. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1982 hat er weiterhin engagiert als Wehrbereichsgeschäftsführer die Arbeit der GKS mitgetragen und die amtierenden Wehrbereichsvorsitzenden in ihrer Arbeit unterstützt. Das ist gut so; die GKS braucht auch die Soldaten außer Dienst und der Reserve, die sich in ihr engagieren wollen. Vieles, was auf Kreis-, Wehrbereichs- und Bundesebene geleistet wurde, wäre ohne unsere Soldaten a. D., die ja etwas besser über ihre Freizeit verfügen können als die aktiven, gar nicht möglich gewesen.

Lassen Sie mich ein zweites hinzufügen: Die Struktur der Militärseelsorge ist nun einmal so, daß mit dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst auch die Zugehörigkeit der Soldaten und ihrer Familien zur Militärseelsorge beendet ist. Viele unserer Soldaten möchten aber auch nach ihrer Dienstzeit die Verbindung zur Militärseelsorge, der sie so lange angehört, nicht verlieren. Hier bietet ihnen die GKS weiterhin Gemeinsamkeit und Heimat; ich meine, wir sollten diese wichtige Aufgabe unserer Laienarbeit nicht nur nicht übersehen, sondern ganz bewußt fördern.

Laien erhalten ihre Sendung nicht von der Amtskirche, sondern aus ihrer ursprünglichen Zugehörigkeit zum Volk Gottes — das sagt ja auch das Wort Laie. Laien wirken in ihrem Berufs- und Lebensbereich für die Kirche; sie bringen aber auch die Erfahrungen und Notwendigkeiten ihres Berufsfeldes in diese Kirche ein. Die Amtskirche braucht die Laien, genauso wie die Laien ihre Arbeit nicht ohne und schon gar nicht gegen die Amtskirche gestalten können und wollen. Ein Geistlicher, der gerade in einer Zeit zurückgehender Priesterzahlen glaubt auf die Laien verzichten zu können, hat nicht nur die Zeichen der Zeit nicht erkannt, sondern verstößt auch eklatant gegen seinen Auftrag. Laien andererseits, die meinen, sich im Widerstand gegen die Amtskirche profilieren zu müssen, verkennen die beiden gemeinsame Sendung. Ich unterstreiche heute, bei dieser Festfeier, mit Freude, daß im Bereich der Laienarbeit der katholischen Militärseelsorge das Miteinander und Füreinander von Laien und Geistlichen sich, trotz gelegentlicher Reibereien, Meinungsverschiedenheiten und Irritationen, bewährt und Erfolg gebracht hat. Ich wünsche und hoffe, daß wird auch in der Zukunft so sein.

Wenn die Pfarrgemeinderäte ihrem Auftrag entsprechend vor allem den Militärpfarrer unterstützen und beraten und damit in das Gemeindeleben der Militärseelsorge hineinwirken, so ist es Aufgabe der GKS, neben der Pflege der Geselligkeit und der Gemeinschaft nach außen zu wirken, in unsere Kirche insgesamt und auch in die zivile Öffentlichkeit hinein.

Das scheint mir in diesen Tagen besonders dringend notwendig. Wir verfolgen ja schon seit einiger Zeit nicht ohne Sorgen Tendenzen in Verbänden des Bundes der deutschen katholischen Jugend, aber auch bei Pax Christi, die beunruhigen müssen. Es muß beunruhigen, wenn sich zumindest die offiziellen Gremien des BDKJ oder einzelner Mitgliedsverbände vom Dienst unserer Soldaten in der Bundeswehr mehr und mehr distanzieren. Lassen Sie mich nur an die Beschlüsse der Hauptversammlung des BDKJ von 1987 oder die 1986er „Feuersteiner Erklärung“ von Pax Christi erinnern. In diesen Beschlüssen werden die Grundlagen unserer westlichen Verteidigungspolitik mit ethischen Argumenten — über die man sehr wohl streiten kann — in Frage gestellt. Die Strategie der Abschreckung, die uns seit Jahrzehnten den Frieden erhalten hat, wird ohne das Angebot einer wirksamen Alternative moralisch verurteilt. Und es werden, gegen Geist und Buchstaben unserer Verfassung, Wehrdienst und ziviler Ersatzdienst einander so zugeordnet, als ob der junge Wehrpflichtige ein Wahlrecht zwischen diesen Diensten hätte.

Ja, diese Beschlüsse gehen noch weiter: Die kritischen Anfragen richten sich nicht etwa an die Kriegsdienstverweigerer, denen durchgehend die ethisch richtige Entscheidung unterstellt wird, sondern sie richten sich ausschließlich an unsere Soldaten, von denen faktisch so etwas wie eine öffentliche Gewissensprüfung verlangt wird. Der Dienst des Soldaten als Dienst für den Frieden wird in Frage gestellt; die Kriegsdienstverweigerung erhält *expressis verbis* oder unterschwellig eine moralisch höhere Wertung. Es fehlte nicht viel, und die Soldaten fänden sich in der Situation des Sünders wieder, der in seiner Kirche öffentlich seine Verfehlungen bekennen und bereuen muß.

Lassen Sie mich hier eins ganz deutlich unterstreichen: Das Ableisten des Wehrdienstes ist der Normalfall, der von der Verfassung unseres Landes zum Schutz unserer wehrhaften Demokratie vorgesehen ist. Die Gewissensentscheidung zur Verweigerung des Wehrdienstes ist und muß die Ausnahme bleiben, die denen zugebilligt wird, denen ihr Gewissen eben diesen Dienst mit der Waffe verbietet und die statt dessen zu einem Ersatzdienst für die Gemeinschaft bereit sind.

Wir haben gegen diese Erklärungen und Beschlüsse nachdrücklich Widerspruch eingelegt — es kann ja wohl nicht sein, daß katholische Verbände, die den Schutz unserer Rechtsordnung genießen, und Christen, deren freie Religionsausübung durch den Dienst unserer Soldaten geschützt wird, gerade zum Bruch dieser Rechtsordnung oder zu ihrer extensiven individualistischen Ausnutzung aufrufen. Ich frage mich dabei immer, ob diese Verbände — und vor allem ihre Funktionäre — nicht einmal einen Blick über den Zaun werfen und sehen, unter welchen Verhältnissen die Kirchen zum Beispiel in der Sowjetunion, aber auch in anderen kommunistischen Ländern, ja sogar in einem so katholischen Land wie Polen existieren müssen.

Wir als katholische Soldaten setzen uns gegen solche Entwicklungen mit aller Entschiedenheit zur Wehr. Unsere Kirche, die Verbände in der katholischen Kirche müssen Heimat für alle Menschen sein, die dieser Kirche angehören. Das gilt auch und gerade für unsere Soldaten, die ihren Dienst für unsere Gemeinschaft und für den Frieden unseres Landes leisten.

Aber für uns, gerade für die GKS, geht es noch um mehr: Die Bundeswehr braucht Wehrpflichtige, sie braucht aber auch Zeit- und Berufssoldaten, die ihren Dienst aus den Grundsätzen ihres christlichen Glaubens heraus leisten und die genau aus diesem Glauben ihre Verantwortung für das Gemeinwohl ableiten. Wir brauchen, ich sage das einmal vereinfacht, Soldaten, die nicht soldatischen Dienst leisten, obwohl sie Christen sind, sondern die gerade deswegen soldatischen Dienst leisten, weil sie Christen sind und ihn als Christen verstehen: als eine Aufgabe, die aus der Nächstenliebe und aus der Verpflichtung zum Schutz des Schwachen und seiner Rechte erwächst.

Heute wird so gern von der Legitimations- oder Akzeptanzkrise der Bundeswehr gesprochen — ich halte dies allerdings für falsch. Ich schließe mich lieber dem Generalinspekteur der Bundeswehr an, der vor kurzem sagte, es handele sich hier um eine Erklärungskrise der Bundeswehr, und hierzu habe die Politik und hätten die Politiker ihren wesentlichen Teil beigetragen — durch Unterlassung; und wir als Christen wissen ja nur allzugut, daß man auch durch Unterlassung sündigen kann. Wenn gar gemeint wird, durch das Nachlassen des Bedrohungsgefühls in unserer Bevölkerung werde die Notwendigkeit von Streitkräften in Frage gestellt, dann kann ich nur sagen: Wir haben noch nie ein Feindbild zur Begründung unseres Dienstes gebraucht — weder die Bundeswehr insgesamt noch evangelische oder katholische Soldaten. Wer als katholischer Christ soldatischen Dienst leistet und dabei auf der Friedenslehre seiner Kirche fußt, der dürfte hier auch in Zukunft keine Probleme haben. Warum und wozu wir unseren Dienst leisten, das hat das II. Vatikanische Konzil in zwei Sätzen gesagt, die auch, oder vielleicht gerade heute ihre Bedeutung und Richtigkeit besitzen: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Lassen Sie mich schließen mit einem nochmaligen Dank für die so erfolgreiche Laienarbeit hier im Wehrbereich II: Dank an die Mitglieder der GKS und der Pfarrgemeinderäte, Dank an die Sprecher vor Ort und die Vorsitzenden im Wehrbereich, Dank an die geistlichen Beiräte in den Standorten und auf Wehrbereichsebene, nicht zuletzt Dank an all die Freunde außerhalb der Bundeswehr, die unsere Arbeit begleiten und unterstützen. Ich wünsche Ihnen und uns allen weiterhin Erfolg und Gottes Segen in dieser für unsere Kirche und für unsere Bundeswehr so wichtigen ehrenamtlichen Tätigkeit.

Vierzig Jahre Grundgesetz:

Sein Menschenbild und seine Bedeutung für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft

Gottfried Leder

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich zunächst sehr für die Einladung, am heutigen Tag hier einen Vortrag zu halten und anlässlich Ihrer Jubiläumsveranstaltung einige Gedanken zu dem Thema „40 Jahre Grundgesetz — sein Menschenbild und seine Bedeutung für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft“ vorzutragen. Ich will versuchen, mich im vorgegebenen zeitlichen Rahmen dieser Aufgabe zu stellen.

I.

Fragen wir also zunächst in einem Jahr so vieler Jubiläen zurück: Was ist als Ausgangslage festzuhalten? Eine Bestandsaufnahme 1989 beginnt mit der Feststellung, daß wir 40 Jahre Existenz der Bundesrepublik, 40 Jahre Geltung des Bonner Grundgesetzes, 40 Jahre einer ganz überwiegend, ja eigentlich durchweg positiven Würdigung dieses Grundgesetzes zu konstatieren haben. Sieht man genau hin, berufen sich ja auch die äußersten Flügel des politischen Spektrums in unserem Lande häufig auf das Grundgesetz, wenn auch freilich stets mit dem Zusatz, es sei aber nicht genügend erfüllt. Die Frage nach der Erfüllung wird freilich auch in der Mitte gestellt. Es gibt einen berühmten und für das Verständnis unseres Staates außerordentlich wichtigen Aufsatz des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt mit dem Titel ‚Das nichterfüllte Grundgesetz‘ aus dem Jahre 1960. Es lohnt sich heute noch, ihn zu lesen. In der Tat: Wir dürfen nie vergessen, daß das geschriebene normative Gesetz immer wieder neu der Verwirklichung, immer wieder neu der Akzeptanz, der Umsetzung, des Durchdenkens bedarf. In der Tat: Ein Gesetz ist niemals schon so erfüllt, daß es nicht noch besser erfüllt werden könnte.

Aber zugleich scheinen heute Veränderungen des politischen Bewußtseins vor sich zu gehen, die den umfassenden gesellschaftlichen Konsens über die Voraussetzungen der Existenz einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in Frage stellen.

Die Ursachen dieser Veränderungen im Bewußtsein sind nicht leicht genau zu identifizieren. Es gibt äußere und innere Ursachen, und beide sind nicht immer vollständig scharf voneinander zu trennen. Zu den äußeren Ursachen gehören zum einen wirkliche und vermeintliche Veränderungen in der Politik der Sowjetunion. Es gibt dort nach meiner Überzeugung und vor allem nach der Auffassung besserer Fachleute, als ich es in dieser Frage bin, wirklich „wirkliche“ und „vermeintliche“ Veränderungen. Zu den äußeren Ursachen gehören aber sicher auch gelegentlich irritierende Verhaltensweisen von Bündnispartnern. Die europäische Idee scheint an Zugkraft abzunehmen. Es ist leider wohl eine offene Frage, ob die gemeinsame europäische Zukunft von der Mehrheit in unserem Lande heute als Chance und zentral wichtige Herausforderung begriffen wird.

Prof. Dr. G. Leder hielt dieses Referat anlässlich der Tagung der Gemeinschaft Kath. Soldaten am 18.3.1989 im Niels-Stensen-Haus, Lilienthal-Worphausen.

Die inneren Ursachen hängen zum Teil mit den äußeren zusammen. Das verbreitete Gefühl, aus dem Osten nicht mehr bedroht zu sein, wird immer mehr zu einer wirkkraftigen Realität, selbst wenn es sich nicht hinreichend auf Tatsachen stützen kann. Der Politiker muß das zur Kenntnis nehmen. Dieses verbreitete Gefühl hat einige äußere Ursachen, wird aber zugleich im Inneren durch verschiedene Kräfte gezielt verbreitet und verstärkt. Und es verbündet sich mit einer Grundmentalität, die immer stärker allgemein akzeptierte Ziele auch ohne die Anstrengung der vielen kleinen Schritten erreichen zu können glaubt. Fundamentalismus gibt es nicht nur bei Khomeini und im Islam. Wir erleben ihn auch in unserer Gesellschaft, und eine seiner Spielarten drückt sich unter anderem darin aus, daß hehre Ziele bejaht und verkündet werden, die Anstrengung der kleinen Schritte zu ihnen aber nicht gern unternommen wird.

Auf diese Weise erklärt sich manche Form des radikalen Pazifismus.

Auf diese Weise erklärt sich manche Forderung nach unbedingtem Umweltschutz. Auf diese Weise erklärt sich das Träumen von absoluter Gerechtigkeit.

Aber von neuem müssen wir unterscheiden:

Die Gesellschaft scheint ein neues Bewußtsein für die Bedrohungen der menschlichen Existenz und für die Bedrohungen der menschlichen Existenz und für menschenwürdige Existenz zu entwickeln. Dies ist positiv. Zugleich wird es aber schwerer, die Einsicht durchzusetzen, daß nicht nur Ziele proklamiert, sondern auch noch Wege zu den richtigen Zielen gefunden werden müssen. Ich habe noch niemanden gefunden, der gegen den Frieden war. Aber ich habe es oft erlebt, wie schwierig es sein kann, das unbezweifelbare Ziel des Friedens als ein Problem zu vermitteln, für dessen Lösung Schritt um Schritt Wege gesucht, Schritt um Schritt Alternativen rational geprüft werden müssen. Es steht dem Christen nicht an, nur das Gute zu *wollen*. Das ist nicht genug. Wir haben auch noch darüber nachzudenken, wie wir es heute und morgen mit unseren Mitteln verwirklichen können.

Also kann es nicht allein beim prophetischen Bekenntnis bleiben. Vielmehr steht konkret zur Frage, wie wir zu einer Rückführung hoher — und wie wir alle meinen, oft im wechselseitigen Verhältnis zu hoher — Rüstung zwischen den Blöcken kommen können, die dann den Frieden sicherer machen würde. Und es steht konkret zur Frage, wie wir zu Strategien für die Lösung der internationalen Verschuldungskrise kommen können, die für die Bevölkerungen der betroffenen Länder wirklich Befreiung aus Not und wirklich Entwicklung ihrer Existenzmöglichkeiten bringen. Und es bleibt zu fragen, täglich neu: Wie finden wir Konzepte für die Lösung der Umweltprobleme, die nicht zugleich an den Kern gesellschaftlicher Entwicklung und entfalteter menschlicher Existenz gehen? Man kann vielleicht ein Kernkraftwerk abschalten. Aber ich glaube nicht, daß man ohne weiteres den Lebensrhythmus einer entwickelten Gesellschaft abschalten kann. Vor allem aber müssen wir Lösungen finden, die nicht den Teufel mit Beelzebub austreiben. Kernenergie ist offenbar unter dem Aspekt des „atemberaubendem“ Klimaproblem es weniger problematisch als der Verbrauch fossiler Energieträger . . .

Offenbar wird also schon bei der ersten kurzen Bestandsaufnahme ein beträchtliches Spannungspotential sichtbar. Da ist es doppelt angemessen, ein Jubiläum wie das Ihre auch zu einer neuerlichen Rückbesinnung auf gewisse Fundamente zu benutzen. Diese Rückbesinnung löst die Probleme noch nicht. Aber sie kann vielleicht zu neuer Vergewisserung und zu einer erneuerten Orientierung in einem offenbar schwer überschaubaren Gelände führen.

Ich will deshalb in einem nächsten Abschnitt versuchen, das Bonner Grundgesetz im Rückblick auf die vergangenen vier Jahrzehnte einer kurzen Gesamtwürdigung zu unterziehen.

II.

Als das Bonner Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 in Kraft trat, hat es in dreifacher Hinsicht die Aufgabe erfüllt, die ihm gestellt war: „Zeitansage“ zu sein — eine Ansage, „was die Stunde geschlagen hat“. Das Bonner Grundgesetz gibt auf diese Frage, ‚was die Stunde geschlagen hat‘, in drei Dimensionen Antwort. Und diese Antwort ist in ihren drei Dimensionen unterschiedlich sicher und unterschiedlich entschlossen.

Die erste Antwort-Dimension ist dadurch gekennzeichnet, daß diese neue Verfassung in einer ganz bestimmten, konkreten, politischen Situation und unter ganz bestimmten historischen Bedingungen und Bedingtheiten für die Freiheit der Entscheidungsträger entworfen worden ist. Das Grundgesetz ist also zunächst Antwort in der konkreten politischen Situation, wie sie im Sommer des Jahres 1948 und den nachfolgenden Monaten bis zu seiner Verabschiedung am 8. Mai 1949 gegeben war. Das Agieren und Reagieren der — erst begrenzt wieder in der Verantwortung stehenden — deutschen Politiker erscheint insoweit vielfach eher zaudernd-zögerlich und in mancher Hinsicht unsicher. Alle Ungewißheiten über die zukünftige Entwicklung Deutschlands, wie sie damals bestanden, bedingen diese Unsicherheit. Die Einschätzung der gegebenen Verhandlungsspielräume gegenüber den Alliierten war schwierig. Das Schwinden der Hoffnung auf eine schnelle Wiederherstellung eines handlungsfähigen Gesamtdeutschlands wenigstens für die Bevölkerung und den Bereich der vier von den alliierten Siegermächten verwalteten Besatzungszonen wurde durchaus mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen.

Kurt Sontheimer schreibt zusammenfassend: „Aus berechtigten politischen Interessen heraus erklärte man sich bereit, an der Entstehung eines westdeutschen Teilstaats mitzuwirken, behielt sich jedoch aus nationalen Motiven das Recht vor, nur ein Provisorium zu errichten, eine Verfassung für eine Übergangszeit zu schaffen.“

Etwas härter urteilt Wilhelm Sörgel: „Man distanzierte sich terminologisch von einer Lösung, über die substantiell ein Einvernehmen bestand — die Gründung eines provisorischen Staates auf dem Gebiet der Westzonen.“

Daß es für den schließlich eingeschlagenen Weg kaum eine realistische Alternative gab, beweist nicht, daß eine solche gar nicht erwünscht war. Aber es ist unübersehbar: Das

Grundgesetz zeigt durchaus Spuren jener Ungewißheiten und der durch sie bedingten Unsicherheit. Gerade darin ist das Bonner Grundgesetz deutlich ‚Zeitansage‘. Es ist insoweit eine in mancher Hinsicht ohnmächtige, in ihren rechtlichen Konstruktionen nicht leicht verstehbare und mißdeutbare Antwort auf die Lage. Den Text der Präambel des Bonner Grundgesetzes und die Bedeutung insbesondere des Art. 146, des letzten im Grundgesetz, kann man nur verstehen, wenn man sich jene widerspruchsvolle Lage vergegenwärtigt, in der sich die damalige deutsche Repräsentanz befand. Jedenfalls: Es ist m. W. einmalig in der Verfassungsgeschichte, daß eine Verfassung den Zeitpunkt nennt, zu dem sie selbst außer Kraft treten will. Und dennoch ist das Bonner Grundgesetz ohne Zweifel — über alles „Provisorische“ hinaus — eine vollgültige Verfassung!

III.

Die zweite Dimension der Antwort des Bonner Grundgesetzes ist viel stärker grundsätzlich-inhaltlich bestimmt und deshalb auch von prinzipiellerer Bedeutung. Sie wird greifbar in jenen Aussagen der Verfassung, die zu allererst als Antwort auf die totale politische und moralische Destruktion unseres Vaterlandes durch die nationalsozialistische Herrschaft und als entschlossene Absage an jede menschenverachtende Diktatur gewertet werden müssen. Diese Absage an das System des totalitären Unrechtsstaates konkretisiert sich insbesondere in der Wiederherstellung und neuen Ausformung rechtsstaatlicher Ordnung und in der Neubegründung freiheitlicher Demokratie in ihrer parlamentarisch-repräsentativen Form.

Das Bonner Grundgesetz spricht in dieser Dimension mit Entschlossenheit und Klarheit. Das Bekenntnis zu den bewahrenswerten Traditionen, die Erneuerung der Rückbindung an übergeordnete Grundwerte und der feste Wille, auf die Einzigartigkeit des politischen und moralischen Scheiterns angemessen zu antworten, verbinden sich hier zu einem Wurf von erstaunlicher Kraft.

Insbesondere mit dem Vorrang, den das Grundgesetz der Menschenwürde zuerkennt, bildet es zweifellos, wie Rudolf Wassermann einmal formuliert hat, „vor tragischem Hintergrund“ einen „rechtsstaatlichen Höhepunkt in der Geschichte des Verfassungsstaates“. Aber auch für andere Bestimmungen des Grundgesetzes gilt, daß sich ihr voller Sinngehalt erst dann erschließt, wenn man sie als Teil der Antwort dieser Verfassung auf den nationalsozialistischen Unrechtsstaat versteht und deutet.

Die dritte Dimension der Antwort, die das Bonner Grundgesetz in seine Zeit hineingibt, hängt mit der zweiten eng zusammen. Das Bonner Grundgesetz ist immer auch Antwort auf die republikanisch-demokratische Tradition von Weimar — und zwar wiederum in einem doppelten Sinne. Es will das aufnehmen, was in Weimar schon beabsichtigt war. Aber es will zugleich Antwort geben auf die Schwächen der Weimarer Reichsverfassung, die schließlich den Untergang des Weimarer Staates mitbewirkt oder doch erleichtert haben. In dieser dritten Dimension ist die Antwort des Grundgesetzes also selbst dialektischer Natur. Sie ist das Ja zu den bewahrenswerten Traditionen von Weimar, und sie nimmt die Kontinuität in der demokratisch-republikanischen Intention in Anspruch.

Aber sie zieht zugleich konsequent die Lehren aus der Erfahrung, wie totalitäre Bewegungen sich demokratischer Strukturen bemächtigen, sie übermächtigen und schließlich zerstören können, wenn diese sich erst selbst durch positivistisch entleerte Normenverständnisse unfähig gemacht haben zu ihrem eigenen Schutz. Der Verzicht auf die Volkswahl des Bundespräsidenten im Grundgesetz gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie die Stärkung der Stellung des Bundeskanzlers, wie sie in der Rechtsfigur des „konstruktiven Mißtrauensvotums“ zum Ausdruck kommt. Auch die Verstärkung des Grundrechtsschutzes, die Funktionen des Bundesverfassungsgerichts und schließlich die sog. „Ewigkeitsklausel“ des Art. 79 Abs. 3, der bestimmte Grundsätze überhaupt jeder Verfassungsänderung zu entziehen versucht, gehören in diesen Zusammenhang.

IV.

Erlauben Sie mir, nun, nach diesen Aspekten einer kurzen Gesamtwürdigung in den drei Dimensionen der „Zeitansage“, die das Bonner Grundgesetz darstellt, in einem dritten Abschnitt den Grundwert der Menschenwürde und die ihm nachfolgenden Grundrechte im Bonner Grundgesetz ein wenig näher zu verfolgen.

Ich möchte das einfach so tun, daß ich Worte und Sätze, die Sie alle kennen, noch einmal mit ihnen gemeinsam und mit Bedacht reflektiere.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ (Art. 1, 1. Absatz, 1. Satz). Zentraler Begriff ist also die Menschenwürde. „Unantastbar“ wird sie genannt. Das muß doch dann wohl offenbar so gelesen werden, daß sie „unantastbar ist und sein soll“. Denn natürlich kann Menschenwürde de facto angetastet werden. Wir erleben das nicht nur in national-sozialistischen oder kommunistischen Diktaturen. Was aber folgt daraus? Die Verdeutlichung erfolgt im nächsten Satz. Sie, die Menschenwürde, „zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Das ist die Absage an jede Art von Menschenverachtung, an jede Art von Vernichtung der Menschenwürde, ja selbst an jedes Antasten.

Stehe nun auch derjenige, der sie tatsächlich „antastet“, in einer Hierarchie so weit unten, daß man noch von der Verfehlung eines Nachgeordneten sprechen kann, der es vielleicht im Augenblick nicht besser gewußt hat: Wo immer solches passiert, fällt die Wirkung und der Schaden auf das Ganze zurück. Das ist im Staat so und in der Bundeswehr — und es ist übrigens in der Kirche auch nicht anders.

Das Bonner Grundgesetz versucht das deutlich zu machen, indem es alle staatliche Gewalt hinordnet auf die Menschenwürde. Rufen wir uns in Erinnerung, wie die Weimarer Reichsverfassung begann. Ihr erster Satz lautete: „Das deutsche Reich ist eine Republik.“ Das war die Botschaft, die damals 1918/19 das Neue ankündigte. Das war damals das erste, was die Verfassung dem Volke zu sagen hatte. Das war gleichsam der Nagel, an dem die ganze Verfassung aufgehängt war. Nun aber heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist der erste Satz des Bonner Grundgesetzes, und das ist nun der Nagel, an dem *diese* Verfassung aufgehängt ist.

Der zweite Absatz des ersten Artikels verdeutlicht das nun näher: „Das deutsche Volk bekennt sich *darum* zu unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage des Zusammenlebens, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ „Darum.“ In den Seminaren, die die Bundeswehr in unseren politischen Bildungsstätten durchführt, sage ich den Teilnehmern immer: Unterstreicht euch das Wort „*darum*“: das ist in diesem ganzen zweiten Absatz eigentlich das wichtigste Wort.“ „Darum“, das schafft den Zusammenhang zum obersten Leitprinzip. Und dann: Das deutsche Volk „bekennt sich“. Wer sich zu etwas bekennt, schafft das, wozu er sich bekennt, nicht erst in diesem Bekenntnis. Er findet vielmehr das, wozu er sich bekennt, schon vor. „Darum“, also bekennt sich „das deutsche Volk“ zu dem, was es schon vorfindet: „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“.

Wir interpretieren gemeinsam: Weil der Mensch *Grund* der Verfassung und weil die Aufrechterhaltung und Entfaltung seiner Würde ihr *Ziel* ist, haben die Menschen wegen dieser Würde unveräußerliche und unverletzliche Rechte. Und diese haben Vorrang vor dem Staat!

Und schließlich folgt der dritte Absatz dieses Artikels 1:

Weil dieser Vorrang bis hierhin nur gleichsam philosophisch begründet, noch nicht aber auch durch rechtlich wirksame Macht abgesichert ist, werden nun „die nachfolgenden Grundrechte“ formuliert, die die Menschenrechte über das Stadium des philosophischen Konzeptes hinaus und in juristisch wirksame, einklagbare Form bringen: „unmittelbar geltendes Recht“ nennt das die Verfassung.

„Die nachfolgenden Grundrechte“ binden dann alle Staatsgewalt — also: „Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung“ — als „unmittelbar geltendes Recht“. Das heißt nichts anderes, als daß der Staat sich selbst unter die Anforderungen der Menschenrechte stellt, indem er sie als staatliche Grundrechte garantiert. Die Grundrechte gelten nicht deshalb, weil der Staat sie gewährt. Der Staat gewährt und garantiert sie, weil sie gelten — vor seiner Existenz und mit einem übergeordneten Geltungsanspruch. Dies jedenfalls ist die Auffassung der großen Mehrheit derer, die die Verfassung damals geschaffen haben bzw. heute berufsmäßig interpretieren.

Die normativen Aussagen dieses ersten Artikels des Grundgesetzes führen nun natürlich zu der Frage, ob damit die Sache des Menschen in der Verfassung erledigt sei? Man könnte hier zum einen die Entfaltungen des Menschenwürdeprinzips weiterverfolgen und stieße bald auf die Abschaffung der Todesstrafe, auf den Anspruch auf rechtliches Gehör, auf die Garantie des Rechtsweges und viele anderer Bestimmungen unserer Rechtsordnung. Man könnte aber auch die Frage weiterverfolgen, von was für einem Menschen denn dieses Grundgesetz hier nun spricht: Was ist sein „Menschenbild“? Zunächst ist zu bedenken, daß doch wohl alle Hauptströmungen der Philosophie in der Menschheitsgeschichte eigentlich immer davon ausgegangen sind, daß der Mensch auf seine Mitmenschen angewiesen sei. Die Freiheit des Menschen ist immer als eine eingebundene, als eine nicht absolute verstanden worden. Das schöne Lied von Reinhard Mey: „Jenseits der Wolken muß die

Freiheit wohl grenzenlos sein“ hat ja seinen guten Sinn. Aber der Staat muß die Freiheit für eine große Zahl von Menschen, die außerdem noch über vieles sehr verschieden denken, hier unterhalb der Wolken garantieren. Er muß und darf also das aufgreifen, was Philosophie immer gesagt hat: Menschenwürde meint nicht einfach Selbstbestimmung eines isoliert gedachten Menschen. Sie meint, richtig verstanden, immer Selbstbestimmung auf der Grundlage des Eigenwertes auch der Mitmenschen. Am Rande bemerkt: Wie ist doch die DDR-Regierung vor einigen Monaten nervös geworden, als der Satz „Freiheit ist immer auch die Freiheit des anderen“, öffentlich zitiert wurde — er stammt ja bekanntlich von Rosa Luxemburg. . .

Im Hinblick auf das Menschenbild ist in der Verfassung also durchaus eine klare Wertescheidung erkennbar. Einerseits soll jede Art von Kollektivismus, die den Menschen zum Objekt herabwürdigt, abgewehrt werden. Das kann man auch im Artikel 79 Abs. 3 der sog. „Ewigkeitsklausel“, oder im Artikel 19 Abs. 2 erkennen, der auch bei einer gesetzlich zugelassenen Einschränkung von Grundrechten ihren Wesensgehalt garantieren will. Aber das ist nicht die einzige Frontstellung: Der vom Grundgesetz gemeinte, ja vorausgesetzte Mensch ist auch nicht der grenzenlos autonome, also vielleicht nur auf sich selbst bedachte Mensch, der sich als in sich geschlossenes, jede Einwirkung von außen ablehnendes Individuum versteht.

Ich zitiere das Bundesverfassungsgericht aus einer sehr frühen Entscheidung: „Das Menschenbild des Grundgesetzes“, heißt es da, „ist nicht das eines isoliert souveränen Individuums; das Grundgesetz hat vielmehr die Spannung Individuum—Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden, ohne dabei deren Eigenwert anzutasten.“

Der Vorrang des Individuums und seiner Würde vor dem Staat bedeutet also nicht das Recht zu einem beliebigen Verhalten dieses Individuums in und gegenüber der Gesellschaft: Daher also die „Sozialstaatsklausel“, daher die „Sozialbindung des Eigentums“, daher auch die völlig vernünftige und notwendige Frage nach den Pflichten, die dem freien Bürger in diesem Staate auferlegt sind. Sie beeinträchtigen die Würde des Menschen grundsätzlich betrachtet in keinem Falle; einige dieser Pflichten gehören aber gewissermaßen zu

den konstituierenden Merkmalen seiner „menschenswürdigen Existenz“. Um nur einige Beispiele zu nennen: Ich nenne die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten im Straßenverkehr, und ich verweise auf das, was wir den „allgemeinen Gesetzesgehorsam“ nennen. Die Spannbreite solcher im Prinzip zur Menschenwürde gehörigen Verpflichtungen ist nicht gering. Ich meine, daß sie grundsätzlich in der Tat auch die zur Übernahme des militärischen Dienstes einschließt.

Ich bin in dieser Sache der Auffassung, daß das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (Artikel 4 Absatz 3) bei der Schaffung des Bonner Grundgesetzes zu den diesen Staat entscheidend mit legitimierenden Verfassungsbestimmungen gehört hat und weiter gehört. Aber ich bin ebenso klar der Auffassung, daß es sich dabei um ein

Ausnahmerecht handelt, das vom Grundgesetz her bestimmten Bedingungen unterliegt: um ein zum Grundrecht erhobenes Ausnahmerecht. Alles, was in der Gesellschaft, auch im Rahmen unserer Kirche, zu diesem Thema anderes gesagt wird, muß mit Fairneß, aber auch mit Beharrlichkeit kritisch angefragt werden. Ich jedenfalls meine, als Christ wie als Wissenschaftler, daß wir das tun müssen.

Es ist dabei unsere Aufgabe, immer wieder neu zu verdeutlichen, von welchen Bedingungen die Existenz einer freiheitlichen Gesellschaft auf Dauer abhängt.

Aber wir haben eben in unserem Lande insgesamt zu beobachten, daß sich das Menschenbild, das in der Gesellschaft verbreitet ist und verbreitet wird, immer mehr und immer häufiger von dem Menschenbild des Grundgesetzes zu entfernen scheint oder in der Realität entfernt. Ich will so zurückhaltend wie möglich formulieren: Allein schon das Bemühen um eine Reduzierung der Abtreibungszahlen wird, ohne daß die Leute dabei rot werden, als „unmoralischer Angriff“ auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau gewertet. Im Namen des wissenschaftlichen Fortschritts wird die „Freiheit“ zu medizinischen Experimenten mit noch ungeborenen Kindern propagiert. Die These, daß der Bürger, den das Grundgesetz meint, ein Mensch sei, der nicht nur von Egoismus, sondern auch von Gemeinwohlanspruch und von Solidarität geprägt sei, wird (auch) in öffentlich-rechtlichen und damit staatsfinanzierten Medien lächerlich gemacht.

Realitätsferne prägt das Denken des Menschen. Die Endlichkeit des Menschen und die Vorläufigkeit seiner Problemlösungen werden verdrängt. Die Sinnfrage wird verdrängt, sobald Konsequenzen aufleuchten, die einen stören können.

Daß Rechte und Pflichten von der Menschenwürde her eigentlich immer in einer gewissen Korrespondenz stehen, wird ebenso verdrängt. Die Notwendigkeit von Führung auch, ja gerade in der Demokratie wird verdrängt. Die Grenzen der Innovationskapazität menschlicher Gesellschaft werden verdrängt. Und die Ursachenforschung im Hinblick auf die existierenden Bedrohungen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wird auch nicht in der angemessenen Weise rezipiert: Viele meinen die Ursachen schon auf den ersten Blick zu erkennen und schließen dann auf scheinbar doch so einfache, in Wahrheit aber meist schon jetzt als wenig tauglich erkennbare Lösungen.

V.

Und schließlich ein letzter Gedankengang: Was ergibt sich aus alledem nun für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, näherhin für die Stellung des Subsystems „Bundeswehr“ innerhalb des gesamten gesellschaftlichen Systems? Wir pflegen ja oft eine eigentümliche Art, in Konfrontationen zu denken: Bundeswehr versus Gesellschaft. Richtig verstanden ist natürlich die Bundeswehr ein Subsystem, ein Teil des Ganzen; und die Beziehungen von Bundeswehr und Gesellschaft können nicht in einer Gegenüberstellung, sondern nur in diesem eigentümlichen Spannungsverhältnis begriffen und studiert werden. Lassen Sie mich wenigstens einiges andeuten: Wenn wir für die Gesellschaft fordern, daß das Bild des Menschen, wie die Verfassung es im Begriff der Menschenwürde aufschei-

nen läßt, oberstes Prinzip, oberster Maßstab ist und bleiben muß, dann gilt das natürlich für die Bundeswehr in völlig gleicher Weise. Ich denke in diesen Wochen mit zunehmender Bewußtheit an eine Reihe von Gesprächen zurück, die ich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und im Beginn der sechziger mit einem großherzigen Förderer, Prof. Gerhard Möbus, dem ersten Direktor der Akademie für Innere Führung, habe führen können. Was gilt das Denken von damals eigentlich heute noch? Könnte sich hier vielleicht ein neues Instrument in der Selbstverdeutlichung, der Selbstdarstellung auch der Bundeswehr im Verhältnis zu ihren Kritikern ergeben? Denn ich gehe doch wohl zu Recht davon aus, daß es keine grundsätzlichen Diskrepanzen zwischen den gesetzlichen Grundlagen und der Praxis gibt und daß jede faktische Diskrepanz, die natürlich vorkommen kann — weil eben überall, wo Menschen werkeln, auch Fehlleistungen vorkommen —, mit jener Entschlossenheit ausgeräumt wird, die nicht nur nach dem Gesetz, sondern um der Institution willen notwendig ist. Aber damit will ich nur darauf hinweisen, daß die Chance der Selbstdarstellung und die Ungebrochenheit der Akzeptanz natürlich auch von den Kräften der Selbstreinigung abhängen, die dort eingesetzt werden, wo es im Einzelfalle notwendig wird.

Der Mensch ist ein vernunftbegabtes, nach Sinn fragendes Wesen — es sei denn, daß seine Vernunft und seine Bereitschaft, nach Sinn zu fragen, verkümmert: Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Gestaltung des Dienstbetriebes und für die Anforderungen an Entschlossenheit und an Kreativität, die an alle zu richten sind, die Führungsfunktionen wahrnehmen. Ich möchte gerne sagen, daß ich in Gesprächen mit Wehrpflichtigen über viele Jahre hinweg sehr viele gute Urteile gehört habe. Aber ich habe es auch gelegentlich erleben müssen, daß ein einziger in einer Gruppe von 20 oder 30 Soldaten, der einigermaßen glaubwürdig über negative Erfahrungen berichtete, die Grundstimmung dieser ganzen Gruppe in Frage stellen konnte. Es ist eine alte Erfahrung: Das Positive ist keine Nachricht wert, aber der Verbrecher hat eine gute Chance, in die Zeitung zu kommen. Derjenige, der es falsch macht, wird öffentlich erwähnt. Derjenige, der alles normal oder gut oder sogar sehr gut macht, wird vermutlich nicht erwähnt werden.

Der Mensch darf also niemals zum Objekt herabgewürdigt werden. Und weil das so wichtig ist, ist die Frage, wie man intern mit den Fällen umgeht, in denen dies dann doch zumindest ansatzweise geschieht, bleibend wichtig. Aber es kommt ein anderes, fast Wichtigeres dazu. Ich beobachte mit wirklich großer Sympathie — und das heißt ja auf deutsch etwa: mit-leidendes Gefühl —, wie einzelne Repräsentanten der Bundeswehr gelegentlich den Eindruck erwecken, sie seien ihres Auftrages nicht mehr so sicher und begännen zu zweifeln an seinem Sinn und seiner Legitimation. Wenn hier von Repräsentanz die Rede ist, dann meine ich den Leutnant X und den Feldwebel Y natürlich auch: Auch er repräsentiert vor Ort, vor den Wehrpflichtigen, diese Bundeswehr. Was immer da zu Ihren Ohren kommt, die Sie in der Bundeswehr Ihren Beruf haben, muß von Ihnen vor Ort mit Kameradschaftlichkeit, aber auch mit unbezweifelbarer Klarheit angegangen und korrigiert werden.

Ich frage mich, ob es heute neu das Problem gibt, das ja in den ersten 15 Jahren der Bundeswehr in vielen Veranstaltungen durchaus heftig diskutiert worden ist: unter welchen Bedingungen nämlich eine Armee einerseits auch in der Demokratie *Armee* sein könne und andererseits zu sichern sei, daß sie als die Armee dieser *Demokratie* anerkannt wird?

Eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang, die uns noch einmal an den Anfang zurückführt. Wir müssen es als ein Faktum nehmen, so fürchte ich, daß heute in der Bevölkerung viele der bisher im Vordergrund stehenden Begründungen für die Notwendigkeit der Streitkräfte an Überzeugungskraft faktisch verlieren. Das bedeutet nicht, daß die Begründungen rational nicht stimmig seien. Aber sie überzeugen aus Zusammenhängen, die sehr genau untersucht werden müssen, nicht mehr deutlich genug. Zahlen über militärische Potentiale werden nicht mehr geglaubt, und mögen sie zehnmal nachweisbar sein. Es gibt also ohne Frage so etwas wie einen Stimmungsumschwung insgesamt gegenüber den Problemen der Friedenssicherung durch Streitkräfte, gegenüber der Notwendigkeit von Verteidigungsaufgaben und im Hinblick auf die Anwesenheit von Truppen unserer Bündnispartner. Ich denke, daß hier niemandem damit gedient ist, wenn wir durch Zahlen aus unterschiedlichen Umfragen das Problem vergrößern oder zu verkleinern versuchen. Wir sollten uns von den Quantitäten freimachen. Sie sind von einem bestimmten Punkte an nicht so wichtig. Die Qualität der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist der Punkt, um den es geht. Dabei weiß ich sehr wohl um die Not, in der Sie in dieser Frage unverkennbar stehen. Ich will versuchen, sie so zu formulieren: Wir alle wissen in der grundsätzlichen Reflexion, daß heute Krieg, sollte er zum vollen Einsatz der zur Verfügung stehenden Waffen führen, politisch und moralisch eigentlich nicht gedacht werden kann. Nur kann — und das ist die andere Seite — zur Zeit wohl noch nicht völlig ausgeschlossen werden, daß ein anderer Staat sich für einen bewaffneten Angriff entscheidet, wenn er sich dabei eine Chance ausrechnet. Deshalb ist es für jeden Staat so gerechtfertigt wie notwendig, sich verteidigungsfähig zu halten. Aber es ist unverkennbar, daß hier eine widerspruchsvolle Situation gegeben ist. Dieser noch nicht auszuschließenden potentiellen Bedrohung, die natürlich auch durch Erklärungen allein noch nicht beseitigt ist, ist am ehesten dadurch zu begegnen, daß die Verteidigungskraft so stark gemacht wird, daß ein Angriff ein zu hohes Risiko bedeutet. Mir ist nur zu klar, daß diese Lösung für den Soldaten die ebenfalls widerspruchsvolle Konsequenz hat, daß er sich und andere für einen Fall ausbilden und bereithalten muß, der nicht eintreten soll. Er muß sich in einer Weise auf einen Krieg vorbereiten, die den Krieg verhindert. Nur ist doch eines zusätzlich festzuhalten: Politik als friedliche Bewältigung von Interessengegensätzen und als gewaltfreie Austragung von Konflikten kann erst dort beginnen, wo der Gewalt eine Absage erteilt wird und wo mindestens ihr Übergreifen auf den eigenen Bereich verhindert werden kann.

Politik bleibt immer der Möglichkeit des Angriffs von Gewalt ausgesetzt. Deshalb muß der Staat — um seiner wichtigsten Aufgabe, den Frieden zu gewährleisten, willen — auch fähig sein, Gewalt abzuwehren. Der Sachverhalt der verwirrten Gefühle und der Unsicherheit ist noch nicht der alleinentscheidende Punkt: Es kommt letztlich darauf an, daß wir *dies* klarmachen können.

Die Bundeswehr wird dabei gewiß auch in der Gesellschaft Partner finden, die das gleiche versuchen. Wir stecken zur Zeit deshalb in einer Krise, weil Notwendigkeiten nicht erkannt, weil Zusammenhänge falsch gesehen und weil Probleme nicht verstanden werden, die an sich durchaus verstehbar sind, wenn rationaler argumentiert würde. Es ist klar, daß der Primat der Politik dem Soldaten eine dienende Funktion zuweist. Aber es ist ebenso klar, daß der Primat der Politik dann auch die Politiker in erster Hinsicht in Pflicht nimmt. Es ist nicht Sache der Soldaten, den Auftrag zur Verteidigung zu legitimieren: Es ist die Sache der Politiker, das zu tun. Auch vier Jahrzehnte der Existenz des Grundgesetzes haben an diesem Sachverhalt nichts geändert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vor 150 Jahren

Seit 150 Jahren: Photographie

*Eine der grundlegenden Erfindungen in der technischen Geschichte
Daguerre, der „Vater der Photographie“, ließ 1839 sein photographisches Verfahren
mit Silberplatten und Quecksilberentwicklung publizieren*

Wolfgang Altendorf

Die ersten Versuche allerdings liegen schon mehr als 250 Jahre zurück: Der sächsische Mediziner J.H. Schultze in Halle/Saale nutzte die Lichtempfindlichkeit der Silbersalze bereits 1727 zur Reproduktion von Schriftzügen, die er in Schablonen einschneidet und dem Sonnenlicht aussetzte. Sie bildeten sich schwarz ab. Diese „Zauberei“ machte zu ihrer Zeit Sensation, geriet jedoch bald wieder in Vergessenheit. Erst 70 Jahre später wurden die Versuche erneut von den Engländern Davy und Wedgewood aufgenommen. Aber auch sie fanden keine Möglichkeit, das „Lichtbild“ so zu fixieren, daß es dauerhaft blieb. Es ver schwand stets wieder nach einer Weile.

Joseph Nicéphore Niepce

Dieser Franzose gilt als einer der Wegbereiter der Photographie. 1765 in Châlon-sur-Saône geboren, gelang es ihm 1824 zum ersten Mal Bilder, die er mit Hilfe der „Camera obscura“ aufnahm, zu fixieren, sie also dauerhaft zu machen. Um diese Erfindung weiter auszubauen, verbündete er sich mit dem Maler und Bühnenbildner Louis Jacques Mande Daguerre (1789 in Cormeilles in der Normandie geboren), der ebenfalls auf dem Gebiet arbeitete. Niepce besaß das Geld, Daguerre die Zielstrebigkeit. So bildeten beide ein ideales Gespann zur Durchsetzung einer Idee, die mit der Erfindung des Rades und des Buchdrucks auf eine Stufe zu stellen ist. Nach Niepces Tod setzte Daguerre die gemeinsamen Arbeiten selbständig fort.

Daguerre

Daguerre genoss bereits einige Berühmtheit in seinem eigentlichen Beruf, der Bühnenbildnerie. Er lieferte den Bühnen in Paris Theaterdekorationen, die von Kritik und Publikum einhellig bewundert und als „von unnachahmlichem Geschmack und Schönheit und einer Wirkung, der sich niemand zu entziehen vermag“, geschildert wurden. Er gilt als der Erfinder des Dioramas, bei dem er Landschaften und Szenen durch Lichtwechsel effektiv darstellte. Gerade ihn mußte die Möglichkeit des realen Abbildes mittels Photographie (diesen Ausdruck kannte er noch nicht) faszinieren. Dazu war die Haltbarmachung des aufgenommenen Bildes die Voraussetzung. 1838 erreicht Daguerre das angestrebte Ziel mit Hilfe jener Camera obscura, der „finsternen Kammer“, eine schon 1540 von Erasmus Reinhold in Wittenberg zur Beobachtung von Sonnenfinsternissen erfundene optische Vorrichtung.

Veröffentlichung 1839

Die Camera obscura bestand aus einem dunklen Raum mit einer kleinen Öffnung, die Bilder von draußen mit Hilfe der Lichtstrahlen in das Innere der Kammer gelangen ließ und auf deren Rückwand warf. Diese Öffnung der Kammer wurde bald mit einer Sammellinse versehen und schließlich als Kasten tragbar gemacht. Daguerre vermochte nun das Bild so aufzunehmen und endgültig zu festigen, daß man es bei Tageslicht betrachten konnte. Mit Hilfe der Physiker Arago und Gay-Lussac, die zusammen eine physikalisch-chemische Zeitschrift herausgaben, kam es 1839 zur Veröffentlichung der neuen Daguerreschen Technik unter dem Patronat der Französischen Akademie in Paris. Daguerre erhielt daraufhin vom französischen Staat eine jährliche Pension von 6000 Francs, die Erben von Niepce — auf Veranlassung Daguerres — eine solche von 4000 Francs.

Daguerreotypie

Wohl selten wurde der Wert einer neuen Erfindung derart klar erkannt und derart gerecht den Erfindern vergütet. Daguerre machte mit seiner Technik (wie das auch heute noch im Prinzip angewendet wird) den zuerst unsichtbaren Lichteindruck mit Hilfe eines zweiten Verfahrens sichtbar und durch Fixierung dauerhaft. Die Photographie, „Daguerreotypie“ nach ihrem Erfinder genannt, war geboren.

Fox Talbot, Archer und Fry

Noch im gleichen Jahr, 1839, publizierte der Engländer Talbot ein weiteres Verfahren, nämlich aufgenommene Bilder auf Papier zu kopieren. Er entwickelte wenig später den sogenannten „Negativprozeß“, der zur Grundlage der modernen Photographie wurde: von diesen Negativen konnten mehrere Positive, also reale Bilder, „abgezogen“ oder kopiert werden. Ein weiterer Niepce, nämlich de Saint-Victor, ein Neffe von Joseph Nicéphore, verbesserte den Talbotschen „Negativprozeß“, indem er jodsilberhaltige Eiweißschichten als Negativplatten verwendete. Archer und Fry, wiederum Engländer, verwendeten an Stelle des Eiweißes Kollodium, ein Verfahren, das über 30 Jahre in Gebrauch blieb. Es wurde durch die hochempfindliche Gelatinenplatte abgelöst. Von hier verlief die Entwicklung stürmisch. Aus dem Experimentierstadium herausgelöst, wandten sich die Erfinder nun speziell den Kameras zu, jenen technischen Voraussetzungen, die die Qualität des aufgenommenen Bildes vorwiegend durch die verwendeten Objektive zu verbessern suchten.

„Detektivkamera“

Noch bevor das 19. Jahrhundert zu Ende ging, erschienen eine Fülle von „Photoapparaten“ auf dem Markt: Reisekameras, Handkameras, Panoramaapparate, Kameras mit Plattenmagazinen, zusammenklappbare Kameras und sogar „Steinheils Detektivcamera“, die ein „heimliches Aufnehmen zu observierender Personen“ gestattete und in der Verbrechensbekämpfung Verwendung fand. Die Jahrhundertwende brachte schließlich den ent-

scheidenden Durchbruch auf dem Gebiet der Platten- oder Filmbelichtung. Es wurden erstaunlich kurze Belichtungszeiten (bis zu 1/1000 Sekunde) mit häufig einfachen Mitteln, etwa der pneumatischen „Fallbrettbelichtung“ oder des „Momentverschlusses mit Sperrhaken“ erreicht, die die Momentaufnahme, wichtig für Amateure, und schließlich das „lebendige Bild“, den Film ermöglichten. Selbst die Irisblende war bereits vor der Jahrhundertwende bekannt und in Gebrauch.

Die Entwicklung längst nicht abgeschlossen

Heute, 150 Jahre nach der ersten Veröffentlichung der Möglichkeit, Lichtbilder zu fixieren, ist die Entwicklung längst nicht abgeschlossen. Die elektronische Kamera wird die Zukunft beherrschen, jene Aufnahmetechnik, die selbständig alle Probleme der Fotografie auch für den fotografierenden Laien löst, die das Bild zudem auf Bildplatte „aufzeichnet“, dort die Veränderung, die Verbesserung der Qualität, aber auch die „Manipulation“ mit allen guten und schlechten Absichten ermöglicht.

Aus der nahen und weiten Welt

Eine große Frau wurde heimgeholt

Helmut Fettweis

Am 14. März 1989 rief Gott die letzte Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn im hohen Alter von 96 Jahren zu sich in sein Reich. Am 3. April kehrte die sterbliche Hülle in das Vaterland Österreich zurück und wurde in der Kapuzinergruft in Wien bestattet.

Der Mensch

Die Kaiserin wurde am 9. Mai 1892 in Villa Pianore bei Viareggio als Prinzessin von Bourbon-Parma geboren. Sie war eine charmante, gebildete und in zwei europäischen Kulturkreisen — Italien und Österreich — aufgewachsene junge Frau. Sie sprach fünf Sprachen. Sie heiratete am 21. Oktober 1911 Erzherzog Karl. Sie sah mit ihrem Mann die Probleme der Zeit etwas anders als die Regierenden.

Ihre Art des Aufrichtig-zuhören-Könnens sicherte ihr viel Sympathie unter den Völkern der österreich-ungarischen Monarchie. Besonders die Ungarn waren der späteren Kaiserin zugetan. Sie mußte nach der Abdankung und dem Tod ihres Mannes einen langen einsamen Weg gehen.

Die Monarchin

Erzherzog Karl — nach der Ermordung seines Onkels Ferdinand in Serajewo am 28. Juni 1914 — Thronfolger, übernahm als Kaiser Karl I. nach dem Tod des legendären Kaisers Franz Josef (21. 11. 1916), den Thron in einer schweren Zeit.

Einmal hatte der alte Kaiser (18. 8. 1830) fast 66 Jahre die Herrschaft in Händen gehabt (2. 12. 1848—21. 11. 1916). In dieser Zeit hatte sich in Österreich wenig, in der Welt viel geändert. 1914 war es dann dem greisen Kaiser nicht möglich, den Krieg zu verhindern.

Wenn auch heute die Geschichtsforschung mit Recht beweisen kann, daß der österreichische Kaiser am 1. Weltkrieg weniger schuld hatte, als die Sieger 1918 glaubten feststellen zu müssen, so war er doch durch die Unbeweglichkeit seiner Regierungen einer derer, die nicht unschuldig waren.

Vor dem Ausbruch des Krieges hatte sich die Nationalitätenfrage in Italien, Kroatien, in Böhmen und Mähren, in Polen und Ungarn sehr zugespitzt. Mit dem Tod des alten Kaisers fiel nun die Persönlichkeit aus, die eine Art Klammer für die auseinanderstrebenden Völker darstellte.

Karl I. (geb. 17. 8. 1887) war ein gebildeter Herrscher, aber er konnte die Klammerfunktion unter den damaligen Kriegsumständen nicht in gleicher Weise erfüllen. Zudem war er durch seine Frau und deren Verwandtschaft über manche Entwicklungen außerhalb der

„Mittelmächte“ besser informiert. Er sah auch das Leid, das dieser Krieg bisher gebracht hatte.

So erwog das Kaiserpaar von Anbeginn eine Sonderfriedenspolitik der Monarchie. Leider waren jedoch die Verhandlungen nicht geheimzuhalten, und für dynastische Vorstellungen — bourbonische Restauration in Frankreich — gab es in der Demokratie Frankreich keine Verhandlungspartner.

So scheiterten alle diese Verhandlungen. Sie brachten der Kaiserin — ihr Bruder Prinz Sixtus von Bourbon-Parma führte die Verhandlungen (29. Jan. 1917) — den Vorwurf, daß sie Verrat an den Mittelmächten geübt hätte.

Auch eine letzte Maßnahme des jungen Kaisers, das Manifest vom 17. Oktober 1918, das den Völkern Österreichs eine größere Selbständigkeit in einer Föderation versprach, kam zu spät, um noch eine Rettung zu bringen.

Am 11. Nov. 1918 „verzichtete Kaiser Karl auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften“. Er verzichtete nicht auf sein Recht als Kaiser von Österreich und König von Ungarn. Er ging mit seiner Familie (7 Kinder) ins Exil in die Schweiz.

Zweimal versuchte Karl nach Ungarn zurückzukehren. Unter dem Druck der „kleinen Entente“ verweigerte die ungarische Nationalversammlung dem König (von Ungarn) das Verbleiben im Lande. Beim zweiten Mal wurde Karl verhaftet und mußte ins Exil nach Madeira, wo er am 1. IV. 1922 an einer Lungenentzündung starb.

Mit einem Gesetz wurde — auf außenpolitischen Druck — beschlossen, daß kein Mitglied des habsburgischen Hauses je wieder auf den ungarischen Königsthron zurückkehren dürfe.

Auch Österreich beschloß eine Einreiseperrre für alle Habsburger, die erst 1982 gelockert wurde.

Heimgekehrt

In den langen Jahren nach dem Tode ihres Mannes war die Kaiserin in der Schweiz, seit dem Tode ihres Mannes stets in schwarz gekleidet, eine aufrechte Verfechterin ihres Anspruchs auf die Throne geblieben. Sie führte diesen Kampf nicht mit lauten Deklarationen, sondern in der zurückhaltenden vornehmen Art eines großen Menschen.

Es wurde still um die hohe Frau, die in den letzten drei Jahrzehnten in zwei kargen Zimmern im St. Johannis-Stift lebte. Wenn auch Monarchisten immer wieder bei ihr anklopfen, sie unternahm nichts, was ihrem Vaterland oder ihrer Heimat geschadet hätte.

Sie lebte in der Stille Graubündens im Bewußtsein, daß sie vor ihrem Herrn und Gott eines Tages Rechenschaft über ihr Tun ablegen müßte. Ihre Haltung imponierte auch jenen, die gegen die Monarchie waren.

So war dann der letzte einsame Weg der Kaiserin am 1. April 1989 — dem Todestag Kaiser Karls I. — eine Heimkehr besonderer Art. Die Bevölkerung ehrte sie — wenn auch mit einem Hauch von Nostalgie — mit großem Respekt und inniger Anteilnahme.

Man hat erkannt, daß Kaiserin Zita die letzte Repräsentantin einer Zeit war, in der man versucht hat, die Völker einer Region, zu deren Bestem, in einer staatlichen Gemeinschaft zusammenzufassen.

Die tiefe Verwurzelung in einem christlich-europäischen Denken wurde hier sichtbar.

Und damit wurde leider auch erkennbar, wie viele Irrwege von Nationalismus, Diktatur, Faschismus, Nationalsozialismus, Rassen- und Völkerwahn gegangen werden mußten, um heute erst zu erkennen, daß es notwendig ist, ein Haus „Europa“ zu bauen.

So wurde Wien für einen kurzen Zeitraum wieder geistige Kaiserstadt. Im Requiem wurde die tiefe Verbundenheit — und das Gehaltensein — im christlichen Glauben erfahrbar. Die österreichischen Medien übertrugen die Trauerzeremonie über vier Stunden. Sie wurde zu einem Staatsakt. Beim Erklingen der ungarischen Hymne sowie der alten Nationalhymne „Gott erhalte, Gott beschütze unseren Kaiser, unser Land“ wurde spürbar, daß hier eine große — aber zuweilen auch traurige Zeit — europäischer Geschichte zu Ende ging.

Auf dem Weg zur Kapuzinergruft — der Ruhestätte fast aller Habsburger — nahmen auch die rd. 40000 Besucher — und die vielen Zuhörer im In- und Ausland — tief ergriffen Abschied von einer großen Frau und einer bewegten Zeit.

Die Anteilnahme vieler gekrönter und hochadeliger Persönlichkeiten sagt vielleicht weniger als die Anteilnahme so vieler einfacher Menschen — auch aus Kroatien, Böhmen, Mähren und vor allem Ungarn.

Nicht umsonst wurde von den unterschiedlichsten Persönlichkeiten so stark empfunden, daß die Fürbitten im Mozart-Requiem in den Sprachen Deutsch, Italienisch, Tschechisch, Ungarisch, Kroatisch, Slowenisch und Polnisch vorgetragen wurden.

Und der Wiener Erzbischof Kardinal Hans-Hermann Groer sprach in seiner Predigt von einem „Volksbegräbnis“. Mahnend betonte er auch, daß das Begräbnis der Kaiserin „nicht ein Begräbnis der österreichischen Geschichte ist, denn diese Geschichte lebt!“

Die Aufgabe für die Lebenden wird damit noch deutlicher.

Das Herz der Kaiserin verbleibt an der Seite des Herzens ihres Mannes im Kloster Muhri in der Schweiz.

Nach einer alten Fürstensitte aus der Kreuzfahrerzeit wurde die Monarchin ohne ihr Herz beigesetzt.

So gehen die Gedanken in dieser Zeit hin zu einer Frau, die Höhen und Tiefen erlebt hat, die aber sich selbst treu blieb im tiefen Glauben an den Herrn und Erlöser Jesus Christus, den Sohn Gottes.

Er wird sie nun richten und wägen, was wir Menschen nicht können. Er wird sie aber auch mit der Gnade aufnehmen, die er für uns alle durch seinen Opfertod verdient hat.

So ist der Tod dieser tapferen Frau ein Anlaß, zu überlegen, was unsere Aufgabe ist und ob wir diese erfüllen.

Wer aber seine Pflicht in der Hineingabe in Gottes Willen erfüllt, darf auch hoffen, hingenommen zu werden in das Reich, das Gott uns verheißt hat.

So möge er der letzten Kaiserin der österreich-ungarischen Monarchie ein gnädiger Richter sein. Sie wird uns — auch in der Bundesrepublik — eine Mahnerin bleiben, für ein Europa des Friedens zu kämpfen.

Deutschlands ehemalige Kolonie wird unabhängig

Namibia: Die verpasste Chance des Westens

Karl Breyer

Dieser Beitrag wurde vor dem 1. April und vor dem heimtückischen Angriff der SWAPO im nördlichen Ovamboland geschrieben. Dennoch glaube ich, daß die Kerngedanken auch weiterhin ihre Gültigkeit haben. Man muß nur noch eine Erkenntnis hinzufügen: Mit einer Organisation wie der SWAPO trifft man keine Vereinbarungen und schließt man keine Verträge ab.

Mit dem 1. April hat die ehemalige deutsche Kolonie Südafrika, die durch einen Völkerbundesbeschluß südafrikanisches Mandatsgebiet wurde und seit Jahren bereits unter dem Namen Namibia bekannt ist, den Weg in die Unabhängigkeit angetreten. Pretoria hat sich nun nach mehr als zwanzigjährigen blutigen Auseinandersetzungen dazu durchgerungen, die UNO-Resolution 435 zu akzeptieren. Fast 5000 Mann der Friedenstruppe der Vereinten Nationen und mehr als 1350 Zivilbeamte (darunter 500 Polizisten) werden zu sehen, daß der 52. bzw. 56. Staat Afrikas (es kommt darauf an, ob man die unabhängigen Homelands Südafrikas mit dazuzählt) ordnungsgemäß aus der Taufe gehoben wird. Schon in der ersten Aprilwoche werden die letzten Apartheidsgesetze verschwinden. Die Armee des Burenstaates wird am 1. April das Land verlassen, und die Bürger Namibias sollen unter UNO-Aufsicht am 1. November eine neue Regierung wählen. Sie können sich für die SWAPO und damit für den Einparteienstaat oder für die zahlreichen anderen politischen Parteien und damit für eine demokratische Lösung entscheiden. Man muß dabei jedoch in Betracht ziehen, daß Demokratie, Pluralismus und freie Meinungsäußerung nach dem Ende des Kolonialismus nirgendwo in Afrika eine Chance hatten.

Trotz des Zweckoptimismus, den neuerdings die Vereinten Nationen und die Regierung Botha aus unterschiedlichen Gründen an den Tag legen, sieht die politische Zukunft des neuen Staates alles andere als rosig aus. An dieser Entwicklung haben die westlichen Demokratien ein gerütteltes Maß an Schuld. Auch die Bundesrepublik Deutschland — die immer wieder ihr Interesse an der ehemaligen deutschen Kolonie bekundete — ist dabei nicht auszuschließen. Aus purer Angst und reinem Opportunismus, in zu enger „Gemeinschaft“ mit dem Apartheidsstaat gesehen zu werden, versäumten die westlichen Großmächte mehr als ein Jahrzehnt lang, den demokratischen Pluralismus unter den vielen Völkern und Stämmen Namibias zu fördern und eine Chance zu geben.

Statt dessen hofierte man die SWAPO, deren Führer Sam Nujoma und Hermann Toivo ja Toivo nach wie vor die Demokratie und Minderheitenrechte ablehnen, dafür aber den Einparteienstaat propagieren. Es ist schlichtweg ein Armutzeugnis für Bonn und die demokratischen Regierungen des Westens, daß einem unabhängig werdenden Namibia am Ende des 20. Jahrhunderts noch immer die marode Zukunft des afrikanischen Einparteienstaates mit all seinen kulturell und politisch repressiven und menschenrechtlich fragwürdigen Begleiterscheinungen droht. Die Situation ist um so peinlicher, als im Zeitalter der „Glasnost“ Minderheiten in allen Teilen der Welt zunehmend Anspruch auf kulturelle

Freiheiten und ein Mitspracherecht in nationalen Angelegenheiten erheben, während zusätzlich — auch in Afrika — die sozialistische Wirtschaftsplanung immer mehr marktwirtschaftlichen Prinzipien weicht. Die SWAPO hat sich bisher nicht nur gegen die Mitbestimmung der Minderheiten, sondern auch gegen eine freie Marktwirtschaft ausgesprochen.

Ein Wahlsieg der SWAPO dürfte dann auch verheerende Folgen für die Zukunft des Landes haben. Die Stärke dieser Guerillas ist in der Unterstützung durch den Ovambo-Stamm zu suchen. Dieser bewohnt ein relativ kleines Gebiet an der Grenze mit Angola, zählt aber mehr als 500 000 Menschen. Das übrige Land ist historisches Gebiet der Herero (100 000), der Kavango (etwa 120 000), der Weißen (90 000), der Damara (70 000), der Hottentotten (45 000), der Caprivier (40 000), der Buschmänner (30 000) und der Basters und Kapmischlinge (100 000). Die Hauptstadt Windhuk liegt weit entfernt vom Kerngebiet der Ovambo. Eine von den Ovambo beherrschte SWAPO-Regierung müßte das Land aus dem „stammesfremden“ Windhuk verwalten. Drohend baut sich da der Alptraum eines „afrikanischen Libanon“ auf. Da wirkt der Gedanke, daß die ehemalige Kolonialmacht Südafrika eingreifen könnte — und wahrscheinlich mit größerer Schlagkraft als die Intervention der Israelis — fast schon beruhigend. Gleichzeitig aber — auch das sollte man nicht unbeachtet lassen — würde ein von der SWAPO dominiertes und von Stammesauseinandersetzungen geprägtes Namibia Pretoria unter Umständen immer wieder Anlaß zur Einmischung geben.

Für die SWAPO-Führung ist die Entwicklung in Süden Angolas ein weiterer Anlaß zur Sorge. Mit dem planmäßigen Rückzug des kubanischen Expeditionskorps hinter den 13. Breitengrad bietet sich den Guerilla-Verbänden der UNITA die einmalige Chance, in das Vakuum vorzustoßen und den Raum entlang der Namibia-Grenze zu besetzen. Jetzt schon hat UNITA-Chef Jonas Savimbi mit militärischen Gegenmaßnahmen gedroht, falls eine zukünftige Regierung Namibias sich zu feindlichen Handlungen hinreißen läßt. Hinzu kommt noch, daß SWAPO-Chef Sam Nujoma um das Ansehen seiner Partei als militärische „Befreiungsbewegung“ bangt. Nach 23 Jahren des „Befreiungskampfes“ kann die SWAPO keinen einzigen Quadratmeter eines „befreiten“ Namibias aufweisen. In der jetzt beginnenden politischen Endphase des Unabhängigkeitskonflikts dürfen SWAPO-Krieger nur als entwaffnete und nach einer medizinischen Untersuchung als gesund erklärte „Zivilisten“ nach Namibia zurückkehren — für eine Befreiungsbewegung mit weitreichender internationaler Unterstützung eine wohl einmalige Demonstration militärischer Impotenz.

Dennoch macht Sam Nujoma sich die Erfahrungen in Zimbabwe zunutze, indem er jetzt schon erklärt, daß er notfalls wieder mit seinen Guerillas „in den Busch“ ziehen werde, wenn Südafrika gegen die Wahlabmachungen verstoßen sollte. Man wird unwillkürlich an die Drohung Robert Mugabes erinnert, der 1980 ebenfalls einer kriegsmüden Bevölkerung die Fortsetzung des Guerillakrieges ansagte und damit die Wahl zu seinen Gunsten entschied. Nüchterne Analytiker müssen auch davon ausgehen, daß zahlreiche Waffen „im Busch verschwunden“ sind und dort für die Stunde „X“ bereitliegen. Bis zum April

nächsten Jahres stehen die UNO-Truppen und 1500 südafrikanische Soldaten noch im Land und sorgen für einen reibungslosen Ablauf des Unabhängigkeitsplanes. Erst nach dem Abzug der fremden Schutztruppen könnte die Stunde der endgültigen Abrechnung kommen.

Die einzige Chance für ein demokratisch-pluralistisches System in Namibia liegt daher in einem Wahlsieg der „gemäßigten“ Parteien oder — was wahrscheinlicher ist — in gemeinsamer Regierungsverantwortung von Führern der ehemaligen Turnhallen-Allianz und der SWAPO. Eine Nichtbeteiligung der gemäßigten Gruppierungen würde dem jungen Staat das demokratische Fundament entziehen. Zahlreiche Bemühungen afrikanischer Staatsoberhäupter — darunter Präsident Kaunda von Sambia, Eyadema von Togo und Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste —, eine Verständigung zwischen SWAPO und den „internen“ Parteien herbeizuführen, scheiterten an der Sturheit des SWAPO-Präsidenten. Das „Alleinvertretungsrecht“ war ihm wichtiger als eine friedliche Verständigung mit den in Namibia aktiven politischen Kräften. Dennoch unterstrichen Politiker wie Dirk Mudge, Andreas Shipanga, Moses Katjuongua und andere Führer in Windhuk, daß ein „Verbrüderungsgespräch“ notwendiger denn je sei. Wohl noch nie hat es in der Entkolonialisierung Afrikas zwischen den politischen Kräften eines Landes so wenig Verständigungsbereitschaft gegeben wie in Namibia.

Gleichwohl scheint es für einen friedlichen Dialog noch nicht zu spät zu sein. Trotz der bisherigen Versäumnisse des Westens könnte man die noch verbleibende Zeit nutzen. Moskaus Wille und Interesse, Entwicklungen in Afrika zu manipulieren, nehmen ab; durch den Besuch von Frau Margaret Thatcher im südlichen Afrika wird die Dialogbereitschaft gefördert; die Tage des „wissenschaftlichen Sozialismus“ in Moçambique und Angola gehen zu Ende, und selbst für Namibia ist die Entwicklung zu einem friedlichen und demokratischen Pluralismus noch möglich. Namibia könnte sogar Vorbild werden. Aber dazu braucht dieses von Bürgerkrieg und Besatzung gequälte Land eine weise und zielsichere Unterstützung des Westens, bei der die friedlichen Parteien des neuen Staates an erster Stelle als die eigentlichen Vertreter der Befreiungs- und Unabhängigkeitsbemühungen anerkannt werden und der Druck auf Sam Nujomas SWAPO so vergrößert wird, daß er sich mit seinen Landsleuten an einen Tisch setzt.

Nichtkatholische Konfessionen in Polen

Joachim G. Görlich

Polen, so heißt es öfters, ist nach 1945 ein einheitlich konfessionelles Land — im Gegensatz zum Vorkriegspolen. Das allerdings stimmt nicht ganz. Es gibt inzwischen 36 nicht-katholische Religionsgemeinschaften und Konfessionen. Allerdings: Bei diesem mehr als 37-Millionen-Volk dürften nur rund eine Million Menschen schätzungsweise nicht der römisch-katholischen Kirche oder der mit ihr unierten ukrainisch-katholischen sowie armenisch-katholischen Kirche angehören.

Die evangelischen Kirchen sind zumeist im „Polnischen Ökumenischen Rat“ organisiert. Außerhalb stehen da solche Religionsgemeinschaften u. a. wie die der Juden und Tataren.

Erst dieses Jahr entstand eine von Katholiken initiierte christlich-jüdische Gesellschaft, die das Zusammenleben fördern und sich der Geschichte des polnischen Judentums in Polens Kultur und Wissenschaft annehmen will. Die Ökumene zwischen katholischer Kirche sowie den Mitgliedskirchen des ökumenischen Rates findet seit Jahren statt, allerdings fast nur auf amtskirchlicher Ebene. Hindernisse gibt es da einige: Da ist die betonte Regierungsfreundlichkeit der protestantischen und orthodoxen Amtskirche. Da ist das Mißtrauen gegenüber den Orthodoxen, die ja dem Moskauer Patriarchat unterstehen, das nach wie vor die mit Rom unierte von ihr annektierte ukrainisch-katholische Kirche nicht freigibt. Und da spielt das Wort Masse eine Rolle. So traf der Verfasser dieser Zeilen während seiner 18jährigen Polenzeit nur drei protestantische Mitchristen. Als vor einem Jahr ein polnischer Oppositioneller bei einem Vortrag in Bonn von einem evangelischen Geistlichen nach der Ökumene in Polen gefragt wurde, mußte dieser passen. Er selber kenne nur einen Protestanten persönlich.

Die stärkste nichtkatholische Kirche ist die „polnisch autokephale orthodoxe Kirche Polens“. Ihre Mitgliedertzahl wird heute mit 825 000 Gläubigen angegeben, ihr gehören fast ausschließlich Ukrainer und Weißruthenen sowie einige Russen an. Die Kirche ist in fünf Bistümer aufgeteilt, und die Gläubigen leben vornehmlich in Nordostpolen, Ostpreußen und Schlesien.

Die „evangelisch-anglikanische Kirche“ hat sechs Bistümer und zählt 75 284 Gläubige, wovon die meisten (ca. 40 000) heute im Teschener Südostoberschlesien leben. Die Kirche hat drei Altenheime, mit einem Mutterhaus in Teschen und 36 Diakonissinnen. Hingegen hat die „evangelisch-reformierte Kirche“ Polens 4 500 Gläubige, die Baptistenkirche 6 103 und die Methodistenkirche 4 284 Gläubige.

Rund 48 300 Gläubige weist die „polnisch-katholische Kirche“ auf. Sie ist ein amerikanisches „Produkt“ und wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Pennsylvania von polnischen katholischen Laien und Geistlichen gegründet, die sich wegen der Bevormundung durch den irischen Klerus in den USA aus Protest von Rom löste. In den USA hat sie 480 000 Gläubige. Nach Polen kam sie in der Zwischenkriegszeit. Die polnisch-katholische Kirche Polens wird sehr von ihrer Mutterkirche in den USA unterstützt. Versuche führender

Geistlicher, wieder mit der römisch-katholischen Kirche Polens zu fusionieren (Kontaktperson war hier der damalige Krakauer Kardinalerzbischof Karol Wojtyła), wurden gemeinsam von polnischer Regierung und US-Mutterkirche sofort torpediert.

Die „altkatholische Kirche der Mariaviten“ hat in Polen 24 800 Gläubige und gute Kontakte zu dieser Kirche in den Niederlanden. Hinzu kommen noch einige unbedeutende nicht-katholische christliche Kirchen, die nicht alle dem „Polnischen Ökumenischen Rat“ angehören. Der Nachwuchs der Geistlichkeit der dem ökumenischen Rat angeschlossenen Kirchen wird an der „Christlichen Theologischen Akademie“ in Warschau herangebildet.

Natürlich gibt es auch Zeugen Jehovas, die allerdings in zwei Gruppen gespalten sind. Die regierungsfreundliche hat erreicht, daß ihre wehrpflichtigen Anhänger vom Dienst an der Waffe befreit werden. Seit den 70er Jahren werden die polnischen Moslems von der Regierung umbuhlt — mit Blick auf die arabischen Staaten und das Erdöl, darf vermutet werden. Es gibt mehr als 5 000 polnische Tataren, deren Vorfahren meist der Leibgarde der polnischen Könige dienten und deren Stammgebiet die nordostpolnische Region Bialystok ist. Doch bauten sie inzwischen Moscheen in Danzig und Warschau. Die Moslems werden von den arabischen Staaten und von betuchten Arabern finanziell gefördert. Ihre Imame werden an der Universität Kairo ausgebildet.

In Polen leben heute noch ca. 15 000 Juden, doch bekennen sich zum Judentum offen nur rund 2 000 Menschen, und ein wenig weniger gehören dem mosaischen Glaubensverband an. Nur vier Synagogen sind intakt. Die Warschauer Synagoge ist zum Zentrum jüdisch-sakraler Musik geworden.

In Breslau unterhalten die Karaiten ihre größte Gemeinde mit Synagoge. Bei dieser Religionsgemeinschaft handelt es sich um eine im 8. Jahrhundert reformierte mosaische Konfession, deren Kultsprache ein türkischer Dialekt ist. Diese Sekte ist auch in der UdSSR verbreitet.

Die meisten genannten Religionsgemeinschaften geben eigene Organe heraus. Ihr Ansprechpartner auf Regierungsseite ist das staatliche „Konfessionsamt“, dessen Chef Ministerrang hat.

Santiago de Chile

Liebe Freunde!

Wenn es auch mit Verspätung geschieht, möchte ich allen einen Ostergruß senden. Ich hatte mir vorgenommen, diese Zeilen vor Ostern zu schreiben, aber am Schluß haben die Feierlichkeiten dies nicht mehr ermöglicht.

In diesem Jahr hatten wir wie nie zuvor so viele Menschen in der Kirche während der Karwoche. Der Palmsonntag ist bei uns ein sehr schönes Fest, das viele Menschen anzieht. Wir halten eine Prozession durch die Straßen und feiern die Hl. Messe im Freien, weil es in der Kirche keinen Platz gibt und das Wetter ist noch sonnig.

Wir haben Pläne für eine Vergrößerung der Kirche, aber die Voraussetzung dafür ist, daß wir das Nachbargelände kaufen. Wir haben schon Verhandlungen in dieser Richtung, es gibt aber noch einige Schwierigkeiten juridischer Art, die zuvor geklärt werden sollen. Auch finanziell sind wir noch nicht so weit. Wir hoffen aber, daß wir noch in diesem Jahr kaufen können.

Die Aktivitäten im Sommer verliefen alle gut und wie sie geplant waren. Gott sei Dank auch ohne Zwischenfälle.

Anfang Januar brachte ich die Kinder des Speisesaals in zwei Gruppen nach Papudo, wo sie Ferien verbringen durften. Danach hatte ich ein Ferienlager mit 15 Ehepaaren (mit Kindern). Ein Lager mit der Pfarrjugend, diesmal etwas anders gestaltet, weil sie auf Mission auf das Land gingen. Das war eine große Herausforderung für die Jugend und eine sehr große Bereicherung ebenfalls. Sie mußten sich intensiv dafür vorbereiten.

Eine Woche habe ich auch das Zeltlager unserer Pfadfinder. Es gab in diesem Jahr im Süden Chiles ein internationales Treffen von Pfadfindern, aber unsere Gruppe konnte nicht daran teilnehmen, weil sie nicht genug dafür gespart hatte. So mußte sie sich mit einem Lager in der Nähe von Santiago begnügen.

Februar habe ich der Katechese gewidmet. Ich habe zwei Schulungen für Katecheten gehalten, einige Dokumente für die nächste Vollversammlung der Bischofskonferenz (Ende April), die als Hauptthema die Katechese hat. Ebenfalls mußte ich ein Treffen für die Verantwortlichen der Katechese im südlichen Teil Lateinamerikas vorbereiten (Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay).

Dieses Treffen fand in Santiago statt (13.—18. März), und es haben daran teilgenommen 20 Personen, darunter sechs Bischöfe. Wir hatten das Thema „Inkulturation und Katechese“ als Hauptbeschäftigung. Es war eine sehr fruchtbare Tagung mit sehr viel Erfahrungsaustausch.

Sofort danach kam schon die Karwoche und Osterfeier.

Was gibt es sonst zu berichten?

Der Kinderspeisesaal hat auch während des Sommers funktioniert. Wir haben in der Messe nach Freiwilligen dafür gefragt, und wir hatten so genug Leute zum Kochen und Hel-

fen. Erstaunlicherweise auch einige Männer, die sehr dankbar waren, daß sie endlich einmal etwa „tun“ konnten. Wir haben festgestellt, daß die Sommerzeit sehr wichtig ist, weil die Kinder keine Schule haben, und in der Schule gibt es viele, die Milch oder etwas zum Essen bekommen.

Mit den „Strickerinnen Marias“ hatten wir zum erstenmal einige Probleme. Es herrschte zu viel Unordnung in dem Haus, und niemand wußte genau, wieviel Material und wie viele Pullover es gab. Ich hatte gedacht, daß es gut wäre, daß ich eine Person anstelle, die das ganze in der Hand hat und die Frauen leitet. Die Strickerinnen haben aber gemeutert und gesagt, daß sie fähig sind, sich selbst zu verwalten.

Für uns wäre das Beste, wenn sie sich absolut unabhängig von der Pfarrei machten und als Genossenschaft funktionieren. Ich habe dies immer angestrebt und viele Schritte in der Richtung unternommen, aber viele Frauen wollen das nicht und haben Angst davor, weil sie fürchten, daß sie selber nicht fähig werden und dadurch die Arbeit zu Ende geht.

Wir hatten eine Tagung, wo wir alle diese Sache besprochen haben. Jede Gruppe hat eine neue Führerin gewählt (oder bestätigt), und wir haben beschlossen, in diesem Jahr konkrete Schritte zur Gründung der „Genossenschaft Strickerinnen Marias“ zu unternehmen. Die Krise hat uns gut getan. Im Augenblick glänzt das Haus und die Buchhaltung ist o.k.

Mit der Rehabilitierung der Drogensüchtigen hat sich auch sehr viel Neues ereignet. Ich arbeite jetzt mit einer Ordensschwester, die sich 100% dieser Aufgabe widmet. Sie hat eine besondere Ausbildung dafür erhalten. Wir haben ein Heim eingerichtet, wo sie mit 15 Jugendlichen wohnt und zwei Helfern. Dorthin gehen die Jugendlichen, die sich dafür entscheiden und eine intensive Therapie brauchen.

Die politische Lage in Chile hat sich nicht viel verändert, wie ich sie zu Weihnachten geschildert habe. Am 13. Dezember sollen wir Wahlen haben, bis jetzt noch keine endgültigen Kandidaten. Möglicherweise werden es nur zwei sein. Patricio Aylwin (Christdemokrat) für die Opposition und der Wirtschaftsminister Hernan Büchi von der Regierung. Vielleicht gibt es noch vor den Wahlen eine Verfassungsänderung. Auf jeden Fall wird es ein politisch bewegtes Jahr sein.

Mit freundlichen Grüßen!

P. Eduardo Cano

Polens Kirche erobert die osteuropäische Medienlandschaft

Joachim G. Görlich

In der „Wiege der Solidarność“ wird demnächst das erste katholische Filmzentrum des Ostblocks entstehen, an dessen Aufbau die beiden weltbekannten Regisseure Andrzej Wajda und Krzysztof Zanussi mitwirken wollen. Seit einigen Monaten gibt es dort das erste katholische Videoherstellungszentrum im real existierenden Sozialismus. Außerdem ist in den letzten Jahren der katholische Blätterwald Polens derart gewachsen, daß man ihn als größten privaten Mediensektor hinter der Elbe bezeichnen kann. Seine Gesamtauflage wird mit 1,8 Millionen Exemplaren (neuester Stand aus der Zeitung „Zdanie“) angegeben,

das sind immerhin nahezu vier Prozent aller polnischen Printmedien. Eine Tatsache, um die die Kirche Polens sicherlich von anderen Ostblock-Kirchen beneidet wird.

Allerdings: Nur ca. 75 Prozent betrachtet die Amtskirche als ihr eigen oder nahestehend. Den Rest geben entweder linkskatholische oder neutrale katholische Gruppierungen heraus. Doch: Auch diese rütteln nicht an den Grundsätzen der Kirche, kritisieren neuerdings auch nicht die Kirchenpolitik und überhaupt nicht den Papst. Insofern sind sie hierarchietreuer als so manche katholische Publikation im deutschsprachigen Raum, die von der Kirche subventioniert wird.

Internationales Aushängeschild des polnischen Katholizismus ist die Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ (Auflage 60 000 Exemplare), deren Aufsichtsratsvorsitzender der jeweilige Krakauer Kardinalerzbischof ist. Sie wird als „Lieblingslektüre des Papstes“ bezeichnet. Redakteure des Blattes unter Pater Adam Boniecki machen am Tiber den polnischen „L'Osservatore Romano“. Chefredakteur Jerzy Turowisz und ständiger Kolumnist Stefan Kisielewski genießen internationales Ansehen.

Tuba des polnischen Primas ist der Warschauer „Przegląd Katolicki“ (Auflage: 60 000). Die politisch-literarische Monatsschrift „Respublica“ (Auflage: 10 000) ist die einzige ehemalige Untergrundschrift, die legalisiert wurde. Chefredakteur Marcin Król, ein jüngerer Schriftsteller, ist im Beirat des Primas und des Staatsratschefs. Auflagenstärkste Bistumszeitung ist der Kattowitzer „Góśc Niedzielny“ (Sonntagsgast). Auflage: 200 000 Exemplare. In Kattowitz erscheint auch der „Mal Gość Niedzielny“ (Kleiner Sonntagsgast). Es ist die einzige katholische Jugend- und Kinderzeitschrift Polens und wird von der einzigen katholischen Chefredakteurin des Landes geleitet.

Hinzu kommt eine Fülle von Bistumsmitteilungsblättern, Ordenszeitschriften und wissenschaftlichen Publikationen, voran solche der Katholischen Universität Lublin.

Größter linkskatholischer Pressekonzern ist der von „Pax“ (Auflage 290 000 Exemplare). Er gibt die einzige private katholische Tageszeitung (Slowo Powszechnie) und die einzige private Landvolkzeitschrift (Zorza) heraus. Ihm gehört auch der größte private belletristische Verlag des Ostblocks. Gleich dahinter rangiert die linke „Christliche Soziale Union“ (Gesamtauflage: 100 000 Exemplare). Sie gibt die einzige christliche Illustrierte Polens (Za i przeciw) heraus. Die Gesamtauflage der Medien der linkskatholischen und neutralen katholischen Gruppen beträgt 781 000 Exemplare. Immer mehr prominente ehemalige KP-Journalisten schreiben heute für die katholische Presse, wie z. B. der einstige Journalistenvorsitzende Stefan Bratkowski und sein Generalsekretär Dariusz Fikus, einst auch Ressortchef im KP-Flaggschiff „Polityka“, die man heute im „Tygodnik Powszechny“ antrifft. In „Przegląd Katolicki“ trifft man den Generalsbruder Jerzy Jaruzelski an, früher Mitarbeiter der „Polityka“. Mitarbeiterin der Dominikanerzeitschrift „W Drodze“ ist die Generalsnichte Izabela Jaruzelska.

Ein Wort zur nichtkatholischen Konfessionspresse: Von den 41 zugelassenen Konfessionen geben 19 eigene Publikationen mit einer Gesamtauflage von 160 000 Exemplaren heraus.

Ein neuer Wind am Kap der Guten Hoffnung

Karl Breyer

Südafrikas 73jähriger Staatspräsident Pieter Wilhelm Botha hat einen schweren Stand. Trotz seines Versprechens zu Beginn seiner Amtsperiode, für eine saubere Regierung zu sorgen, wuchert die Korruption in seinem Land wie unausrottbares Unkraut. Namhafte, respektable Wirtschaftler und Politiker sowie fragwürdige Homeland-Chiefs sind beteiligt. Allein zwei Millionen Rand wurden aus der Kasse des Casino-Magnaten Sol Kerzner auf das Konto des gestürzten Staatschefs der Transkei, Kaiser Matanzima, transferiert. Die Bestechungswelle macht auch nicht Halt vor Persönlichkeiten der Regierung. Und während ein Gehirnschlag den mächtigsten Mann Südafrikas zumindestens für mehrere Wochen arbeitsunfähig macht und an das Bett bindet, deckt die äußerst kritische Presse neue Korruptionsfälle auf. Ein Minister und zwei Abgeordnete von Bothas Nationaler Partei mußten ihr Amt niederlegen, weil sie offensichtlich in einem Sumpf der Korruption versinken. Hinzu kommt der immer lauter werdende Ruf nach Neuwahlen, die endgültig über die Durchführung tiefgreifender Reformpläne oder über die Rückkehr in den Apartheidszirkus der Konservativen Partei entscheiden sollen. Die Gegner von links und rechts wollen die angeschlagene Regierungspartei zur letzten Schlacht zwingen und glauben, ohne den mächtigen, eigenwilligen, manchmal rücksichtslosen Regierungs- und Staatschef ein leichtes Spiel zu haben. Das Parlament, das am 3. Februar in Kapstadt zu seiner neuen Sitzungsperiode zusammentritt, wird sich — auch ohne die Anwesenheit Bothas — mit all diesen Problemen beschäftigen müssen.

Laut Verfassung müssen Neuwahlen spätestens 1990 gehalten werden. Pfarrer Allan Hendrickse von der Arbeiterpartei der Mischlinge fordert entweder die Abschaffung der getrennten Wohngebiete für die verschiedenen Rassen (Groups Areas Act) oder Wahlen in diesem Jahr. Auch die Rechtsradikalen hoffen aus dem zu erwartenden Sieg der marxistischen SWAPO in Namibia Münze schlagen und propagieren zu können, daß Botha dabei ist, den weißen Mann in seiner letzten Bastion zu verkaufen und zu verraten. Demgegenüber wird in den eigenen Reihen der Ruf nach dem Rücktritt Bothas immer lauter, um damit einem reformfreudigen Nachfolger eine Chance zu geben. Die Entscheidung über einen Wahltermin im April oder im November fällt nicht leicht. Im April hat Botha sich noch nicht genug erholt, um den Strapazen eines Wahlkampfes gewachsen zu sein. Im November geht auch Namibia zur Urne. Die Machtübernahme des Marxisten Sam Nujoma ist damit — zumindestens in den Augen der Konservativen und Rechtsradikalen — praktisch schon vorprogrammiert.

Es scheint, als ob Staatspräsident Botha sich nicht leichten Herzens von seinem Amt trennen wird. Selten konzentrierten sich so viele Befugnisse auf einen einzelnen Mann. Botha ist nicht nur Oberhaupt des Staates und der Regierung und damit der Politiker, der Legislative und Exekutive in einer Hand vereinigt. Er ist auch Vorsitzender der Nationalen Partei, des Kabinetts und des Nationalen Sicherheitsrates sowie des Nationalen Sicherheitsdienstes und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. „Botha ist das absolute Zentrum der

Macht in Südafrika“, so formulierte es ein maßgebender politischer Beobachter. Nicht umsonst kommt ein maßgebender Jurist an der Witwatersrand-Universität zu der Schlußfolgerung, daß die Macht in Bothas Händen an diktatoriale Befugnisse grenzt. Nicht grundlos fragt man sich, ob es einen Mann in Südafrika gibt, der bereit und vor allem in der Lage ist, Bothas Position zu übernehmen und fortzuführen.

Trotzdem hat der Machtkampf um Bothas Nachfolge hinter den Kulissen bereits begonnen. Südafrikas Zeitungen, die so gerne in Spekulationen schwelgen, stellen die unvermeidliche Frage: Wer wird der neue Kandidat sein? Jedenfalls werden (in dieser Reihenfolge) Außenminister Pik Botha, Erziehungsminister Frederik Willem de Klerk, der jetzige stellvertretende Staatspräsident und Minister für Verfassungsfragen, Chris Heunis sowie Verteidigungsminister General Magnus Malan genannt. Die meisten Aussichten haben dabei Botha und de Klerk. Dank der außenpolitischen Erfolge in Afrika und der Beendigung des Angola-Namibia-Konflikts hat die Popularität des Außenministers stark zugenommen. Durch sein diplomatisches Geschick konnte er den Einfluß der Militärs auf den Staatspräsidenten abschwächen und damit den Weg für eine Lösung in Südwestafrika ebnen. Als Führer der Nationalen Partei in der Provinz Transvaal und damit der stärksten Fraktion, hat de Klerk große Chancen. Er gilt als ehrlicher und konsequenter Gesprächspartner. Der Wahlsieg der Konservativen in verschiedenen Bezirken Transvaals wird ihm jedoch als negativ angerechnet. General Malans Position hat sich nach dem militärischen Rückzug aus Angola stark verschlechtert. Heute werden die Minister Gerrit Viljoen und Finanzminister Barend du Plessis eher als mögliche Kandidaten gesehen.

Aber noch ehe der Kampf um den neuen Staatspräsidenten begann, stellte Botha von seinem Krankenlager noch einmal die Weichen. Er gab bekannt, daß er als Führer der Nationalen Partei zurücktritt und zwang die Politiker, sofort einen neuen Mann zu wählen. Seinen Erwartungen zufolge wurde Frederick Wilhelm de Klerk der neue Vorsitzende. Er erhielt 65 Stimmen. Außenminister Pik Botha dagegen nur 16. Damit sind zunächst einmal wichtige Weichen gestellt: es ist anzunehmen, daß Erziehungsminister Frederick Wilhelm de Klerk der neue Staatspräsident werden wird. Er gilt als Konservativer, hat aber jetzt im Parlament eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er plädiert für ein Südafrika, das frei ist von jedem Rassismus und jeder Diskriminierung. Noch sind viele Beobachter skeptisch und zynisch, sie geben aber zu, daß plötzlich ein neuer Wind am Kap der Guten Hoffnung weht, der Anlaß gibt zu einem gewissen Optimismus.

Aber wer auch immer in absehbarer Zeit Staatspräsident werden wird, er steht vor der Aufgabe, eine Reihe enormer Probleme meistern zu müssen. Die Republik Südafrika befindet sich mit Sicherheit bereits in einem neuen Zeitabschnitt, der als Post-Apartheidsperiode bezeichnet werden kann. Allein schon die Entwicklung in Namibia, die mit dem Einzug von 1000 Zivilangestellten und fast 5000 Soldaten der UNO in eine neue Phase tritt, ist ein Indiz für eine friedliche Veränderung der Positionen. Die Ironie will beispielsweise, daß die Vereinten Nationen ihr eigenes Embargo gegen Südafrika ignorieren und durchbrechen müssen, um ihren Bedarf an Treibstoff, Öl, Lebensmitteln und anderen Gütern für die UNO-Friedensmacht im Apartheidsstaat zu decken. Firmen in Südafrika und

ihre Filialen in Windhuk werden über eine längere Periode von diesem Boom profitieren können. Auch die politischen Vertreter der SWAPO reden plötzlich eine pragmatische Sprache. Der SWAPO-Generalsekretär Andimba Toivo ja Toivo gab zu, daß Namibia ohne Südafrika nicht lebensfähig ist und daß man, ökonomisch gesehen, noch auf Jahre hinaus von der Burenrepublik abhängig sein wird. Es ist sogar wahrscheinlich, daß Namibia sich der südafrikanischen Zollunion anschließen wird.

Die Wirtschaft Südafrikas ist trotz der negativen Entwicklung des Goldpreises nach wie vor optimistisch. Allgemein wird eine reale Wachstumsrate von 2 Prozent erwartet. Die Ausfuhren erreichten im Dezember 1988 eine Rekordhöhe von Rand 4,5 Milliarden, demnach 32 Prozent oder Rand 1,1 Milliarden mehr als im Dezember 1987. Ende des Jahres verzeichnete Südafrika einen Handelsüberschuß von Rand 9,3 Milliarden. Allgemein nimmt man an, daß diese günstige Position stimulierend auf die gesamte Wirtschaftssituation wirkt. Zu vorsichtigem Optimismus führt auch die Tatsache, daß Schweizer Banken der südafrikanischen Regierung nun zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit eine Anleihe gewährt haben. Im Dezember waren es eine Summe von Rand 88 Millionen, jetzt sind es Rand 100 Millionen, die von einem Bankenkonsortium in der Schweiz zur Verfügung gestellt wurden, bei einem Zinssatz von 7 Prozent. Der ehemalige Finanzminister und jetzige Präsident der Nedbank-Gruppe, Owen Horwood, erklärte vor Mitgliedern der französischen Handelskammer in Johannesburg, daß das Interesse europäischer Investoren an südafrikanischen Regierungsanleihen und Bonds zugenommen habe, nachdem sich herausgestellt hat, daß Südafrika nach wie vor zu den kreditwürdigsten Ländern gehört.

In Südafrika hat der Prozeß der Teilung der Macht bereits begonnen. Die Weichen für eine neue Republik werden gestellt. Als Beispiel nennen Akademiker die Entwicklung auf dem Erziehungssektor. 50 000 schwarze Schüler erhielten in diesem Jahr das Zertifikat zum Besuch einer Universität gegenüber 29 000 weißen Schülern. Das bedeutet, daß spätestens in ein bis zwei Jahren die Mehrheit der Studenten an den Universitäten nicht mehr weiß sein wird. Das Institut für Rassenbeziehungen kommt daher zu der Schlußfolgerung, daß die schwarzen Menschen dabei sind, die Kontrolle über ihre eigene Zukunft zu übernehmen. Sie nehmen bereits Teil an der Verwaltung des Landes. 100 000 Schwarze haben das Angebot der Regierung akzeptiert, ein eigenes Haus zu kaufen. Sie sind damit unwillkürlich zur Bourgeoisie avanciert. Ihr weiterer wirtschaftlicher Aufstieg könnte nur durch Sanktionen aufgehalten werden, die jede Hoffnung auf Weiterentwicklung zerstören müssen. Die Rhetorik der revolutionären Befreiung ist spätestens seit dem Abzug der Südafrikaner aus Angola vorbei. Sie ist einem pragmatischen Denken gewichen. Unwillkürlich drängt sich der Gedanke auf, daß nur ein weiterer wirtschaftlicher Aufschwung den Millionen junger schwarzer Menschen Garantien für eine bessere Zukunft bieten kann. Die einzigen Politiker, die diese Entwicklung noch nicht erkannt haben oder wahrhaben wollen, sind die Prediger des Hasses und des Boykotts an beiden Seiten, die Treurnichts und die Tutus. Sie sind nichts anderes als die Symptome der Geburtswehen einer neuen Gesellschaft, die sich in Südafrika anbahnt.

Als Soldat auf dem Weg nach Basel

Auf Anregung von Carl Friedrich von Weizsäcker wurde von engagierten Christen der konziliare Prozeß für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ ins Leben gerufen.

Wie es im Grundtext heißt und im Titel auch zum Ausdruck kommt, soll es sich dabei nicht um eine einmalige Veranstaltung, sondern um einen längerdauernden Prozeß handeln. Dabei soll ein *größtmöglicher Konsens* in bezug auf das angestrebt werden, was alle europäischen Kirchen und Christen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung *sagen* und *tun* können.

Zur Vorbereitung dieses europäischen Treffens wurden die Delegierten und interessierte und engagierte Christen am 17. und 18. März 1989 zu einer Tagung in das Bildungshaus St. Virgil/Salzburg eingeladen. Der Einladung sind etwa 60 Personen, darunter 3 Berufssoldaten und ca. 15 Zivildienstler gefolgt.

In seinem Einleitungsreferat zeigte Weihbischof Florian Kuntner zunächst die Gründe für den besorgniserregenden Zustand auf unserer Welt auf.

Es sind dies

- die ungerechte Verteilung der Güter (70 Mill. Menschen sterben jährlich an Hunger, 50% aller Güter befinden sich in der Hand von 6% der Weltbevölkerung, 50% aller Menschen verfügen über keine Wohnung, die Weltauslandsverschuldung liegt bei 1000 Mrd. \$)
- der Friede durch Angst (mit der Konsequenz des „Zu-Tode-Rüstens“; so werden weltweit jährlich rund 1000 Mrd. \$ direkt oder indirekt für die Rüstung ausgegeben, seit 1945 gab es 160 Kriege)
- die Vernichtung unseres Planeten (so wurden in den letzten 50 Jahren die Rohstoffe verbraucht, die in 500000 Jahren entstanden sind)
- die zunehmende Aggressivität und
- das Flüchtlingsproblem.

Als Hindernisse führte Weihbischof Kuntner die Verzweiflung, die Verdrängung, das Beharren auf pragmatischen Lösungen und den eingeschlagenen Weg in eine falsche Innerlichkeit an. Bischof Kuntner warnte aber vor naiven Lösungen. Lösungen müßten vielmehr massiv wirtschaftlich und politisch erfolgen.

In diesem Zusammenhang verlangte Weihbischof Kuntner, daß das österreichische Bundesheer aus der Diskussion herausgehalten wird, da es als reines Friedensheer ausschließlich auf Verteidigung ausgerichtet ist und niemand bedrohe. So gesehen stelle es keine Gefahr für die Gerechtigkeit, den Frieden und die Schöpfung dar. Da dies genau jenem Selbstverständnis entspricht, dem wir katholische Soldaten Österreichs uns verpflichtet fühlen, danken wir auf diesem Wege für das klare Bischofswort.

Univ.-Prof. Dr. J.G. Haditsch hat dann im zweiten Impulsreferat einen Überblick über die verheerenden Folgen der unbedachten, egoistischen, rücksichtslosen Ausbeutung der

Natur durch den Menschen gegeben. Seine Forderung nach Schritten zur Bewahrung der Schöpfung war dabei nicht ausschließlich vom Gedanken „zurück zur Natur“ geprägt. Vielmehr muß es um ein Umdenken, ein bewußtes Umgehen mit den Geschenken der Natur, ein vorheriges Bedenken möglicher Folgen gehen. Selbstverständlich wird es auch notwendig sein, in Teilbereichen, wo dies möglich ist, ursprüngliche Zustände wieder herzustellen (Rückbau nicht benötigter Straßen u. dgl.).

Nach den Impulsreferaten konnte in verschiedenen Arbeitsgruppen die Beratung durchgeführt werden:

- KSZE
- internationale Gerechtigkeit
- Arbeit für alle
- Umweltbelastung durch Verkehr und Tourismus
- Situation von Flüchtlingen und Asylanten
- Eckpfeiler einer gemeinsamen Friedenstheologie
- Gewissensfreiheit und Wehrdienst
- atomare Bedrohung.

Aufgrund zu geringer Teilnehmerzahl mußten die Arbeitsgruppen „KSZE“ und „atomare Bedrohung“ leider aufgelöst werden.

Ziel der Gruppenarbeit sollte es sein, Forderungen zu erarbeiten, die die Delegierten in Basel dann von österreichischer Seite einzubringen hatten.

Entsprechend der Zielsetzung der Konferenz von Basel wäre dabei der größtmögliche Konsens zugrunde zu legen. Während in der Arbeitsgruppe „Gewissensfreiheit und Wehrdienst“ ObstdG Urrisk und Obst Punz mitarbeiteten, wurde der militärische Aspekt der Friedenstheologie durch Diakon Vzlt Wallnofer herausgearbeitet. In der Arbeitsgruppe „Gewissensfreiheit und Wehrdienst“ prallten wieder einmal die alten Argumente aufeinander.

Dafür erwiesen sich die Huttendorfer Thesen einmal mehr als fundierte Basis für ernsthafte Gespräche. Es zeigte sich erneut, daß sie auch heute noch uneingeschränkte Gültigkeit haben.

Auffallend war, daß vermehrt die Forderung nach voller Anerkennung der Totalverweigerer, gepaart mit dem Bekenntnis zur Anarchie als „logische“ Alternative zu den „Zuständen“ in Kirche und Staat, gestellt wurde. Auch die „soziale Verteidigung“ als legitime Alternative ist nach wie vor zugkräftig. Demgegenüber haben aber einige Jugendliche und die Moderatorin der Arbeitsgruppe die Möglichkeit einer Dienstleistung außerhalb der Streitkräfte für *alle* Staatsbürger (also auch die Frauen) gefordert.

Äußerst schwer fiel es den meisten jugendlichen Arbeitskreismitgliedern, der Forderung Bischof Kuntner zu folgen und im Hinblick auf die Themenstellung in Basel das Bundesheer aus der Diskussion herauszuhalten.

Trotz alledem konnte, basierend auf den Hutteldorfer Thesen, ein vortragsreifer Konsens gefunden werden.

Was wir für Basel erhoffen, ist eine Atmosphäre der Liebe, der Offenheit, der Toleranz, der Bereitschaft zuzuhören, der Kompetenz, des Wissens.

Es hat uns traurig gestimmt, daß von alledem in Salzburg bei vielen Teilnehmern nichts zu spüren war. Vielmehr strahlten viele Teilnehmer Haß, Aggression, Intoleranz, Inkompetenz, Dummheit, Unwissenheit und Ignoranz gegen alles aus, was mit Soldat in Zusammenhang zu setzen war.

So reagierte eine Frau hysterisch, als sie erfuhr, daß in ihrer Gruppe auch ein Berufssoldat und Diakon anwesend war. Sie wählte sich im Zusammenhang damit sogar in Todesgefahr.

Genauso unverständlich ist es, wenn Univ.-Prof. Dr. Haditsch sein Referat über die unübersehbare Zerstörung der Natur mit einer unqualifizierten Attacke gegen den die Umwelt bedrohenden Schrott „Draken“ einleitet. So als ob dieses Flugzeug die personifizierte Ursache der Vernichtung der Umwelt wäre. Auch muß jede bewußte Manipulation zurückgewiesen werden.

Etwa wenn eine Teilnehmerin, obwohl der Arbeitskreis „atomare Bedrohung“ gar nicht getagt hat, ein Ergebnis vorlegt, daß nicht nur von Unsachlichkeit und Unkenntnis strotzt, sondern auch im Zusammenhang mit der atomaren Bedrohung für die Anerkennung der Wehrdienstverweigerer und gegen die Ernennung eines Militärbischofs demonstriert.

Oder wenn der Sprecher der Arbeitsgruppe „Gewissensfreiheit und Wehrdienst“ die Forderung nach einem Alternativdienst stellt, obwohl in der Arbeitsgruppe hierzu kein Konsens gefunden wurde. Um so dankbarer muß vermerkt werden, daß Bischof Kuntner im Plenum sofort auf diesen Umstand hinwies.

Mit Besorgnis müssen wir aber auch feststellen, daß es sich bei der überwiegenden Mehrheit derer, die, sich auf die Botschaft Jesu Christi berufend, zur Verletzung des Völkerrechtes aufrufen, (Aufforderung zur sozialen Verteidigung, zum Bruch des Bundesverfassungsgesetzes und zur Nichtanerkennung der Aussagen des II. Vaticanums, Anerkennung des Zivildienstes als Alternativdienst, Anerkennung der Totalverweigerer, Nichtanerkennung der umfassenden Landesverteidigung) um Religionspädagogen, Theologiestudenten und/oder kirchliche Angestellte handelt.

Es stellt sich sehr wohl die Frage, ob dies von kirchlicher Seite länger zu verantworten sei.

Besonders die mangelnde Kompetenz und die fehlende Qualifikation erscheint für einen Christen unerträglich.

Weiters muß das klare Mißverhältnis aufgezeigt werden, das sich daraus ergab, daß 12 Zivildienstler (die für 5% der 18–20jährigen männlichen Wehrpflichtigen stehen) zwei Berufssoldaten entgegenstanden (die immerhin für 95% sprechen) und die mit aller Vehemenz

andauernd „Mehrheitsentscheidungen“ treffen wollten. Da dies kein Einzelfall ist, wäre kirchlicherseits auch hier die Frage nach der Legitimation derer zu stellen, die Beschlüsse zu fassen haben.

Abschließend stellen wir fest, daß wir keinerlei Sonderstatus für uns beanspruchen. Wir dürfen aber mit Recht die Anerkennung dafür verlangen, daß wir uns aus unserer christlichen Verantwortung heraus für diese Art des Beitrages zur Erhaltung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung entschieden haben.

Wir bitten aber auch zu bedenken, daß es ausschließlich der Soldat ist, der gelobt hat, diesen Beitrag bis zur letzten Konsequenz — der bewußten Hingabe seines Lebens — zu leisten. Dies auch für die Freiheit jener, die seinen Dienst nicht respektieren, ihn im Gegenteil sogar zur Ursache für alles Böse machen.

ObstdG Urrisk

Obst Punz

Aus GKS und PGR

Poing

Die „New-Age-Bewegung“

Arthur Schopf

Der Poinger Pfarrer Alfons Langwieder hielt im Poinger katholischen Pfarrheim ein eingehendes und ausführliches Referat über die „New-Age-Bewegung“, die in letzter Zeit ständig im Wachsen begriffen ist.

Die Neue-Age-Lehre, die in den 60er Jahren in Amerika entstand und in den 80er Jahren auch in Europa Fuß faßte, ist ein Kind des Wertewandels und der Krisenstimmung unseres Jahrhunderts. New Age will eine umfassende und weltanschauliche Orientierung in einer Zeit bieten, in der es als Ausdruck eines gesunden Realismus gilt, am Überleben der Menschheit zu zweifeln und zu verzweifeln. Es ist eine gefährliche Herausforderung für das Christentum, besonders bei Jugendlichen, da es eine leicht verständliche und bequeme Religiosität ohne große Ansprüche darstellt. Insbesondere mit den neuen gesellschaftlichen Gruppierungen wie Bürger-Selbsthilfe- und Betroffenengruppen usw. ist New Age verbrüdet. Für den New-Age-Menschen ist der erträumte Ort der Zukunft ein Ort der Selbstbestimmung und der Verwirklichung. Jeder einzelne ist — sozusagen — ein Stellvertreter Gottes und entscheidet für sich selbst, so daß er zum Souverän des Weltbewußtseins wird. Damit ist diese religiöse Bewegung vom Christentum weit entfernt, das als oberstes Gebot das Gottvertrauen und die Nächstenliebe predigt und damit die größte Solidarität Gottes mit den Menschen darstellt.

Den New-Age-Anhänger interessiert — streng genommen — der Nächste nicht, ihn interessiert nur sein eigenes Ich, denn er entscheidet selbst, was gut und was böse ist.

Das Ziel der New-Age-Bewegung ist die Veränderung der Gesellschaft durch die Veränderung des Individuums. Ein Kernpunkt des Menschenbildes in New Age heißt, daß die Verbesserungsfähigkeit des Menschen möglich ist. Dies mag als politische These Geltung haben, vom christlichen Standpunkt aus gesehen, ist dieser Satz nicht haltbar, denn er überfordert den Menschen. Er erzeugt einen Zwang zur Vollkommenheit. Der Realismus des christlichen Menschenbildes sagt nicht, daß der Mensch nicht verbesserungsfähig sei, aber er sagt, daß der Mensch nicht allein auf sich angewiesen ist, da die Erlösung von Gott aus freier Gnade geschenkt wird und nicht aufgrund von Leistungen.

New Age und das Christentum sind daher — genau genommen — unvereinbar. Ein Anhänger des New Age, der die Tragweite dieser Bewegung erfaßt hat, hört auf, ein Christ zu sein.

Heiligkreuzthal

Georg Strobl

„Weil jemand meinen Namen nennt, weiß ich, was ich bin.“ Mit diesen Worten stimmte Wehrbereichsdekan Pater Friedolin Lechner frohgelaunt schon bei seiner Begrüßung jeden einzelnen Teilnehmer der Arbeitskonferenz 1/89 auf das Thema „Christliches Menschenbild“ ein. Frohgestimmt konnte er sein; waren der Einladung nach Heiligkreuzthal diesmal doch besonders viele Frauen und Männer gefolgt. Aus zwölf Seelsorgebezirken,

von Tauberbischofsheim bis Pfullendorf, von Karlsruhe über Stuttgart bis Ulm waren sie angereist, über 50.

Einstimmung auf das weitere Thema „Zukunft des Glaubens“ bedeuteten auch zwei Kurzfilme über die Soldatenwallfahrten nach Lourdes. Einen davon hatte Norbert Kaiser aus dem Bundeswehrkrankenhaus Wildbad, unterstützt von seiner Frau, selbst gedreht.

Ein arbeitsreicher Samstag begann mit dem Morgenlob in der Kapelle, bevor der Moderator Major Klaus Nitsch den Referenten Herrn H.J. Kasseböhmer von der Stefanusgemeinde begrüßte. Anknüpfend an ein früheres Referat, sprach er zum Thema: „Das Menschenbild des Grundgesetzes und die katholische Soziallehre“. Dabei wagte er auch den Versuch, den Lebensbereich des Soldaten mit einzubeziehen.

Einige wesentliche Aussagen waren:

- Unser Grundgesetz ist die anerkannt beste Verfassung.
- Sie fußt letztlich auf der katholischen Soziallehre, auch wenn gewisse Zugeständnisse liberalistischer bzw. sozialistischer Denkweise gemacht werden mußten.
- Der Geist der Verfassung ist heute gefährdet, weil
 - individualistische (Freiheit ohne Bindung) bzw.
 - kollektivistische (Bindung ohne Freiheit)Kräfte unangemessenen Einfluß ausüben können.
- Am „Fahrzeug Gesellschaft“ scheinen die lebensnotwendigen Bremsbeläge — 10 Gebote — nicht mehr zu greifen.
- Nicht Freiheit *wovon* sondern Freiheit in und mit Bindung *wozu* muß die Frage lauten.

In drei Gruppen arbeiteten die Teilnehmer schließlich am Nachmittag am Thema „Weggemeinschaft im Glauben“ als Vorbereitung auf den Tag der Räte während der Zentralen Versammlung 1989 in Leitershofen/Augsburg.

Zur Einführung gab Dekan Lechner schlaglichtartig Gedankenhinweise zur Zukunft des Glaubens:

- Es wird geredet und geredet.
- Schweigen können, Grenzen finden.
- Es gibt eine Verschwörung des Lärms.
- Religion bedeutet Liebe zum Leben.
- Es gibt heute keine Zuschauer, Zuhörer, Leser mehr, nur noch Richter.
- Wir brauchen keine Vor-Beter, aber Beter.
- Zeige mir, wie du betest. . .
- Glaube ist Glück.

Gelebte Weggemeinschaft im Glauben verspürten wir beim abendlichen Rosenkranz im Kreuzgang und beim Abschlußgottesdienst am Sonntagmorgen. Der Portugalhilfe wurde die Opfergabe (472,— DM) gespendet.

Nach dem Gottesdienst standen Informationen aus den Pfarrgemeinderäten (PGR) durch Major Klaus Nitsch und den Vorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Oberstleutnant Wolfgang Weise, Stuttgart, auf dem Programm. Im Mittelpunkt seiner

Ausführungen standen die Erklärung von Stuttgart, die Form „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ sowie die Stellungnahme der GKS. Das Konsenspapier sei in seinen Kernaussagen eine hilfreiche Grundlage für den Dialog im innerkirchlichen Raum und für das Gespräch zwischen den Kirchen.

Bereichert durch das gemeinsame Erlebnis, und ermuntert für die Aufgaben an den Standorten sagten wir einander „Auf Wiedersehen und Grüß Gott“ bis zur Arbeitstagung 2/89 vom 29. September bis 1. Oktober 1989.

Regensburg

„Die Reichskristallnacht unter besonderer Berücksichtigung Regensburgs und der Oberpfalz“

Ein Akademiegespräch für Unteroffiziere und Feldwebel

Harald Schäfer

Am vergangenen Dienstag lud der katholische Wehrbereichsdekan VI, Msgr. Peter Raffoth, und der kath. Militärdekan des Standortes Regensburg Pater Roland Stemmler wieder zu den jährlich zweimal stattfindenden Akademiegesprächen für Unteroffiziere und Feldwebel in das Kolpinghaus.

Als Referenten konnte man diesmal Dr. Andreas Angerstorfer von der Universität Regensburg gewinnen. Dr. Angerstorfer ist in Regensburg kein Unbekannter. Nach dem Studium der Theologie machte er 1978 seinen Doktor und unterrichtet heute als selbständiger wissenschaftlicher Angestellter semitische Sprachen und jüd. Theologie an der theol. Fakultät.

Als katholischer Vorsitzender in der Gesellschaft der christl.-jüd. Zusammenarbeit hält er Vorträge über die Geschichte der jüd. Gemeinde in Regensburg.

Das Thema, das er sich gewählt hatte, in einem Vortrag umfassend zu behandeln schien schwierig, aber der Referent meisterte alle geschichtlichen Hürden mit Bravour. Behutsam führte er die Soldaten, die teils mit ihren Ehegattinnen gekommen waren, in dieses Thema ein.

„Mit Geschichte leben“, so der Referent, „kann im Alltag schwierig sein. Oft geht man gedankenlos an Häusern, Straßen oder Plätzen vorbei, die Geschichte gemacht oder gesehen haben. Wenn man sich dann darauf besinnt, fällt es schwer, diese oder jene Vorgänge zu begreifen.“

Dies gilt vor allem für die Geschichte der Reichskristallnacht in Regensburg. Die NSDAP hatte in Regensburg vor der Machtergreifung stets einen beschränkten Kreis von Aktiven. Dennoch stammen gerade aus der Oberpfalz viele hochkarätige Nationalsozialisten. Bis zum 1. April 1933 vertrat ein einziger Stadtrat die NSDAP in Regensburg. Vom ersten April an waren dann nur noch NSDAP-Angehörige im Stadtrat. Ein großer Teil dieser Stadträte wechselten von der BV zur NSDAP. „Solche Bürger zu Ungeheuern zu stempeln wäre falsch. Plötzlich waren diese nicht mehr nur Amtsträger, sondern auch Diensträger und hatten eine Politik zu vollziehen, die sie vorher vielleicht sogar bekämpft hatten.“

Mit dem ersten April beginnt aber auch die Vertreibung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Das Jahr 1933 als Jahr der Gegensätze ist vor allem geprägt durch den Beginn der rigorosen Judenpolitik Hitlers.

Im Sommer 1938 werden Ostjuden, die nach dem 1. Weltkrieg nach Deutschland kamen, nach Polen abgeschoben. Die schwierige Situation der Juden gipfelt dann in dem Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst von Rath am 7. 11. 1938.

Bereits an diesem 7. November brennen erste Synagogen in Deutschland.

Als am 9. November der Rundfunk den Tod von Raths meldet, finden gerade überall in Deutschland die Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag des Marsches auf die Feldherrnhalle statt.

Goebbels spricht im Münchner Rathauskeller vor Gauleitern: „Es hat in Deutschland Ausschreitungen gegen Juden gegeben. . . Sollten weitere erfolgen, soll die Partei diese nicht unterstützen, aber auch nicht verhindern.“

Daraufhin geben die Gauleiter das Signal für planmäßige Vernichtung und Zerstörung jüd. Eigentums. In Regensburg brennt ab 21.30 Uhr auf Geheiß Schottenheims die Synagoge. Den Brand vorbereitet hat ein Stoßtrupp unter der Leitung des Kreisleiters Weigert. Für Regensburg findet Müller-Seifert, der Leiter des NSKK, eine besondere Variante. Er fordert einen Lastwagen voll mit Juden an, die in dieser Nacht verhaftet wurden. Man bringt sie in die Kaserne. Die Frauen pfercht man in einem Raum zusammen, die Männer jagt man über das Ausbildungsgelände. Dabei wird der 60jährige Jude Lilienthal derart schwer verletzt, daß er wenige Tage darauf verstirbt. Nach dieser Aktion bringt man die Juden in einem angemieteten Omnibus nach Dachau. Der Wagen ist mit einem Schild versehen „Ausflug der Juden nach Dachau“. In der Nähe von Landshut dreht er aber wieder um, und bringt sie wieder zurück. Offensichtlich ist das KZ in Dachau völlig überfüllt. Nach 6 Wochen entläßt man sie aus den Gefängnissen und zwingt sie, zu Mindestpreisen ihre Immobilien an Deutsche zu verkaufen. Das Regensburger Kalkwerk geht für eine Million RM in die Hände von Hermann Göring über. Am Karfreitag 1942 werden 106 Juden aus Regensburg nach Piaski deportiert. Im September desselben Jahres kommen die letzten alten Regensburger Juden nach Theresienstadt. Am Ende des Krieges leben in Regensburg noch 11 Juden, mit denen man nichts anzufangen wußte, da diese in Mischehen lebten. Von 3000 befreiten jüd. Häftlingen 1945 lebten in Regensburg 1949 noch 350. Heute sind es nur noch etwa 100.

Mit großem Beifall wurde dieser Vortrag von Dr. Angerstorfer bedacht. Man war sich einig, daß dieses Thema wohl bislang selten so objektiv und ohne alle Schuldzuweisungen dargestellt wurde. Es schloß sich eine kurze Diskussion an, in der vor allem auf die Stellung der Kirche während der Nazi-Diktatur eingegangen wurde.

Poing

Kirche soll „Dorferneuerung“ unterstützen

Arthur Schopf

Auf Veranlassung des Kreisbildungswerkes Ebersberg und der Katholischen Landvolkbewegung hielt Baudirektor Josef Attenberger von der Flurbereinigungsdirektion München in Egming seinen ersten Vortrag einer Seminarreihe über das dringende Problem der „Dorferneuerung“ in der Bundesrepublik.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Egmatinger Bürgermeister Josef Heiler und durch den KBW-Leiter Dr. Hubert Bauer umriß Klaus Nöscher, der Geschäftsführer des Diözesanrates der Kath. Landvolkbewegung München-Freising, die Thematik des Vortrags.

„Das Dorf ist eine Vereinigung von Häusern mit den zuständigen Höfen, welche auch die Handwerker mit einschließt, die für den dörflichen Bedarf arbeiten, das war früher die Definition“, sagte Attenberger. Die zurückgehende Zahl der Bauern führe dazu, daß einst landwirtschaftlich genutzte Wirtschaftsgebäude leer stünden oder anderen Zwecken zugeführt würden. Dann mache sich auch das Geburtendefizit bemerkbar. Es fehlen attraktive Arbeitsplätze. Durch zuziehende Neubürger steige die Gefahr einer sozialen und kulturellen Absonderung. Die Gebietsreform hat wachsende Strukturen zerstört.

Baudirektor Attenberger sieht aber günstigere Chancen für die Zukunft. Ein Unbehagen vieler Menschen über die Technisierung und die Bürokratisierung habe zu einer Renaissance des Heimatgedankens geführt und der Idee der „Dorferneuerung“ den Weg geebnet. Das Dorf im ländlichen Sinn erfreue sich heute neuer Wertschätzung. Der Referent sprach sich für eine verstärkte Intensivierung von Brauchtum und Tradition aus.

Eine besondere Aufgabe bezüglich des Dorferneuerungsgedankens kommt der Kirche zu, meinte Attenberger; sei es durch die Förderung der Glaubensgemeinschaft durch die Pfarrgremien; sei es durch Anregungen in den sonntäglichen Predigten der Dorfpfarrer oder auch in der Kultivierung der religiösen Symbole und Zeichen in der Landschaft und Siedlung u. v. a. m.

So wäre es zu begrüßen, wenn durch diese Bestrebungen der Pfarrgemeinden erreicht werden könnte, daß jeder Dorfbewohner auf die Frage nach seiner Heimat überzeugend antworten würde: „In meinem Dorf bin ich daheim!“

Murnau/Sternberg/Feldafing

Familienwochenende in Ohlstadt

Horst Künzel

Nach der griechischen Philosophie der Stoa umfaßt das Gute all das, was wahrhaft, edel und recht, aber auch all das, was lauter, liebenswert und ansprechend ist, und der Hl. Paulus folgert daraus, daß das, was unter lauterer Menschen als gut und vollkommen gilt, auch gut ist vor Gott. Diese Erkenntnis muß im Unterbewußtsein der Planer des Familienwochenendes in Ohlstadt vom 21.—23. April gewirkt haben, als sie das Programm zusammenstellten.

Liebe zur Heimat, liebenswert und ansprechend dargestellt in Wort und Bild, in Musik und Tanz, war das Thema, das die 112 Teilnehmern, davon 48 Kinder, erfreute.

Los ging es am Freitagabend, wo uns der Lex Hans mit zauberhaften Bildern von seinen Berg- und Ski-Touren die Schönheiten unserer bayrischen Heimat und umliegender Randgebiete bis hin zum Mont Blanc vor Augen führte. Und jedes erklimmte Gipfelkreuz zeugte vom gläubigen Wunsch des Menschen, unseren Herrgott zu loben für die Herrlichkeit der Natur, die er geschaffen hat.

Weitergeführt wurde das Thema durch den Bezirks-Heimatmusikpfleger von Oberbayern, Wolfgang Scheck, am Samstag vormittag mit seinen Ausführungen über „Volksmusik in der Familie“, aus denen seine ganze Liebe zur Volksmusik sprach.

Nachdem auch persönliche Erfahrungen der Zuhörer über Erfolge und Mißerfolge der eigenen Kinder mit Versuchen in Haus- und Volksmusik ausgetauscht waren, brachte der Scheck Wolfgang die Runde in kurzer Zeit dazu, zwei- und dreistimmig Lieder für die Kleinen — „Hansl, tanz mit mir“ — und für junge Leut’ — „Hint’n bei der Stadltür“ — zu intonieren. Man kann sicher sein, daß bei so manchem in diesen Stunden die Liebe zum Musizieren neu oder wieder erweckt wurde.

Zur Volksmusik gehört, neben Instrumentalmusik und Gesang, als dritte Säule der Volkstanz. Der war dem Samstagabend vorbehalten. Die Zither-Angela aus Uffing mit Zukünftigen und Bruder brachte uns lustig und mit Schwung den Landler, den Boarischen, den Worf und den offenen Walzer, die Sternpolka und . . . bei. Die Stimmung schlug hohe Wellen, und aufmunternde Rufe der Zuschauer: „Ausanand und wieder zamm und drahn, drahn, drahn!“, spornten die Tanzenden zu Höchstleistungen an.

Die gemütliche Atmosphäre des Kolpinghauses in Ohlstadt, die fürsorgliche Betreuung durch das Personal und die wirklich hervorragende Verpflegung, die sicher so manchen zu einer etwas eingeschränkten Ernährung in der Folgewoche zwang, taten ein übriges, das Wochenende zu einer angenehmen Unterbrechung des Alltags zu gestalten.

Dank dafür sei dem Haus gesagt, Dank aber auch dem Organisator der Kinderbetreuung, Herrn Kammerer und dem Ehepaar Kuska, die durch anregende Beschäftigung der Kleinen und auch Größeren den Eltern den Freiraum schafften, am Programm teilnehmen zu können.

Der Sonntagsgottesdienst hatte diesmal einen besonderen Rahmen. Die Murnauer feierten in ihrer St.-Georgs-Kapelle in der Kimmel-Kaserne ihr Patrozinium, und es war selbstverständlich, daß die Teilnehmer am Familienwochenende sich nicht in der Hauskapelle versammelten, sondern nach Murnau fuhren, um dort mitzufeiern. Der vom Staffelseechor musikalisch umrahmte und an der Orgel vom Kommandeur des GebFmBtl 8, Herrn Oberstleutnant Witschel, begleitete festliche Gottesdienst mit Herrn Militärpfarrer Dr. Röder war ein besonderes Erlebnis und der unbestrittene Höhepunkt des Wochenendes.

Ein gemeinsames Mittagessen, von der Truppenküche hervorragend zubereitet, mit anschließendem Kaffee und Kuchen im von fleißigen Helfern liebevoll geschmückten Speisesaal der Kimmel-Kaserne schloß das Wochenende ab.

Dieses Familienwochenende wird lange in guter Erinnerung bleiben. Ohlstadt, wir kommen wieder!

Das aktuelle Buch

Karriere-Kompaß — Berufserfolge von A bis Z

Von Heinz Commer, 252 Seiten, Econ Verlag, Düsseldorf-Wien-New York 1988

Jeder Mensch, der zum ersten Mal in das Berufsleben eintritt, setzt seinen Fuß auf Neuland, das für ihn völlig unbekannt ist. Heinz Commer hat für den Eintritt in die Arbeitswelt dieses Buch geschrieben, das den Berufsanfänger sicher durch alle die Klippen und Untiefen führt, die mit einem Berufsbeginn verbunden sind. Jeder Berufsweg ist individuell geprägt und somit verschieden. Dennoch finden sich bei allen, die eine Karriere beginnen, unzählige Berührungspunkte. Für den Einsteiger in den Beruf bietet der Autor eine Einführung in eine neue Welt und vermittelt gleichzeitig einen Kompaß durch ein unbekanntes Terrain wie etwa Betriebsklima, Hierarchie, Generationsproblematik oder Berufsgeheimnis.

Aber auch für die Manager — die Etablierten — bietet dieses Buch interessante Eindrücke und Hinweise an. Hier ist es ein Maßstab für Angestrebtes und Erreichtes sowie Richtungsweiser für weiterführende berufliche Aktivitäten. Es ist ein sehr interessant geschriebener Lotse für das Berufsleben — sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich. Heinz Commer schildert in diesem Buch seine Erfahrungen auf diesem Gebiet, die er sich als langjähriger Protokollchef des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn erworben hat. Er gibt eine Gesamtdarstellung der Etappen und Schwerpunkte, die wir — bei allen Unterschieden unseres Werdeganges — gleich oder ähnlich erleben oder erlebt haben. Es geht um die Summe dessen, was wir beachten und beherrschen müssen bei unserer Tätigkeit, um gewappnet zu sein gegen die üblichen Tücken menschlicher und sachlicher Schwierigkeiten, die uns bei unserer Tätigkeit begegnen. Im Kapitel 1 erfährt man sehr interessante Dinge über den Berufseinstieg, im zweiten Kapitel erhält man ausführliche Hinweise auf den Positions- und Machterwerb, während im dritten Kapitel deren Erhaltung geschildert wird. Das vierte Kapitel befaßt sich mit der Selbstbehauptung — einem Weg zur Selbstachtung. Hierbei geht es auch um Charakter und Persönlichkeit. Im fünften Kapitel werden sehr interessante und praktische Hinweise zur Weiterbildung gegeben. Ein Buch, das man jedem empfehlen kann, der an diesem hier geschildertem Thema interessiert ist.

K. W. B.

Hans-Dietrich Genscher

Von Werner Filmer und Heribert Schwan, 448 Seiten, 16 Seiten Abbildungen, Econ Verlag GmbH, Düsseldorf, Wien und New York 1988

Hans-Dietrich Genscher ist der dienstälteste Außenminister der westlichen Welt. Fast zwei Jahrzehnte lang gehört er den Kabinetten unter den Kanzlern Brandt, Schmidt und Kohl an. Er gilt als der einflussreichste Politiker auf der politischen Bühne in der Bundesrepublik Deutschland. Sein hohes Ansehen in Europa und Amerika ist gleichzusetzen mit seiner Reputation in den Metropolen Osteuropas, und das gilt ganz besonders für Moskau. Als Garant für die Kontinuität des Ost-West-Dialogs und einer realistischen Entspannungspolitik wird er heute bereits in den Geschichtsbüchern verzeichnet.

Die bereits bekannten und bewährten Autoren Werner Filmer und Heribert Schwan haben mit diesem Buch sehr ausführlich den Lebensweg des heute 61jährigen Außenministers und Vizekanzlers der Bundesrepublik Deutschland beschrieben. Sie haben ausführliche Gespräche mit Genscher geführt und zahlreiche politische Freunde und Gegner, Familienangehörige und Zeitzeugen befragt, um seinen Lebensweg von der Kindheit in Reideburg über seine Zeit als Mitglied der liberalen LDPD in der DDR bis in die jüngste Vergangenheit nachzuzeichnen. Für politischen Zündstoff sorgte schon unmittelbar nach einem auszugsweisen Vorabdruck die Neubewertung von Genschers Rolle bei der sogenannten „Bonner Wende“ im Jahre 1982. Hatte man den Bundesaußenminister bislang

für den Motor dieses Regierungswechsels gehalten, so kommen Filmer/Schwan aufgrund ihrer Recherchen bei zahlreichen Zeitzeugen zu einem ganz anderen Ergebnis. Nicht Genscher war der „Kanzlerräuber“, als der er bis heute oft dargestellt wird, sondern Helmut Schmidt hatte sich ein schlüssiges Szenario für seinen Abgang als Bundeskanzler geschaffen, um den sich bis zum heutigen Tag abenteuerliche Legenden ranken. Kein Wunder, daß diese neue Sicht der Dinge von vielen Zeitgenossen nicht verstanden oder wahrgenommen wird. Unsere geschichtlichen Überlegungen gehen auch hier nicht von neuen Fakten aus, die einfach ignoriert werden nach dem Prinzip, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Hierbei wird unter völliger Ignoranz neuer Fakten bereits von einer Bonner Geschichtsklitterung und einer neuen Mähr von der Wende gesprochen. Es ist kaum vorstellbar — so Ministerpräsident Oskar Lafontaine, der dieses Buch in Bonn mit vorstellte —, daß in Bonn in den vergangenen Jahren etwas Relevantes geschehen ist, an dem Hans-Dietrich Genscher nicht beteiligt war. Dieses Buch kann man jedem empfehlen, der sich mit unserer Zeitgeschichte befassen und auseinandersetzen möchte.

K. W. B.

Margaret Thatcher — Aufstieg einer englischen Politikerin

Von Roland Hill, 158 Seiten, Verlag Herder GmbH u. Co. KG, Herder Taschenbuchverlag, Freiburg-Basel-Wien, Herder Taschenbuch 1539, 1988.

Roland Hill, langjähriger Englandkorrespondent führender bundesdeutscher Zeitungen in London und brillanter Sachkenner der englischen Politik rückt in diesem Buch über Margaret Thatcher sehr viele Vorurteile zurecht, die in der deutschen Öffentlichkeit gegen die britische Premierministerin bestehen. Die blonde, immer gut aussehende, an Arbeitseifer, Zielstrebigkeit und Entschlossenheit ihre männlichen Kollegen weit zurücklassende 62jährige wird im deutschen wie im englischen Medienbereich gerne überheblich als Tochter eines Gemischtwarenhändlers mit Schuldirektorinallüren abgetan. Die eindeutige Bewunderung der britischen Wählerschaft für diese Frau wird von der snobistischen männlichen Welt der Meinungsmacher nicht geteilt. Für sie ist sie die kühl rechnende Marktwirtschaftlerin mit kaltem Herzen. Dabei ist ihr — was vielfach in der Öffentlichkeit übersehen wird — etwas gelungen, was kein britischer Staatsmann in den letzten 170 Jahren geschafft hat. Sie erhielt am 11. Juni 1987 von den britischen Wählern ein drittes aufeinanderfolgendes Mandat als Regierungschefin Großbritanniens. Der Autor zeichnet den Lebensweg dieser führenden europäischen Politikerin nach. Er schreibt nicht nur aus langjährigen Englandkenntnissen, sondern auch mit Informationen von höchster politischer Seite. Er zeigt auf, wie es überhaupt möglich war, daß eine Frau sich bei den Tories durchsetzen und sogar ihren Vorgänger Edward Heath stürzen konnte, und weist hierbei auch auf ihre eindeutigen politischen Erfolge in der Innen- und Außenpolitik und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hin. Ein Buch, das gerade junge Menschen interessieren dürfte, die sich mit der britischen und europäischen Geschichte befassen und auseinandersetzen möchten.

K. W. B.

Mitten in Europa — deutsche Geschichte

Von Hartmut Boockmann, Heinz Schilling, Hagen Schulze, Michael Stürmer, Siedler Paperback, 424 Seiten, 2 Farbtafeln, zahlreiche Abbildungen, Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH, Berlin 1987

Das Deutsche Reich und die deutsche Nation endet am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr mit der Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht in einer europäischen Katastrophe. Der Siedler Verlag legte 42 Jahre nach dem Zusammenbruch Deutschlands dieses Buch vor, das sich umfassend mit der deutschen Geschichte von den Vorfahren der Deutschen bis hin zur Gegenwart befaßt und auseinandersetzt. Die zentrale Lage Deutschlands in der Mitte Europas war nicht nur eine Belastung der Deutschen. Sie war auch immer ein Problem Europas. Hierbei entstanden Druck und Gegendruck, Sehnsucht und Bedrohungsangst, Konflikte und Kriege. Daraus entwickelte sich aber auch ein Austausch der Kulturen und eine Vielfalt des Denkens und geistiges Miteinander der Deutschen und ihrer Nachbarn. Der Weg der Deutschen durch die Geschichte ist im Laufe der Jahrtausende immer wechselvoll

gewesen. Lange mochte es scheinen, als ob die Anknüpfung an das Reich der römischen Kaiser zu einer Ordnungsmacht jenseits des Nationalen führen werde, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Seine Völkerschaften umschlossen nahezu alle Bewohner Europas und es ließ sich von Aachen genausogut beherrschen wie von Palermo, von Madrid oder auch von Wien aus. Neben und in der Vorstellung über den nationalen Königreichen im Westen und Osten — viele lange genug Teile des Reiches — stand die geistige Gewalt der deutschen Kaiser als Partner und Gegenspieler der römischen Päpste.

Der Verfall der kaiserlichen Macht in den letzten tausend Jahren führte am Ende dann doch zu einem Reich der Deutschen, mit ausgreifenden Besitzungen und vielfältigen Interessen jenseits der Sprachgrenzen. Das Erstarken kraftvoller Herzog- und Fürstentümer im Inneren und souveräner Königreiche jenseits der Grenzen erschütterte diese stets gefährdete Ordnung in der Mitte Europas. Reformation und Gegenreformation brachten die Alte Welt zum Einsturz und stießen im Verein mit Humanismus und Renaissance das Tor zu einem neuen Zeitalter auf, das neuen Zauber und neuen Schrecken brachte. Es entstand ein glanzvolles Chaos, das Voraussetzung und Folge des Dreißigjährigen Krieges war, wo jeder mit jedem Allianzen einging und seine Dinge zu wahren suchte. Den hierbei entstandenen Flickenteppich deutscher Staatlichkeit wischte Napoleon in seinen Eroberungskriegen von der Landkarte. Danach lief alles auf den Nationalstaat hinaus. Aus den Trümmern des alten Reiches erhob sich eine deutsche Nation und drängte zur staatlichen Einheit. Sehr spät betrat Deutschland den Weg Englands und Frankreichs. Die Übersteigerung des Nationalen, erst im imperialistischen Zeitalter, das globale Machtpolitik betreibt, dann im imperialen Anspruch eines geschichtsfremden Abenteurers, der von einem germanischen Großreich zwischen Ural und Atlantik träumte, hat diese jahrtausendalte deutsche Geschichte im Untergang beendet. Inmitten der Trümmer der Vergangenheit sehen sich heute die Deutschen auf jenes Siedlungsgebiet zurückgeworfen, von dem sie vor einem Jahrtausend aufgebrochen sind, in die Zeit, die wir deutsche Geschichte nennen.

Vier ausgewiesene Historiker haben sich in diesem Buch daran gemacht, diesen hier beschriebenen Zeitraum sachlich und lesbar zu erläutern und darzustellen. Es ist eine deutsche Geschichte, wie man sie sich wünscht — modern, ohne modisch zu sein, und von unaufdringlicher, aber um so nachdrücklicher Aktualität. Hier wird der Nachkriegsgeneration vorgeführt, wie Geschichte lesbar und spannend aufbereitet werden kann.

K. W. B.

Junge Adler — Vom Luftsport zum Flugdienst 1920—1945

Von Georg Cordts, 280 Seiten Abbildungen, Bechtle Verlag, Esslingen-München 1988

Nach mehr als fünfjährigen Recherchen legte der ehemalige Bonner Ministerialdirektor im September 1988 ein zeitgeschichtlich hochinteressantes Sachbuch vor, das sich mit dem Luftsport und der Luftfahrt im Deutschen Reich in den Jahren 1920 bis 1945 befaßt und auseinandersetzt. Adolf Galland — ehemals General der Jagdflieger im letzten Weltkrieg — bezeichnet in seinem Vorwort dieses Buch als ein „Zeugnis von der Verführung einer Jugend, für die der Traum vom Fliegen zu einem furchtbaren Alptraum werden sollte“. Gestützt auf Dokumente, Berichte und autobiographische Erfahrungen in den letzten Kriegsjahren des Zweiten Weltkrieges, wird die Geschichte der Fliegerjugend im Deutschen Luftsportverband, in der Flieger-HJ und im NS-Fliegerkorps erzählt. Geschildert wird die Flugsportbegeisterung der zwanziger Jahre bei den Segelflugwettbewerben auf der Wasserkuppe in der Rhön und bei Großflugtagen mit den „Stars“ am Fliegerhimmel. Berichtet wird ebenso über das geheime Wirken der „Schwarzen Luftwaffe“, über den Aufbau der SA- und SS-Fliegerstürme und die sofort nach der Machtergreifung von der Gestapo zerschlagenen „Roten Arbeiterflieger“. Damals war fast die gesamte deutsche Jugend voller Flugbegeisterung — der Rezensent dieses Buches ebenso wie die Mehrzahl seiner damaligen Klassenkameraden. Erstmals wird die Geschichte, Organisation und Ausbildung der Flieger-HJ und des NS-Fliegerkorps anhand bisher unveröffentlichter Dokumente dargelegt. Die vom Autor in jahrelanger Arbeit erschlossenen Quellen lassen erahnen, wie intensiv die Angehörigen der Flieger-HJ im vormilitärischen Flugdienst zu „Wegwerfpiloten“ für den Raketenjäger Me 163 Komet und den „Volksjäger“ He 162 ausgebildet wurden.

Der Verfasser dieses Buches hat als 17jähriger Flugschüler an dieser Ausbildung als „Jagdfliedernachwuchs für Sonderzwecke“ teilgenommen und geriet als Angehöriger einer Infanterie-Kompanie der Reichssegelflugschule Trebbin bei den Kämpfen um Berlin in russische Gefangenschaft. Dem letzten Korpsführer des NS-Fliegerkorps Generaloberst Keller gelang es durch einen taktisch hervorragenden Rückzug das Gros des NS-Fliegerkorps und der Flieger-HJ im Jahre 1945 aus den Kämpfen an der Ostfront und in Mitteldeutschland herauszuhalten. Es gelang ihm, seine Verbände über die Elbe in den Nordraum Deutschlands zu führen. Generaloberst Keller hat durch seine schnellen Absetzbe-
wegungen nach Neumünster und weiter bis nach Flensburg auf seine Weise mit dazu beigetragen, weitere sinnlose Opfer der Flieger-HJ zu verhindern. Vorher hat sie jedoch Opfer gebracht, die kein Staat seiner Jugend je wieder abverlangen sollte. Dieses Buch zeigt, wie idealistische Träume einer ganzen Generation durch eine verbrecherische Führung schamlos ausgenutzt und pervertiert werden konnten. Hierauf sollte die heutige Jugend ganz besonders achten. Die Jugend von damals wollte nur fliegen — aber keinen Krieg und auch keine Verbrechen an der Spitze der Reichsführung. Ein mehr als lesenswertes Buch für die heutige junge Generation, das zum Nachdenken anregt.

K.W.B.

Kindheit in Ostpreußen

von Marion Gräfin Dönhoff, 230 Seiten mit 41 Abbildungen, Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH, Berlin 1988

Die bekannte politische Journalistin und Herausgeberin der „Zeit“ legte im September 1988 ein neues spannendes Buch über Ostpreußen vor, die Erinnerungen an ihre Kindheit, — fünfundzwanzig Jahre nach ihrem legendären Fluchtbericht „Namen, die keiner mehr kennt“. Marion Dönhoff erzählt in diesen Kindheitserinnerungen von Schloß Friedrichstein, dem großartigen Sitz der Dönhoffs, den Jan de Both, der Baumeister des Berliner Zeughauses, für ihre Familie errichtete und in dem die Dönhoffs seit Jahrhunderten zu Hause waren. So steigt nicht nur das Leben auf dem Schloß wieder auf, auch die Erinnerung an den früh verstorbenen Vater wird wieder lebendig, dem man, seiner schlechten Augen wegen, immer die Zeitung vorlesen mußte. Sind diese Bilder noch schemenhaft, um so deutlicher werden Geschwister, Verwandte, aber auch alte Diener, die Erzieherinnen, die Köchinnen und die Kutscher geschildert.

Hier wird der Kosmos eines großen Adelssitzes inmitten der ostpreußischen Landschaft, der unendlich großen Wälder und der unzähligen Seen inmitten einer wunderbaren Umgebung in die Erinnerung der Erzählerin zurückgerufen und mit Sehnsucht beschworen. Über Friedrichstein wird ebenso berichtet wie über Schloß Steinort, „die große Wildnis am See“. Schloß Steinort — wo die Lehn-
dorffs, die nächsten Verwandten der Dönhoffs wohnten — lag in einer unvergleichlich schönen Landschaft und war von drei Seiten vom Mauersee — dem größten masurischen See — umgeben. In seinem Park, der sich bis herunter an den See zog, standen dreihundertjährige Eichen. Im Steinorter Mauerwald war 1944 das Führer-Hauptquartier untergebracht, das Schloß selbst war von Reichsaußenminister Ribbentrop requiriert worden. Jeder, der im Hauptquartier sich einfinden mußte, war tief beeindruckt vom Schloß, seinem Park, dem Mauersee und last not least von seinem damaligen Besitzer Heinrich Graf Lehn-
dorf-Steinort — von seinen Freunden Heini gerufen. Wegen Beteiligung am Putsch des Heeres am 20. Juli 1944 endete sein Leben am 4. September 1944 am Galgen in Plötzensee. So endete das Leben eines bewundernswerten Mannes, der ein echter Preuße war und sein Vaterland liebte.

Ein Buch, das jeder lesen sollte, der sich für die Geschichte des deutschen Reiches interessiert — aber auch ein Buch, das jedem, der Ostpreußen näher gekannt hat, diese melancholisch-schöne Landschaft mit ihrem weiten Himmel, wieder näher bringt. Hier kann man vieles über diese urpreußische oder auch altpreußische Provinz erfahren, das nicht in unseren Geschichtsbüchern steht.

K.W.B.

Nachrichtendienstliche Aspekte der „Weserübung“ 1940

Von Olivier Desarzens, Band 34 der Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung, Herausgeber: Dr. Werner Hahlweg in Verbindung mit Dr. Johannes Christoph von Allmayer-Beck, Oberst i. G. Dr. Walter Schaufelberger, Dr. Hans A. Bleckwenn und Dr. Dermot Bradley, 258 Seiten, Biblio Verlag GmbH & Co., KG, Osnabrück 1988

Zur Problematik und Geschichte der „Weserübung“ — der deutschen Besetzung von Dänemark und Norwegen im Jahre 1940 — liegen sehr viele gute, wissenschaftlich fundierte Veröffentlichungen vor. Damit ist diese Operation die am besten geklärte Maßnahme der damaligen deutschen Wehrmachtsführung. Die Besetzung Dänemarks erfolgte ohne Schwierigkeiten, während diejenige Norwegens nicht ohne Kampf ablief. Dieses Buch befaßt sich mit den vorangegangenen nachrichtendienstlichen Aspekten. Da die Alliierten gleichzeitig wie die Deutschen eine Intervention in Norwegen planten, wird hier der Versuch unternommen, auch die französische bzw. britische Seite und ihre Planungen darzustellen. Dies erforderte vom Verfasser eine Darstellung der Vorbereitungsphasen im Überblick sowie der von der deutschen Wehrmacht bzw. den Alliierten getroffenen gegennachrichtendienstlichen Maßnahmen. Die Frage, wie Norwegen die Möglichkeit einer deutschen oder alliierten Intervention beurteilte, konnte in diesem Zusammenhang nicht behandelt werden. Die Arbeit des Autors war sehr mühsam, da die Quellenlage äußerst ungünstig war. Am 14. April 1945 wurde das Heeresarchiv in Potsdam durch einen Luftangriff fast völlig zerstört. Einige Aktenbestände waren zwar nach Bad Reichenhall, Blankenburg/Harz und Kufstein ausgelagert worden, aber da das OKW bei Kriegsende die Vernichtung aller Akten anordnete, blieb nur sehr wenig erhalten. Dies war einer kleinen Zahl von Archivbeamten zu verdanken. Noch problematischer war es, die Tätigkeit der Nachrichtendienste zu eruieren. Deutsche und französische Unterlagen waren vernichtet — in Frankreich nach dem Westfeldzug im Jahre 1940 —, und die britischen Akten über die damaligen geheimdienstlichen Tätigkeiten sind heute noch nicht zugänglich. Deshalb ist es außerordentlich zu begrüßen, daß der Verfasser dieses Buch veröffentlichen konnte. Es ist ein bedeutender Beitrag zur Zeit- und Kriegsgeschichte und für jeden interessant, der sich bewußt mit diesen Fragen auseinandersetzt. K.W.B.

„Gott ist jederzeit zu sprechen“

Prof. Dr. Paul Roth, Steyl-Medien, Cimbernstr. 102, 8000 München 70; Kasette

Meditationsversuche gibt es in großer Zahl. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, wie kann man Texte so abfassen, daß sie dem Anliegen gerecht werden?

Prof. Dr. Roth hat nun mit dieser Kasette einen Weg zu beschreiten versucht, der auf der einen Seite die Tiefe geistlicher Dimensionen erreicht und auf der anderen Seite auf die Menschen von heute zugeht.

Dadurch soll erreicht werden, daß der gehetzte Zeitgenosse zu einer inneren Besinnung angeregt wird, die zum Erfahren des Lebenssinnes unerlässlich ist.

Die angegebenen Verwendungsmöglichkeiten, vom persönlichen Gebrauch bis zur katechetischen Arbeit, sind gut gewählt. Die beigelegten Anregungen sind einleuchtend.

Die Gestaltung der Texte, die Sprache der Sprecher und die Musik sind sehr einfühlsam gewählt und von hohem Niveau. Selbst für den Hörer, der sich nicht zu einer Meditationsübung entschließen kann, ist das Band ein Gewinn. Derjenige aber, der für seine religiöse Arbeit Anregung sucht, sollte sich dieser Quelle bedienen.

H.F.

Aus Kirche und Welt

Stellungnahme der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zur „Erklärung von Stuttgart“

Das „Forum für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ hat im Oktober 1988 die „Erklärung von Stuttgart“ verabschiedet. Zu diesem Forum hatten die Deutsche Bischofskonferenz für die Katholische Kirche, die Evangelische Kirche in Deutschland sowie die anderen 13 Mitglieds- und Gastkirchen der „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin (ACK)“ insgesamt 120 Teilnehmer entsandt.

Die GKS begrüßt und unterstützt die Bestrebungen des Forums, einen beispielhaften gemeinsamen Einsatz der Christen für den Geist des Friedens zwischen den Völkern und für eine gerechtere Ordnung des Zusammenlebens in der einen Welt zu erreichen. Dabei ist uns als Christen bewußt, daß wir Mitverantwortung für die Gestaltung der Welt tragen, wengleich wir im Glauben wissen, daß diese Welt nicht durch menschliches Bemühen allein erlöst wird.

Die „Erklärung von Stuttgart“ enthält gemeinsame Erkenntnisse der beteiligten Kirchen und nennt Fragen, an denen weitergearbeitet werden muß. Sie will den Kirchen, Gruppen und regionalen Versammlungen zu weiterem Nachdenken helfen und sie zum Handeln ermuntern.

In zentralen sicherheitspolitischen Fragen formuliert die Erklärung Positionen, die Realitätsinn und Orientierung am konkret Notwendigen deutlich machen. Dabei bleibt die unverzichtbare Zukunftsorientierung erhalten, aus der klare Forderungen an Politik, Wirtschaft und Individuum folgen.

Als besonders wichtige Punkte sind die Aussagen zur nuklearen Abschreckung und zur Kriegsdienstverweigerung hervorzuheben.

Die in der Erklärung ausgedrückte ethische Tolerierbarkeit der nuklearen Abschreckung für eine Übergangsphase entspricht der Lehre der katholischen Kirche. In der derzeitigen politischen und militärischen Situation ist die Abschreckung unseres Erachtens die Gewähr für

die Sicherheit unseres Landes und Europas — auch auf allen Stufen der hoffentlich voranschreitenden Abrüstung. Zugleich orientiert sich die GKS langfristig, aber mit allem Nachdruck, am Ziel einer Überwindung des Krieges im Rahmen einer Weltfriedensordnung, wie das II. Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution (Nr. 82) fordert. Sie ist der Auffassung, daß die drastische Verringerung der vorhandenen nuklearen Potentiale von größter Dringlichkeit ist, daß aber eine völlige Abschaffung von Nuklearwaffen wegen ihrer kriegsverhindernden Wirkung wenigstens kurz- und mittelfristig nicht in Betracht kommen kann.

Zum Thema „Wehrdienst — Kriegsdienstverweigerung“ tragen wir die Forderung der Stuttgarter Erklärung mit, daß christliche Soldaten und christliche Kriegsdienstverweigerer, wie alle Christen, ihr Denken und Handeln am Gewissen auszurichten und unter das Evangelium zu stellen haben. Die moralische Anerkennung des anderen besagt dabei nicht, daß man seine Auffassung als richtig anerkennt.

Für uns ist wichtig, daß die Erklärung für unser Verständnis des soldatischen Dienstes als eines von Christen verantwortbaren Dienstes an der Gemeinschaft und am Frieden Platz bietet.

Als ein Konsenspapier von 120 Delegierten aus 15 verschiedenen Kirchen muß sich die Erklärung auf Aussagen beschränken, die in manchen Punkten hinter unseren Auffassungen zurückbleiben. Dennoch sind Kernaussagen der Erklärung eine hilfreiche Grundlage für den Dialog im innerkirchlichen Raum und für das Gespräch zwischen den Kirchen. Der offensichtlich in Stuttgart gelungene Dialog ermutigt uns für die Zukunft. Diese Chance sehen wir um so mehr, als die Aussagen der Erklärung in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen den Rahmen für verantwortbares Handeln nicht einengen.

Die GKS greift diese Erklärung gerne auf und stellt sich der damit verbundenen Herausforderung, indem sie in ihrer Arbeit Antworten auf die noch offenen weiterführenden Fragen sucht; in den empfohlenen Handlungsschritten sehen wir brauchbare Hilfen.

Bonn, 18. Februar 1989

Haminkeln-Dingen

Neuer Geschäftsführer und Direktor der Akademie Klausenhof ernannt

Auf der Vorstandssitzung am 3. März 1989 bestellte der Vorstand der Stiftung Akademie Klausenhof den bisherigen stellvertretenden Direktor Dr. Alois Becker zum Nachfolger des im Dezember 1988 verstorbenen Dr. Josef Benne- mann als Geschäftsführer und Direktor der Akademie Klausenhof.

Dr. Alois Becker (42) stammt aus Radolfzell (Bodensee) — Erzdiözese Freiburg —, wo er Volksschule und Gymnasium besuchte. Von 1966—1974 studierte er Soziologie, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und christliche Soziallehre an der Ruhr-Universität Bochum. Das Studium schloß er als Diplom-Sozialwissenschaftler ab und promovierte zum Dr. rer. soc.

Seit August 1974 ist Dr. Becker als Pädagogischer Mitarbeiter bei der Akademie Klausenhof beschäftigt. Den Ausbau zu einer der größten kirchlichen Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte der Bundesrepublik gestaltete er in verantwortlichen Positionen mit: ab 1975 als Referatsleiter für berufliche und abschlussbezogene Bildung; seit 1977 als stellvertretender Direktor.

Seine Schwerpunkte in der bisherigen Tätigkeit in der Akademie Klausenhof bildeten neben Verwaltungs- und Organisationsfragen vor allem der Aufbau der Integrationskurse für jugendliche Ausländer, die beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose sowie die berufliche Rehabilitaton.

Dr. Becker vertritt die Akademie Klausenhof seit langem in vielen regionalen und überregionalen Gremien wie z.B. Kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für berufl. Bildung, Kath. Landesarbeitsgemeinschaft für berufl. Bildung, Sachauschuß Erwachsenenbildung des Kreisdekanates Wesel.

Katholischer Junger Gemeinde fehlende Loyalität zum Staat vorgeworfen

Augsburg, 19. April: Unter dem Beifall der Delegierten der „Zentralen Versammlung“ — des Diözesanrates der Katholischen Militärseelsorge — kündigte Militärbischof Elmar Maria Kre-

del am 19. April bei einem Empfang in Leitershofen bei Augsburg den nachdrücklichen Widerstand der katholischen Bischöfe gegen eine politische Instrumentisierung des Gewissens an. Derartige Tendenzen, das Gewissen des Menschen in den Dienst politischer Forderungen zu stellen, sah der Katholische Militärbischof in einer jüngsten Erklärung des Bundesvorstandes der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) zur Kriegsdienstverweigerung wirksam. Darin war der von einem Vorstandsmitglied der IG-Metall und der „Deutschen Friedensgesellschaft“ veröffentlichte umstrittene Aufruf zur „massenhaften, hunderttausendfachen „Kriegsdienstverweigerung“ unterstützt worden. Kredel forderte die Delegierten auf, „als Bürger dieses Landes für den Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes einzutreten, der im Gewissen die Würde des Menschen selbst schützen will“. Die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen werde sonst bei einem fortdauernden Mißbrauch der Verfassungsbestimmung den ihr gebührenden Schutz verlieren. Die Erklärung der KJG könne so nicht hingenommen werden, betonte Kredel, der auch Erzbischof von Bamberg ist. Der Augsburger Diözesanbischof Josef Stimpfle versicherte dem Militärbischof seiner vollen Solidarität im Hinblick auf die „unqualifizierten Äußerungen der KJG“. Stimpfle: „Das wird Folgen haben, wenn der Ständige Rat (der Bischofskonferenz) in Würzburg zusammenkommt.“

Referat „Militärseelsorge und Öffentlichkeit“

Erstes Treffen zwischen Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und der Führung der Bundeswehr

Das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der Militärische Führungsrat der Bundeswehr kamen unter der Leitung der Präsidentin des Zentralkomitees, Rita Waschbüsch, und des Generalinspektors der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, am Freitag, dem 14. April 1989, zu einem zweieinhalbstündigen Meinungsaustausch zusammen.

Das Gespräch, das auf Einladung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in dessen Generalsekretariat in Bonn-Bad Godesberg stattfand, war das erste dieser Art zwischen beiden Institutionen.

Erörtert wurden u. a. Vorstellungen zur Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz der unsere Sicherheitspolitik begründenden Werte und Tatsachen und damit auch der Bundeswehr selbst sowie die ethischen Beiträge der Kirche zur Begründung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die angesprochenen Themen wurden in sehr offener, aufgeschlossener Atmosphäre und in breiter Übereinstimmung in grundlegenden Fragen diskutiert. Beide Seiten stimmten darin überein, den Dialog fortzusetzen.

Für das Zentralkomitee nahmen neben der Präsidentin die Vizepräsidenten Dr. Ursula Hansen, Dr. Jürgen Meyer-Wilmes und Karl Nothof sowie Prof. Dr. Franz Böckle, Prof. Dr. Hans Buchheim, Dr. h. c. Georg Leber, Prof. Dr. Gottfried Leder, Prof. Dr. Franz Furger und der Generalsekretär des Zentralkomitees, Prof. Dr. Friedrich Kronenberg, teil. Der Generalinspekteur wurde von den Inspektoren der Teilstreitkräfte, Generalleutnant Horst Jungkurth, Luftwaffe, Vizeadmiral Hans-Joachim Mann, Generaloberstabsarzt Dr. Claus Voll, dem Abteilungsleiter Personal, Generalleutnant Dieter Clauß, dem Stellvertreter des Inspektors des Heeres, Generalleutnant Harald Schulz, und dem Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr in Vertretung, Generalleutnant Rolf Hüttle, begleitet.

(ZdK-1088-IV-89-FS voraus)

Wallfahrt

Die Wallfahrtsdirektion Maria Vesperbild legt für 1989 erstmals in einem Wallfahrtskalender ein Jahresprogramm vor. Die über 200 dort angegebenen Termine vermitteln einen guten Eindruck von einer immer größer werdenden Aktivität. Die großen Lichterprozessionen am Pfingstsonntag und am Mariä-Himmelfahrtstag sind sicher Höhepunkte im Wallfahrtsjahr. Aber auch die drei Fahrzeugsegnungen werden auf reges Interesse stoßen. An jedem 13. eines Monats ist in Maria Vesperbild der große Fatimäpilgertag mit hl. Messe, Krankensegnung und Weihe von Andachtsgegenständen. Jeden Sonntag ist um 10.15 Uhr ein feierliches Pilgeramt. Eine besondere Überraschung ist sicherlich für viele ein breitgefächertes Jugendprogramm. Es ist an jedem ersten Freitag im Monat um

20.30 Uhr ein Glaubensgespräch für Jugendliche und nach der hl. Messe um 21.30 Uhr ein Jugendkruzweg mit Fackeln zur Grotte. Am 6. Mai ist eine große Jugendwallfahrt mit zahlreichen Workshops. Ganz deutlich wird das Bemühen, die Volksfrömmigkeit mit dem ganzen Reichtum ihrer Bräuche zu pflegen und zu fördern. Maria Vesperbild ist eine bodenständige schwäbische Wallfahrt mit großer überregionaler Ausstrahlung.

Der Wallfahrtskalender kann kostenlos bei der Wallfahrtsdirektion Maria Vesperbild, 8907 Ziemetshausen, Schellenbacher Str. 4, angefordert werden.

Begrüßenswerte Entscheidung

*Betr.: „Mehrheit gegen Deserteur-Denkmal“
im General-Anzeiger vom 26. April*

Die Empfehlung der Unterkommission des Hauptausschusses des Rats der Stadt Bonn, den Antrag des Friedensplenums zur Aufstellung eines Denkmals für den „Unbekannten Deserteur“ abzulehnen, wird sicherlich bei weiten Kreisen der Bonner Bürger und Bürgerinnen Unterstützung und Beifall finden. Zu bedauern ist dabei allerdings, daß ein Mitglied der SPD für die Errichtung des Denkmals votiert hat. Die großen alten Männer der SPD, wie Friedrich Ebert, Noske und Kurt Schumacher, um nur einige zu nennen, würden sich im Grabe umdrehen, wüßten sie, was ihre politischen Enkel aus dem großen nationalen Erbe der SPD gemacht haben.

Desertation oder Fahnenflucht ist eine der wohl schändlichsten Taten, die ein Soldat begehen kann. In allen Armeen der Welt wird Desertation streng bestraft. Ein Deserteur, der seine Kameraden in Zeiten großer gemeinsamer Not und Gefahr im Stich läßt, verdient Verachtung und kein Denkmal.

In einer Zeit, wo sogar in den sozialistischen Ländern eine patriotische Renaissance zu beobachten ist und alte Soldatendenkmäler wieder hergerichtet werden, darf in der Bundesrepublik Deutschland der ehemalige Soldat weiterhin beleidigt und verleumdet werden; wobei sogar die Würde des Todes mißachtet wird. Es ist nur zu hoffen, daß die begrüßenswerte Entscheidung der Unterkommission dazu beiträgt, in diesem

Lande das offensichtlich gestörte Verhältnis zum Soldatentum wieder zu normalisieren.

aus GA 4.5.89, G.J.H., Bonn

Terroristen: ihre Freiheiten in der Haft

Hungerstreik gegen unmenschliche Haftbedingungen, sagen sie. Ein Bonner Geheimpapier enthüllt die Wahrheit

Sie sitzen in 18 Gefängnissen der Bundesrepublik. Und sie setzen ihr Hungern — Sterben einkalkuliert — als Waffe ein. Mit dem erklärten Ziel, ihre angebliche Isolationshaft aufzuheben. Zusammengelegt wollen sie werden, in zwei große Gruppen. Soweit die Seite der RAF-Terroristen.

In einem 17seitigen Brief an Generalbundesanwalt Dr. Kurt Rebmann hat jetzt Justiz-Staatssekretär Klaus Kinkel die Haftbedingungen der 19 gefährlichsten Terroristen genau aufgeschlüsselt. Das geheime Schreiben liegt BUNTE im Wortlaut vor.

Danach verfügt Karl-Heinz Dellwo (zweimal lebenslang, hungert seit 1. Februar) in seiner Zelle über ein Radio, einen Schallplattenspieler, zahlreiche Bücher und eine Schreibmaschine. Er bezieht neun Zeitungen und Zeitschriften . . .

Dellwo kann sich täglich vier Stunden 45 Minuten mit seinen Gesinnungsgenossen Knut Folkerts und Lutz Tauffer treffen.

Dann sitzen die drei im „Freizeitraum“ — er hat Fernseher, Kühlschrank, Kochherd, eine Tischtennisplatte.

Christian Klar, verurteilt wegen der Buback-, Ponto- und Schleyer-Morde, fünfmal lebenslang. Er lebt ähnlich wie Dellwo. Kinkel: „Er erhielt in einem Jahr 685 und verschickte 359 Briefe.“

Brigitte Mohnhaupt, fünfmal lebenslang; Radio, Schreibmaschine, Bücher, täglich Hofgang und freie Begegnung mit anderen Insassinnen aus ihrem Zellentrakt.

Kommentar eines hohen Beamten aus dem Justizministerium: „Sanatoriumsverhältnisse für mehrfache Mörder.“

aus BUNTE, Heft 15, 6.4.89

Sprachregelung

Man höre und staune. Der „Vertreter“ der deutschen Arbeitnehmerschaft und „Anwalt“ der Arbeitslosen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, will seine jährlichen „Personalkosten um 12 Millionen senken“. So zu lesen im General-Anzeiger vom 22./23. April 1989.

Was heißt das? Das heißt nichts anderes, als daß sowohl auf den Kreisebenen wie auch in anderen Einrichtungen des DGB einige hundert Arbeitsplätze entweder abgebaut, wegrationalisiert oder gar vernichtet werden. So würde sich mindestens das Vokabular maßgeblicher Funktionsbereiche anhören, wenn Unternehmen, kleine oder mittlere Betriebe oder gar die öffentliche Verwaltung Personalkosten reduzieren müßten.

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund aber pflegt man offensichtlich eine vornehmere Sprachregelung; die da lautet: „DGB will Personalkosten um 12 Millionen senken.“ Wie ist es eigentlich um die Solidarität zur Arbeitnehmerschaft und zu den Arbeitslosen beim DGB bestellt, wenn er selbst Arbeitsplätze abbaut? Oder gilt nicht hier vielleicht doch das Sprichwort: „Sie predigen Wasser und saufen selber den Wein!“?

aus GA 9.5.89, H.B., Bonn

Kardinal Jean-Marie Lustiger (62),

Erzbischof von Paris, brach einen vom 30. April bis 11. Mai geplanten UdSSR-Besuch vorzeitig ab, weil ihm die Behörden einen Besuch in der Ukraine verweigerten.

(KNA 974)

Mischung von Ignoranz und Arroganz

Leserbrief zu: Arnim Juhre, „Schwanken zwischen Mitleid und Zorn“, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22.5.88

„Die Lernfähigkeit der katholischen Kirche und ihrer mehr oder minder beamteten Wortführer ist anscheinend geringer, als ein durchschnittlich informierter Zeitgenosse hätte vermuten können.“

Wenn es also nach Armin Juhre ginge, müßte „die katholische Kirche“ schamhaft das Haupt senken und in eine Mauseloch kriechen.

Man könnte im Zweifel sein, ob man über eine solche Mischung von Arroganz und Ignoranz mit einem mitleidigen Lächeln hinweggehen sollte, wenn es sich nicht gleichzeitig um einen böartigen Tiefschlag gegen den Geist der Ökumene handelt.

● Es bedarf wahrlich nicht des „Gesetzes der offiziellen Katholiken“, um den „Stellvertreter“ in seinem „historischen“ Wert als böswillige Verleumdung des Mannes zu kennzeichnen, über den der jüdische Theologe und Historiker Pinchas Lapide in seinem Buch „Rom und die Juden“ (1967) schreibt:

„Die katholische Kirche ermöglichte unter dem Pontifikat von Pius XII. die Rettung von mindestens 700 000, wahrscheinlich aber sogar von 860 000 Juden vor dem gewissen Tod von den Händen des Nationalsozialismus... Diese Zahlen, so klein sie auch im Vergleich zu unseren sechs Millionen Märtyrern sind, deren Schicksal jenseits jeden Trostes liegt, übersteigen bei weitem die der von allen anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zusammengekommen. Überdies stehen sie in auffallendem Kontrast zu dem unverzeihlichen Zögern und heuchlerischen Lippendienst von Organisationen außerhalb von Hitlers Einfluß, die zweifellos über weit größere Möglichkeiten verfügten, Juden zu retten, solange dazu noch Zeit war: das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien.“ (S. 188).

Derselbe Pinchas Lapide erwähnt in seinem Artikel „Warum sollte ein Jude Papst Pius XII. verteidigen?“ das Telegramm, das der israelische Außenminister beim Tode dieses Papstes an den Vatikan richtete:

„Wir trauern mit der Menschheit um das Hinscheiden Seiner Heiligkeit Pius XII. In einer Generation, die von Krieg und Zwietracht heimgesucht war, hielt er die Ideale des Friedens und des Mitleids hoch. Als unser Volk während des Jahrzehnts des Naziterrors ein furchtbares Martyrium durchlitt, erhob der Papst seine Stimme für die Opfer.“ Weiter heißt es dann bei Lapide:

● „Er (Pius) hat aber während des Krieges nie so völlig (noch in so erschreckender Weise) geschwiegen, wie heute viele von denen, die es besser gewußt haben müßten, deren Leben er retten half, deren Verwandte er aus Europa heraus-

schuggelte, deren Überleben er durch hundert geheime und kluge Täuschungsmanöver möglich machte. Hat Pius sich in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch den Juden, ausgesprochen? Bedurften die Zehn Gebote und die Bergpredigt einer Wiederbestätigung durch den Papst? Hätten diese Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? (Anmerkung des Verfassers: Man erinnere sich der unzähligen Appelle der Päpste zum Schutz des ungeborenen Lebens. Trotz all ihrer beschwörenden Mahnungen wurden allein nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr Kinder im Mutterleib gemordet als alle Opfer des Weltkrieges, einschließlich der Massenmorde an Geisteskranken, Juden, Zigeunern usw. zusammengekommen). Und hätte Pius, bar jeglicher militärischer Macht, Hitler trotzen — und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können... Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht.“ (auftrag, Dezember 1970, S. 20–23).

● Nicht wenige Journalisten beliebten die Geschichte durch ihre gefärbte Brille zu sehen. Was ihre vorgefaßte Meinung nicht bestätigt, wird totgeschwiegen, unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt. Zu Gunsten von Arnim Juhre wollen wir annehmen, daß ihm nicht Böswilligkeit die Feder bei seinem Artikel geführt hat. Aber den Vorwurf unglaublicher Schlampelei und profunder Unkenntnis der Tatsachen können wir ihm nicht ersparen. Allein die Kommission für Zeitgeschichte unter Vorsitz des Bonner Historikers Konrad Repgen hat bisher 30 Bände veröffentlicht, die sich mit den Beziehungen der katholischen Kirche zum Dritten Reich befassen. Mehrere Sendungen im Rundfunk schilderten die vielfältige Hilfe „offizieller Katholiken“ für die verfolgten Juden. So der WDR 1961 in „Das Büro im Hinterhaus“ über die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien. Im August 1964 und im November 1966 wurde die Sendung wiederholt.

Der Deutschlandfunk schildert in seiner Sendung zum 40. Jahrestag des Judenprogroms „Als die Synagogen brannten — Christen während der „Reichskristallnacht“ 1938“ das heroische Verhalten einer Reihe von Christen zugunsten der Verfolgten, u. a. die Hilfe eines ganzen Kölner Nonnenkonvents, der mutig die Sperre der SA-Männer zum Israelitischen Asyl durchbrach, um Verwundete zu verbinden. Und der damalige Domvikar und spätere Generalvikar Josef Teusch rettete — ebenfalls ohne „katholisches Gezeter“ — aus der brennenden Synagoge in der Roonstraße eine Thorarolle.

● Am 13. 3. 1980 brachte Ö1 das Hörspiel „Die Kinder der Geächteten“, das sich mit den Schützlingen des deutschen Jesuiten P. Ludger Born in der Wiener Hilfsstelle befaßte. Dieser hatte von 1940—45 immerhin für mehr als 4000 verfolgte Juden gesorgt. Am 27. Mai 1980 strahlte das österreichische Fernsehen die Dokumentation „Der Stall“ über die Hilfsstelle aus, zu der ich die Unterlagen erarbeitet hatte. Von den Mitarbeiterinnen P. Borns kamen neun ins KZ, nur eine kehrte zurück. Als ich Simon Wiesenthal die Nachricht vom Tode P. Borns übermittelte, sagte er ganz spontan: „Er war ein wunderbarer Mensch!“

Vor allem bei den Juden ist der Einsatz von Frau Dr. Luckner in Freiburg zugunsten der Verfolgten, der sie selber ins KZ brachte, noch in dankbarer Erinnerung. Nicht weniger die jahrelange Hilfe von Frau Dr. Sommer (Bischöfl. Hilfsstelle) in Berlin. Und dies alles geschah von „offiziellen Katholiken“, wie sie Arnim Juhre nennt.

Erst am 13. 5. 88 brachte „Das Parlament“ einen Artikel „Entlassen: Erschossen“, in dem mehr beiläufig erwähnt wird, wie es nach der Besetzung Roms druch die deutschen Truppen gelang, die meisten Juden „unter dem Schutz der (katholischen) Kirche und mit Hilfe der katholischen Bevölkerung“ zu retten.

● Wenn man schon Vergleiche anstellen will, braucht die katholische Kirche solche nicht zu scheuen. So haben die „offiziellen Katholiken“ weit mehr Opfer während des Naziregimes aufzuweisen als alle anderen Konfessionen. Rund 4000 katholische Priester wurden ermordet, nicht wenige wegen ihrer Hilfe für Juden. Inter-

essanterweise berichtete das „Sonntagsblatt“ am 3. 12. 67, daß von den insgesamt 2812 Geistlichen aller Nationen und Konfessionen im Konzentrationslager Dachau 95,4% katholisch und 3,4% evangelisch waren. Diese Zahlen dürften für sich sprechen.

Lothar Groppe SJ
(aus Theologisches, Juli 88)

Wort des Vorsitzenden des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland
und der Deutschen Bischofskonferenz
zur Situation der Aussiedler

Die lange erhoffte Möglichkeit zur Aussiedlung für deutsche Staatsbürger oder deutsche Volkszugehörige hat in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der nun erreichten Zahlen neben der Freude auch eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Es darf nicht die Meinung Verbreitung finden, deutsche Aussiedler seien Fremde. Richtig ist: Aussiedler sind Deutsche und wollen das bewußt sein.

1988 kamen über 200000 Aussiedler. Es ist neu für uns, daß innerhalb eines Jahres Deutsche in so großer Zahl zu uns kommen. Von 1950 bis 1987 fanden 1,42 Millionen Aussiedler bei uns Aufnahme. Staat und Gesellschaft haben mit ihrer Eingliederung eine große Integrationsleistung erbracht.

Wir müssen vermutlich darauf vorbereitet sein, noch eine Reihe von Jahren hohe Aussiedlerzahlen zu haben. Für 1989 rechnen wir mit 300000 Aussiedlern.

Der Wunsch vieler Angehöriger deutscher Minderheiten in Ländern Osteuropas nach Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland ist neben erleichterten Ausreisemöglichkeiten im wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Weil sie viele Jahre ihre kulturellen und religiösen Rechte nicht ungehindert ausüben konnten, wollen sie jetzt in der Bundesrepublik Deutschland frei von Behinderungen und Diskriminierungen als Deutsche unter Deutschen in einer freien Gesellschaftsordnung leben.
- Die materiellen Lebensbedingungen in diesen Ländern lassen für viele keine Besserung

erhoffen. Die Zuwanderer aber wünschen für ihre Familien eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft.

- Einzelne osteuropäische Staaten haben aufgrund der Beschlüsse der KSZE dem Menschenrecht der Freizügigkeit in vermehrtem Maß Geltung zuerkannt.

In dieser Situation wäre es schlimm, wenn der Anschein entstünde, als sollte in unserer Gesellschaft das Menschenrecht der Freizügigkeit in Frage gestellt werden. Freilich kann niemandem daran gelegen sein, alle noch im Osten lebenden Deutschen aus der Bindung an ihre angestammte Heimat zu lösen. Es ist deshalb richtig, wenn die Bundesregierung sagt: „Wir fordern niemanden auf, die Heimat zu verlassen. Wir entbieten aber allen, die kommen, ein aufrichtiges Willkommen.“

Zu dieser vernünftigen, auf Ausgleich bedachten Haltung gehört auch, daß wir das uns Mögliche tun, um in ihrer jetzigen Heimat den Deutschen das Leben erträglicher zu machen. Die Gewährleistung der ungehinderten Entfaltung ihrer kulturellen Eigenart, wozu wesentlich auch das kirchliche Leben gehört, ist eine Voraussetzung für den Entschluß, in der Heimat zu bleiben. Es ist eine Aufgabe der Politik, darauf stets hinzuwirken. Auch die Kirchen werden ihren Einfluß in diese Richtung geltend machen. Dabei denken wir auch an deutschsprachige Gottesdienste in Gebieten, wo dafür ein Bedarf besteht.

Als Kirchen sagen wir den Aussiedlern zu, daß wir sie von Herzen in unsere Gemeinschaft aufnehmen wollen, ihnen beistehen und sie auf ihrem Weg begleiten werden. Wir bitten sie, daß sie auch bei auftretenden Schwierigkeiten das Leben in der neuen Heimat in Geduld und Hoffnung und im Vertrauen auf Gottes Gnade und seine freundliche Führung annehmen und gestalten.

Die Öffentlichkeit und die Christen in unserem Land bitten wir zu bedenken:

Aussiedler kommen nicht leichten Herzens. Sie haben oft jahrelange Wartezeiten hinter sich, nachdem sie sich einmal zur Ausreise durchgerungen haben. Wir dürfen ihnen keine Vorwürfe machen, wenn sie mangels Ausreiseerlaubnis nicht früher kommen konnten oder wenn sie in der angestammten Heimat so lange ausharrten, wie es für sie zumutbar war.

Die Gründe zur Aussiedlung liegen in den schweren Einzelschicksalen dieser Menschen, aber auch im Gesamtschicksal der Deutschen. Sie haben in ihren bisherigen Wohngebieten wegen ihrer nationalen Zugehörigkeit und ihres christlichen Glaubens Benachteiligungen und manchmal auch Verfolgung erlitten und sich zur Aussiedlung entschlossen, um als Deutsche und als Christen in Freiheit und Frieden leben zu können. Wir verpflichten uns, ihnen dabei zu helfen.

Gerade in der christlichen Gemeinde erwarten die Aussiedler Verständnis, Hilfe und Gemeinschaft. Dabei sind die materiellen Probleme — abgesehen von der Wohnungsfrage — meist schneller zu bewältigen als die Eingewöhnung in die Lebensweise unserer Gesellschaft und unserer Kirchen. Die Christen in unserem Land sind deshalb herausgefordert, den Aussiedlern in ihren Schwierigkeiten mit besonderer Zuwendung zu begegnen und ihnen bei der Lösung ihrer Lebensprobleme im Geiste Jesu Christi zu helfen. Auch Nachbarschaftshilfe ist gefragt.

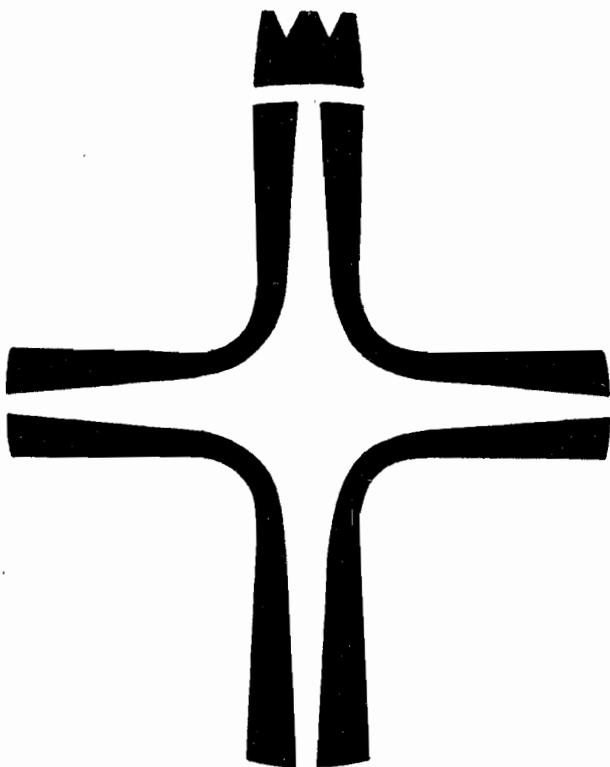
Wenn jüngere Aussiedler die deutsche Sprache noch nicht hinreichend beherrschen, so ist das eine Folge ihrer bisherigen Lebensumstände. Wir müssen trotz aller Anpassungsprobleme sehen, daß Menschen zu uns kommen, die ihrerseits viele Gaben und Fertigkeiten mitbringen und gleichwertige Glieder unserer Gemeinschaft in Kirche und Gesellschaft sind. Nicht zuletzt die große Zahl ihrer Kinder ist eine Bereicherung für uns.

Alle, die sich für die Integration der Aussiedler einsetzen, verdienen unseren Dank. Viele einzelne Bürger, aber auch staatliche, kommunale und kirchliche Stellen zeigen eine große Bereitschaft, die Eingliederung der Aussiedler unter menschenwürdigen Bedingungen und in christlicher Liebe und Geduld zu fördern. Sie folgen damit der biblischen Weisung, die uns gebietet, unserem Nächsten beizustehen und ihm in Liebe zu helfen. Der Apostel Paulus sagt: „Nehmt einander an, wie auch Christus uns angenommen hat, zur Ehre Gottes“ (Röm 15,7).

Hannover/Bonn, 8. Mai 1989

Bischof Dr. Dr. Karl Lehmann
Vorsitzender der Deutschen
Bischöfskonferenz

Bischof Dr. Martin Kruse
Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche
in Deutschland



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a. D.), Chefredakteur
Wilhelm Lehmkämpfer (Oberstleutnant a. D.), Gesellschaft und Kirche
Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn,
Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — General-
vikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden
Verlag.